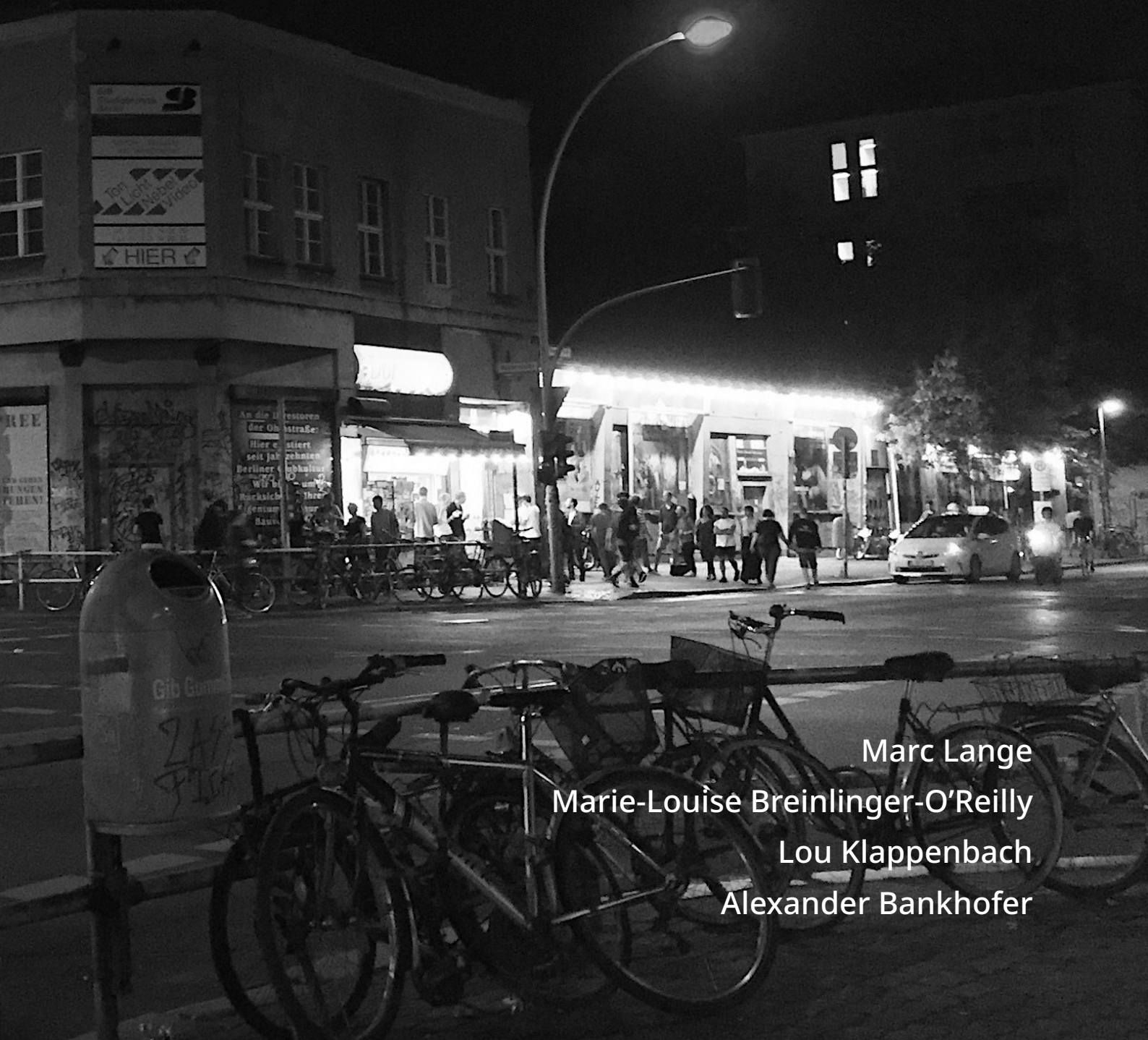
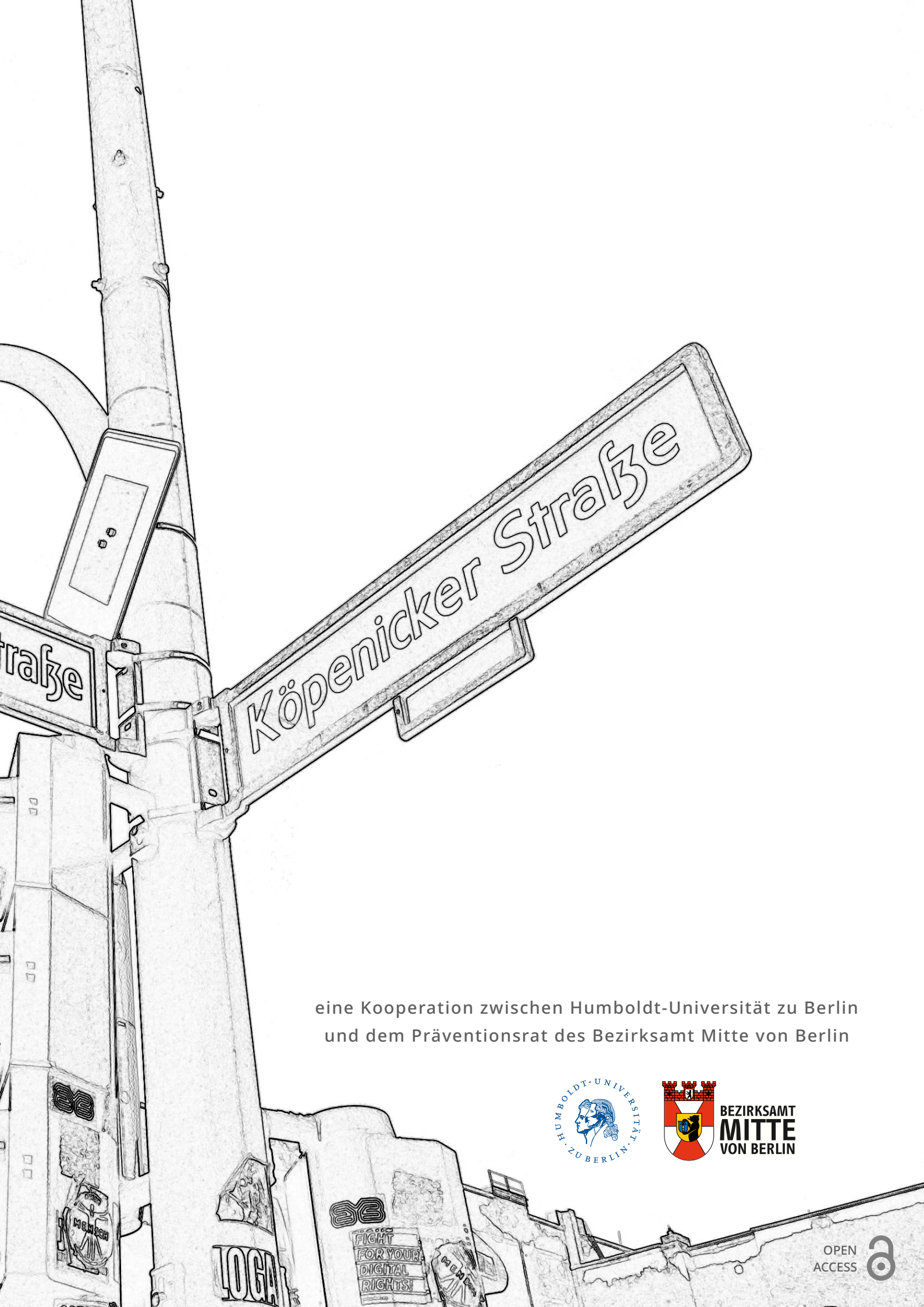


Nutzungskonflikte in der Nördlichen Luisenstadt in Berlin

Abschlussbericht der
Untersuchung zu Nutzungskonflikten
in der Nördlichen Luisenstadt



Marc Lange
Marie-Louise Breinlinger-O'Reilly
Lou Klappenbach
Alexander Bankhofer



eine Kooperation zwischen Humboldt-Universität zu Berlin
und dem Präventionsrat des Bezirksamt Mitte von Berlin



OPEN
ACCESS



Nutzungskonflikte in der Nördlichen Luisenstadt in Berlin

Abschlussbericht der Untersuchung zu Nutzungskonflikten in der Nördlichen Luisenstadt

Marc Lange¹

Marie-Louise Breinlinger-O'Reilly²

Lou Klappenbach³

Alexander Bankhofer⁴

Berlin, Oktober 2018

Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-Universität zu Berlin
(Bereich *Stadtanthropologie und Mensch-Umwelt-Beziehungen*)

DOI: 10.18452/19477

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons
Namensnennung 4.0 International Lizenz.



Vorwort aus der Verwaltung

„In der Köpenicker Straße ist es zu laut!“ Diese Beschwerde hörte ich immer wieder von Teilnehmenden des Runden Tisches in der Köpenicker Straße. Die Einzelheiten blieben dabei jedoch oft nebulös: *Wann* es genau zu laut gewesen ist, konnte oft nicht mehr genau gesagt werden. Wenig verwunderlich, denn wer schaut schon auf die Uhr, wenn Lärm den Schlaf raubt? *Wo* es zu laut geworden ist, konnten wir immerhin manchmal gemeinsam verorten. *Wer* aber genau zu laut gewesen ist, welche Personengruppen also die ‚Täter‘ gewesen sind, darüber gab es zumeist nur Mutmaßungen. Und auch das *Warum*, also der Anlass für die erhöhte Lautstärke, blieb allzu oft im Dunkeln.

Trotz aller Unklarheiten herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass verschiedene Konflikte in der Köpenicker Straße zugenommen haben. Die Zunahme von Lärmbelästigungen ist ein markantes Beispiel dafür.

Thesen, wer an dem Lärm ‚Schuld‘ ist, gab es einige. So wurde vermutet, dass die jungen Menschen, welche in dem Hostel übernachteten, sich nachts auf der Straße laut unterhielten. Eine andere These war, dass insbesondere die Personen, die aufgrund ihres alkoholisierten Zustands nicht in die Clubs eingelassen wurden, sich anschließend lautstark im öffentlichen Straßenraum bewegten. Während es sich hierbei um die Folgen des zunehmenden Nachtlebens handelte, herrschte mehrheitlich Einigkeit darüber, dass sich die vom Clubbetrieb als solchem erzeugte Geräuschkulisse für die meisten Anwohnenden im verträglichen Rahmen hielt.⁵ Selbst die Geräusche, die die vielen Menschen in den Biergärten oder in der Warteschlange vor den Clubs verursachen, stellten sich weniger als Problem dar, da sich die Anwohnenden mit dieser Geräuschkulisse zum großen Teil arrangiert haben.

Es waren also nicht ausschließlich die Clubs selbst, die die Anwohnenden in der Vergangenheit störten. Vielmehr sind es die vielen, teilweise sehr lauten Geräuscheignisse. Und diese waren bisher selten klar zuzuordnen: Da gab es Beschwerden im Sinne von „Letzte Nacht hupten wieder einige Autos.“ Aber wo und weshalb sie hupten, ließ sich erst einmal nicht eindeutig feststellen. Sollten die Clubs also geschlossen werden? Die Teilnehmenden des Runden Tisches waren sich überwiegend darin einig, dass dies nicht das Ziel sein kann. Berlin ist eine sich ständig wandelnde Stadt, und gewisse Veränderungen können nicht zurückdreht werden. Ebensowenig soll die Lärmbelästigung aber einfach hingenommen werden.

Dieses Beispiel verdeutlicht die Herausforderungen, denen sich ein Runder Tisch zu stellen hat.⁶ Einfache Lösungen gibt es nicht. Es handelt sich um komplexe, sich häufig überlagernde Problemlagen. Mein Anspruch als Moderator ist es, dennoch einen Weg zu finden: Nach meiner Überzeugung müssen wir die Probleme, die Akteure und die Rahmenbedingungen untersuchen, beschreiben und benennen. Hier ist der externe Blick durch wissenschaftliche Untersuchungen von großem Wert. Dadurch und durch die Mitwirkung der verschiedenen Interessengruppen werden wir in die Lage versetzt, neue, passende Lösungen zu entwickeln, die zur Zufriedenheit aller ausfallen können. Eben diese Mitwirkung ermöglicht die Runden Tische in Berlin-Mitte.

Vor Ihnen liegt nun eine ausführliche Bestandserhebung über die Situation in der Köpenicker Straße. Ich bin zuversichtlich, dass es uns auf dieser Grundlage nun noch besser gelingt, gemeinsam mit vielen anderen Akteuren Lösungen anzuschieben und umzusetzen. Insofern schaue ich für die weitere Zeit des Runden Tisches Köpenicker Straße zuversichtlich in die Zukunft.

Es ist enorm wichtig für den Erfolg bei der Entschärfung von Konfliktsituationen, auch kurzfristig Mittel für Untersuchungen zur Verfügung zu haben. Dies kann gar nicht stark genug betont werden. Denn um Ursachen und Umstände richtig erfassen zu können, ist eine vorurteilsfreie Beobachtung notwendig. Dies ist eine der Kernkompetenzen der Wissenschaft.

Mein Dank gebührt daher Frau Zantout von Visit Berlin, welche meine *Forschungsfragen* an die Humboldt-Universität weitergeleitet hat, und natürlich ganz besonders dem studentischen Forschungsteam, das mit viel Zeit und Engagement die Situation vor Ort untersucht hat. Diesem Forschungsteam will ich an dieser Stelle auch alles Gute für die Zukunft wünschen.

Thorsten Haas

Präventionsrat des Bezirksamt Mitte von Berlin

Vorwort aus der Wissenschaft

Dieser Abschlussbericht klärt nicht, worum es bei den Nutzungskonflikten in der Nördlichen Lusenstadt *eigentlich* geht. Und das ist auch gut so. Denn rund um die Köpenicker Straße geht es Vielen um Viel und das oft gleichzeitig. Es geht um städtisches Nachtleben, vielfältige Formen der Bewirtschaftung desselben, Anwohnerbegehren für mehr Nachtruhe und weniger Müll, den Verkauf und Konsum von Drogen, Verwaltungshandeln, Verkehrsinfrastrukturen und die Diskussion dieser und weiterer Themen am Runden Tisch Köpenicker Straße. Den Autor:innen des hier vorliegenden Berichts gelingt es, die Komplexität dieser Gemengelage differenziert und gleichzeitig anschaulich zu entfalten. Dies ist, jenseits der konkreten Ergebnisse, in zweierlei Hinsicht bemerkenswert. Und zwar zum einen mit Blick auf gegenwärtige Debatten darüber, was *der (Party-)Tourismus* eigentlich mit *der Stadt* macht und wie damit umzugehen sei. Zum anderen ist das gewählte Verfahren der *Problembeschreibung* mit Blick auf die Frage interessant, wie wissenschaftliches Wissen eigentlich kooperativ in die Bearbeitung städtischer Konflikte eingebracht werden kann.

Zunächst zum Selbstverständnis dieser Forschungsk Kooperation, die ja aus dem Wunsch nach einer anderen, einer wissenschaftlichen, Perspektive auf das nächtliche Geschehen an und auf der Köpenicker Straße entstand. Dieses Anliegen ist für Kooperationen zwischen Stadtentwicklungspraxis und -forschung nicht ungewöhnlich. Die Priorisierung einer ausführlichen Problembeschreibung gegenüber kurzgefassten handlungsleitenden Analysen ist indes schon etwas Besonderes. Und zwar insofern, als dass die verstehende Analyse der Nutzungskonflikte eigenständig bleibt – sie muss weder die Probleme der Praxis lösen, noch die Problemwahrnehmung der Verwaltung legitimieren, noch für PR-Zwecke herhalten. Dieses Kooperationsverständnis erfordert unter anderem Vertrauen zwischen den involvierten Parteien. Es bedarf Vertrauen ineinander und darauf, dass die nicht-lösungsfixierte Forschung dennoch etwas hervorbringt, womit sich etwas *anfangen* lässt. Was könnte dies sein? Die vorliegende Forschung eröffnet zum Beispiel einen Blick darauf, wie das Geschehen in der Nördlichen Lusenstadt für verschiedene Beteiligte (Verwaltung, Bürger:innen, Polizei, Forscher:innen und so fort) zum Problem wird (oder auch nicht). Diese verschiedenen Formen der Problematisierung werden dabei nicht hierarchisiert, sondern in ihrer jeweiligen Eigensinnigkeit anerkannt. Die Perspektive auf unterschiedliche Problematisierungen macht es leichter, *verstehend*

(nicht zwangsläufig verständnisvoll) aufeinander bezugzunehmen. Die Zusammenschau der verschiedenen Problematisierungen in diesem Bericht kann einen wichtigen Bezugspunkt für die künftige gemeinsame Arbeit an Lösungen bilden. Und einige Handlungspotenziale werden ja auch schon benannt. Diese resultieren aus einer aufwendigen und detaillierten Problembestimmung, die eben nicht von vornherein an den lösungsorientierten Wissensbedarfen der Stadtentwicklungspraxis orientiert ist. Die vorliegende Analyse stellt also eine eigenständige Sicht auf die Nutzungskonflikte in der Nördlichen Luisenstadt dar.

Neben der Frage, wie wissenschaftliches Wissen kooperativ in die Bearbeitung städtischer Konflikte eingebracht werden kann, ist der Abschlussbericht auch aufschlussreich für die (Berliner) Debatten über konflikthafte Formen touristischer Stadtnutzung. So sehr Lorenz Maroldts Mutmaßung im Tagesspiegel Checkpoint zum Ziel der Forschungsk Kooperation um Witz bemüht war („wahrscheinlich wollen sie herausbekommen, ob es akustische Unterschiede beim Auffüllen von jeweils spanischen, italienischen und englischen Jungtouristengruppen mit Sterni gibt“⁷), so sehr spiegelt sie die Klischees wieder, die die *Tourismus-Debatte* prägen. Der vorliegende Bericht zeigt jenseits einfacher Typisierungen auf, wie divergierende Ansprüche an städtisches Alltags- und Nachtleben miteinander in Konflikt geraten, welche Rolle (städte-)bauliche Konstellationen dabei spielen, wie Anliegen für ein besseres städtisches Zusammenleben zur Geltung gebracht werden können (oder auch nicht). Die Forschungsk Kooperation macht sichtbar, wie ein vergnügungsorientiertes Stadt(er)leben zur Herausforderung für städtisches Zusammenleben wird – weil es so viele verschiedene Anliegen, Bewirtschaftungsinteressen, Befugnisse, Verantwortlichkeiten etc. berührt. Dieser differenzierte Einblick in die Nördliche Luisenstadt könnte also auch die neue tourismuspolitische Agenda der Stadt informieren, die ja unter anderem darauf abzielt, Tourismus räumlich differenziert und als Querschnittsaufgabe der Stadtentwicklung zu analysieren und zu bearbeiten. Unabhängig davon, ist der hier vorliegende Bericht jedoch vor allem auch ein lesenswerter Beleg für eine sehr gelungene stadtforschende Arbeit.

Christoph Sommer

Doktorand im Bereich Stadt- und Tourismusforschung
am Geographischen Institut und Koinitiator der *Urban
Research Group: New Urban Tourism* am Georg-Simmel-
Zentrum für Metropolenforschung der Humboldt-
Universität zu Berlin

Jörg Niewöhner

Professor für Mensch-Umwelt-Beziehungen am
Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt-
Universität zu Berlin

Inhaltsverzeichnis

	<i>Zusammenfassung (Executive Summary)</i>	188
	Vorwort aus der Verwaltung	2
	Vorwort aus der Wissenschaft	4
	Inhaltsverzeichnis	6
1	Einleitung	8
2	Hintergrund	12
2.1	Beschreibung des Untersuchungsgebiets	13
2.2	Ausgangslage und Fragestellungen	23
3	Methoden	28
3.1	Befragung der Anwohner:innen	30
3.2	Ethnographie	34
4	Ergebnisse	40
4.1	Befragung der Anwohner:innen	41
4.2	Problembeschreibung	50
4.2.1	Lärm	52
4.2.2	Beeinträchtigungen im Straßenverkehr	69
4.2.3	Verschmutzung	75
4.2.4	Betäubungsmittelverkauf und -konsum	79
4.2.5	Beteiligung und Runder Tisch Köpenicker Straße	82
4.2.6	Verwaltungshandeln	87
4.2.7	Gewerbe	91
4.2.8	Tourismus	94
4.3	Zusammenfassung und Schlussbemerkungen	98

5	Handlungspotenziale	104
5.1	Straßenverkehr und Straßenbau	106
5.2	Stadtraumgestaltung und -erhaltung	112
5.3	Hinweis- und dialogorientierte Maßnahmen	116
5.4	Öffentliche Ver- und Entsorgung	121
5.5	Betäubungsmittelverkauf und -konsum	124
5.6	Zusammenarbeit am Runden Tisch Köpenicker Straße	126
5.7	Verwaltung und Politik	129
5.8	Gewerbe	132
5.9	Tourismus	134
6	Fazit und Schlussbemerkungen	138
	Endnoten	146
	Literatur und Quellen	163
	Abkürzungsverzeichnis	180
	Abbildungsverzeichnis	182
	Literaturempfehlungen	186
	<i>Infobox: Lärm</i>	54
	<i>Infobox: Runder Tisch Köpenicker Straße</i>	83

1 Einleitung

In der Nördlichen Luisenstadt im Bezirk Mitte in Berlin bestehen seit einigen Jahren vielschichtige Konflikte, die das Zusammenleben im städtischen Raum betreffen. In erster Linie drehen sich diese Konflikte um wahrgenommene Störungen und Missstände wie Lärm, Verschmutzung, Straßenverkehrsbeeinträchtigungen sowie Drogenverkauf und -konsum im direkten Wohnumfeld dort lebender Anwohner:innen. Um diesen zu begegnen, diskutieren am Runden Tisch Köpenicker Straße, einem seit dem Jahr 2013 bestehenden Format zum Informationsaustausch und der Bürgerbeteiligung, unter anderem Anwohner:innen, Gewerbetreibende sowie Vertreter:innen der Verwaltung Problemlagen und Lösungsansätze. Einhergehend werden auch über die lokalen Vorkommnisse hinausgehende Problematisierungen und Forderungen formuliert, beispielsweise bezüglich stadtverträglichem Tourismus und der Verwaltung. Die bemängelten Umstände sind oft jedoch nicht einwandfrei voneinander abzugrenzen sowie die zugrundeliegenden Phänomene nicht klar identifizierbar. Sie verschwimmen zu einer Gemengelage, die durch eine Vielzahl an unterschiedlichen Problematisierungen schwierig zu bearbeiten ist. Es fehlte offensichtlich an einer Problembeschreibung.

Eine solche Problembeschreibung leistet der vorliegende Bericht. Er ist das Endergebnis der *Untersuchung zu Nutzungskonflikten in der Nördlichen Luisenstadt*, in der die vor Ort bestehende Problem- und Konfliktlage über den Runden Tisch Köpenicker Straße hinaus in den Blick genommen und gewissermaßen entschlüsselt sowie aufgeschlüsselt wurde. Dabei wurden sowohl die Problematisierungen der involvierten Akteur:innen als auch die unterschiedlichen Nutzungen und Geschehnisse vor Ort betrachtet.

Die Untersuchung entstand aus einer Kooperation zwischen dem Präventionsrat des Bezirksamt Mitte von Berlin und unserer, aus vier Masterstudierenden der beiden Fächer Europäische Ethnologie und Sozialwissenschaften bestehenden Forschungsgruppe der Humboldt-Universität zu Berlin. Der oben dargestellte Bedarf nach einer klaren Problembeschreibung und das sich daraus ergebende Ziel, die bestehenden Konflikte wissenschaftlich sowie durch eine unabhängige und nicht involvierte Partei untersuchen zu lassen, wurde seitens des Präventionsrats formuliert. Die Untersuchung durch die Forschungsgruppe kam diesem Ziel nach und ist

ein direktes Resultat der Forschungsk Kooperation.⁸ Sie wurde von Oktober 2016 bis Ende des Jahres 2017 durchgeführt und verfolgte einen größtenteils qualitativen Ansatz, der maßgeblich durch ethnographische Methodenarbeit sowie eine sozialwissenschaftliche Analyse und Auswertung gekennzeichnet war. Um zu Beginn ein umfangreiches Bild über die Lage zu erhalten, wurden etwas mehr als 300 Haushalte im Untersuchungsgebiet zu Störungen und Belastungen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld befragt. Den methodischen Schwerpunkt der Untersuchung bildeten daraufhin vor Ort durchgeführte Begehungen sowie Interviews mit involvierten Akteur:innen, um ein Bild des Gebiets und wiederkehrender Muster in Bezug zur Frage nach vorkommenden Konflikten zu zeichnen, sowie ein differenziertes Verständnis der verschiedenen Perspektiven zu ermöglichen und Aufschluss über Problematisierungen und Erfahrungswelten Beteiligten zu geben. Die Untersuchung nähert sich ihrer Zielstellung durch das Verstehen der in der Nördlichen Luisenstadt bestehenden Konflikte und der Bezeichnung dieser als Nutzungskonflikte – eine in der Stadtentwicklung aktuelle Thematik, die in zunehmender Weise zahlreiche Städte und Gemeinden betrifft und herausfordert.

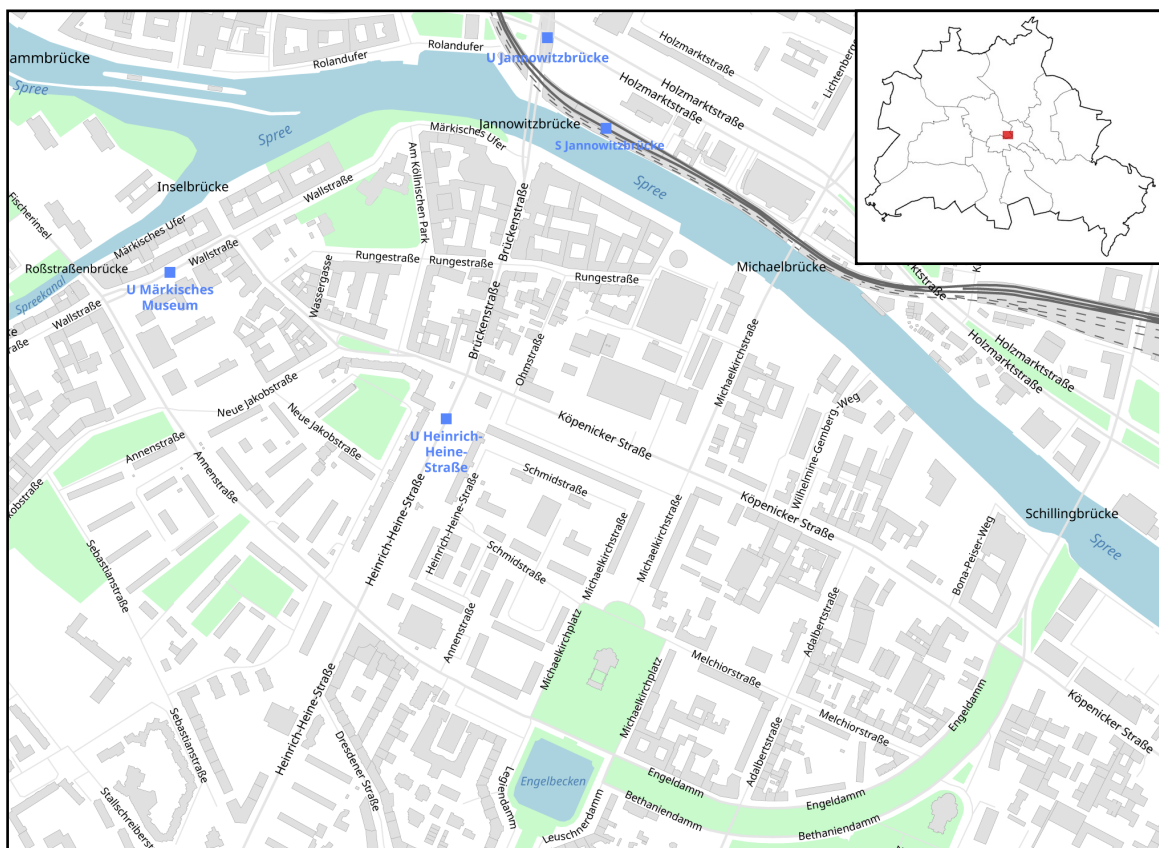


Abbildung 1: Die Nördliche Luisenstadt im Bezirk Mitte in Berlin

Der vorliegende Abschlussbericht dokumentiert die Ergebnisse der Untersuchung mit dem Anspruch einer differenzierten Problembeschreibung und gibt außerdem Auskunft über das Untersuchungsgebiet, die Ausgangslage und Fragestellung sowie die angewandten Methoden. In Bezugnahme insbesondere auf die Problembeschreibung wurden zusätzlich Handlungspotenziale entwickelt, die zwar keine expliziten Lösungsstrategien darstellen, jedoch als Stellschrauben der bestehenden Problemlage wirken können. Der Bericht gliedert sich in folgende Abschnitte: Der Abschnitt **Hintergrund** umfasst eine Beschreibung des Untersuchungsgebiets sowie der Ausgangslage und zugrundeliegenden Fragestellungen der Untersuchung. Darauf folgt eine Erläuterung der **Methoden** in Bezug auf die durchgeführte Befragung der Anwohner:innen sowie die ethnographische Vorgehensweise. Der Abschnitt **Ergebnisse** beinhaltet die Resultate der Befragung der Anwohner:innen als auch die Problembeschreibung, die sich nochmals in einzelne thematische Unterabschnitte gliedert, in denen sich Konflikte und Probleme primär aufgezeigt haben. Im Anschluss daran folgen **Handlungspotenziale**, die ebenfalls in thematische Handlungsfelder untergliedert sind. Zuletzt folgt ein **Fazit samt Schlussbemerkungen**. Die einzelnen Abschnitte des Berichts sind gewiss auch einzeln und je nach Interesse lesbar, sie müssen also nicht in bestehender Reihenfolge gelesen werden. Da die Handlungspotenziale aus der Problembeschreibung folgen, ist es allerdings sinnvoll, den Bericht in seiner Breite zu erfassen. Querverweise innerhalb des Berichts unterstützen eine solche Lektüre.

Der Abschlussbericht richtet sich in erster Linie an die vor Ort involvierten Akteur:innen, die Bezirksverwaltung (insbesondere die mit den dargestellten Themen befassten Behörden) sowie die Bezirkspolitik. Er richtet sich darüber hinaus auch an die übergeordnete Verwaltung und Politik sowie interessierte Wissenschaftler:innen, insbesondere aus der Stadtforschung. Der Abschlussbericht bietet sich selbstverständlich auch für alle anderen an den Themen interessierten Leser:innen an – dies auch, da er allgemeinverständlich geschrieben wurde und ohne viel Jargon und Fachbegriffe auskommt. Ergänzende Anmerkungen und weiterführende Erklärungen werden gegebenenfalls in **Endnoten** gegeben, die im Fließtext durch hochgestellte Ziffern markiert sind. Literatur- und Quellenverweise sind für einen möglichst guten Textfluss ebenfalls in Endnoten angegeben; die vollständigen Angaben sind im Verzeichnis der **Literatur und Quellen** zu finden. Verwendete Abkürzungen sind im **Abkürzungsverzeichnis** gesammelt und erläutert. Außerdem enthält dieser Bericht zuletzt einige **Literaturempfehlungen** und eine **Zusammenfassung (Executive Summary)** des Berichts auf acht Seiten.

Zu guter Letzt möchten wir unseren Dank gegenüber allen Involvierten ausdrücken. Im Laufe der Untersuchung haben wir nicht nur am Runden Tisch Köpenicker Straße, sondern auch darüber hinaus mit etlichen beteiligten Personen gesprochen, ohne deren Bereitschaft und Expertise die Untersuchung nicht möglich gewesen wäre. Ausdrücklich möchten wir uns bei den Teilnehmer:innen des Runden Tisches Köpenicker Straße sowie bei allen Personen, mit denen wir Interviews geführt haben, bedanken. Ein besonderer Dank geht in Richtung des Präventionsrats des Bezirksamt Mitte: Namentlich bedanken wir uns hier ganz herzlich bei Thorsten Haas, durch dessen Engagement die Forschungskooperation zwischen dem Präventionsrat und uns erst zustande gekommen ist, und bei Detlef Schmechel, der ebenfalls daran beteiligt war und nun seinen wohlverdienten Ruhestand genießen möge. Wir bedanken uns außerdem bei Christoph Sommer vom Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung, der diese Forschungskooperation mit initiiert sowie die Untersuchung begleitet und durch hilfreiche Kommentare bereichert hat. Ebenso gilt unser Dank Jörg Niewöhner vom Institut für Europäische Ethnologie, der ebenfalls während der Untersuchung mit Rat zur Seite gestanden hat und dessen Büro das ein oder andere Mal als Gruppentreffpunkt diente, wenn sonst nirgends ein freier Raum zu finden war. Zudem möchten wir uns bei Beate Binder und Alik Mazukatow vom Institut für Europäische Ethnologie für die Durchführung eines Studienprojekts, in dem Teile dieser Untersuchung eingebettet waren, bedanken. Auch danken wir Patrick Bieler, ebenfalls vom Institut für Europäische Ethnologie, der uns an manch kniffliger Stelle ein wichtiger Diskussionspartner war. Weiterer Dank gilt den folgenden Personen, die diesen Abschlussbericht korrekturgelesen sowie mit ihren Anmerkungen zur sprachlichen Genauigkeit, zu einem verständlicheren Text und der inhaltlichen Qualität dieses Abschlussberichts beigetragen haben: Janine Hauer, Ingrid Lorenz, Walther Ludwig, Patrick Ossen und Nicolas Pirschel.

2 Hintergrund

Im Folgenden werden die Hintergründe der Untersuchung dargelegt. Zunächst wird eine Beschreibung der Nördlichen Luisenstadt vorgenommen, in der das Untersuchungsgebiet näher bestimmt und eingegrenzt wird. Die historische Entwicklung sowie die gegenwärtige Zusammensetzung des Gebiets liefern einen Überblick über die Beschaffenheit des Stadtgebiets und die untersuchungsrelevanten Örtlichkeiten. Im Anschluss daran wird auf die Ausgangslage der Untersuchung eingegangen, es erfolgt eine Erläuterung des Begriffs *Nutzungskonflikte* und es werden die der Untersuchung zugrundeliegenden Fragestellungen aufgeführt.

2.1 Beschreibung des Untersuchungsgebiets

Die Nördliche Luisenstadt in Berlin

Das untersuchte Gebiet ist die Nördliche Luisenstadt in zentraler stadträumlicher Lage im Berliner Bezirk Mitte (siehe Abbildung 1). Im Südosten des Bezirks gelegen, grenzt das Gebiet an den Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Die Bezeichnung ergibt sich aus dem Namen des historischen Berliner Stadtteils Luisenstadt, der sich heute über die Ortsteile Mitte und Kreuzberg der Bezirke Mitte beziehungsweise Friedrichshain-Kreuzberg verteilt. Die Nördliche Luisenstadt umfasst das Gebiet zwischen der Spree im Norden und der Bezirksgrenze von Mitte im Süden. In der räumlichen Planungsgrundlage Berlins, den Lebensweltlich orientierten Räumen (LOR), entspricht das Gebiet somit in etwa den Planungsräumen Heine-Viertel West und Heine-Viertel Ost der Bezirksregion Alexanderplatz (siehe Abbildung 2).⁹

Insgesamt wohnen in den Planungsräumen Heine-Viertel West und Heine-Viertel Ost 15.691 Menschen. Das Durchschnittsalter der Einwohner:innen beträgt ca. 45 Jahre (Berlin: 42,9 Jahre). 17 % der Einwohner:innen sind unter 25 Jahre alt, 50 % sind 25 bis unter 55 Jahre alt und 33 % sind 55 Jahre alt und älter.¹⁰ Im Gebiet

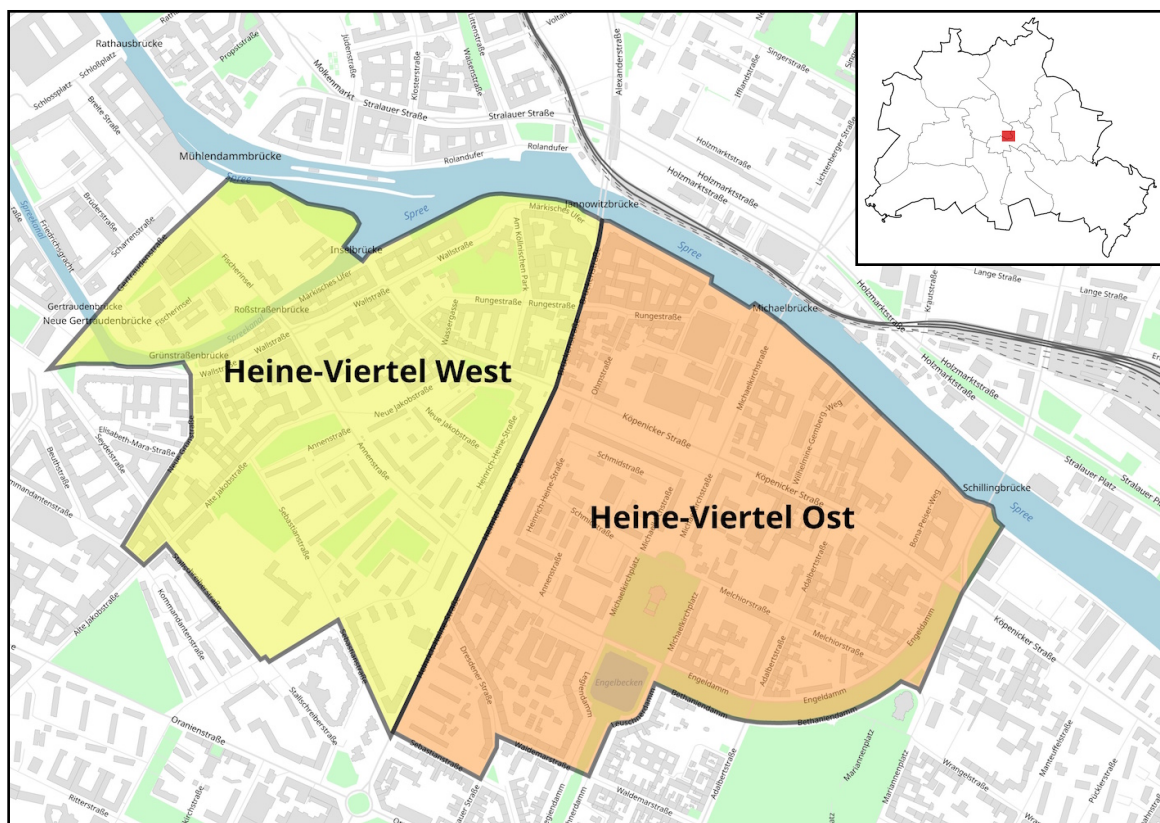


Abbildung 2: Planungsräume Heine-Viertel West und Heine-Viertel Ost

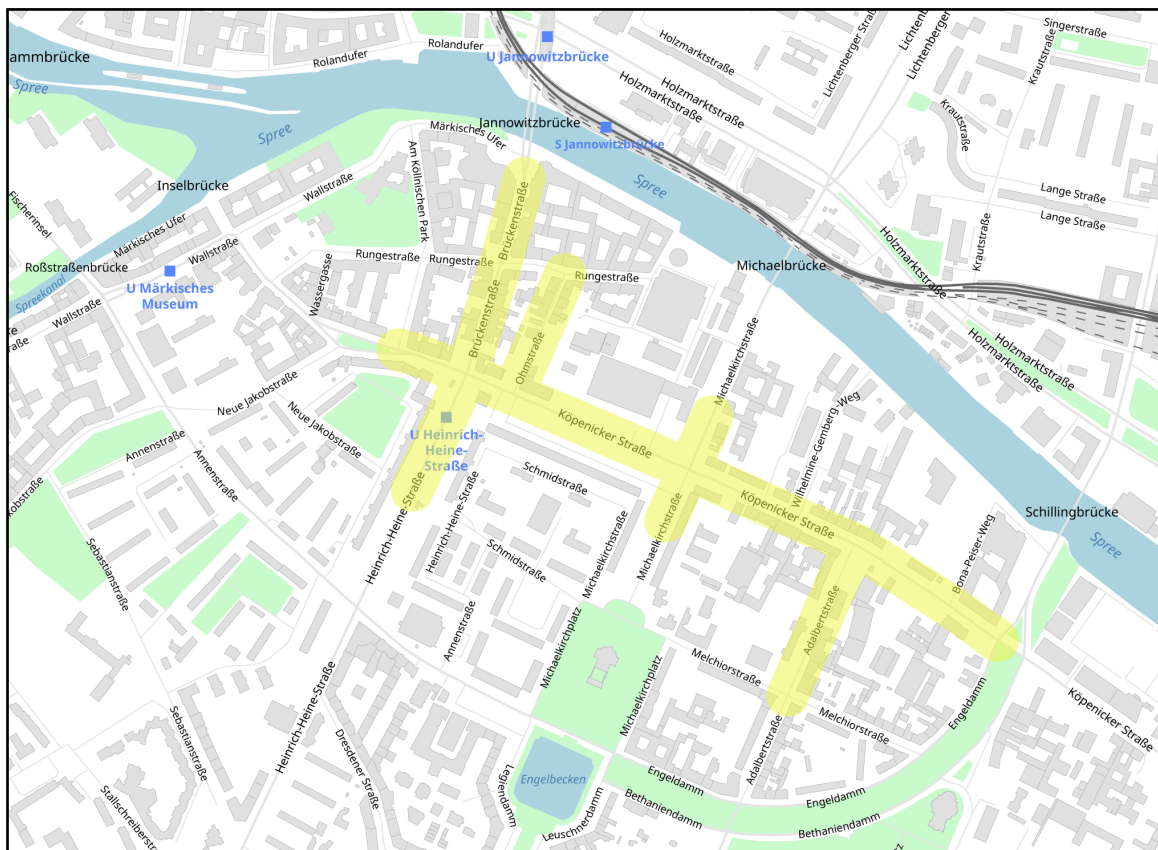


Abbildung 3: Untersuchungsrelevante Straßenzüge (engeres Untersuchungsgebiet)

lebt demnach im Vergleich zum Berliner Altersdurchschnitt eine ältere Anwohnerschaft. Beide Planungsräume zeigen laut dem Monitoring Soziale Stadtentwicklung eine relativ zum gesamten Bezirk Mitte geringe Dichte an sozialen Problemen.¹¹ Über den Berliner Mietspiegel wird eine Einstufung der Wohnlagen vorgenommen. In dieser weisen die Planungsräume eine überwiegend mittlere Wohnlage auf, wobei die Köpenicker Straße und das Gebiet nördlich der Köpenicker Straße als überwiegend einfache Wohnlage gelten.¹²

Eine zu Beginn der Untersuchung durchgeführte systematische Erfassung der Nördlichen Luisenstadt ermöglichte eine genauere Eingrenzung der untersuchungsrelevanten Straßenzüge. Hierbei wurden Hintergrundrecherchen und Gespräche, verfügbare ortsbezogene Daten sowie Wissen aus ersten Begehungen des Gebiets einbezogen. Das daraus hervorgehende, engere Untersuchungsgebiet umfasst im Wesentlichen den einen Kilometer langen Abschnitt der Köpenicker Straße zwischen Schulze-Delitzsch-Platz und Engeldamm sowie die von ihr abgehenden Straßen Brückenstraße, Heinrich-Heine-Straße (bis zur Höhe Neue Jakobstraße/Schmidstraße), Ohmstraße, Michaelkirchstraße (im erweiterten Kreuzungsbereich) und Adalbertstraße (bis zur Höhe Melchiorstraße); siehe Abbildung 3.

Historische Entwicklung des Gebiets

Ein Überblick der historischen Entwicklung der Nördlichen Luisenstadt liefert eine zusätzliche Perspektive für ein Verständnis der heutigen Struktur des Stadtviertels. So werden sowohl die heterogene bauliche Zusammensetzung des Gebiets als auch unterschiedliche Nutzungen, die sich dort über die Jahre entwickelt haben, nachvollziehbar.

Im Jahr 1802 erhielt die ehemalige Köpenicker Vorstadt auf Bitte der Bürgerschaft von König Friedrich Wilhelm III. den Namen Luisenstadt. Das bis dahin weitgehend ländliche Gebiet wandelte sich mit dem Aufschwung der Industrie während des 19. Jahrhunderts erheblich und erfuhr einen „Gewerbeboom ohnegleichen“¹³. Die dichte Ansiedlung von Werkstätten und Fabriken führte zu einem massenhaften Zuzug von Arbeitsuchenden und erforderte somit auch einen umfangreichen Wohnungsbau im Gebiet. Hierfür entwarf der Landschaftsarchitekt und Stadtplaner Peter Joseph Lenné in den 1840er Jahren den Bebauungsplan, der auch den Bau des Luisenstädtischen Kanals vorsah, um die Entwässerung des Köpenicker Feldes zu sichern und einen Transportweg für das wachsende Gewerbe herzustellen.¹⁴ Innerhalb weniger Jahrzehnte wuchs die Luisenstadt zu dem am dichtesten besiedelten Stadtteil heran, erfuhr durch den Hobrecht-Plan eine Verdichtung und Flächenerweiterung bis zum Landwehrkanal und durchbrach somit die vorhandene Stadtmauer Berlins.¹⁵ Teile des 1893 errichteten Postfuhramts sowie der 1896 erbauten Eisfabrik sind bis heute erhalten und zeugen von der Köpenicker Straße als wichtigem Berliner Industrie- und Gewerbestandort um die Jahrhundertwende. Der bogenförmige Abschnitt des ehemaligen Luisenstädtischen Kanals und das Engelbecken bilden auch nach Zuschüttung und teilweisem Wiederaufbau als Grünanlage bis in die Gegenwart die charakteristische Grenzlinie zwischen Mitte und Kreuzberg, die Bezirke, in die der nördliche Teil der Luisenstadt (Mitte) als auch der südliche und östliche Teil (Kreuzberg) mit Schaffung der Stadtgemeinde Groß-Berlin 1920 aufgegangen sind.

Mit dem Zweiten Weltkrieg erlebte die Luisenstadt einen historischen Einschnitt. Als gewerbliche und industrielle Hochburg Berlins wurde sie vom Kriegsgeschehen besonders hart getroffen. Gezielte Bombenangriffe zerstörten große Teile des Stadtbilds vollkommen und hinterließen bis in die Gegenwart bestehende städtebauliche Lücken. Nach dem Krieg begann ab den späten 1950er Jahren mit dem Heinrich-Heine-Viertel der Wiederaufbau einer Wohnbebauung in der Nördlichen Luisenstadt, die nun zur DDR gehörte. Die errichteten fünf- bis zehngeschossigen, typi-

sierten Gebäude dominieren heute noch die Bebauung. Sie schafften zwar für eine Vielzahl von Menschen dringend benötigten Wohnraum, boten jedoch kaum Flächen für Geschäfte und Lokale, sodass südlich der Köpenicker Straße ein reines Wohngebiet entstand.

Der Bau der Berliner Mauer hatte für die Entwicklung der Nördlichen Luisenstadt weitreichende Folgen. Durch ihre periphere Lage hinter dem Mauerstreifen, und somit unmittelbar an den Grenzanlagen, befand sie sich „in einen toten Winkel der Stadt abgedrängt“¹⁶. Besonders bemerkbar wurde dies in unmittelbarer Nähe der Mauer, wo „die Verhältnisse wie kurz nach dem Krieg [blieben]: zerstörte Flächen, verfallene Häuser, Baracken, Brachland“¹⁷. Zeitgleich mit der Errichtung der Berliner Mauer wurde an den Ausläufern Ost-Berlins in der Köpenicker Straße das Heizkraftwerk Berlin-Mitte erbaut, dessen südlicher Trakt 1997 stillgelegt und um ein neues Kraftwerk erweitert wurde, in dem aktuell Strom und Fernwärme zur Versorgung produziert werden.

Nunmehr fast 30 Jahre nach dem Mauerfall wirken die historischen Umstände der Mauerlage immer noch auf die Beschaffenheit des Stadtgebiets nach. Seit einiger

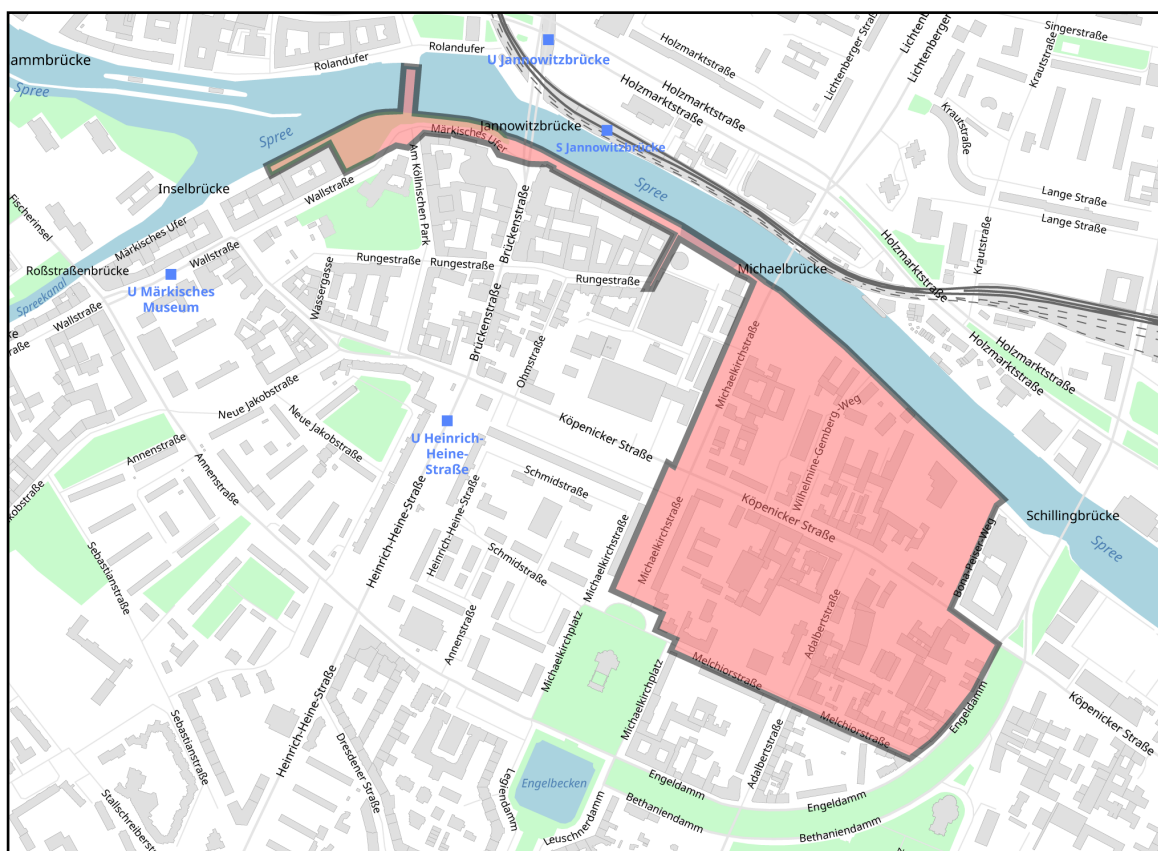


Abbildung 4: Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt

Zeit befindet es sich jedoch im Wandel. Ein Teil der Nördlichen Luisenstadt und somit des Untersuchungsgebiets wird seit 2011 als förmlich festgelegtes Sanierungsgebiet (siehe Abbildung 4) über eine Laufzeit von 15 Jahren umstrukturiert. Hierbei sollen die städtebaulichen und strukturellen Defizite, die aufgrund der jahrzehntelangen Stagnation bestehen, beseitigt werden sowie eine Aufwertung der sozialen-, kulturellen- und Bildungsinfrastruktur stattfinden. Die Bebauung von brachliegenden Grundstücken und Reaktivierung leerstehender Gebäude wird durch die Festlegung als Sanierungsgebiet ermöglicht und gefördert. Neben dieser Reurbanisierung des innerstädtischen Gebiets, ist ein weiteres zentrales Entwicklungsziel die Erschließung des Spreeufers durch einen öffentlichen Spreeuferweg.¹⁸ Das Sanierungsverfahren spielt für die weitere Entwicklung des Gebiets in näherer Zukunft eine wichtige Rolle. Die mit ihr einhergehende Umstrukturierung stellt demnach auch für die Untersuchung einen nicht zu vernachlässigenden Kontext dar, da durch die Verdichtung im Gebiet in Zukunft nicht nur in Hinblick auf die städtebauliche Struktur starke Veränderungen zu erwarten sind, sondern ebenso in Hinblick auf die soziale Infrastruktur und die Einwohnerentwicklung.¹⁹



Abbildung 5: Blick in die Brückenstraße in Richtung Norden und Eingang zum KitKatClub (Tor rechts)



Abbildung 6: Ecke Brückenstraße/Köpenicker Straße mit dem Gebäude, in dem sich ein Zugang zum U-Bahnhof und der Eingang zum Sage Club befindet (links: Brückenstraße; rechts: Köpenicker Straße)

Gegenwärtige Gebietszusammensetzung

Infolge der historischen Entwicklungen weist das Untersuchungsgebiet eine heterogene bauliche Struktur auf, bestehend aus wenigen gründerzeitlichen Altbauten, den dominierenden DDR-Plattenbauten und neuen Wohngebäuden, die bereits im Zuge der städtebaulichen Sanierung errichtet wurden. Die Hauptverkehrsstraßen Köpenicker Straße, Brückenstraße und Heinrich-Heine-Straße, die durch das Gebiet verlaufen, bilden für den innerstädtischen Verkehr West-Ost- und Nord-Süd-Verbindungsachsen. Entlang dieser Straßen kommt es zu einem hohen bis sehr hohen Straßenverkehrslärm.²⁰ Durch den U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße (U8), der sich an der Kreuzung ebenjener Straßen befindet, ist das Gebiet an den öffentlichen Nahverkehr angebunden.

Die Gebietsfläche zwischen der Spree und der Köpenicker Straße ist als gemischte Baufläche ausgewiesen.²¹ Neben überwiegend kleinteiligen Mischnutzungen, befindet sich dort auch das neue Heizkraftwerk Berlin-Mitte. Die Gebietsfläche südlich der Köpenicker Straße ist als Wohnbaufläche verzeichnet, die sich aus Wohnnut-

zungen und zugehörigen Versorgungseinrichtungen zusammensetzt. Eine Ausnahme hiervon bilden der Westliche Melchiorblock und der Östliche Melchiorblock, die auf ihrer der Köpenicker Straße zugewandten Hälfte nach aktuellem Stand ebenfalls als Mischbauflächen gekennzeichnet sind.²² Die Wohnbebauung innerhalb des engeren Untersuchungsgebiets ist in der Abbildung 10 hervorgehoben.



Abbildung 7: Gebäude an der Ecke Brückenstraße/Köpenicker Straße (links), Eingang zum Biergarten Republik Berlin (Mitte) und die Ohmstraße (rechts)



Abbildung 8: Zugang zum Kraftwerkgelände und ehemaligen Kraftwerkgebäude, in dem sich der Veranstaltungsort Kraftwerk Berlin sowie die Clubs Tresor und Ohm befinden

Neben der Wohnbebauung befinden sich innerhalb des Gebiets einige Gewerbebetriebe, die aufgrund ihrer Öffnungszeiten und Nutzungen beziehungsweise Nutzer:innen für die Untersuchung von Relevanz sind. Jenseits weiterer gastronomischer Betriebe existieren im Gebiet mehrere Imbisse, die bedingt durch ihre Öffnungszeiten in den Nachtstunden hervorzuheben sind. Während die meisten dieser Imbisse entlang der Brückenstraße vorzufinden sind, befindet sich an der Ecke Köpenicker Straße/Michaelkirchstraße sowie an der Ecke Adalbertstraße/Melchiorstraße jeweils ein weiterer Imbiss. In der Brückenstraße befinden sich ebenfalls in kurzer Distanz zueinander zwei Spätkäufe²³, ein weiterer an der Kreuzung Brückenstraße/Köpenicker Straße, sowie nochmals weitere zwei an der Kreuzung Adalbertstraße/Melchiorstraße.²⁴ In den Monaten April bis September ist ein Biergarten namens Republik Berlin auf dem Grundstück an der Ecke Köpenicker Straße/Ohmstraße geöffnet. Das Hostel und Hotel A&O Berlin Mitte (nachfolgend: A&O Hostel) erstreckt sich über ein Gebäudeensemble an der Ecke Köpenicker Straße/Adalbertstraße. Mit insgesamt 1.600 Betten stellt es eine weitere relevante Größe im Untersuchungsgebiet dar. Zu den Gästen des A&O Hostels zählen verstärkt größere Reisegruppen. Seit April 2017 besteht außerdem an der Ecke Michaelkirchstraße/Köpenicker Straße ein von Vattenfall betriebener, 1.500 m² großer und öffentlich nutzbarer Gemeinschaftsgarten, der von April bis Oktober geöffnet ist.²⁵



Abbildung 9: A&O Hostel im östlichen Bereich des Untersuchungsgebiets an der Ecke der Köpenicker Straße und Adalbertstraße

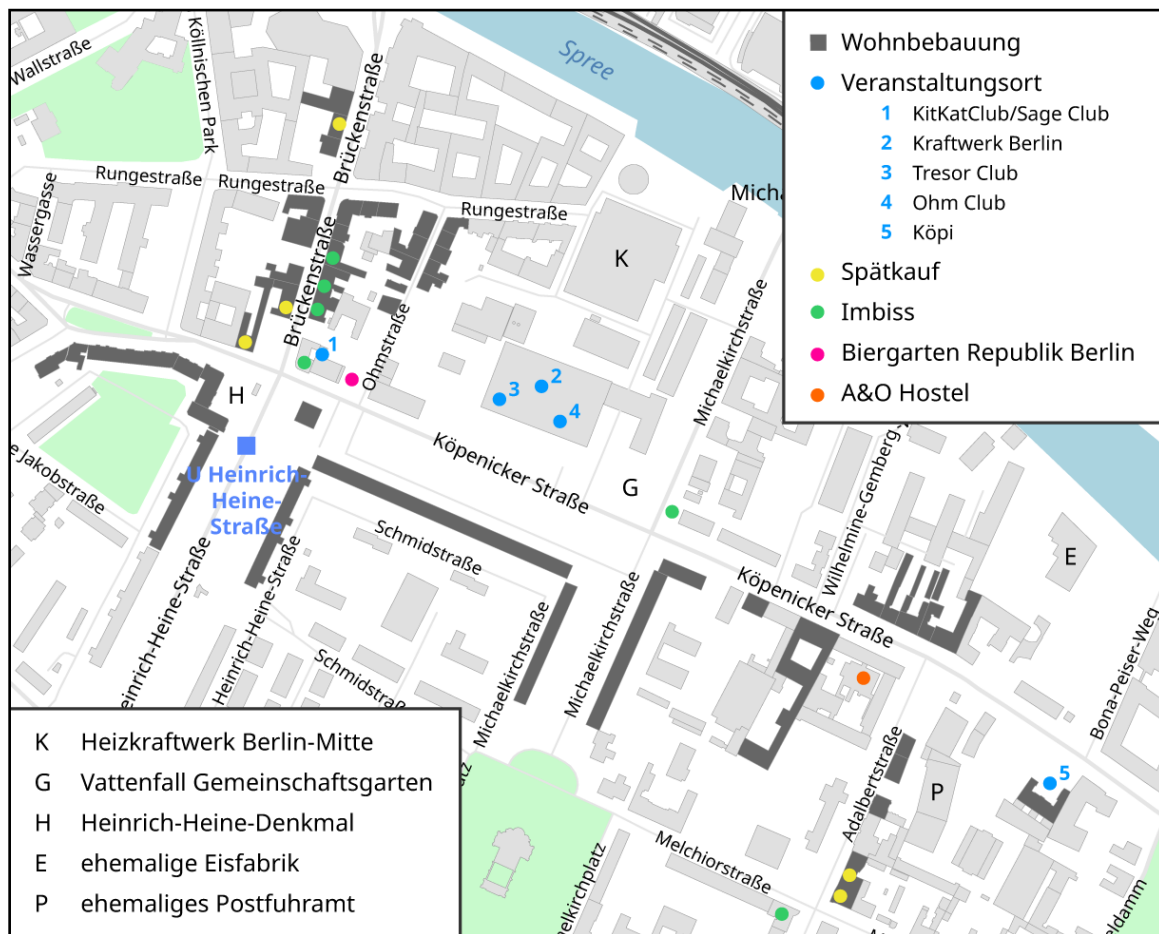


Abbildung 10: Engeres Untersuchungsgebiet mit hervorgehobener Wohnbebauung und den Standorten der verschiedenen Gewerbebetriebe

Darüber hinaus gibt es in der Köpenicker Straße mehrere Veranstaltungsorte (siehe Abbildung 10).²⁶ Hierzu gehört das Kraftwerk Berlin, das im ehemaligen Gebäude des Heizkraftwerks Raum für Großveranstaltungen wie beispielsweise Messen, Konferenzen, Konzerte und Festivals bietet. Aufgrund ihrer Bekanntheit und der regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen, sind die ansässigen Clubs hervorzuheben. Die Clubs Sage, KitKatClub, Tresor und Ohm verteilen sich über zwei Standorte im Gebiet. Der KitKatClub und Sage Club befinden sich im Eckgebäude an der Köpenicker Straße und Brückenstraße.²⁷ Im Sage Club, der seit 1997 dort besteht, findet inzwischen nur noch donnerstagabends eine Clubveranstaltung statt. Seit 2007 residiert zusätzlich der KitKatClub in den Räumlichkeiten. Dort finden regelmäßig jeden Montag, Mittwoch, Freitag, Samstag und Sonntag ab 23 Uhr sowie am Sonntag auch tagsüber Clubveranstaltungen statt. Das ehemalige Gebäude des Heizkraftwerks an der Köpenicker Straße beherbergt neben dem Kraftwerk Berlin auch die Clubs Tresor und Ohm. Mit dem Tresor befindet sich dort seit 2007 einer der be-

kanntesten Techno-Clubs Berlins mit internationalem Ansehen und Publikum.²⁸ Clubveranstaltungen finden regelmäßig in den Nächten von Montag auf Dienstag, Mittwoch auf Donnerstag, Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag statt. Überwiegend am Wochenende und mit geringerer Regelmäßigkeit finden seit 2014 im kleineren Ohm Club Veranstaltungen statt. Ein weiterer Veranstaltungsort ist die Köpi²⁹, ein selbstverwaltetes Wohn- und Kulturprojekt am östlichen Ende des Untersuchungsgebiets. Auf dem Gelände der Köpi steht ein Wohnhaus, in dem sich auch Veranstaltungsräume befinden, die unter anderem als Kneipe, für Konzerte/Partys oder als Kino genutzt werden. Auf dem Gelände bestehen ebenfalls Freiflächen und ein Wagenplatz, die mitunter auch bei Veranstaltungen genutzt werden.

Aufgrund der Konzentration von Musikveranstaltungsorten, der zentralen Lage und der Nähe zum für das Nachtleben bekannten Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg gilt insbesondere die Gegend rund um die Köpenicker Straße und Brückenstraße als nachtökonomisch und touristisch relevant. Sie zieht dementsprechend zeitweise viele Besucher:innen an. Es gibt jedoch vor Ort kaum Gastronomiebetriebe. Die Lärmspezifik ist daher hier besonders und anders gelagert als in Gebieten mit hoher Gastronomiedichte wie beispielsweise im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg (siehe Abschnitt 4.2.1).

2.2 Ausgangslage und Fragestellungen

Seit 2013 besteht der Runde Tisch Köpenicker Straße unter Leitung des Präventionsrats Mitte (siehe die Infobox zum Runden Tisch Köpenicker Straße im Abschnitt 4.2.5). In einem Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte aus dem selben Jahr wird das Ziel formuliert, dort „Konzepte abzustimmen, die sicherstellen, dass die bestehenden Lärm- und Umweltbelastungen auf ein, für alle Beteiligte[n] annehmbares Maß, reduziert werden“³⁰. Seitdem kommen am Runden Tisch Köpenicker Straße (in diesem Abschnitt nachfolgend: Runder Tisch) regelmäßig Anwohner:innen und Interessenvertreter:innen sowie Gewerbetreibende aus der Nördlichen Lusenstadt ebenso wie Vertreter:innen der Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM), Vertreter:innen der Bezirksverwaltung (Ordnungsamt, Umwelt- und Naturschutzamt) und Vertreter:innen der Polizei zusammen.³¹ Als Instrument der Bürgerbeteiligung soll er einem akteurs- und interessenübergreifenden Dialog dienen. Auf den zweimonatlich stattfindenden Sitzungen wird einerseits über Neuigkeiten informiert und sich ausgetauscht. Im Fokus stehen andererseits aber die lokalen Konflikte und Probleme, die von den verschiedenen Akteur:innen dargelegt und besprochen werden und zu denen mögliche Begegnungsstrategien und Lösungen erörtert werden.

In einem ersten Sondierungsgespräch mit dem Präventionsrat des Bezirks Mitte³² und bei ersten Teilnahmen an Sitzungen des Runden Tisches im November 2016 und Januar 2017 wurde deutlich, was im Gebiet hauptsächlich als problematisch gesehen wird³³. Hierbei wurde insbesondere nächtlicher Lärm benannt, der den Clubs und weiteren Veranstaltungsorten im Gebiet sowie deren Publikum zugeschrieben wird. Auch das A&O Hostel wird in dieser Hinsicht durch seine Gästekapazität (1.600 Betten) sowie die davor auf der Fahrbahn haltenden und selbige blockierenden Reisebusse als problematisch dargestellt. Zudem berichten Anwohner:innen über verschmutzte und vermüllte Straßen und Gehwege sowie über einen sich öffentlich abspielenden Drogenverkauf und -konsum im Gebiet.

Deutlich wurde durch die Darstellungen, dass es scheinbar zwei Problemzentren im Gebiet gibt: den Bereich Köpenicker Straße und Brückenstraße sowie den Bereich Adalbertstraße und Köpenicker Straße. Ferner werden am Runden Tisch auch über lokale Vorkommnisse hinausgehende Problematisierungen und Forderungen formuliert, beispielsweise das Fehlen und die Notwendigkeit stadtweiter Konzepte, das

als verfehlt angesehene Stadtmarketing oder die Genehmigungspraxis und unzureichende Durchsetzungskraft der Verwaltung.

Obwohl Gewerbetreibende und Anwohner:innen in der Vergangenheit einzelne Vereinbarungen trafen, beanstanden Beteiligte weiterhin die Lage, und der Fortschritt am Runden Tisch stagniert seit geraumer Zeit. Aufgrund des durch verhärtete Fronten verursachten Rückzugs einzelner Parteien vom Runden Tisch, ist ein regelmäßiger Austausch zwischen einigen involvierten Beteiligten nicht mehr gegeben. Der Runde Tisch führt laut Präventionsrat zwar auch weiterhin zu einem Dialog und Informationsaustausch, löse Probleme offenbar aber nicht in zufriedenstellendem Maße. Es fehle zudem an Klarheit darüber, was genau die problematisierten Störungen und Umstände sind und wie es zu diesen kommt.

Seitens des Präventionsrats wurde aufgrund dessen sowie aufgrund der zahlenmäßig geringen und subjektiven Darstellungen die Notwendigkeit einer klaren Problembeschreibung und eines umfangreicheren Stimmungsbildes deutlich gemacht. Durch eine nicht involvierte Partei sollte dies mithilfe wissenschaftlicher Methoden erarbeitet werden, um eine Grundlage für weitere Handlungsoptionen zu schaffen. Hier setzt die Forschungskooperation und Untersuchung an.

Die Ausgangslage macht deutlich, dass eine Problembeschreibung nicht anhand einiger weniger, klar zu benennender Indikatoren möglich ist. Notwendig ist eine differenzierte und vor allem qualitative Betrachtung. So folgte die Entscheidung, eine Untersuchung im Gebiet durchzuführen, die maßgeblich durch eine qualitative und ethnographische Methodenarbeit sowie eine sozialwissenschaftliche Analyse und Auswertung erfolgt.

Die vorliegende Untersuchung nähert sich diesem Auftrag durch das Verstehen der bestehenden Konflikte und der Bezeichnung dieser als *Nutzungskonflikte*. Nutzungskonflikte gehen aus vielfältigen, konkurrierenden Nutzungen verschiedener Akteur:innen hervor, die in ein und demselben Raum bestehen und infolge derer die Ansprüche und Interessenlagen dieser unterschiedlichen Nutzergruppen in Konflikt geraten. Grundsätzlich sind Konflikte in Städten und zwischen verschiedenen Nutzer:innen in Städten für die Stadtforschung kein neues Phänomen. Insbesondere in der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Nutzung des öffentlichen Raums finden sie bereits seit längerer Zeit Beachtung. Der Begriff der Nutzungskonflikte³⁴ erfährt jedoch erst seit etwa der Jahrtausendwende und verstärkt seit etwas mehr als zehn Jahren eine Verwendung, so in Forschungsergebnissen und -berichten³⁵, in der Darstellung von (Best-Practice-)Beispielen aus der Ver-

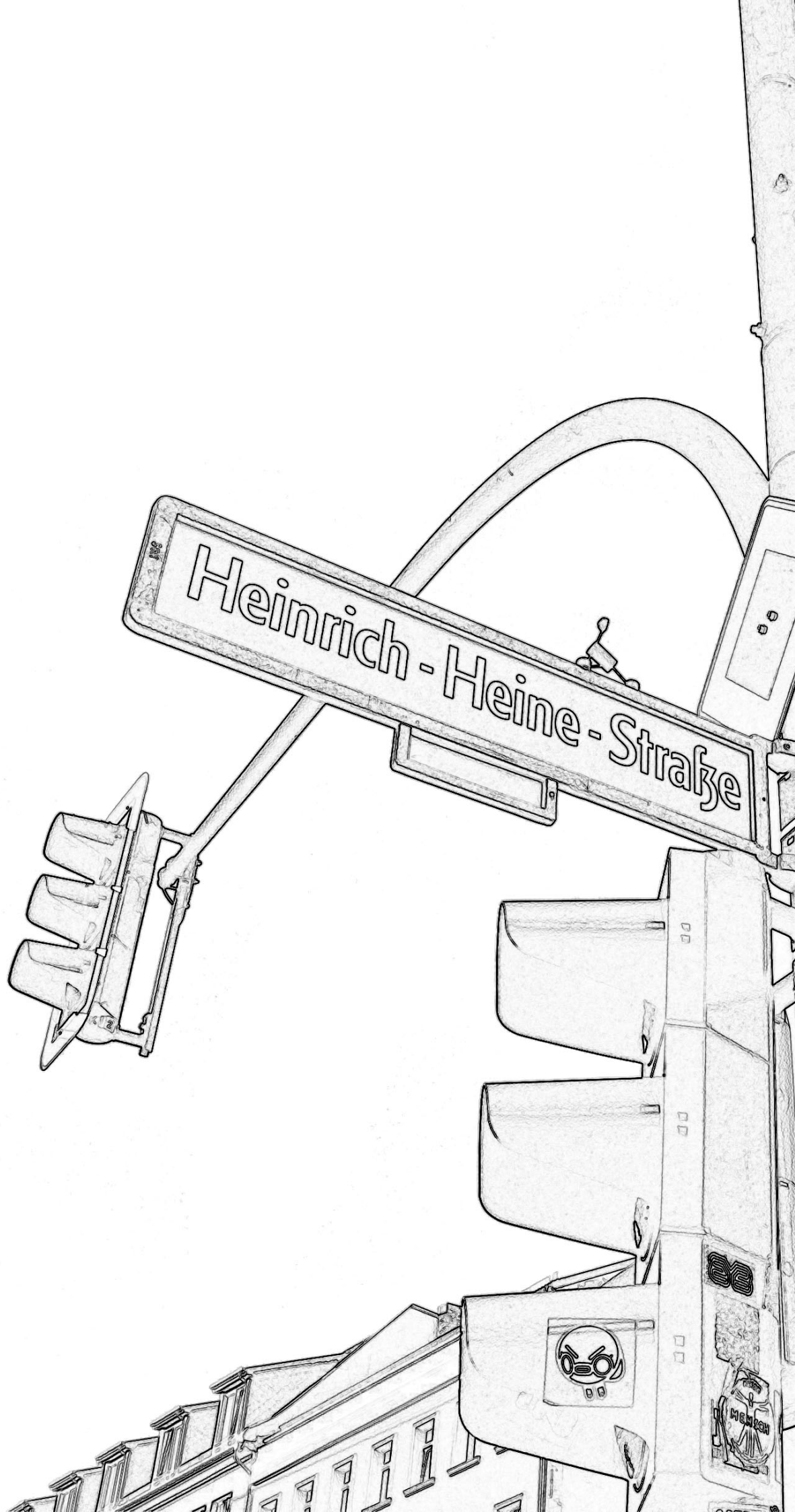
waltung und Planung³⁶ sowie in Dokumenten der Politik und Verwaltung sowie politik- und verwaltungsnaher Projekte³⁷. Die stärkere Auseinandersetzung mit Nutzungskonflikten liegt nicht zuletzt an neueren Stadtentwicklungstendenzen, wie die gezielte Nachverdichtung und Durchmischung innerstädtischer Quartiere und veränderte Nutzungen des öffentlichen Raums, die zunehmend für Nutzungskonflikte sorgen und zahlreiche Kommunen vor neue Herausforderungen stellen.³⁸ Auch in Berlin gewinnen Nutzungskonflikte an Bedeutung, sowohl für Bürger:innen als auch in der Thematisierung und Auseinandersetzung von Politik und Verwaltung; dies insbesondere in Zusammenhang mit Diskussionen um den (wachsenden) Stadttourismus und seinen Folgen. Spätestens mit der Aufnahme in die Koalitionsvereinbarung zwischen den seit dem 8. Dezember 2016 in Berlin regierenden Parteien SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen³⁹ wird die Existenz von Nutzungskonflikten in Berlin und die Herausforderung des Umgangs mit diesen auf Senats-ebene anerkannt.⁴⁰ In den einzelnen Bezirken werden Nutzungskonflikte schon länger thematisiert. Im Jahr 2012 startete beispielsweise das Projekt lokal.leben der Wirtschaftsförderung des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, um auf „spezifische Entwicklungsprobleme und akute Konfliktlagen“⁴¹ im Bezirk zu reagieren. Die dort betrachteten Gebiete Graefekiez und Wrangelkiez sind durch eine große Anzahl an gastronomischen Betrieben, darunter viele mit Außenausschank, geprägt. Hierbei ergeben sich Konflikte zwischen Anwohner:innen und Gewerbetreibenden aufgrund von Lärm. In einer wissenschaftlichen Begleitforschung, die die im Projekt lokal.leben eingesetzten kommunikativen Konfliktlösungsstrategien in den Gebieten untersuchen und bewerten sollte, wird die Konfliktlage in den untersuchten Gebieten unter anderem mit Entwicklungen der Touristifizierung des städtischen Alltags und der wachsenden Bedeutung der Nachtökonomie in Beziehung gesetzt.⁴²

Obwohl in den genannten Gebieten ein Gastronomiegewerbe und kein Veranstaltungsgewerbe vorherrscht, sind die beschriebenen Konflikte im Vergleich zu denen in der Nördlichen Lusenstadt ähnlich gelagert. Die Konfliktlinien am Runden Tisch verlaufen um divergierende, teils schwer zu vereinbarende Interessen und Ansprüche verschiedener Nutzergruppen an den geteilten öffentlichen Raum im Untersuchungsgebiet. Sie übersteigen somit einen reinen Disput zwischen Anwohner:innen und Gewerbetreibenden. Demnach handelt es sich auch in der Nördlichen Lusenstadt um Nutzungskonflikte. Um dem Erkenntnisinteresse einer differenzierten Problembeschreibung der Situation vor Ort zu folgen, ist es notwendig, dass die Untersuchung sowohl die Ebene der beobachtbaren, wiederkehrenden Phänomene

im Gebiet als auch die Problematisierungen der involvierten Akteur:innen berücksichtigt.

Die entscheidenden Erkenntnisinteressen der Untersuchung waren also die Problematisierungen der verschiedenen Akteur:innen sowie was im Untersuchungsgebiet passiert, sowohl draußen auf der Straße als auch bei Veranstaltungen, Sitzungen und so fort. Die sich somit für die Untersuchung im Kern ergebenden Fragen waren zum einen, welche Problematisierungen formuliert werden und was dabei genau problematisiert wird, von wem und wie diese Problematisierungen geäußert werden, und wie Umstände letztendlich zu Problemen werden. Zum anderen stellten sich die Fragen, welche Nutzungen im Gebiet bestehen und wie es durch diese beziehungsweise wie es zwischen diesen zu Konflikten kommt – was also tatsächlich vor Ort geschieht.

Im folgenden Abschnitt wird dargestellt, wie in der Untersuchung methodisch vorgegangen wurde, um diese Fragestellungen zu beantworten.



3 Methoden

Für die Bearbeitung der Fragestellungen entsprechend der Ausgangslage wurden verschiedene wissenschaftliche Erhebungsmethoden angewendet. Sie wurden dem Gegenstand der Untersuchung angemessen ausgewählt und kombiniert. Nach ersten Recherchen und Vorbereitungen wurde mittels einer Befragung der Anwohner:innen zunächst ein über die am Runden Tisch Köpenicker Straße geäußerten Darstellungen hinausgehendes Bild der Störungslage ermittelt. Den Problematisierungen sowie den Nutzungskonflikten im Gebiet, die vor allem als soziale Phänomene verstanden werden, wurde sich in einer qualitativen Vorgehensweise mittels ethnographischer Methoden genähert. So erfolgte eine sowohl breiter angelegte als auch tiefergehende Erhebung als mit ausschließlich quantitativen Methoden möglich gewesen wäre. Dies sollte die Komplexität der beschriebenen Probleme berücksichtigen und so, dem Ziel der Untersuchung entsprechend, eine gründliche und ausgewogene sowie eine in ihrer Vielschichtigkeit wiedergegebene Beschreibung, eben eine *differenzierte Problembeschreibung*, ermöglichen.

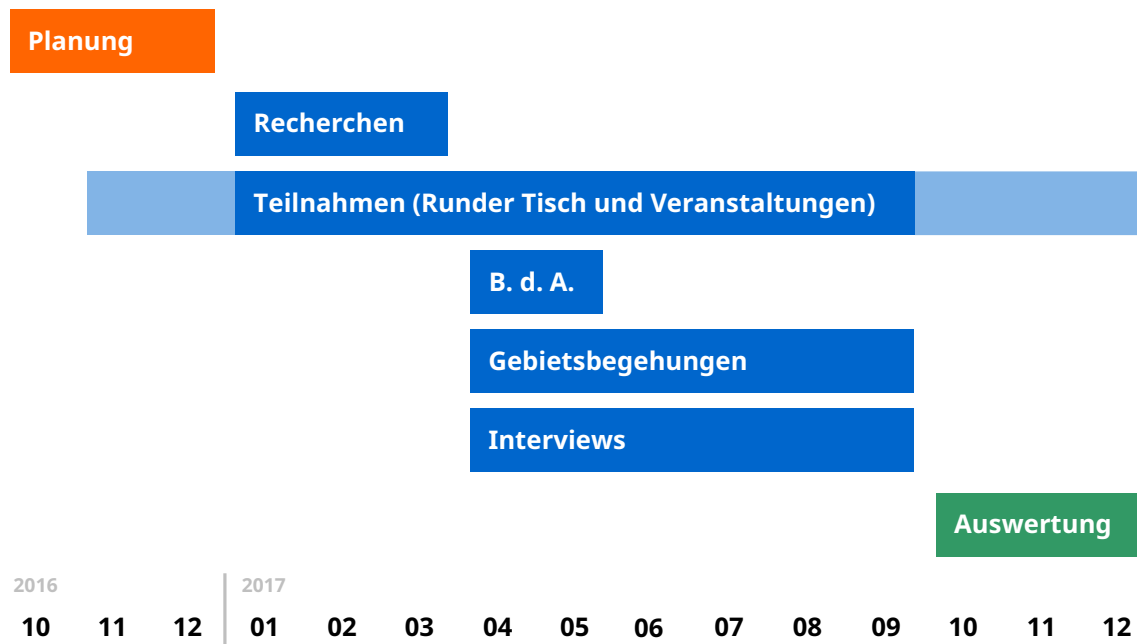


Abbildung 11: Zeitlicher Verlauf der Untersuchung

Die Untersuchung erstreckte sich insgesamt über einen Zeitraum von rund 15 Monaten (siehe **Abbildung 11**). Nachdem sich die Möglichkeit für die Forschungskooperation mit dem Präventionsrat des Bezirksamts Mitte im September 2016 ergab, erfolgte die Planung der Untersuchung von Oktober bis Dezember 2016. Von Januar bis September 2017 wurden hauptsächlich Daten erhoben. Zunächst erfolgten Recherchen und erste Begehungen des Gebiets bis einschließlich März. Von April bis Mai wurde die Befragung der Anwohner:innen durchgeführt. Systematische Begehungen des Gebiets sowie Interviews wurden im Zeitraum von April bis September durchgeführt. Teilnahmen an Sitzungen des Runden Tisches Köpenicker Straße und anderen Veranstaltungen im und bezogen auf das Gebiet erfolgten von Januar bis September; an den Sitzungen des Runden Tisches Köpenicker Straße nahmen Mitglieder der Forschungsgruppe bereits im November 2016 und auch noch nach Abschluss der Datenerhebungsphase teil. Ab Oktober 2017 erfolgte eine intensive Phase der Auswertung der erhobenen Daten, auf deren Grundlage letztendlich der vorliegende Abschlussbericht erarbeitet wurde. Vor der intensiven Auswertungsphase erfolgte im September 2017 außerdem eine erste Auswertung und eine Vorstellung der Zwischenergebnisse bei einer öffentlichen Veranstaltung.⁴³

Nachfolgend werden das methodische Vorgehen und die Auswertungsweise der Befragung der Anwohner:innen sowie die qualitativen, ethnographischen Methoden detailliert erläutert.

3.1 Befragung der Anwohner:innen

Um ein über die am Runden Tisch Köpenicker Straße geäußerten Darstellungen hinausgehendes und folglich umfangreicheres Bild zu erhalten, wurde eine Befragung der vor Ort lebenden Anwohner:innen entwickelt und durchgeführt. Aufgrund des Untersuchungsfokus auf Nutzungskonflikte zielte die Befragung auf die Erfassung wahrgenommener Störungen beziehungsweise Belastungen (und damit ferner auf wahrgenommene Probleme) im unmittelbaren Wohngebiet ab. So sollten außerdem Zusammenhänge zwischen den wahrgenommenen Problemen und unterschiedlichen Orten im Gebiet sowie, falls existent, bisher ungehörte Problematisierungen aufgespürt werden.

Um möglichst viele Haushalte befragen zu können und die Zahl von Ablehnungen oder Abbrüchen aufgrund eines zu langen Fragenkatalogs zu minimieren, bestand die Befragung im Kern aus einer einzigen Frage: „Gibt es etwas in Ihrer unmittelbaren Wohnumgebung, das Sie persönlich als störend oder belastend empfinden?“ Die Frage enthält die auf dem Wissen über die Ausgangslage beruhende Annahme, dass Störungen oder Belastungen bei zumindest einigen Menschen im Untersuchungsgebiet bestehen würden. Die offene Formulierung sollte jedoch vermeiden, dass das Bestehen von Störungen oder Belastungen grundsätzlich vorausgesetzt wird, wie es beispielsweise bei der eine negative Beantwortung bereits ausschließende Frage „Was stört oder belastet Sie in Ihrer unmittelbaren Wohnumgebung?“ der Fall gewesen wäre. Ebenfalls sollte so vermieden werden, dass konkrete Störungen oder Belastungen bereits nahegelegt werden, wie es beispielsweise bei der Frage „Welche der folgenden Phänomene empfinden Sie in Ihrer unmittelbaren Wohnumgebung als störend oder belastend?“ der Fall gewesen wäre. Dementsprechend wurden auch keine Antwortmöglichkeiten vorgegeben. Jedoch wurden die Äußerungen beziehungsweise Antworten in einem Fragebogen mit vordefinierten Antwortkategorien (siehe **Abbildung 12**) festgehalten, um die Antworten systematisch, zudem schnell und möglichst vollständig erfassen zu können. Der Fragebogen mit dem vordefinierten Antwortraster war für die Befragten während der Befragung aus oben genannten Gründen nicht einsehbar; eine Einsicht in den ausgefüllten Fragebogen im Anschluss an die Befragung wurde auf Nachfrage jedoch stets gewährt. Das vorgegebene Antwortraster wurde auf der Grundlage der in der ersten Phase der Untersuchung gewonnen Erkenntnisse (vor allem vom Präventionsrat und am Runden Tisch Köpenicker Straße dargestellten Störungen und Belastungen sowie unseren darüber hinausgehenden Recherchen) definiert. Mithilfe der

Kategorie	Ort	Kommentar/Notizen
<input type="checkbox"/> Lärm		
<input type="radio"/> Straßenverkehr		
<input type="radio"/> Passant:innen		
<input type="radio"/> Baumaßnahmen		
<input type="radio"/> Veranstaltungen/Musik		
<input type="checkbox"/> Verunreinigung/Müll		
<input type="checkbox"/> Vandalismus		
<input type="radio"/> Zerstörungen		
<input type="radio"/> Graffiti		
<input type="radio"/> Plakatieren/Bekleben		
<input type="checkbox"/> Wildpinkeln		
<input type="checkbox"/> Drogen		
<input type="radio"/> Verkauf		
<input type="radio"/> Konsum		
<input type="checkbox"/> Sonstiges		
<input type="checkbox"/> Nichts		

Abbildung 12: Antwortkategorien des Fragebogens für die Befragung der Anwohner:innen

Kategorie *Sonstiges* konnten nicht abgebildete Aspekte erfasst werden, die Kategorie *Nichts* erfasste den Fall, dass nichts als störend beziehungsweise belastend wahrgenommen wurde und schloss alle anderen Kategorien aus.

Die Kategorien *Lärm*, *Vandalismus* und *Drogen* wurden durch Unterkategorien ergänzt, die ebenfalls auf Grundlage bisheriger Erkenntnisse ausgewählt wurden. Bei einer entsprechenden Nennung wurden Haupt- und Unterkategorie markiert. Zudem wurde versucht, mit Störungen in Verbindung gebrachte, konkrete Orte zu erfassen, sowie Notizen gemacht, falls näher auf die Ursachen oder Spezifika von Störungen eingegangen wurde.⁴⁴ Da dies nicht immer der Fall war, konnten Unterkategorien, konkrete Orte und Notizen nur bei einem Teil der Haushalte festgehalten werden. Die betreffenden Aussagen in der Auswertung sind daher nicht gleichbedeutend mit den anderen Aussagen und können nur gewisse Tendenzen abbilden.

Nach einer Erfassung aller Wohngebäude im Untersuchungsgebiet wurden die Wohngebäude entlang der in der Untersuchung zentralen Straßen Köpenicker Straße, Brückenstraße, Ohmstraße und Adalbertstraße für die Befragung ausge-

wählt.⁴⁵ Aufgrund vermuteter unterschiedlicher Problemspezifika in verschiedenen Teilen des Untersuchungsgebiets wurden die ausgewählten Wohngebäude in fünf Teilgebiete unterteilt (Brückenstraße, Köpenicker West, Ohmstraße, Köpenicker Zentrum, Köpenicker Ost⁴⁶; siehe Abbildung 13), um diese in der Befragungsauswertung getrennt voneinander und vergleichend beurteilen zu können.

Die Befragungen wurden, aufgeteilt in mehrere Durchführungstage, nachmittags bis abends an verschiedenen Wochentagen, mit Ausnahme von Sonntagen, in den Monaten April und Mai 2017 durchgeführt.⁴⁷ Es wurde bei jeder Wohnung der in der abgebildeten Karte markierten Wohngebäude geklingelt, insgesamt bei 1.451 Wohnungen.⁴⁸ Dabei wurden nicht Einzelpersonen, sondern die Wohnungen, also Haushalte erfasst. Öffneten bei einer Wohnung mehrere Personen, wurden ihre Aussagen als ein Datensatz erfasst. Insgesamt konnten so 302 Haushalte (21 %) befragt werden.

Bei der Durchführung der Befragung wurde auf die Erhebung zusätzlicher Merkmale, wie beispielsweise das Alter, das Geschlecht, der Sozialstatus der Haushalte/Per-

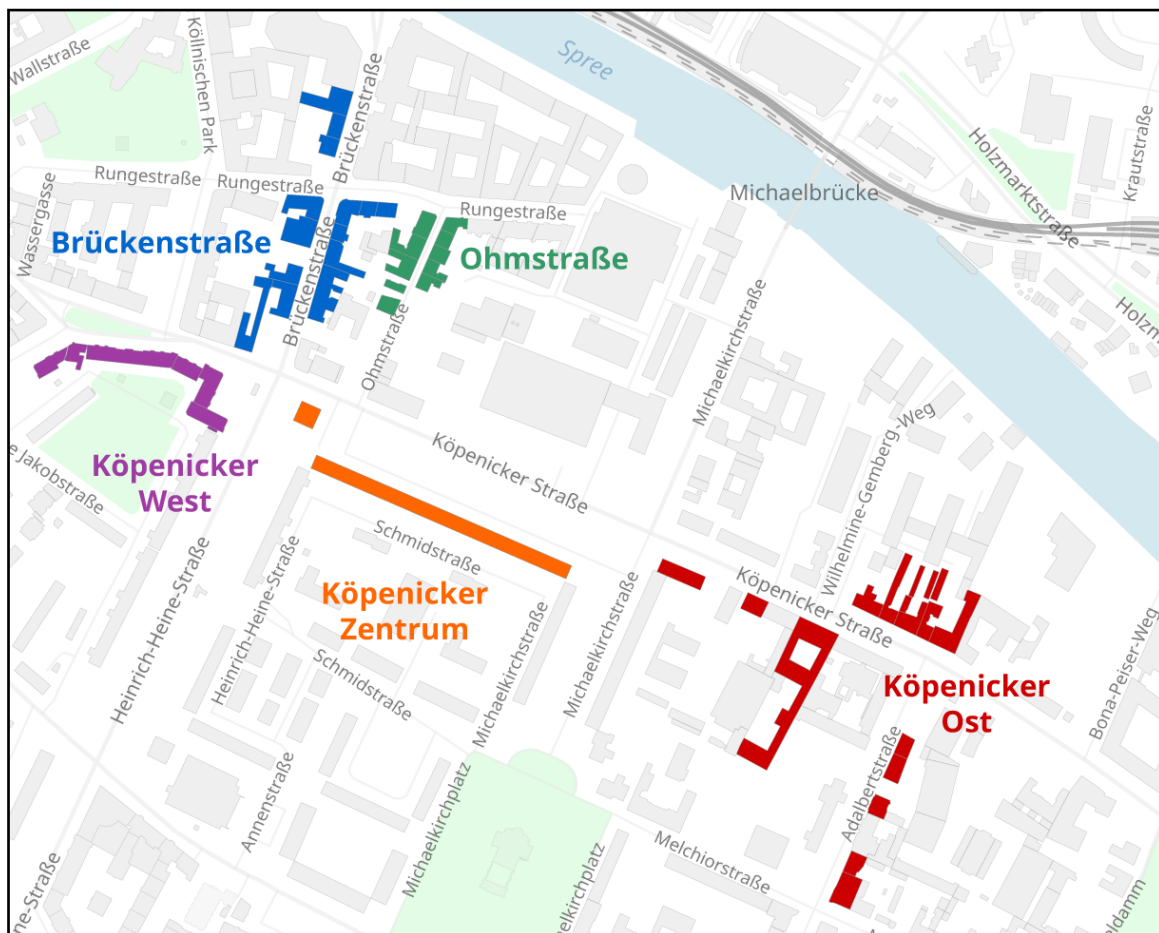


Abbildung 13: In der Befragung einbezogene Wohngebäude, unterteilt in die fünf Teilgebiete

sonen, die Anzahl der dort lebenden Personen, die Art der Nutzung des öffentlichen Raums, oder die Lage der Wohnung (zur Straßenseite oder nicht) verzichtet. Einerseits sollte der Aufwand begrenzt und die Befragung nicht intrusiv und damit abschrecken wirken. Andererseits war die Erfassung weiterer Merkmale insofern für das Ziel der Befragung nicht von Relevanz, da das Hauptkenntnisinteresse in diesem ersten Schritt war, welche Störungen beziehungsweise Belastungen im Untersuchungsgebiet (grundsätzlich und unabhängig von oben genannten Merkmalen) von den Bewohner:innen mit welcher Häufigkeit genannt werden. Den Problematisierungen wurde anschließend mithilfe weiterer, qualitativer Methoden nachgegangen, die im folgenden Unterabschnitt vorgestellt werden.

3.2 Ethnographie

Im Zentrum ethnographischer Forschung steht die Betrachtung sozialer und alltäglicher Phänomene, wie beispielsweise das Zusammenleben in der Stadt. Um Daten aus solchen und über solche Alltagssituationen zu erheben, müssen Forscher:innen sich an den Ort beziehungsweise vielmehr an *die Orte* des Geschehens begeben und gegenstandsbezogene Methoden auswählen. Sie müssen Überlegungen anstellen, mit welchen Methoden welche Daten erhoben werden können, um abhängig vom spezifischen Forschungskontext passende Erhebungsmethoden zu finden. Denn relevante Aspekte finden sich an ganz unterschiedlichen Orten (beispielsweise im öffentlichen Raum oder bei Sitzungen), bei unterschiedlichen Akteur:innen und in unterschiedlichen Situationen sowie verschiedenen Quellen (beispielsweise in Stadtteilzeitungen oder in Gesetzestexten).⁴⁹ In diesem Sinne wurden für die Bearbeitung der Fragestellung dieser Untersuchung verschiedene Erhebungsmethoden im Hinblick auf die Ausgangslage, die Fragestellung und die im Verlauf der Forschung neu hinzukommenden Fragen miteinander kombiniert.

Teilnehmende Beobachtung

Die teilnehmende Beobachtung ist eine zentrale Erhebungsmethode der Ethnographie. Sie ist motiviert durch den Anspruch der Forscher:innen vor Ort zu sein. Dies bedeutet, Situationen systematisch und *von innen* zu erleben, sie jedoch mit einer nicht-vertrauten Sichtweise und somit *von außen* wahrzunehmen. Kennzeichnend ist zudem eine Teilnahme an Situationen und Aktivitäten, wobei dies beziehungsweise der Grad der Teilnahme von der Situation und dem Untersuchungsfokus abhängt sowie forschungsethischen und -praktischen Grenzen unterliegt. So kam die Methode in dieser Untersuchung an den Sitzungen des Runden Tisches Köpenicker Straße und einigen anderen Veranstaltungen zum Einsatz. Die teilnehmenden Beobachtungen fanden stets in der Rolle der Forscher:innen statt, mit dem Ziel, sich mit den Situationen vertraut zu machen, ohne dabei die Distanz zwischen Forscher:in und anderen Akteur:innen aufzulösen.⁵⁰ Entscheidend für die Methode ist, dass das Erlebte und Beobachtete schriftlich festgehalten wird. Bei den genannten Teilnahmen wurden Notizen gemacht, die im Nachhinein zu dichten Texten, sogenannten Feldsequenzen, ausformuliert wurden.⁵¹ Die Sitzungen des Runden Tisches Köpenicker Straße stellten einen Ausgangspunkt dar. Sie halfen dabei, Kontakte zu Gesprächspartner:innen zu knüpfen und die Entwicklungen im Gebiet zu verfolgen. Gleichzeitig ermöglichten die Teilnahmen aber auch, den Runden Tisch

Köpenicker Straße selbst zum Gegenstand der Forschung zu machen (siehe Abschnitt 4.2.5).

Gebietsbegehungen

Neben der Frage, welche Störungen jenseits des Runden Tisches Köpenicker Straße problematisiert wurden (siehe Abschnitt 3.1), stellte sich die Frage, wie die Problematisierungen beziehungsweise benannten Störungen noch genauer in den Blick genommen werden können. Um dieser Frage nachzugehen, wurden Begehungen im Gebiet durchgeführt, bei denen zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten erfasst wurde, was im Gebiet passiert.⁵² Daraus ergibt sich zwar kein Anspruch auf eine umfassende Erhebung, dennoch konnten durch die Vielzahl an im Gebiet verbrachten Stunden wiederkehrende Muster herausgearbeitet werden. Somit konnte ein Bild des Gebiets in Bezug zur Frage nach vorkommenden Nutzungskonflikten gezeichnet werden.

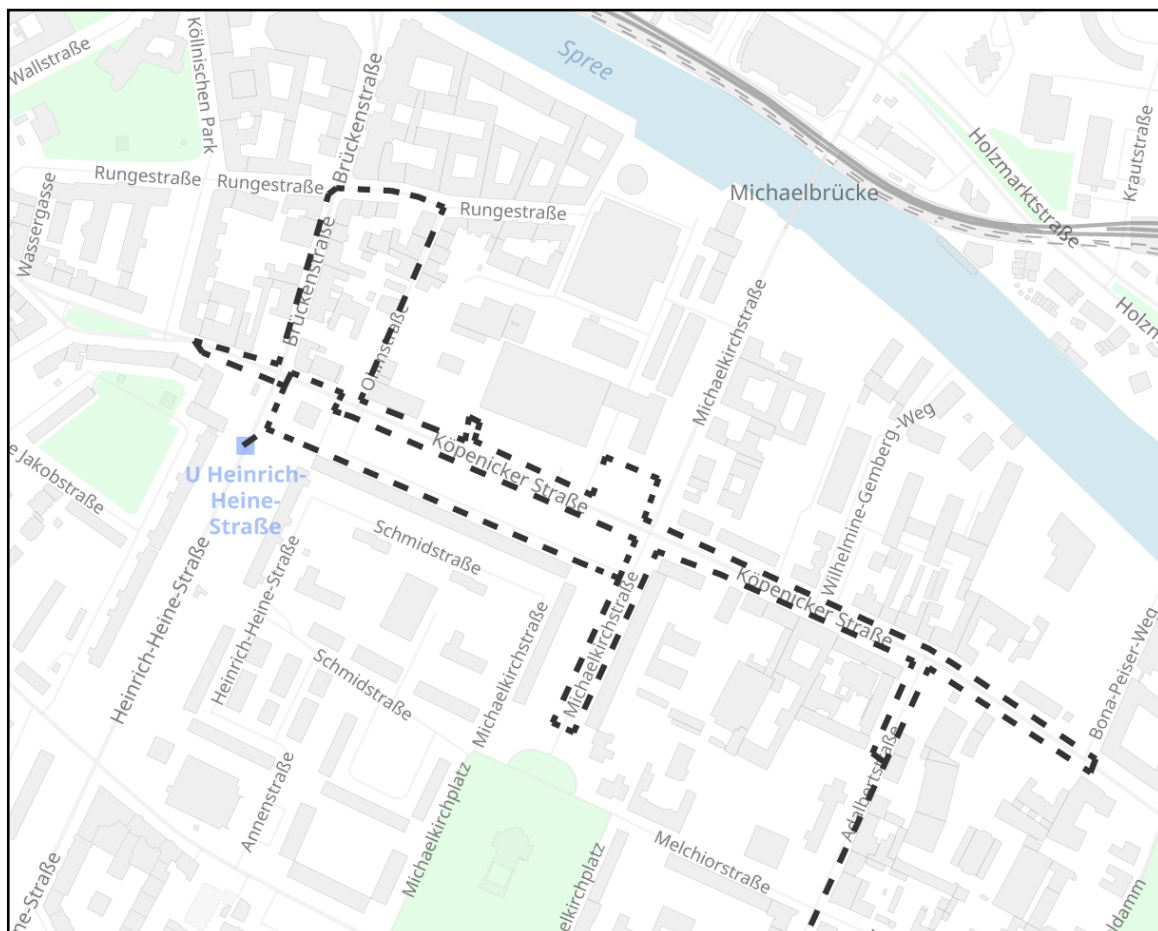


Abbildung 14: Laufpfad und Haltepunkte einer beispielhaften Gebietsbegehung

Die Begehungen wurden von April bis September 2017 an allen Wochen- und Wochenendtagen sowie zu allen Tages- und Nachtzeiten durchgeführt. Insgesamt wurden Begehungen im Umfang von 160 Stunden durchgeführt. Es wurde der Zeitraum der Frühjahrs- und Sommermonate gewählt, da von Betroffenen darauf hingewiesen wurde, dass die Störungsintensität in diesen Monaten besonders hoch sei. Das Gebiet wurde von verschiedenen Startpunkten aus, meist über eine Dauer von zwei bis vier Stunden, in unterschiedlichen Routen abgelaufen. Dabei wurde an bestimmten Orten für eine längere Zeit verweilt, um die Situation genauer, und nicht nur im Vorbeigehen, zu beobachten (siehe Abbildung 14). Mithilfe eines Diktiergerätes wurden Beobachtungen (und Gehörtes) während der Begehung beschrieben und aufgenommen, und diese im Nachhinein zu Feldsequenzen verschriftlicht (wie oben beschrieben). So wurden die Beobachtungen für eine spätere Auswertung festgehalten. Tage und Zeiten der Begehungen wurden so gewählt, dass sowohl an vermeintlich ruhigen Tagen, als auch an von Teilnehmer:innen des Runden Tisches Köpenicker Straße beschriebenen Problemtagen, wie beispielsweise zu Großveranstaltungen oder am Wochenende, beobachtet wurde.

Qualitative Interviews

Um eine detaillierte Problembeschreibung erstellen zu können, die die Sicht aller Akteur:innen des Gebiets erfasst, waren von der Befragung der Anwohner:innen (siehe Abschnitt 3.1) unabhängige Interviews mit den verschiedenen Akteur:innen notwendig. Diese dienten zum einen dazu, ein differenzierteres Verständnis der Perspektiven der Akteur:innen zu erlangen und Ergebnisse aus Teilnahmen und Begehungen besser einordnen zu können. Zum anderen ermöglichten Interviews einen tieferen Einblick in die Erfahrungswelten der befragten Personen und somit eine Betrachtung der jeweiligen Perspektive auf ein Thema, wie und warum etwas für die jeweilige Person zum Problem wird als auch wie mit den beschriebenen Problemen umgegangen wird.

Qualitative Interviews mit verschiedenen Akteur:innen wurden ebenfalls zwischen April und September 2017 geführt. Teilweise wurde der Kontakt zu ihnen über den Runden Tisch Köpenicker Straße hergestellt, teilweise wurden sie direkt kontaktiert. Insgesamt wurden 25 Interviews geführt, darunter neun Interviews mit Anwohner:innen⁵³ sowie 16 mit den folgenden Akteur:innen beziehungsweise Stellen und Institutionen: KitKatClub, Sage Club, Tresor Club und Kraftwerk Berlin, Clubcommission Berlin⁵⁴, Biergarten Republik Berlin, A&O Hostel, Bürgerverein Luisenstadt e. V., Polizeiabschnitt 32, Ordnungsamt (des Bezirksamt Mitte)⁵⁵, Umwelt-

und Naturschutzamt (des Bezirksamt Mitte), Sozialraumorientierte Planungskoordination (des Bezirksamt Mitte), Sanierungsverwaltungsstelle (des Bezirksamt Mitte, zuständig für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt), Fraktion Die Linke der Bezirksverordnetenversammlung Mitte, Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte (WBM), Fixpunkt e. V, Abteilung Städtebauliche Kriminalprävention des Landeskriminalamts Berlin. Die Interviews mit Anwohner:innen wurden entlang eines einheitlich strukturierten Leitfadens geführt. Die Interviews mit den anderen Akteur:innen bestanden aus einem für die Akteur:innen spezifischen Fragenkatalog mit jeweils gegenstandsbezogenen Fragen. Die Interviews dauerten je nach Situation zwischen 30 und 90 Minuten.

Qualitative Datenanalyse

Es erfolgte eine qualitative Datenanalyse. Ziel dieses Prozesses war es, Themenfelder herauszuarbeiten, innerhalb derer die unterschiedlichen Problematisierungen und beobachteten Phänomene und die Zusammenhänge zwischen ihnen dargestellt werden können. Dafür wurde das gesamte textliche Datenmaterial (unterteilt in Feldsequenzen aus teilnehmenden Beobachtungen, Feldsequenzen aus Gebietsbegehungen, Interviewtranskripte, Sitzungsprotokolle⁵⁶, Berichterstattung/Presseartikel⁵⁷, weitere Dokumente⁵⁸) mehrfach gesichtet und gelesen. Textabschnitte wurden dabei und daraufhin in größtenteils manueller Arbeit kategorisiert; dies geschah mithilfe von Markierung (sogenannten Kodierungen) mit Begriffen und zusammenfassenden Aussagen, die im Laufe des Prozesses erweitert und systematisiert wurden. Darauf aufbauend erfolgte schlussendlich eine manuelle sowie teilautomatisierte Auswertung, die einerseits quantitative Aussagen über relative Häufigkeiten (beispielsweise Nennungen bestimmter Aspekte oder das Auftreten bestimmter Situationen in den Feldsequenzen der Begehungen) ermöglicht sowie andererseits und insbesondere Themen, Dimensionen und Muster identifizierbar und so Aussagen über Bedeutungen, Zusammenhänge und Repräsentationen möglich macht; bei qualitativen Daten ist (wohlgemerkt ebenso wie bei quantitativen Daten) eine Interpretationsebene vorhanden. Dieser Prozess erfolgte mithilfe einer Software zur computergestützten qualitativen Daten- und Textanalyse.

Warum Ethnographie?

Ethnographie ist eine Forschungsstrategie, die soziale und alltägliche Phänomene ins Zentrum des Interesses stellt⁵⁹ – in diesem Fall die Untersuchung der Nutzungskonflikte in der Nördlichen Luisenstadt. Eines der zentralen Themen der Untersu-

chung war Lärm (siehe Infobox zu Lärm im Abschnitt 4.2.1). An diesem Thema lässt sich der Ansatz, den wir mit der ethnographischen Vorgehensweise verfolgen, gut illustrieren. Zu Beginn der Forschung wurde häufig die Frage gestellt, ob und wann innerhalb der Untersuchung Lärmmessungen vorgenommen würden. Das Thema Lärm ethnographisch zu erforschen heißt, die aus Lärm hervorgehenden Konflikte und die damit zusammenhängenden Problematisierungen zu betrachten, sie also als soziale Phänomene zu fassen und zu untersuchen. Ins Zentrum rückt dabei nicht die Frage, wie laut es in einem normativ-rechtlichen oder einem physikalisch-akustischen Verständnis *wirklich* ist, sondern wie, wann und wodurch Lärm für wen problematisch wird. Lärm in diesem Sinne als soziales Phänomen zu untersuchen heißt darüber hinaus in den Blick zu nehmen, wie an der Lösung von damit verbundenen problematisierten Sachverhalten sowie an der Auflösung von entsprechenden Kontroversen gearbeitet wird und wieso womöglich eine Bearbeitung des Themas scheitert und Frust erzeugt; mit welchen Nutzungen und mit welchen Bedingungen dies zusammenhängt; inwiefern die beschriebenen Problematisierungen von verschiedenen Akteur:innen unterschiedlich oder ähnlich eingeschätzt werden; und auf welche möglichen Lösungen diese Zusammenhänge hindeuten. Diese Perspektive geht über eine objektive Messbarkeit hinaus. Sie richtet vielmehr den Blick auf die Interaktionen der Menschen entlang von Nutzungskonflikten und damit darauf, wie Zusammenleben in der Stadt funktioniert – und an welchen Stellen es problematisch wird.

Ethnographie, wie sie hier verstanden wird, lässt keine Schlüsse aus flüchtigen Beobachtungen zu. Erst durch die Fülle an Daten und die dadurch möglich werdende Breite und Tiefe der Beschreibungen des jeweiligen sozialen Phänomens, entsteht die besondere Leistung von Ethnographie.⁶⁰ Auf diese Weise können Zusammenhänge und entsprechende Handlungspotenziale herausgearbeitet werden, die von den jeweiligen Akteur:innen des Gebiets selbst nicht zwingend direkt wahrnehmbar sind. Eine solche Herangehensweise ermöglicht beispielsweise verschiedene Problematisierungen eines Themas detailliert herauszuarbeiten und neben einander stehen zu lassen, anstatt sie zu verkürzen. Es ist jedoch weder möglich noch der Anspruch von Ethnographie, einzelne lebensweltliche Realitäten der Akteur:innen gänzlich zu erfassen oder gar abzubilden. Anstelle dessen können Themen wie Lärm im Untersuchungsgebiet als vielschichtige, von verschiedenen Akteur:innen unterschiedlich problematisierte Phänomene dargestellt werden. Dadurch wird eine differenzierte Betrachtung der im Untersuchungsgebiet bestehenden Nutzungskonflikte möglich.

Brückenstraße

KÖ

JUST

4 Ergebnisse

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse der Untersuchung vorgestellt. Zuerst werden die Ergebnisse der Befragung der Anwohner:innen dargestellt. In der folgenden Problembeschreibung erfolgen differenzierte Problembeschreibungen einzelner Teilaspekte, die sie sich insbesondere aus der Auswertung der mit ethnographischen Methoden erhobenen Daten ergeben haben. Zum Schluss folgt eine Zusammenfassung der Ergebnisse.

4.1 Befragung der Anwohner:innen

Die Befragung der im Untersuchungsgebiet lebenden Anwohner:innen zielte darauf ab, die von ihnen in ihrem unmittelbaren Wohngbiet wahrgenommenen Störungen beziehungsweise Belastungen (und damit ferner wahrgenommene Probleme) zu erfassen und so auch ein über die am Runden Tisch Köpenicker Straße geäußerten Darstellungen hinausgehendes und folglich umfangreicheres Bild zu erhalten (siehe Abschnitt 3.1). Es konnten Antworten von 302 Haushalten mithilfe der vorgesehenen Fragebögen erfasst werden. Dies entspricht einem Anteil von 21 %⁶¹ aller im für die Befragung ausgewählten Gebiet einbezogenen Haushalte (1.451).⁶²

Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl der Wohnungen in den fünf vordefinierten Teilgebieten (Brückenstraße, Köpenicker West, Ohmstraße, Köpenicker Zentrum, Köpenicker Ost; siehe Abbildung 15) verteilen sich die befragten Haushalte unterschiedlich auf die Teilgebiete (siehe Abbildung 16). Im Teilgebiet Köpenicker Zentrum wurden mit 128 Haushalten am meisten Haushalte (42 %) befragt. Mit 88 be-

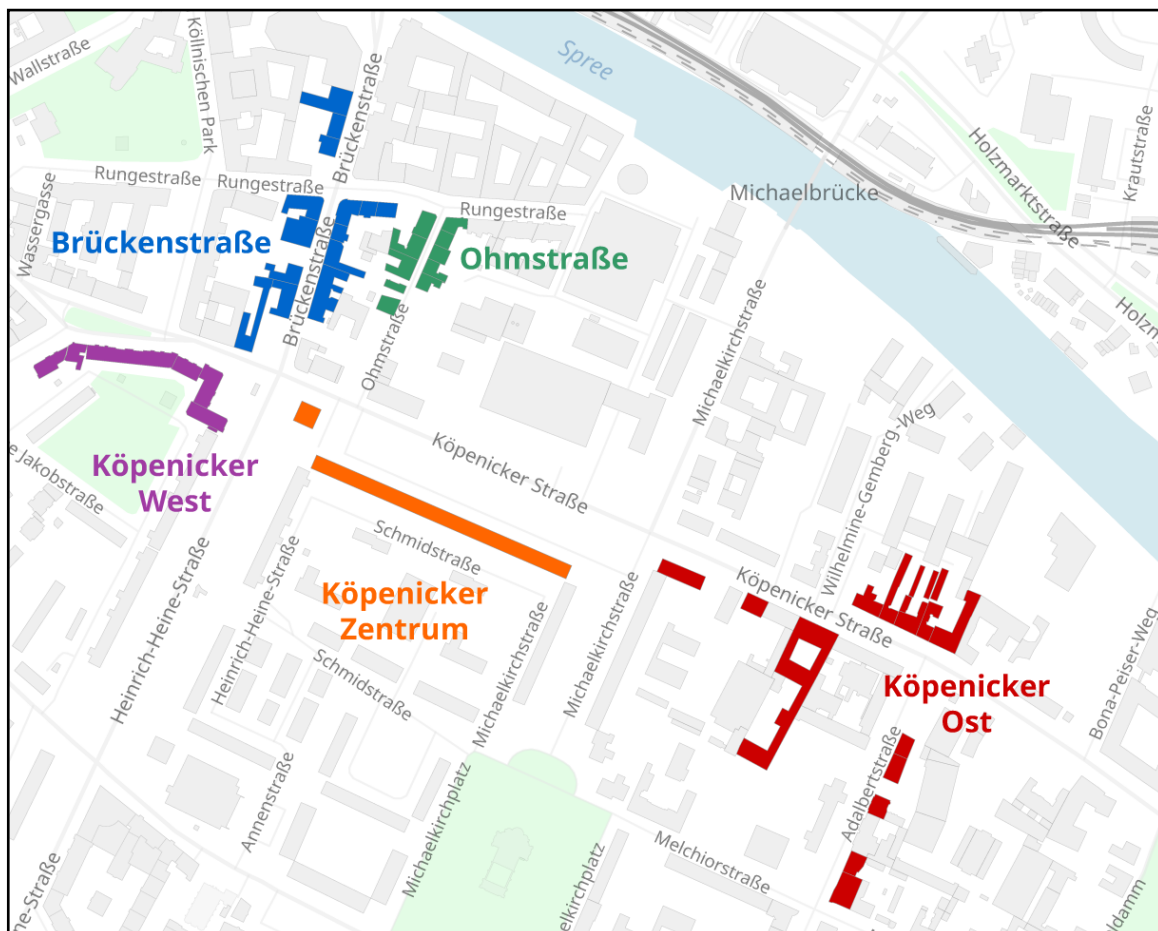
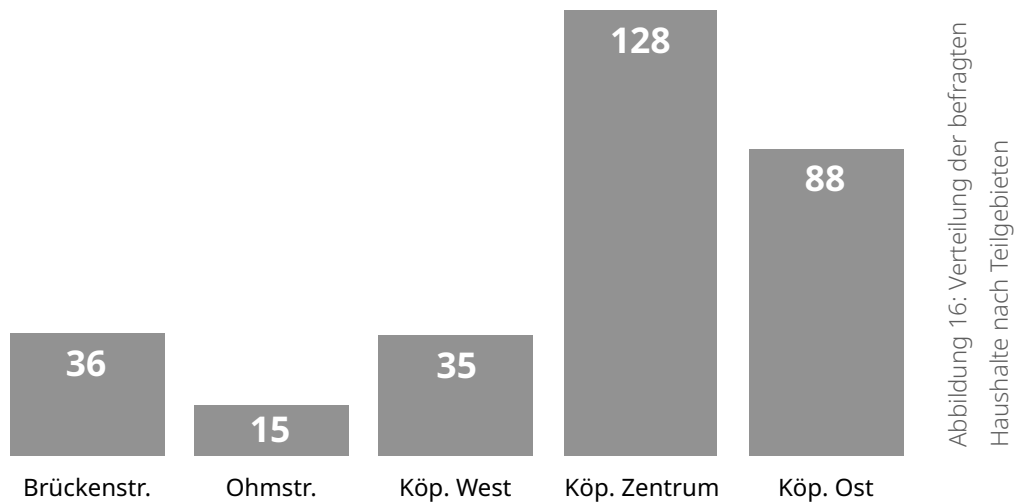


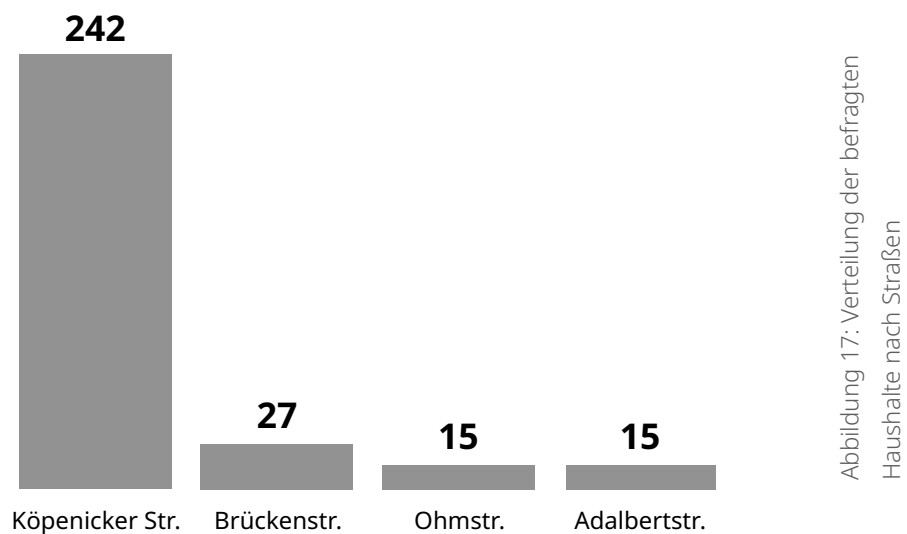
Abbildung 15: In der Befragung einbezogene Wohngebäude, unterteilt in die fünf Teilgebiete

fragten Haushalten liegt knapp ein Drittel im Teilgebiet Köpenicker Ost und mit 36 beziehungsweise 35 befragten Haushalten jeweils 12 % in den Teilgebieten Brückenstraße und Köpenicker West. Im Teilgebiet Ohmstraße wurden 15 Haushalte befragt, was 5 % aller befragten Haushalte entspricht. Bei der Verteilung der befragten Haushalte nach den Straßen der Häuser, in denen sie sich befinden, dominiert die Köpenicker Straße. So liegen 242 (80 %) der befragten Haushalte in der Köpenicker Straße, 27 (9 %) in der Brückenstraße, und jeweils 15 (5 %) in der Ohmstraße und Adalbertstraße (siehe Abbildung 17).⁶³

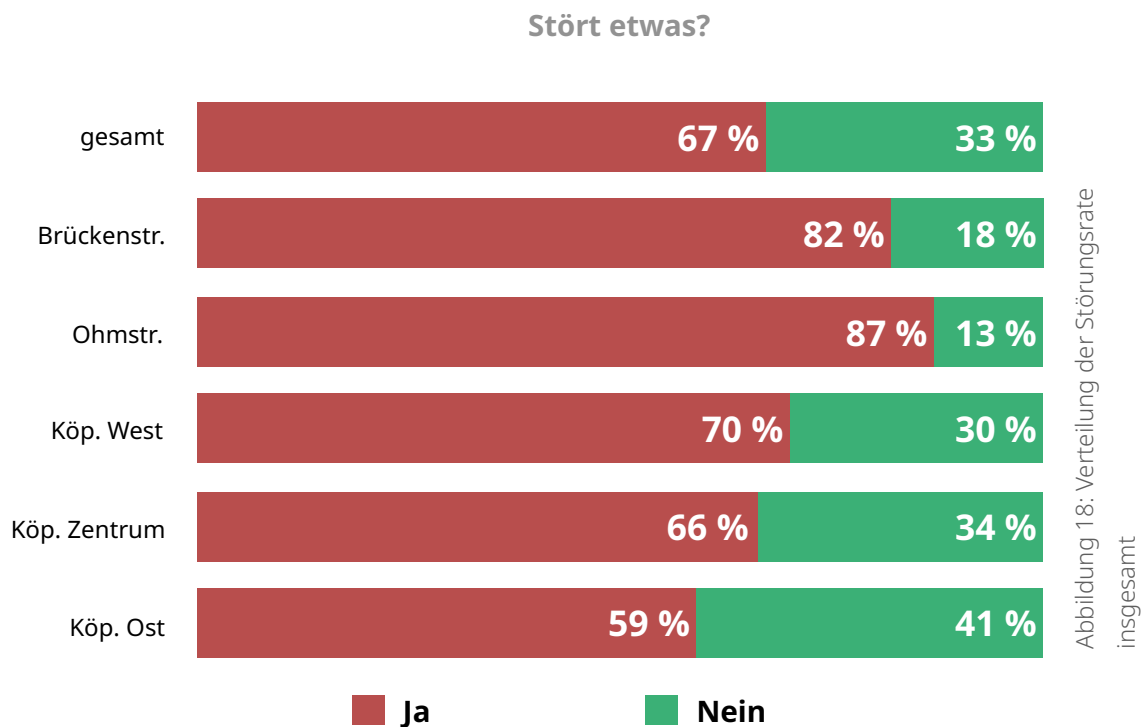
Befragte Haushalte nach Teilgebieten



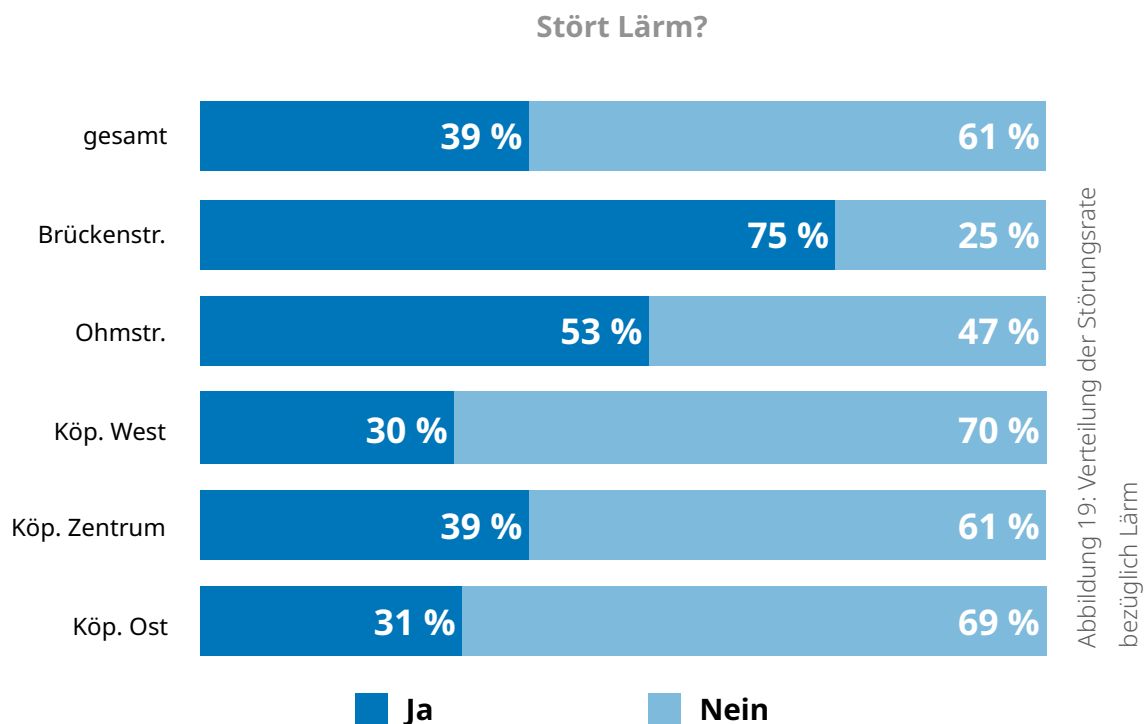
Befragte Haushalte nach Straßen



Von allen 302 befragten Haushalten gaben rund zwei Drittel (67 %) an, dass sie etwas in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung als störend oder belastend empfinden; ein Drittel aller befragten Haushalte (33 %) gab folglich an, dass sie dort nichts als störend oder belastend empfinden (siehe Abbildung 18). In der Betrachtung einzelner Teilgebiete ist dies jedoch teilweise anders: In den Teilgebieten Köpenicker West sowie Köpenicker Zentrum entspricht die Verteilung mit 70 % beziehungsweise 66 % in etwa der Gesamtverteilung. Im Teilgebiet Köpenicker Ost gaben 59 % der befragten Haushalte mindestens eine Störung an. In den Teilgebieten Brückenstraße und Ohmstraße waren es mit 82 % beziehungsweise 87 % auffällig⁶⁴ mehr Haushalte als insgesamt.



39 % (119) aller befragten Haushalte gaben Lärm als störend an (siehe Abbildung 19). Im Teilgebiet Köpenicker Zentrum gaben dies ebenfalls 39 % der befragten Haushalte an. In den Teilgebieten Köpenicker West und Köpenicker Ost wurde Lärm etwas seltener als störend genannt, von jeweils knapp einem Drittel der befragten Haushalte (30 % beziehungsweise 31 %). Im Teilgebiet Ohmstraße gaben etwas mehr als die Hälfte der befragten Haushalte Lärm als Störung an (53 %). Deutlich häufiger wurde Lärm von Haushalten in der Brückenstraße als störend genannt; hier gaben dies 75 % der befragten Haushalte an und damit nahezu doppelt so viele wie insgesamt.



Beim Aspekt Lärm wurde bei der Befragung erfasst, welche konkreten Lärmquellen als störend benannt wurden.⁶⁵ Lärm durch Straßenverkehr wurde insgesamt von 35 % (41) der 119 Haushalte, die Lärm als störend benannt haben, explizit genannt. Auffällige Abweichung war hier, dass diese Lärmquelle in den Teilgebieten Ohmstraße, Köpenicker West und Köpenicker Zentrum von nur jeweils rund 15 % der Haushalte, die Lärm als störend benannt haben, explizit genannt wurden. Deutlich mehr als insgesamt waren es im Teilgebiet Brückenstraße, in dem Lärm durch Straßenverkehr von 85 % der Haushalte, die Lärm als störend benannt haben, explizit genannt wurde. Lärm durch Passant:innen (Personen im öffentlichen Raum) wurde insgesamt von 40 % (48) der 119 Haushalte, die Lärm als störend benannt haben, explizit genannt. Auffällige Abweichungen waren hier, dass dies in den Teilgebieten Brückenstraße und Ohmstraße nur von 19 % beziehungsweise 25 % der Haushalte, die Lärm als störend benannt haben, explizit genannt wurde. Lärm durch Baumaßnahmen wurde insgesamt von 19 % (23) der 119 Haushalte, die Lärm als störend benannt haben, explizit genannt. Auffällige Abweichung war hier, dass dies im Teilgebiet Ohmstraße von 38 % der Haushalte, die Lärm als störend benannt haben, explizit genannt wurde. Lärm durch Veranstaltungen/Musik (von einem Veranstaltungsort) wurde insgesamt von 24 % (29) der 119 Haushalte, die Lärm als störend benannt haben, explizit genannt. Auffällige Abweichungen waren hier, dass dies im Teilgebiet Brückenstraße von nur 5 % und im Teilgebiet Köpenicker West von 46 %

der Haushalte, die Lärm als störend benannt haben, explizit genannt wurde. Im Teilgebiet Ohmstraße waren es sogar 50 % und damit deutlich mehr als insgesamt.

Verunreinigung und Müll nannten 15 % (45) aller befragten Haushalte als störend (siehe Abbildung 20). In den Teilgebieten Ohmstraße (mit 13 %) sowie Köpenicker West, Köpenicker Zentrum und Köpenicker Ost (mit jeweils 16 %) war der Anteil an Haushalten, die dies als störend nannten, ähnlich; im Teilgebiet Brückenstraße wurde der Aspekt etwas weniger, von 7 % der befragten Haushalte, genannt. Urinieren im öffentlichen Raum, das sogenannte Wildpinkeln, wurde von 4 % (12) aller befragten Haushalte als eine Störung genannt (siehe Abbildung 20); hier gab es in

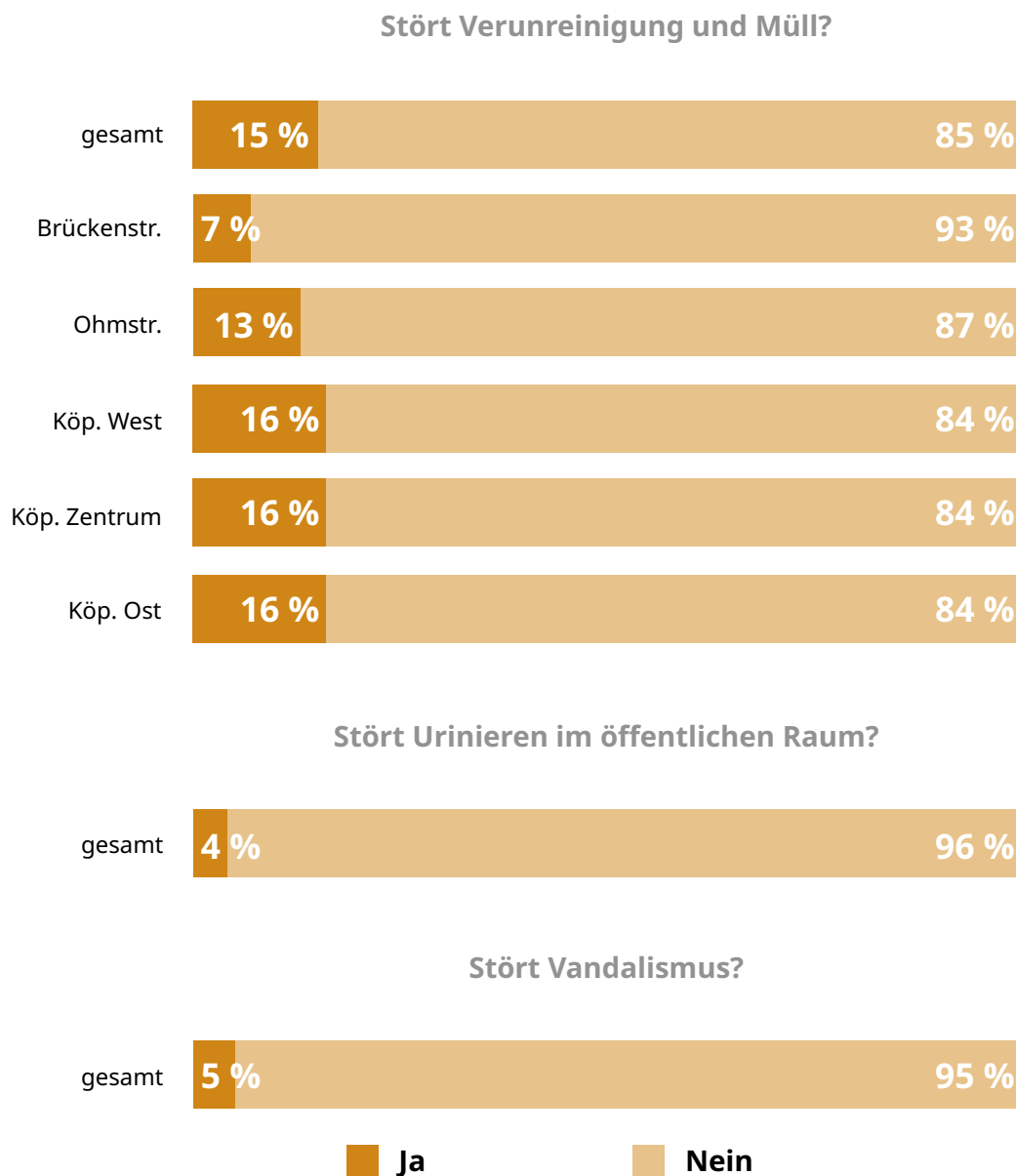
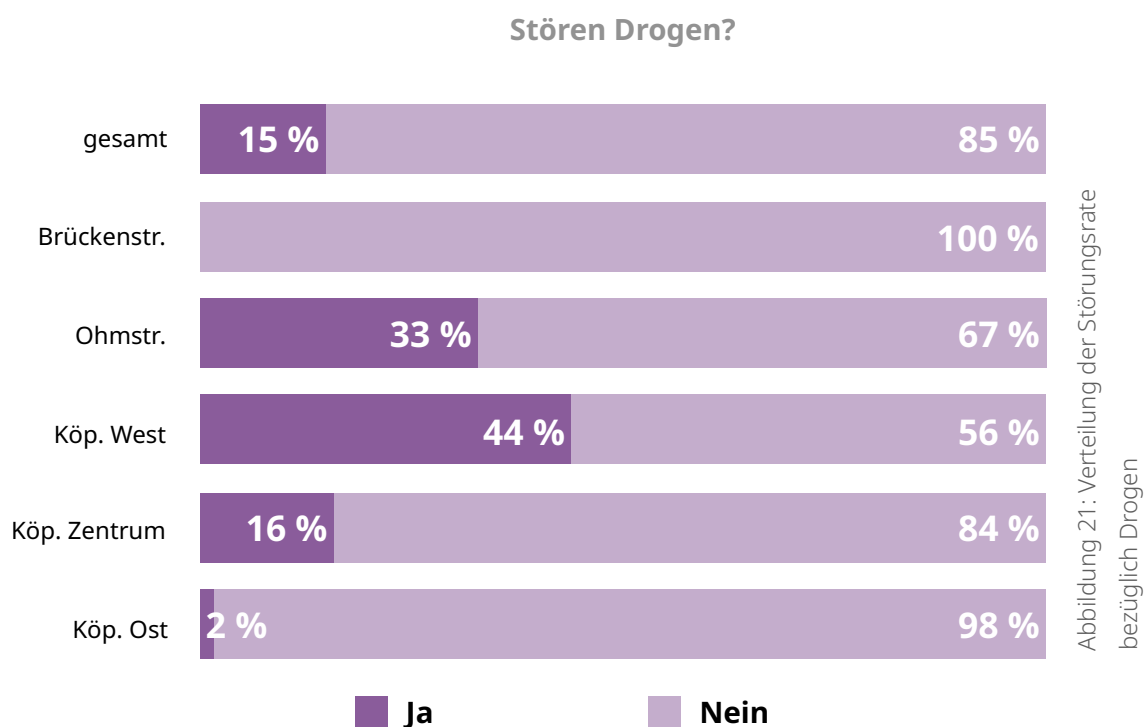


Abbildung 20: Verteilungen der Störungsarten bezüglich Verunreinigung und Müll sowie bezüglich Urinieren im öffentlichen Raum und Vandalismus

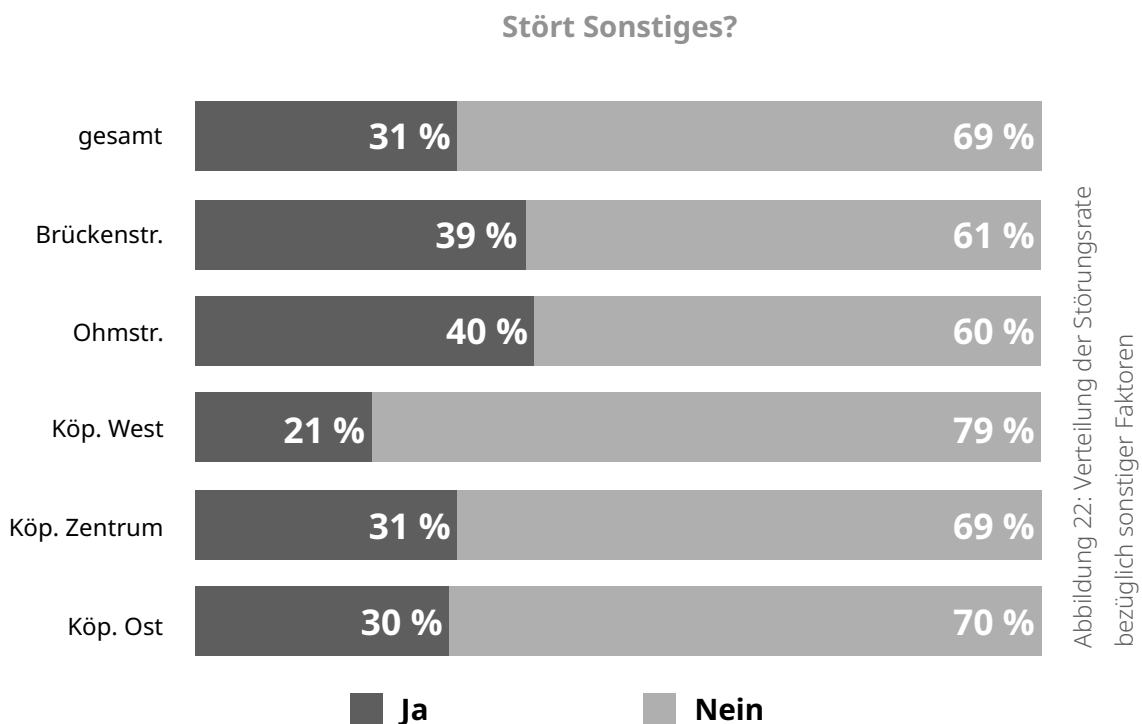
den Teilgebieten keine nennenswerten Abweichungen. Vandalismus gaben 5 % (15) aller befragten Haushalte als störend an (siehe Abbildung 20); auch hier sind die Abweichungen in den Teilgebieten nicht nennenswert.

Der Aspekt Drogen (verstanden im Sinne von Verkauf und Konsum illegaler Betäubungsmittel sowie damit einhergehender Folgen⁶⁶) wurde von 15 % (46) aller befragten Haushalte als störend genannt (siehe Abbildung 21). Im Teilgebiet Brückenstraße nannte kein befragter Haushalt diesen Aspekt als störend, im Teilgebiet Köpenicker Ost lediglich 2 % der befragten Haushalte. Im Teilgebiet Köpenicker Zentrum entsprach der Anteil der befragten Haushalte, die den Aspekt nannten, mit 16 % quasi dem Gesamtanteil. Im Teilgebiet Ohmstraße wurde der Aspekt mit 33 % auffällig häufiger, im Teilgebiet Köpenicker West mit 44 % deutlich häufiger als störend angeführt. Bei der Erfassung der konkreten Ausprägungen hinsichtlich dieses Aspekts fiel auf, dass der Konsum in den Teilgebieten Ohmstraße und Köpenicker West mehr als doppelt so häufig wie der Verkauf explizit als störend genannt wurde, im Teilgebiet Köpenicker Zentrum hingegen beides gleich häufig genannt wurde.⁶⁷

Andere, nicht vorgesehene und vorab definierte Störungsfaktoren, wurden auf den Fragebögen mit *Sonstiges* erfasst. Bei immerhin knapp einem Drittel aller befragten Haushalte war dies der Fall (siehe Abbildung 22). In den Teilgebieten Brückenstraße



und Ohmstraße wurden bei rund zwei Fünftel, im Teilgebiet Köpenicker West bei rund einem Fünftel, sowie in den Teilgebieten Köpenicker Zentrum und Köpenicker Ost bei knapp einem Drittel der jeweils befragten Haushalte sonstige Störungsfaktoren erfasst. Die genannten Störungsfaktoren waren facettenreich, so beispielsweise das Eindringen in Wohnhäuser durch fremde Personen, Luftverschmutzung, zu geringe oder zu starke Beleuchtung (Lichtverschmutzung), Rattenbefall sowie Tourismus/Tourist:innen. Es zeigte sich, dass mit der für die Befragung der Anwohner:innen gewählten Vorgehensweise und dem vordefinierten Antwortraster zwar viele Störungsfaktoren korrekt antizipiert werden konnten, jedoch ebenso einige nicht berücksichtigt wurden. Allerdings ergab sich kein einzelner sonstiger Störungsfaktor, der mit einer Häufigkeit genannt wurde, welche ein vorheriges Berücksichtigen im Antwortraster erforderlich gemacht hätte.



Bei der Befragung wurden zudem konkrete Orte, die in Verbindung zu Störungen gebracht wurden, sowie besondere, nicht anderweitig erfassbare Anmerkungen von Personen aus den befragten Haushalten festgehalten.⁶⁸ Insgesamt bemerkenswert ist, dass konkrete Orte nur von 17 % (51) der befragten Haushalte genannt wurden. Es sticht heraus, dass das an der Ecke der Köpenicker Straße und Adalbertstraße liegende A&O Hostel im Teilgebiet Köpenicker Ost von 29 % (15) der dort befragten Haushalte, die etwas als störend empfanden (52), genannt wurde, in

den anderen Teilgebieten jedoch nicht oder nur verschwindend gering. Außerdem bemerkenswert ist, dass bei 21 % (42) der befragten Haushalte, die etwas als störend empfanden (203), ein oder mehrere konkrete Clubs oder „die Clubs“ (kollektiv) in Zusammenhang mit einer oder mehrerer Störungen gebracht wurden; im Teilgebiet Köpenicker Ost war dies jedoch nur bei einer einzigen Befragung der Fall. Einen oder mehrere Clubs oder Veranstaltungsorte konkret benannt haben dabei nur 8 % (16) der befragten Haushalte, die etwas als störend empfanden (203). Bei den erfassten Anmerkungen ist bemerkenswert, dass der Umstand (auf Fahrspuren) haltender Reisebusse nur im Teilgebiet Köpenicker Ost genannt wurde, wenn auch nur von 15 % (8) der dort befragten Haushalte, die etwas als störend empfanden (52). Weitergehend fiel auf, dass Einsatzfahrzeuge und -sirenen im Teilgebiet Brückenstraße von 26 % (6) der dort befragten Haushalte, die etwas als störend empfanden (23), genannt wurden, in den anderen Teilgebieten nicht oder nur verschwindend gering. Vom Eindringen in Wohnhäuser durch fremde Personen wurde ausschließlich in den Teilgebieten Köpenicker West und Köpenicker Zentrum berichtet, jedoch mit 3 % (7) aller befragten Haushalte, die etwas als störend empfanden (203), sehr (und unerwartet) selten.

Die Ergebnisse der Befragung der Anwohner:innen zeigen dass sich mit 67 % ein bedeutender Anteil der befragten Haushalte insgesamt von etwas gestört fühlt. Bei vergleichender Betrachtung einzelner Störungskategorien zeigen sich jedoch deutliche Abweichungen. Als meistgenannte Störungskategorie sticht der Aspekt Lärm heraus. Außerdem bestehen zwischen den Teilgebieten teils deutliche Abweichungen bei den Störungsraten, insbesondere bei den Aspekten Lärm und Drogen. Zwar bestätigen sich einige der am Runden Tisch Köpenicker Straße und in sich auf ihn beziehender Berichterstattung formulierten Schilderungen (beispielsweise hinsichtlich Lärm), allerdings fällt auf, dass einige Störungskategorien insgesamt nur vergleichsweise und mitunter unerwartet selten genannt werden (beispielsweise hinsichtlich Verunreinigung, Urinieren im öffentlichen Raum sowie Drogen). Das am Runden Tisch Köpenicker Straße entstehende Bild der Lage vor Ort ist also teilweise deutlich überspitzt und repräsentiert nicht die Einschätzung der Anwohner:innen im Gesamtgebiet. Davon abgesehen zeigen die Abweichungen und die ortsabhängigen Nennungen konkreter, in Verbindung mit Störungen gebrachter Orte, dass ein Zusammenhang zwischen kleinräumigen, lokalen Gegebenheiten und wahrgenommenen Störungen besteht und das Untersuchungsgebiet nicht als homogen betrachten werden kann. Die Anzahl der Haushalte mit sonstigen, nicht im Einzelnen erfassten Störungsfaktoren sowie deren Vielfältigkeit zeigt zudem eine erstaun-

liche Diversität in der Wahrnehmung von Phänomenen als störend und belastend auf – und deutet an, wie divers damit einhergehend auch Problematisierungen ausfallen können. Diese wichtigen Erkenntnisse werden in der folgenden Problembeschreibung teilweise berücksichtigt und genauer in den Blick genommen.

4.2 Problembeschreibung

Ziel der vorliegenden Untersuchung und insbesondere der Wahl der ethnographischen Methoden ist die Erstellung einer Problembeschreibung der konfliktreichen Situation in der Nördlichen Luisenstadt, die bestehende Problematisierungen aufschlüsselt und differenziert, also gründlich und ausgewogen sowie in ihrer Vielschichtigkeit wiedergegeben, betrachtet. Auf diese Weise soll eine übergeordnete Sicht darauf gegeben werden, wie einzelne Problemsituationen entstehen, welche Vorgänge und Gegebenheiten dabei eine Rolle spielen und wie existierende Probleme konkret gelagert sind. Die Problembeschreibung geht stets von am Runden Tisch Köpenicker Straße und in Interviews formulierten Problematisierungen aus – somit häufig von denen der Anwohner:innen, da sie verstärkt von ihnen genannt werden –, um möglichst nah an den Erkenntnisinteressen der involvierten Akteur:innen zu bleiben. Sie ist zudem informiert aus Ergebnissen der Befragung der Anwohner:innen. Die Perspektiven von Akteur:innen wurden jedoch keineswegs als Ergebnisse dieser Untersuchung übernommen. Die Problembeschreibung stellt vielmehr ein Mosaik aus den Problematisierungen sowie darüber hinaus und insbesondere aus den Erkenntnissen aus Recherchen, Interviews und Gesprächen sowie den Teilnahmen und Gebietsbegehungen dar.

Die Problembeschreibung ordnet sich in die folgenden acht Abschnitte, in denen sich Konflikte und Probleme primär aufgezeigt haben:

1. Lärm
2. Beeinträchtigungen im Straßenverkehr
3. Verschmutzung
4. Betäubungsmittelverkauf und -konsum
5. Beteiligung und Runder Tisch Köpenicker Straße
6. Verwaltungshandeln
7. Gewerbe
8. Tourismus

Die Konflikte und Probleme sind oftmals nicht so klar voneinander zu trennen, wie es die Unterteilung der Abschnitte suggeriert. Dennoch ermöglicht die Unterteilung eine Orientierung über die bestehende Problemlage im Gebiet. Auch soll an dieser Stelle betont werden, dass Probleme keine von vornherein feststehenden und ein-

deutigen Phänomene sind, sondern, wie oben erläutert, stets auf Problematisierungen beruhen. Auch wenn Problematisierungen teils nur vereinzelt erfolgen, können jeweilige Zustände in den Lebensrealitäten Einzelner bedeutende Probleme darstellen. Problematisierungen sind folglich auch immer maßgeblicher Bestandteil sozialer Konflikte, die gesellschaftlich ausgehandelt werden und aus abweichenden Wahrnehmungen und Empfindungen resultieren.

4.2.1 Lärm

Es war bereits aus ersten Eindrücken zu Beginn der Untersuchung ersichtlich und daher zu erwarten, dass der Aspekt Lärm einen Schwerpunkt in der Untersuchung darstellen würde. Denn Lärm und damit einhergehende Ruhestörungen wurden von Anwohner:innen als gravierende und wesentliche Belastungen beklagt (siehe Abschnitt 2.2). Dieser Lärm wurde unterschiedlichen Quellen und Ursachen beziehungsweise Verursacher:innen zugeordnet, und hauptsächlich zu Zeiten der Nachtruhe (22 bis 6 Uhr) und in den Morgenstunden als besonders störend benannt. Ebenfalls besonders störend schien Lärm zu sein, wenn er unvorhersehbar und plötzlich auftritt oder nicht klar einem Ort oder einer Ursache zugeordnet werden kann. Es bestand jedoch, auch aufgrund der Vermischung und Aneinanderreihung anderer beklagter Störungen, zunächst ein unklares Bild der Lage. Es waren zudem offene Fragen, welche Umstände ursächlich für Lärm im Untersuchungsgebiet verantwortlich sind (also wie es konkret zu Lärm kommt und was vor Ort tatsächlich vor sich geht) und wie es zu den konkreten Problematisierungen kommt (also warum und wie Lärm überhaupt als Problem angesehen wird).

Lärm bezeichnet als störend oder belastend und daher als unerwünscht wahrgenommene Geräusche (siehe Infobox zu Lärm in diesem Abschnitt). In dieser Untersuchung werden hauptsächlich die aus Lärm hervorgehenden Konflikte und die damit zusammenhängenden Problematisierungen betrachtet. Diese werden als soziale Phänomene begriffen und sind damit sozialwissenschaftlich untersuchbar. Lärm, also störende Geräusche (Schallereignisse), wurde nicht in technischer Hinsicht untersucht. Schallpegelmessungen wurden daher und aufgrund der spezifischen Forschungsperspektive dieser Untersuchung nicht vorgenommen (siehe Abschnitt 3). Demgemäß erfolgen hier keine quantitativen Angaben im Sinne der physikalischen Akustik. Ferner erfolgen ebenfalls keine Aussagen und Bewertungen darüber, ob Immissionsrichtwerte eingehalten oder überschritten wurden, ob es also beispielsweise an Hausfassaden und Fenstern oder in Wohnräumen zu unzulässig hohen Schallpegeln kam. Dies hätte nur durch professionelle Messungen im individuellen Fall ermittelt werden können und war, wie erläutert, nicht Ziel und Aufgabe der Untersuchung. Außerdem werden in den hier dargelegten Erkenntnissen, die sich aus den vor Ort und ausschließlich draußen durchgeführten Begehungen ergeben, keine Aussagen darüber gemacht, ob oder wie wahrgenommene Geräusche in Wohnräumen zu hören sind.

Allgemeine, für ganz Berlin vorliegende Daten zu Lärm enthält der Umweltatlas Berlin.⁶⁹ Diesem können im Abschnitt zu Umweltgerechtigkeit Angaben zum relativen Grad der Lärmbelastung in den Berliner Planungsräumen⁷⁰ entnommen werden.⁷¹ Für den Planungsraum Heine-Viertel West, der die Brückenstraße und Heinrich-Heine-Straße beidseitig einschließt, wird eine hohe und damit überdurchschnittliche Lärmbelastung angegeben, für den Planungsraum Heine-Viertel Ost wird eine mittlere Lärmbelastung angegeben (für eine Karte mit den Planungsräumen siehe (siehe Abschnitt 2.1)).⁷² Angemerkt werden muss jedoch, dass in die Berechnung der Lärmbelastung nur Verkehrsdaten eingehen und dementsprechend nur berechneter, also nicht tatsächlich lokal gemessener Verkehrslärm angegeben wird; andere Lärmquellen (beispielsweise Personen- und Veranstaltungslärm) werden hier ohnehin nicht berücksichtigt.⁷³

Für das Untersuchungsgebiet grundsätzlich auffällig ist, dass eine Diskrepanz in der Wahrnehmung bezüglich Lärm und Ruhestörungen zwischen der Verwaltung (folglich der einzelnen Behörden) und den Bewohner:innen vorliegt. In der Auswertung der Befragung der Anwohner:innen (siehe Abschnitt 4.1) zeigt sich, dass Lärm mit Nennung von 39 % aller befragten Haushalte die meistgenannte Störung darstellt, wobei der Anteil in den befragten Teilgebieten mitunter deutlich voneinander abweicht und unterschiedliche Lärmquellen benannt wurden. Von Behörden erfasste sowie ihnen vorliegende Daten, insbesondere dem Ordnungsamt und der Polizei, legen jedoch keine nennenswerte oder auffällige Lärmbelastung des Gebiets nahe. So betrafen nur 2 % aller im Jahr 2017 aus dem Bereich Nördliche Luisenstadt beim Ordnungsamt Mitte eingegangenen Meldungen Lärm.⁷⁴ Auch aus Sicht des zuständigen Polizeiabschnitts ist das Gebiet hinsichtlich Lärm und Ruhestörungen unauffällig. Es gibt nur sehr wenige tatsächlich gestellte und somit nachvollziehbar erfasste Beschwerden beziehungsweise Anzeigen; die Anzahl lag für das Jahr 2017 im mittleren einstelligen Bereich. Hierbei ist zu beachten, dass Meldungen, bei denen die Polizei lediglich über eine Ruhestörung in Kenntnis gesetzt oder um die Beseitigung dieser gebeten wird, nicht mit Anzeigen gleichzusetzen sind. Zwar wird das Eingehen solcher Meldungen meist vermerkt, jedoch können diese nicht nachträglich systematisch und statistisch ausgewertet werden, wie es bei formal gestellten Anzeigen der Fall ist. Anzumerken ist, dass die Polizei bei Lärm und Ruhestörungen nachts nur eine Eilzuständigkeit ausübt. Das Ordnungsamt und Umweltamt sind zu Nachtzeiten nicht besetzt und können so per se keinen (Beschwerden über) Ruhestörungen originär nachgehen beziehungsweise Lärm vor Ort messen. Wie es zu der beschriebenen Diskrepanz in der Wahrnehmung bezüglich Lärm und Ruhestö-

rungen zwischen der Verwaltung und den Bewohner:innen kommt, wird im Abschnitt 4.2.6 erläutert.

Infobox: Lärm

Als Lärm werden Geräusche (Schallereignisse im Hörbereich des Menschen) bezeichnet, die durch ihre akustische Spezifik als störend oder belastend und daher als unerwünscht wahrgenommen werden. Lärm wirkt in der Regel beeinträchtigend auf die Umwelt, insbesondere den Menschen. Beim Menschen reichen diese Beeinträchtigungen von kurzzeitigen Minderungen des Wohlbefindens und der Leistungsfähigkeit bis hin zu langzeitigen Gesundheitsschäden. Im Wohn- und Freizeitbereich wird Lärm meist als eine Ruhestörung angesehen, insbesondere wenn dieser nachts auftritt.

Nach Legaldefinition ist Lärm erheblich beeinträchtigender Schall, oder genauer, erheblich beeinträchtigende Schallimmissionen. *Lärm* ist ein humanwissenschaftlicher und rechtlicher Begriff, *Schall* und *Schallimmission* sind vor allem physikalische Begriffe. Im rechtlichen und technischen Bereich ist ferner die Unterscheidung von Emission und Immission wichtig. Eine Schallemission bezeichnet die Aussendung von Schall von einer Schallquelle (am Ort der Aussendung). Eine Schallimmission bezeichnet die Einwirkung von Schall auf einen Ort beziehungsweise an einem Ort. Schalldruckpegel werden in der logarithmischen Hilfsmaßeinheit Dezibel (dB) angegeben. Im Bereich des Lärmschutzes ist der A-bewertete Schalldruckpegel $db(A)$, bei dem der Frequenzgang des menschlichen Gehörs berücksichtigt wird, von besonderer Relevanz.

Lärm hingegen ist keine physikalisch exakt messbare Größe. Ob ein Geräusch als Lärm wahrgenommen wird, hängt von der Bewertung durch die hörende Person ab. Es spielen zwar akustische Einflussgrößen eine Rolle, jedoch kann die Störwirkung individuell sehr unterschiedlich sein. So kann das bewusste Hören lauter Musik für die Bewohner:innen einer Wohnung entspannend wirken, gleichzeitig aber von umliegenden Nachbar:innen als eine erhebliche Ruhestör-

ung empfunden werden. Die Störwirkung ist daher messtechnisch kaum bestimmbar. Aus Erkenntnissen der Psychoakustik und der Soundscape-Forschung ist bekannt, dass bisherige standardisierte Belastungsmaße keine Rückschlüsse auf die tatsächlich empfundene Lärmbelastung zulassen. Wenngleich die Störwirkung von Lärm individuell sehr unterschiedlich sein kann, gilt dies für die Schädigungswirkung nicht gleichermaßen. So wird beispielsweise das langjährige Wohnen an einer stark befahrenen Bundesstraße ohne Lärmschutz, deren Lärm aufgrund akustischer Gewöhnung irgendwann nicht mehr bewusst wahrgenommen wird, auf den Körper wirken und kann beispielsweise zu Schlafstörungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen.

In rechtlicher Hinsicht wird Lärm insbesondere durch das Immissionsschutzrecht, ein Teilgebiet des Umweltrechts, sowie durch zahlreiche Verordnungen, die hauptsächlich Lärmschutz (und in weiterem Sinne den Arbeits- und Umweltschutz) regeln, berücksichtigt. Gesetzliche Regelungen bestehen auf Landesebene, auf Bundesebene (insbesondere durch das Bundes-Immissionsschutzgesetz) und auf europäischer Ebene (insbesondere durch die sogenannte Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG). Sie sollen grundsätzlich einem Interessenausgleich zwischen Lärmverursachern und Lärmbetroffenen dienen. Zu beachten ist jedoch, dass einzelne gesetzliche Regelungen stets einen bestimmten Zweck erfüllen und sich daher nur auf bestimmte Lärmquellen beziehen. So ist zum Beispiel die oftmals von Lärmbetroffenen herangezogene TA Lärm (samt darin festgelegter Immissionsrichtwerte) nur bei Lärm durch Gewerbe- und Industrieanlagen anzuwenden, nicht jedoch bei Straßenverkehrs- und Freizeitlärm; ferner ist für den Vergleich mit den Immissionsrichtwerten stets der sogenannte Beurteilungspegel heranzuziehen, bei dem zu einem mittels eines Messgeräts ermittelten Schalldruckpegel unter anderem Zu- und Abschläge für besondere vorliegende Fälle einfließen – weshalb die Expertise von Sachverständigen in der Regel unverzichtbar ist. Eine Übersicht der Regelungen bezüglich Freizeitlärm gibt die Freizeitlärmrichtlinie der LAI.

Nachfolgend werden drei im Untersuchungsgebiet zentrale Lärmursachen detailliert dargestellt und es wird kurz auf einige weitere problematisierte Lärmursachen beziehungsweise -quellen eingegangen. Zuletzt folgt ein abschließendes Fazit.

Lärm durch Personen im öffentlichen Raum

In der Datenauswertung (insbesondere der Sitzungsprotokolle des Runden Tisches Köpenicker Straße der Jahre 2015 bis 2017, der Berichterstattung und der geführten Interviews) zeigte sich, dass von Personen im öffentlichen Raum verursachter Lärm die am stärksten beanstandete Problematik der Anwohner:innen hinsichtlich Lärm darstellt, insbesondere wenn er zu Nachtzeiten auftritt. Als störend benannt werden hierbei zwar auch gelegentliche Ruhestörungen durch Einzelne, insbesondere problematisiert wird jedoch eher ein als das Geschehen dauerhaft begleitend wahrgenommener Grundlärmpegel durch das Aufkommen und die Ballung von Personen im Gebiet. Dies bezieht sich hauptsächlich auf den Bereich Köpenicker Straße und Brückenstraße/Heinrich-Heine-Straße, weniger auf den Bereich Köpenicker Straße und Adalbertstraße.

Dass diese Art des Lärms – nachfolgend wird in diesem Abschnitt auch von aufkommensbedingtem und/oder verhaltensbedingtem Lärm gesprochen – vor Ort problematisiert wird, ist nicht verwunderlich. Aufgrund der vor Ort liegenden Veranstaltungsorte und regelmäßig an verschiedenen Wochentagen stattfindenden Veranstaltungen (siehe Abschnitt 2.1) kommt es im Gebiet insbesondere im Bereich Köpenicker Straße und Brückenstraße/Heinrich-Heine-Straße täglich vor allem abends und nachts bis in die Morgenstunden dazu, dass sich zahlreiche Menschen vor Ort bewegen. Eine Ausnahme ist der aktuell veranstaltungsfreie Dienstag (Nacht auf Mittwoch). Hinzu kommt, dass sich ein Teil der Personen dabei auch länger vor Ort im öffentlichen Raum aufhält, beispielsweise um sich bei einem Spätkauf oder Imbiss Getränke oder Essen zu kaufen und dort oder in der Nähe zu verweilen. Gastronomische Betriebe tragen jedoch nur unbedeutend zu dem Personenaufkommen im Gebiet bei, da es vor Ort nur wenige Restaurants gibt und sich die Imbisse und Schnellrestaurants vorrangig an die sich sowieso vor Ort bewegendenden Personen richten.⁷⁵ Außer diesen gibt es lediglich zwei hauptsächlich Getränke ausschenkende Gaststätten, von denen aufgrund seiner Lage und dem Außenaus-schank nur der Biergarten Republik Berlin nennenswert ist, der jedoch nicht ganz-jährig geöffnet ist. Es handelt sich hier also nicht um eine typische Ausgehgegend mit hoher Club- und Gastronomiedichte, wie es aktuell und seit einigen Jahren beispielsweise im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg im Friedrichshainer Südkiez (insbe-

sondere in der und um die Simon-Dach-Straße) sowie im Wrangelkiez (und erweiterten Umfeld der anliegenden Skalitzer Straße und Schlesischen Straße) der Fall ist. Das Untersuchungsgebiet wird hingegen von Personen gezielt zum Besuch eines der sich vor Ort befindenden Veranstaltungsorte aufgesucht. Es ist daher zwar für die Nachtökonomie und auch touristisch relevant, jedoch ist die Lärmspezifik hierdurch eine andere.

Dass es im Bereich der Köpenicker Straße und Brückenstraße/Heinrich-Heine-Straße zu aufkommens- und verhaltensbedingten Lärm kommt, konnte in den vor Ort durchgeführten Begehungen zweifelsfrei bestätigt werden. In der Regel sind zwischen etwa 23 und 3 Uhr am meisten Personen, größtenteils in Gruppen, unterwegs (Zeitraum, in dem verstärkt zu Clubs gegangen wird und erste Besucher:innen Clubs verstärkt wieder verlassen). Das Aufkommen an Personen verringert sich dann recht kontinuierlich zumeist bis etwa 6 Uhr (Zeitraum, in dem Clubs verstärkt wieder verlassen werden), am Samstag und Sonntag streckt sich dies erkennbar noch um bis zu zwei Stunden.⁷⁶ In diesen Zeiträumen, natürlich mitunter aber auch zuvor und danach, kommt es auch verstärkt zu lautstarken Einzelereignissen, meist Rufen, Schreien, Gesängen oder dem Zerschlagen von Glasflaschen. Solche Ereignisse sind in den späteren Nachtstunden und frühen Morgenstunden häufiger, vermutlich zusammenhängend mit zunehmender Alkoholisierung.

Wieso allein ein hohes Aufkommen an Personen fast immer zu mehr Lärm führt, zeigt sich besonders deutlich an den Einlassschlangen vor dem KitKatClub und Sage Club⁷⁷ sowie dem Tresor Club. Bei den Einlassschlangen ist die schiere Überlagerung verschiedener, von den zahlreichen Personen ausgehenden Geräuschen stets deutlich lauter und aus weiterer Entfernung zu hören. Ein:e Anwohner:in beschreibt dies folgendermaßen: „Wenn jetzt auch nur 50 Leute dort vor der Tür stehen, die brauchen nichts weiter zu machen als sich normal zu unterhalten, mal zu lachen, mal klimpert eine Flasche. Das halten Sie nicht aus.“ Zu solchen Einlassschlangen kommt es donnerstags zwischen etwa 21 und 23 Uhr vor dem Eingang des Sage Clubs bei der einzigen noch stattfindenden Veranstaltung des Sage Clubs⁷⁸ sowie häufig an Wochenendtagen zwischen Mitternacht und etwa 2 bis 3 Uhr beim KitKatClub und beim Tresor Club. Die Einlassschlange des KitKatClubs formt sich vom Eingang in der Brückenstraße in Richtung Köpenicker Straße und häufig auch um die Straßenecke herum (siehe **Abbildung 23**); die des Sage Clubs formt sich vom Eingang beim Zugang zum U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße in der Köpenicker Straße in Richtung Ohmstraße (siehe **Abbildung 24**); die des Tresor Clubs formt sich auf dem Kraftwerkgelände und manchmal auch weiter auf dem

Gehweg der Köpenicker Straße (siehe Abbildung 25). Die Einlassschlangen, insbesondere die des Tresor Clubs, bestehen teilweise aus deutlich über einhundert Personen. Zu kleineren Personenansammlungen und -schlangen samt der beschriebenen Lärmspezifik kommt es zudem häufig am Imbiss Dönerbox an der Ecke Brückenstraße/Köpenicker Straße, sowie vereinzelt beim Spätkauf in der Brückenstraße 15 (gegenüber des Eingangs des KitKatClubs).

Bei besonders gefragten Clubveranstaltungen (beispielsweise aufgrund des Auftritts international bekannter DJs oder anderer Künstler:innen) sowie bei Sonderveranstaltungen, wie zum Beispiel dem jährlich im August stattfindenden Atonal Festival, ist der Besucherandrang und somit das Personenaufkommen mitunter deutlich erhöht und folglich nehmen auch aufkommens- und verhaltensbedingter Lärm in Häufigkeit und Intensität nochmals zu.⁷⁹ Zwar besteht die einfache Erkenntnis, dass Personenaufkommen und Häufigkeit von aufkommens- und verhaltensbedingtem Lärm meistens in einem kausalen Zusammenhang stehen, jedoch ist dies nicht ausnahmslos und grundsätzlich der Fall. So gab es beispielsweise während des Atonal Festivals im August 2017 Zeitpunkte hohen Besucherandrangs,



Abbildung 23: Einlassschlange des KitKatClubs, die um die Straßenecke reicht

zu denen es aber verhältnismäßig ruhig und störungsarm war, sowie wiederum auch Zeitpunkte an Tagen beziehungsweise in Nächten, an denen das Personenaufkommen gering war, es aber häufig und wiederholend zu Ruhestörungen kam.

Im Bereich Köpenicker Straße und Adalbertstraße kommt es wiederum aufgrund des A&O Hostels hauptsächlich durch An- und Abreise sowie Ein- und Ausgehen der Gäste ebenfalls zu einem erhöhten Personenaufkommen. Von Personen im öffentlichen Raum verursachter Lärm wird auch in diesem Bereich von Anwohner:innen problematisiert, wenngleich dies weniger als im Bereich Köpenicker Straße und Brückenstraße/Heinrich-Heine-Straße geschieht. In den vor Ort durchgeführten Begehungen konnte vor allem festgestellt werden, dass aufkommens- und verhaltensbedingter Lärm hier insbesondere in den frühen bis späten Abendstunden durch die Rückkehr großer und häufig jugendlicher Gästegruppen entsteht. So erzeugen beispielsweise (analog zu den oben beschriebenen Einlassschlangen) 50 Personen, die zusammen und sich untereinander unterhaltend eine Straße entlang laufen, schlicht einen hohen Geräuschpegel. Zudem konnte beobachtet werden, dass solche Gästegruppen manchmal vor dem Eingang des A&O Hostels noch



Abbildung 24: Einlassschlange des Sage Clubs

Ansagen durch eine:n Gruppenleiter:in bekommen – über dieses spezifische Verhalten gab es unseres Wissens und unserer Recherche nach zwar bisher keine expliziten Klagen, dennoch fiel es als laut auf. Große Gästegruppen trafen jedoch fast nie später als 23 Uhr ein. Zu Nachtzeiten von Personen im öffentlichen Raum verursachter Lärm im Wohnumfeld des A&O Hostels wird häufig Hostelgästen zugeschrieben. Dies können die Erkenntnisse aus unseren vor Ort durchgeführten Begehungen nicht gänzlich bestätigen. Es kam zu Nachtzeiten im Umfeld des A&O Hostels durchaus hin und wieder zu der Situation, dass Personen die Köpenicker Straße und/oder Adalbertstraße entlang und am A&O Hostel vorbei liefen und sich dabei laut verhielten. Vergleichsweise selten jedoch kamen diese Personen aus dem oder betraten das Hostel. Es handelte sich zumeist um Personen, die schlicht dort entlang gingen und von woanders kamen beziehungsweise woanders hin wollten (so beispielsweise aus beziehungsweise in Richtung Kreuzberg). Die uns außerdem mehrmals begegnete Darstellung, dass viele Hostelgäste das A&O Hostel aufgrund der Nähe zu den Clubs/Veranstaltungsorten in der Köpenicker Straße und Brückenstraße auswählen und daher dort auch abends, nachts und morgens un-



Abbildung 25: Einlassschlange des Tresor Clubs, die nach etwa 100 Metern auf dem Kraftwerkgelände noch über 50 Meter auf den Gehweg der Köpenicker Straße reicht

terwegs seien und dabei mitunter für Ruhestörungen sorgen würden, konnten wir in all unseren vor Ort durchgeführten Begehungen so gut wie nie beobachten, so dass wir davon ausgehen, dass dieser Zusammenhang nicht oder in nur unerheblichem Maße besteht.

Die vom A&O Hostel getroffenen Maßnahmen zur Minimierung des durch Hostelgäste zu Nachtzeiten verursachten Lärms – neben den Hinweisen auf Ruheanspruch der Anwohner:innen an Gäste und den an Fenstern angebrachten Kippsperren insbesondere das von 20 bis 6 Uhr eingesetzte Sicherheitspersonal – scheinen wirksam zu sein. Das hauseigene Sicherheitspersonal haben wir zu Nachtzeiten oftmals vor dem Gebäude angetroffen. Auch Interviews mit Anwohner:innen konnten wir entnehmen, dass es hier in den letzten Jahren zu Verbesserungen kam.

Lärm durch Straßenverkehr

Desweiteren von Anwohner:innen, aber auch anderen Akteur:innen problematisiert wird Lärm durch Straßenverkehr, womit grundsätzlich Lärm durch motorisierten Straßenverkehr gemeint war. Ebenso wie beim Lärm durch Personen im öffentlichen Raum kann hier prinzipiell aufkommensbedingter sowie verhaltensbedingter beziehungsweise in diesem Fall eher situations- und ortsspezifischer Lärm unterschieden werden.

Zu aufkommensbedingtem Lärm kommt es insbesondere in der Brückenstraße und Heinrich-Heine-Straße, die zum übergeordneten Straßennetz Berlins gehören und dort als übergeordnete Straßenverbindungen (zweithöchste Kategorie) klassifiziert sind. Gleiches gilt für die Köpenicker Straße, die im übergeordneten Straßennetz Berlins als örtliche Straßenverbindung (dritthöchste Kategorie) klassifiziert ist.⁸⁰ Die Brückenstraße ist als Verbindungsachse zwischen Mitte und Kreuzberg besonders relevant. Auf ihr und der Heinrich-Heine-Straße kommt es zu einer durchschnittlichen täglichen Verkehrsmenge von rund 16.500 Kraftfahrzeugen, auf der Köpenicker Straße zwischen Brückenstraße/Heinrich-Heine-Straße und Adalbertstraße zu einer durchschnittlichen täglichen Verkehrsmenge von rund 12.500 Fahrzeugen, und auf der Köpenicker Straße zwischen Adalbertstraße und Engeldamm zu einer durchschnittlichen täglichen Verkehrsmenge von rund 17.500 Fahrzeugen.⁸¹ Unter anderem aus diesen Verkehrsmengen berechnete, daher nicht tatsächlich lokal gemessene Schallpegelwerte für den Straßenverkehr können den strategischen Lärmkarten aus dem Umweltatlas Berlin entnommen werden.⁸²

Eine grundsätzliche Erkenntnis⁸³ aus den vor Ort durchgeführten Begehungen ist, dass von motorisiertem Straßenverkehr ausgehender Lärm, insofern zu einem Zeitpunkt gegeben, von uns nahezu ausnahmslos als lauter und andere Geräusche übertönend wahrgenommen wurde⁸⁴ – ein Eindruck, der sowohl in naher als auch weiter Entfernung zu den benannten Hauptverkehrsstraßen bestand. Es besteht im Untersuchungsgebiet unseren Erkenntnissen nach eine Dominanz des Straßenverkehrslärms, die zwar nicht grundsätzlich, jederzeit und an jedem Ort, aber doch zumeist gegenwärtig ist. Eine allgemeine Beobachtung war auch, dass abends, nachts und in den frühen Morgenstunden mehr Taxis unterwegs sind, und deren Anteil am Verkehrsaufkommen insbesondere nachts erheblich ansteigt; diese Erkenntnis ist insbesondere für einige nachfolgend beschriebene Situationen von Relevanz.

Als besonders laut nahmen wir in den vor Ort durchgeführten Begehungen den Straßenverkehr auf der Brückenstraße wahr – ein Eindruck, der durch die schmale Breite der Straße und die Nähe des Gehwegs zu den Fahrzeugen besonders verstärkt wird. Auch zu Nachtzeiten nahmen wir den vom Straßenverkehr ausgehenden Lärm in der Brückenstraße am lautesten wahr. Obwohl wir keine Geschwindigkeitsmessungen vorgenommen haben, war deutlich zu vernehmen, dass die in der Brückenstraße zwischen 22 und 6 Uhr geltende Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h von dem überwiegenden Teil der Kraftfahrzeuge nicht eingehalten wurde. In der Brückenstraße fahren zudem vergleichsweise häufig sich im Einsatz befindende Einsatzfahrzeuge, insbesondere Rettungsdienstfahrzeuge, fast immer mit eingeschaltetem Einsatzhorn; dies vermutlich aufgrund der schmalen Straßenbreite und dem Vorhandensein lediglich eines Fahrstreifens pro Fahrtrichtung. Eine bemerkenswerte Lärmbelastung besteht in der Brückenstraße zusätzlich durch die sich auf Höhe des Eingangs des KitKatClubs und zu Zeiten des Clubbetriebs (in der Regel nachts und in den Morgenstunden) bildende inoffizielle Taxischlange.⁸⁵ Sie stellt einerseits eine Straßenverkehrsbehinderung dar und unterliegt andererseits einer ganz außergewöhnlichen Organisation, durch die es neben sich ergebenden Gefahrensituationen zu zahlreichen Lärmbelastungen durch Hupen sowie Abbrems-, Anfahr- und Ausweichmanövern kommt. Dass in der Befragung der Anwohner:innen die Lärmquelle Straßenverkehr im Teilgebiet Brückenstraße im Vergleich zu den anderen Teilgebieten anteilig von deutlich mehr Haushalten als Störung genannt wurde (siehe Abschnitt 4.1), verwundert angesichts des unterschiedlichen, vom Straßenverkehr ausgehenden Lärms nicht.

Auch in der Köpenicker Straße bildet sich auf Höhe des Kraftwerkgeländes auf dem Fahrstreifen in Richtung Brückenstraße/Heinrich-Heine-Straße meistens eine inoffizielle Taxischlange, wenn im Tresor Club und/oder Kraftwerk Berlin Veranstaltungsbetrieb herrscht, also vor allem nachts und in den frühen Morgenstunden. Auch hier stellt dies eine Straßenverkehrsbehinderung dar und es kommt zu den gleichen Lärmbelastungen wie im Fall der Taxischlange in der Brückenstraße, jedoch aufgrund der Breite der Köpenicker Straße und besserer Ausweichmöglichkeit für andere Verkehrsteilnehmer in geringerer Intensität. Bei der sich vor allem tagsüber auf Höhe des A&O Hostels, kurz vor der Adalbertstraße, bildenden Schlange aus Reisebussen, die dort Personen und Gepäck ausladen, liegt ein ähnlicher Fall mit ähnlichen, jedoch seltener auftretenden Lärmbelastungen vor. (Für detailliertere Beschreibungen der Schlange aus Reisebussen sowie der Taxischlangen, siehe Abschnitt 4.2.2) Zudem fiel bei der Köpenicker Straße auf, dass es auf dem Abschnitt zwischen Michaelkirchstraße und Engeldamm durch Straßenschäden zu einer Verstärkung des Straßenverkehrslärms kommt; insbesondere etwa auf Höhe der Adalbertstraße war dies deutlich wahrnehmbar.

Auch in dem im Untersuchungsgebiet liegenden Abschnitt der Adalbertstraße (zwischen Köpenicker Straße und Engeldamm) kommt es zu einer besonderen Belastung durch Straßenverkehrslärm. Dies erschien in der Untersuchung auf den ersten Blick auffällig und unerwartet, da es sich bei dem Abschnitt um eine Nebenstraße handelt, die nicht zum übergeordneten Straßennetz Berlins zählt. Plausibler wurde es unmittelbar durch die genauere Problematisierung der Anwohner:innen, die den vor allem zu Nachtzeiten erheblich störenden Lärm den die Straße unerlaubt schnell durchfahrenden Taxis zuordnen. Sie weisen außerdem auf die Kopfsteinpflasterung der Straße hin. Dies konnte in Begehungen vor Ort größtenteils bestätigt werden. So wird die Adalbertstraße rund um die Uhr auffällig häufig von Kraftfahrzeugen durchfahren, was entsprechend laut und nachts nachvollziehbarerweise umso störender ist. Auf dem halbseitig mit Kopfsteinpflaster versehenen Abschnitt der Adalbertstraße sind die entstehenden Fahrgeräusche besonders laut. Zu Nachtzeiten ist in der Adalbertstraße der Anteil an Taxis am Gesamtverkehrsaufkommen besonders hoch. Dies ist vermutlich aufgrund der insbesondere für Taxis attraktiven, weil direkten Verbindungsstrecke zwischen Köpenicker Straße und Kottbusser Tor der Fall. In einer einzelnen, und daher nur eine Tendenz wiedergebenden Zählung an einem Samstag im September 2017 zwischen 1 und 2 Uhr wurden 62 die Adalbertstraße in die eine oder andere Richtung durchfahrende Kraftfahrzeuge, davon 39 Taxis, gezählt. Dass die Adalbertstraße einem hohen Anteil an vor allem ge-

bietsfremdem Durchfahrtsverkehr mit häufigen Geschwindigkeitsüberschreitungen ausgesetzt ist, wurde auch im Verkehrskonzept Nördliche Luisenstadt festgestellt.⁸⁶ Die Diskrepanz der oben genannten durchschnittlichen täglichen Verkehrsmengen zwischen den beiden genannten Abschnitten der Köpenicker Straße (zwischen Brückenstraße/Heinrich-Heine-Straße und Adalbertstraße sowie zwischen Adalbertstraße und Engeldamm) von etwa 5.000 Fahrzeugen, deutet ebenfalls auf gebietsfremdem Durchfahrtsverkehr hin.

Lärm durch Musikveranstaltungen beziehungsweise aus Veranstaltungsorten

Überdies von Anwohner:innen problematisiert wird Lärm durch Musikveranstaltungen beziehungsweise aus Veranstaltungsorten. In diesem Fall können die Lärmquellen also, mehr oder weniger genau, lokalisiert werden. Störungen, die hier benannt werden, beziehen sich zumeist auf Lärm, der innerhalb von Wohnungen als störend wahrgenommen wird, dies insbesondere zur Nachtzeit und damit zur Zeit der Nachtruhe.

Von einigen umliegenden Anwohner:innen wird aus dem KitKatClub beziehungsweise Sage Club dringender und von den dortigen Clubveranstaltungen ausgehender Lärm benannt.⁸⁷ Es wird vermutet, dass dies insbesondere vom Außenbereich ausgehe. Dass deutliche Geräusche aus dem KitKatClub beziehungsweise Sage Club dringen, konnte in den vor Ort durchgeführten Begehungen an zahlreichen Tagen beziehungsweise in zahlreichen Nächten nachvollzogen werden, und konnte von der Köpenicker Straße auf dem Abschnitt zwischen Brückenstraße und Ohmstraße sowie insbesondere in der Ohmstraße (zur Rungestraße hin leiser werdend) gehört werden. Wahrnehmbar waren dabei zumeist Musik und Bässe (die hörbar, aber nicht spürbar waren) sowie Stimmengewirr und andere von Personen ausgehende Geräusche. Folgender Auszug aus einer verschriftlichen Beobachtung einer an einem Samstag zwischen 5 und 6 Uhr im August 2017 durchgeführten Gebietsbegehung soll dies besser illustrieren:

Aus der Rungestraße kommend biege ich in die Ohmstraße ein. Kurz nachdem ich an der Hausnummer 4 vorbei laufe und am Zaun der sich daneben befindenden, erhöhten Parkplatzfläche stehen bleibe, höre ich leises Stimmengewirr. Ich laufe weiter in Richtung Köpenicker Straße und bleibe direkt dahinter und an der unbebauten Fläche stehen. Das Stimmengewirr wird lauter und ich nehme auch Musik und Bässe, die ich hören aber nicht

spüren kann, wahr. Es hört sich so ähnlich an, wie wenn man nahe einer belebten Kneipe steht, bei der Fenster oder Türen geöffnet sind, und der Betrieb zu hören ist. In einem Moment höre ich wie eine Person pfeift. Ich kann die Geräusche aufgrund der Richtung und aufgrund dessen, dass der Biergarten bereits geschlossen ist, mit großer Sicherheit dem Betrieb im KitKatClub zuordnen und vermute, dass insbesondere das Stimmengewirr vom Außenbereich des Clubs ausgeht.

Es wird überdies davon berichtet, dass Lärm aus dem Biergarten Republik Berlin so laut sei, dass er in anliegenden Wohnungen zu hören ist. Diesen Eindruck können wir nicht bestätigen beziehungsweise gehen davon aus, dass hier eine falsche Zuschreibung der vom KitKatClub beziehungsweise Sage Club ausgehenden Geräusche vorliegt. In mehreren Begehungen, in denen entweder nur der Biergarten in Betrieb oder nur der KitKatClub beziehungsweise Sage Club in Betrieb war, konnte eindeutig festgestellt werden, dass nur die vom KitKatClub beziehungsweise Sage Club ausgehenden Geräusche bei der beginnenden Blockrandbebauung im nördlichen Teil der Ohmstraße auf der Straße noch kontinuierlich hörbar waren. Zwar wird im Biergarten Musik abgespielt, dies jedoch nur im Sinne von im Hintergrund laufender Musik und von nach innen (zur Mitte des Biergartens) ausgerichteten Lautsprechern. Auch das von den Gästen des Biergartens ausgehende Stimmengewirr ist im Freien nicht weit hörbar. Ausnahmen sind hier vereinzelt vorkommendes lauterer Verhalten einzelner Gäste, wie beispielsweise ein Lachen oder lautes Anstoßen einer größeren Gruppe. Es muss zudem angemerkt werden, dass der Biergarten Republik Berlin keine Musikveranstaltungen durchführt. Aus den Sitzungsprotokollen des Runden Tisches Köpenicker Straße und in Gesprächen mit Anwohner:innen ist außerdem deutlich geworden, dass Störungen aus dem Biergarten mittlerweile kaum noch benannt werden und dies eher früher der Fall gewesen sei, als es noch eine andere Betreibergesellschaft des Biergartens gab.

Desweiteren benennen Anwohner:innen vereinzelt, dass von Musikveranstaltungen des Kraftwerk Berlin sowie des Tresor Clubs und Ohm Clubs ebenfalls Lärm ausgehe, und so in Wohnungen der anliegenden Wohnhäuser in der Köpenicker Straße und der Ohmstraße häufig insbesondere nachts und in den Morgenstunden Musik und Bässe zu hören seien. Bei Veranstaltungen des Kraftwerk Berlin sei dies durch das Gebäude zu hören, jedoch aufgrund selten stattfindender Veranstaltungen auch eher selten der Fall. Verantwortliche des Kraftwerk Berlin, die auch am Runden Tisch Köpenicker Straße teilnehmen, weisen ebenfalls darauf hin, dass Veran-

staltungen nicht oft stattfinden und technikakustische Gutachten sowie Einpegelungen der Musikabspielanlagen eine Einhaltung der erlaubten Schallpegelgrenzwerte nachgewiesen haben beziehungsweise sicherstellen würden. Für Musikveranstaltungen würden außerdem grundsätzlich amtliche Ausnahmegenehmigungen vorliegen, wie beispielsweise beim jährlich im August stattfindenden Atonal Festival. Bei den vor Ort durchgeführten Begehungen konnten wir, mit Ausnahme des Atonal Festivals und der Jugendkonferenz Tincon (die jedoch nur tagsüber stattfand), keine aus dem Kraftwerk Berlin dringende Musik wahrnehmen. Im Falle des Tresor Clubs sowie Ohm Clubs würden laut Anwohner:innen hörbare Musik und Bässe entweder über offene Türen oder über Lüftungsanlagen und -öffnungen nach außen dringen. In den Begehungen konnten wir einmal erleben, dass Musik aus dem Ohm Club bei geöffneter Eingangstür deutlich hörbar war, zumindest auf der Straßenseite des Kraftwerkgeländes und auf dem Gelände selbst. Beim Tresor Club konnten wir bei keiner der Begehungen durch die geöffnete Eingangstür Musik hören. Jedoch konnten wir bei zahlreichen Begehungen Musik und Bassschläge deutlich aus einem Auslass eines Lüftungskanals oder -schachts an der östlichen Außenwand des Kraftwerkgebäudes hören (an der Ein- und Ausfahrt zu Vattenfall). Hier scheinen sich auch Vibrationen zu übertragen, da das vor dem Auslass befestigte Metallgitter dann deutlich hörbar klirrte. Die von dem Auslass ausgehenden Geräusche waren teilweise auch auf der anderen Seite der Köpenicker Straße und von der Michaelkirchstraße hörbar. Da in jeder der Nächte, in denen wir dies hören beziehungsweise beobachten konnten, im Tresor Club eine Musikveranstaltung stattfand, jedoch nicht immer auch im Ohm Club, schließen wir darauf, dass die hörbare Musik und Bassschläge vom Veranstaltungsbetrieb im Tresor Club ausgingen.

In der Umgebung des Wohn- und Kulturprojekts Köpi am östlichen Ende des Untersuchungsgebiets werden Lärm und einhergehende, erhebliche Ruhestörungen durch von dort ausgehenden Musikveranstaltungen problematisiert. Es handele sich laut umliegenden Anwohner:innen dabei um regelmäßig stattfindende Musikveranstaltungen in Innenräumen des Hauses und Freiluftveranstaltungen auf dem Gelände, die teilweise mehrere Tage andauerten und fast immer auch durch die Nacht gingen. Es wurde auch davon berichtet, dass Ruhestörungen von dem zur Köpi gehörenden Wagenplatz ausgingen, meist durch abgespielte Musik, teilweise aber auch durch Geschrei dort wohnender oder sich dort aufhaltender Personen. Beispielsweise für das Jahr 2016 haben Anwohner:innen insgesamt 30 Veranstaltungen und ruhestörende Vorkommnisse protokolliert. In den vor Ort durch-

geführten Begehungen konnten wir solche Vorkommnisse nicht beobachten – die Köpi stand aber wohlgemerkt bei den Gebietsbegehungen nicht im engeren Fokus –, sodass wir die Darstellungen der Anwohner:innen hinsichtlich dieses Aspekts lediglich wiedergeben können. Abgesehen vom Lärm beklagen betroffene Anwohner:innen hier jedoch vor allem, wie die Behörden mit der Köpi umgehen sowie wie sie auf Meldungen und Beschwerden von Anwohner:innen reagieren (siehe Abschnitt 4.2.6).

Weitere Ursachen für Lärm

Es wurden einige weitere Lärmursachen problematisiert, die nachfolgend komprimiert erläutert werden: Anwohner:innen der Köpenicker Straße und Ohmstraße benennen Lärm, der durch Auf- und Abbauarbeiten sowie An- und Ablieferungen bei Veranstaltungen des Kraftwerk Berlins entstehe; hierbei wäre auch Lärm durch erhöhtes Kraftfahrzeugaufkommen festzustellen und es käme auch an Sonntagen vor. Einige Anwohner:innen der nah am Kraftwerkgelände liegenden Wohngebäude geben an, dass es bei solchen Veranstaltungen sowie im Vor- oder Nachhinein außerdem zu Lärm durch technische Anlagen komme, wie beispielsweise Stromerzeugungsaggregate. Es komme außerdem zu tieffrequenten Geräuschen und in Wohnungen spürbaren Vibrationen, wobei hier nicht eindeutig klar sei, ob dies vom Kraftwerk Berlin oder dem Heizkraftwerk ausgehe. Eine von Anwohner:innen der Adalbertstraße problematisierte Lärmquelle sei die vom A&O Hostel vor einiger Zeit vom Innenhof auf die Straßenseite verlegte Müllpressanlage, die täglich betrieben werde, wenn auch nicht zu Nachtzeiten. Seitens des A&O Hostels wurden daraufhin feste Zeiten für das Müllpressen eingerichtet, sodass der Lärm zumindest zeitlich eingegrenzt ist, außerdem der Zugang vor dem Eindringen zugangsunberechtigter Personen abgesichert und Mülltransportwagen mit lärmarmer Bereifung angeschafft. Anwohner:innen erkennen diese Bemühungen an, sind dennoch über die grundsätzliche Verlegung der Müllpresseanlage zu Ungunsten der Nachbarschaft verärgert. Eine Lärmquelle, die von einigen Anwohner:innen aus dem gesamten Untersuchungsgebiet genannt wird, sind oftmals spät abends oder nachts stattfindende Höhenfeuerwerke, die Veranstaltungsorten in der nahen Umgebung außerhalb des Untersuchungsgebiets zugeordnet werden.

Zusammenfassung

Im Untersuchungsgebiet gibt es zahlreiche unterschiedliche Lärmursachen, die problematisiert werden. Die Charakteristik und Spezifik der Störungen konnten wir

durch verschiedene Methoden und eine ausführliche Analyse der erhobenen Daten herausarbeiten. Viele der problematisierten Lärmursachen konnten in den Begehungen des Untersuchungsgebiets nachvollzogen werden. Es konnten und sollten dabei keine Aussagen darüber getroffen werden, ob oder wann Immissionsrichtwerte eingehalten oder überschritten wurden (siehe oben).

Abschließend festgehalten werden soll einerseits, dass es im Untersuchungsgebiet zu vielen Zeiten und insbesondere zu Nachtzeiten zu einer teils erheblichen und nachvollziehbar störenden Geräuschkulisse durch verschiedene Geräuschquellen kommt. Gleichwohl ist dies nicht konstant und ständig der Fall. Es gibt ebenso Zeiten, in denen die erläuterten Lärmursachen nicht oder kaum vorhanden sind. Andererseits festgehalten werden soll, dass es im Untersuchungsgebiet drei zentrale, jedoch räumlich nicht überall und gleichermaßen, sondern örtlich konzentriert auftretende Lärmursachen gibt: Lärm durch Personen im öffentlichen Raum, Lärm durch Straßenverkehr sowie Lärm durch Musikveranstaltungen beziehungsweise aus Veranstaltungsorten. Meistens kann zwischen aufkommensbedingtem sowie verhaltensbedingtem beziehungsweise situationsspezifischem Lärm unterschieden werden.

Bezüglich Straßenverkehrslärm und Gewerbelärm bestehen zahlreiche Rechtsnormen, die einen ausreichenden Schutz für die Umgebung und Nachbarschaft gewährleisten sollen – ob diese hinreichend und zeitgemäß sind und ob sie angemessen durchgesetzt werden, soll hier nicht beurteilt werden. Hinsichtlich des von Personen im öffentlichen Raum verursachten Lärms ist dies hingegen nicht gleichermaßen zutreffend. Im Fall dieser Lärmursache zeigen sich die Auswirkungen neuer Formen urbaner Vergemeinschaftung im öffentlichen Raum und Verdichtungen erlebnisorientierter Stadtnutzungen sowie städtischen Nachtgeschehens und Prozessen der Nachtökonomie.⁸⁸ Es ist eine für Großstädte hochaktuelle Frage, ob diese bereits ausreichend in Rechtsnormen zum Lärmschutz und einer entsprechenden Verwaltungspraxis berücksichtigt sind. Die Beantwortung dieser Frage kann und soll dieser Bericht nicht leisten. Es werden jedoch Handlungspotenziale aufgeführt, die auf die genannten zentralen Lärmursachen eingehen (siehe Abschnitt 5).

4.2.2 Beeinträchtigungen im Straßenverkehr

Bezogen auf den Straßenverkehr problematisieren Anwohner:innen neben Lärm (siehe Abschnitt 4.2.1) auch andere Beeinträchtigungen im und durch den Straßenverkehr. Der Aspekt ist auch am Runden Tisch Köpenicker Straße immer wieder Thema. Wiederholt genannt wurden dabei auf der Köpenicker Straße haltende und die Fahrbahn blockierende Reisebusse. Auch Taxis beziehungsweise Taxischlangen, die ebenfalls Fahrbahnen blockieren würden, wurden genannt. Es gibt jedoch selten Aufschluss darüber, wie sich diese Fälle und die von ihnen ausgehende Beeinträchtigungen genau auszeichnen und was ihnen zugrunde liegt. In den vor Ort durchgeführten Begehungen konnten drei Fälle im untersuchten Gebiet identifiziert werden, an denen es zu bestimmten Zeiten zu erheblichen Beeinträchtigungen des Straßenverkehrs kommt: auf der Köpenicker Straße auf Höhe des A&O Hostels, in der Brückenstraße auf Höhe des Ein- und Ausgangs des KitKatClubs sowie in der Köpenicker Straße auf Höhe des Haupteingangstors des Kraftwerkgeländes.

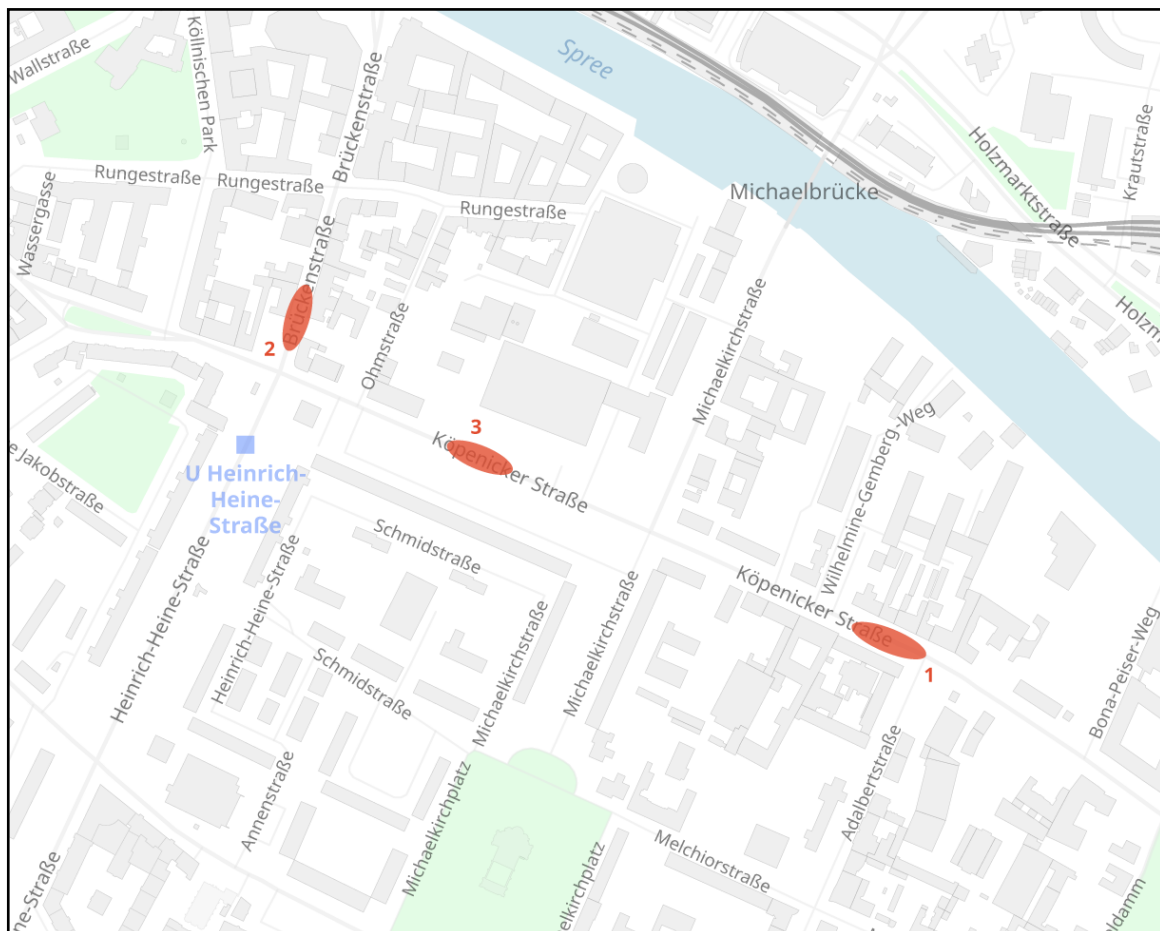


Abbildung 26: Orte der drei Fälle von erheblichen Straßenverkehrsbeeinträchtigungen

Reisebusse auf der Köpenicker Straße

Der erste Fall sind Straßenverkehrsbeeinträchtigungen durch Reisebusse auf der Köpenicker Straße auf Höhe des Haupteingangs des A&O Hostels (siehe Abbildung 26). Durch parkende beziehungsweise haltende Reisebusse entstehende Nutzungskonkurrenzen führen hier mitunter zu gefährlichen Situationen für verschiedene Straßenverkehrsteilnehmer:innen.

Größere Gruppen, die im A&O Hostel übernachten, reisen unter anderem mit Reisebussen an. Auf der Fahrbahn befinden sich ein Parkstreifen sowie eine für Busse ausgewiesene Haltebucht, die für Reisebusse reserviert ist, um Passagiere samt Gepäck vor dem Hostel abzusetzen. Dies ist unproblematisch, wenn ein Reisebus dies unter Nutzung der Haltebucht vornimmt. Ist die Haltebucht bereits von einem anderen Reisebus oder anderen Fahrzeugen belegt, halten weitere anführende Reisebusse häufig auf dem Fahrstreifen. Die Folge sind gefährdende Situationen für Verkehrsteilnehmer:innen, da sich einerseits Passagiere auf der Fahrbahn aufhalten können und andererseits in Richtung Osten fahrende Fahrzeuge und Radfahrer:innen den auf dem Fahrstreifen stehenden Reisebussen ausweichen müssen, teilweise unter Nutzung des Fahrstreifens des Gegenverkehrs.

Abbildung 27 zeigt in einer Bildersequenz ein Beispiel der Entstehung einer solchen Busschlange und illustriert die Auswirkungen auf die Verkehrssituation: Ein Bus steht bereits in der Haltebucht. Hinzukommende Busse passen nicht mehr in die Haltebucht und halten dahinter auf der Fahrspur (A, B, C). Dadurch kommt es zu einer Störung des Verkehrsflusses, denn sie blockieren Teile des Fahrstreifens und insbesondere den dort vorhandenen Schutzstreifen für Radfahrer:innen (B, C), sodass passierende Radfahrer:innen ausweichen müssen. Um Radfahrer:innen nicht zu gefährden, müssen Fahrzeuge zum Überholen auf den Fahrstreifen des Gegenverkehrs ausweichen müssen (D). Radfahrer:innen sind dabei stets der Gefahr ausgesetzt, von jenen überholenden Fahrzeugen übersehen zu werden. Auch durch und für Personengruppen, die aufgrund der Haltesituation verstärkt auf der Fahrbahn stehen, kann es zu gefährlichen Situationen kommen (E, F).

Die Situation wurde bereits im Verkehrskonzept zum Fördergebiet Nördliche Luisenstadt thematisiert.⁸⁹ Sie ist Anwohner:innen und der Geschäftsführung des A&O Hostels bekannt. Auch von Seiten des Hostels ist ein mehr als kurzzeitiges Halten in der Haltebucht nicht erwünscht und es wurden bereits Maßnahmen ergriffen, um die Reisegruppen und Busunternehmen vor Anreise auf eine kurze Halte-dauer sowie auf Busparkplätze am Ostbahnhof hinzuweisen.

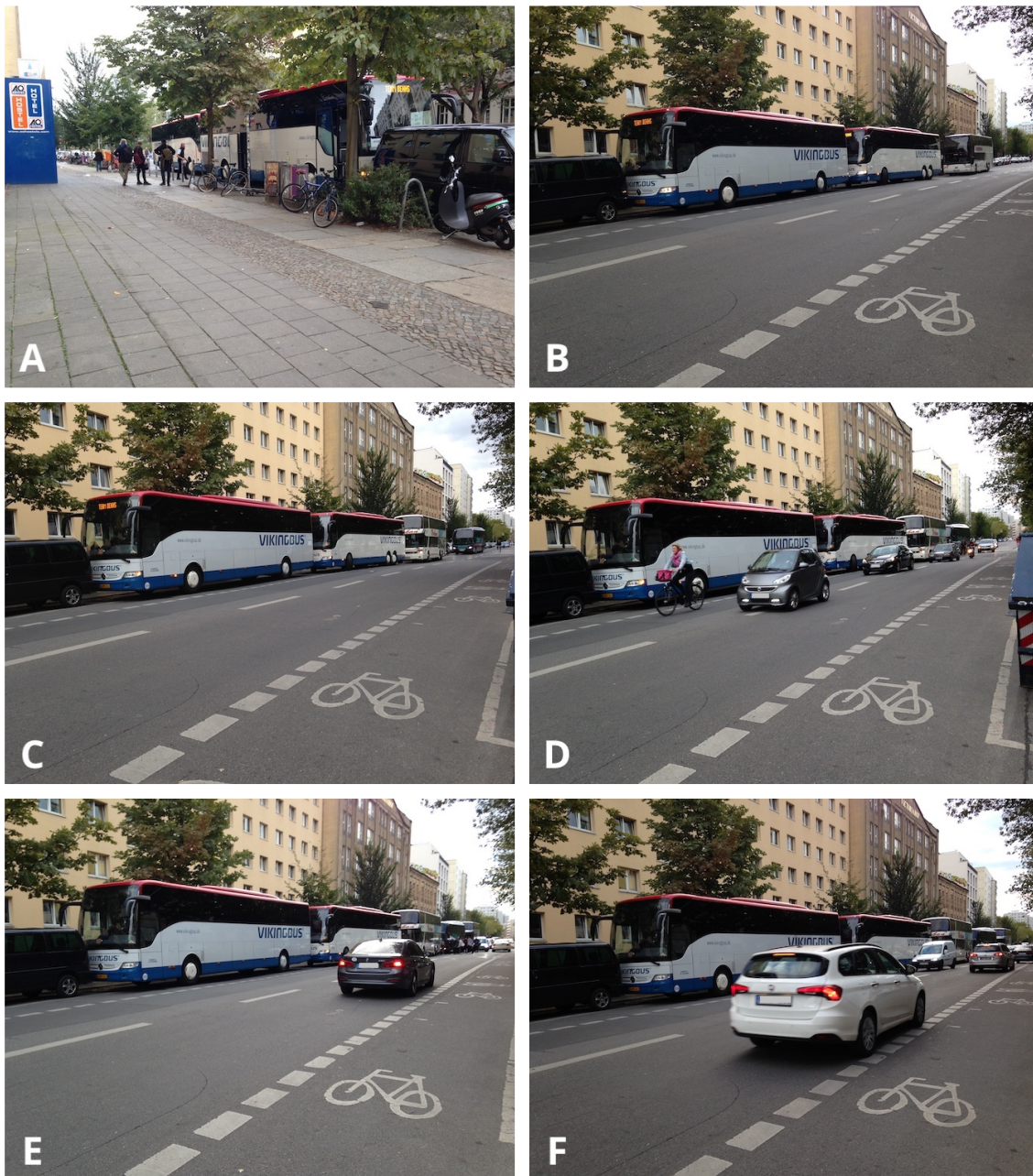


Abbildung 27: Beispiel des Entstehens einer Schlange aus fünf Reisebussen sowie der Auswirkungen

Eine Busschlange bildet sich vor allem an Tagen und zu Zeiten, an denen vermehrt An- und Abreisen stattfinden. Ursächlich für eine Busschlange und damit einhergehende Gefahrensituationen ist das gleichzeitige Ankommen mehrerer Busse zu Stoßzeiten. Weitere Faktoren, die die Bildung einer Busschlange befördern, sind zudem unnötig lange Haltezeiten der Busse über das Ein- und Aussteigen beziehungsweise Abladen von Gepäck hinaus und zeitweise vorkommendes Blockieren der Haltebucht durch andere haltende oder sogar parkende Fahrzeuge. Es existiert zudem ein Mangel an Busparkmöglichkeiten in unmittelbarer Umgebung.

Taxischlange auf der Brückenstraße

Der zweite Fall sind Straßenverkehrsbeeinträchtigungen durch eine sich zu Nachtzeiten und in den frühen Morgenstunden bildende Taxischlange auf der Brückenstraße auf Höhe des Eingangs des KitKatClubs (siehe Abbildung 26). Taxis blockieren hier verkehrswidrig einen Teil des Fahrstreifens und einen Schutzstreifen für Radfahrer:innen, wodurch es zu erheblichen Verkehrsgefährdungen kommt, und infolge dessen auch zu Lärm durch Hupen sowie Abbrems-, Anfahr- und Ausweichmanövern (siehe Abschnitt 4.2.1).

Die Brückenstraße wird als Verbindungsstraße zwischen den Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg stark befahren. Die Straße ist vergleichsweise schmal und verengt sich zwischen Rungestraße und Köpenicker Straße nochmals auf nur einen Fahrstreifen und einen Schutzstreifen für Radfahrer:innen pro Fahrtrichtung. Zu Nachtzeiten und in den frühen Morgenstunden kommt es vor dem Eingangsbereich des KitKatClubs auf der Brückenstraße in Richtung Jannowitzbrücke vermehrt dazu, dass Taxis auf der Fahrbahn halten und Personen aufsammeln oder absetzen. Es wird der Verkehrsfluss gestört, indem haltende Taxis den Radweg und Teile des Fahrstreifens blockieren. Orientiert an den Zeiten des Clubbetriebes und am Aufkommen von potenziellen Fahrgästen vor Ort, kommt es darüber hinaus vermehrt dazu, dass Taxis in diesem Bereich nicht nur zum Ein- und Aussteigen der Fahrgäste halten, sondern auch auf neue Fahrgäste warten, sodass sich eine verkehrswidrige Taxischlange bildet. Zu Nachtzeiten und in den frühen Morgenstunden ist der Abreiseverkehr von Clubbesucher:innen am höchsten. Dies überschneidet sich, vor allem an Werktagen, mit einem generellen Anstieg des Verkehrsaufkommens, sodass in diesem Zeitraum der Verkehrsfluss besonders beeinträchtigt wird.

Abbildung 28 zeigt die Taxischlange. Zunächst blockieren wartende Taxis den Radweg und teilweise den Fahrstreifen (A), sodass Radfahrer:innen auf den Fahrstreifen ausweichen müssen und gefährdet sind, sowie der Fahrstreifen zusätzlich verengt wird. Eine besondere Gefährdung von Straßenverkehrsteilnehmer:innen entsteht durch die besondere Organisation der Taxischlange, die sich durch eine umgedrehte Rückwärtslogik auszeichnet: Wie bei einer Taxischlange üblich, bedient stets das zuerst angekommene Taxi Fahrgäste. Das erste ankommende Taxi wartet im hiesigen Fall direkt auf Höhe des Ausgangs des KitKatClubs. Da jedoch der Ausgang des KitKatClubs relativ nah zur Kreuzung und Fußgängerampel liegt, ist hinter diesem Taxi nicht ausreichend Platz für weitere wartende Taxis. Weitere Taxis stellen sich daher nicht hinter das erste Taxi, sondern passieren dieses und fahren rückwärts



Abbildung 28: Taxischlange auf der Brückenstraße mit ihrer besonderen Anstellorganisation

vor das erste wartende Taxi heran (B). Dieser Logik folgend ist somit das Taxi, das an hinterster Stelle und so direkt vor dem Ausgang des KitKatClubs steht, das in erster Warteposition der Schlange stehende und ankommende Fahrgäste zuerst bedienende Taxi. Bei den vor Ort durchgeführten Begehungen wurden Taxischlangen mit bis zu acht wartenden Taxis beobachtet. Ist ein Taxi zur Abfahrt bereit, wird wieder ein wenig zurückgesetzt, um dann aus der Reihe ausscheren und wegfahren zu können. Fahren die Taxis in südliche Richtung ab, wird eine Kehrtwende in der Brückenstraße vorgenommen.

Durch diese besondere Organisation der Taxischlange sowie der damit einhergehenden Verengung des Fahrstreifens und das unvorhersehbare Zurücksetzen der Taxis kommt es zu starken Ausweich-, Abbrems- und Überholmanövern. Hierbei entsteht eine erhöhte Unfallgefahr, besonders auch für Radfahrer:innen sowie für Fußgänger:innen, die häufig auf Höhe des KitKatClubs und des gegenüberliegenden Spätkaufs die Straße überqueren.⁹⁰ Auch Fahrzeuge, die aus der Gegenrichtung die Taxis passieren, sind durch die Verengung der Fahrbahn gefährdet. Weiterhin kommt es durch die Taxischlange zu Lärm durch vermehrtes Hupen sowie Abbrems-, Anfahr- und Ausweichmanövern (siehe Abschnitt 4.2.1). Dies entsteht durch die aufkommenden Gefahrensituationen infolge der Verengung des Fahrstreifens sowie durch die besondere Organisation der Taxischlange, da eine Nichteinhaltung der Reihenfolge, in der Fahrgäste bedient werden, seitens der Taxifahrer:innen durch Hupen gemäßregelt wird.

Taxischlange auf der Köpenicker Straße

Der dritte und letzte Fall sind ebenfalls Straßenverkehrsbeeinträchtigungen durch eine weitere, sich zu Nachtzeiten und in den frühen Morgenstunden bildende Taxischlange auf der Köpenicker Straße auf Höhe des Haupttors des Kraftwerkgeländes (siehe Abbildung 26). Auch hier blockieren Taxis in verkehrswidriger Weise einen Teil des Fahrstreifens und einen Schutzstreifen für Radfahrer:innen. Die Situation verhält sich jedoch anders als die in der Brückenstraße. Zum einen ist die Fahrbahn deutlich breiter und mit einem Parkstreifen pro Richtung ausgestattet. Zum anderen ist die Taxischlange nicht in der Rückwärtslogik organisiert, sondern hinkommende Taxis stellen sich hinten an. Dennoch entstehen gefährliche Situationen, da sich auch hier kein offiziell eingerichteter Taxistand befindet. Wartende Taxis stellen sich auf Höhe des Haupteingangstors des Kraftwerkgeländes häufig auf den Fahrstreifen. Dadurch kommt es auch hier zu einer Verengung der Fahrbahn und somit zu potenziellen Gefahrensituationen und erhöhter Unfallgefahr.⁹¹ Auf dem Parkstreifen stehende Taxis stellen keine Gefährdung dar beziehungsweise führen nicht zu der hier geschilderten Situation.

4.2.3 Verschmutzung

Insbesondere Anwohner:innen problematisieren in Gesprächen eine Verschmutzung des Gebiets. Das Problem der Verunreinigung im Bereich der Köpenicker Straße ist dem Bezirksamt Mitte bekannt, wobei der Grad der Verunreinigung im Straßenbereich in der Vergangenheit als relativ hoch bewertet wurde.⁹² Vom Bezirk ergriffene Maßnahmen, wie die Überprüfung der Einstufung der Reinigungsklassen und die Anpassung des Reinigungsturnus in einem Abschnitt der Köpenicker Straße im Jahr 2015, zeigen lediglich eine begrenzte Wirksamkeit.⁹³ Zahlen des Anliegen-Management-Systems (AMS) des Ordnungsamtes zeigen, dass 85 % der Meldungen, die 2017 aus dem Bereich der Nördlichen Luisenstadt erfasst wurden, Müll auf öffentlichem Straßenland betreffen. 55 % dieser Meldungen beziehen sich auf den Bereich der Köpenicker Straße.⁹⁴ Im empirischen Teil der Untersuchung konnten durch die längerfristigen Aufenthalte im Zuge der vor Ort durchgeführten Begehungen verschiedenartige Verschmutzungen, lokale Schwerpunkte sowie Zusammenhänge im Entstehen der Verschmutzungen beobachtet werden. Im Folgenden wird auf drei Teilaspekte der Verschmutzung im öffentlichen Straßenland des Untersuchungsgebiets eingegangen: Vermüllung, öffentliches Urinieren und Sperrmüll.

Vermüllung

Als Vermüllung oder Littering wird die Verschmutzung des öffentlichen Raums durch Müll und weitere Hinterlassenschaften, die bewusst oder unbewusst von Personen verursacht werden, bezeichnet. Die Vermüllung im Untersuchungsgebiet betrifft insbesondere die Abend- und Nachtstunden, wobei der Grad der Vermüllung im Laufe der Nacht stark ansteigt. Besonders an Wochenenden lässt sich eine auffällige Menge an Müll vorfinden. Dieser ist gehäuft entlang der Gehwege der Brückenstraße, der Köpenicker Straße und der Adalbertstraße vorzufinden. Ein weiterer Schwerpunkt befindet sich um den U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße herum. Dort sammelt sich insbesondere auf dem Vorplatz des freistehenden Zugangs zum U-Bahnhof an der Kreuzung Köpenicker Straße/Brückenstraße/Heinrich-Heine-Straße sowie im überbauten Zugangsbereich in der Köpenicker Straße viel Müll an. Auch Erbrochenes ist in den benannten Bereichen des Öfteren vorzufinden.

Neben Zigarettenstummeln und Kronkorken, kommt es an sämtlichen betroffenen Stellen mit Abstand am häufigsten zu Müll in Form von Glasflaschen. Während Pfandflaschen zügig aufgesammelt werden, bleiben leere Sekt-, Wein- und

Schnapsflaschen zurück. Wenn sich in Pfandflaschen noch Reste befinden, werden diese von aufsammelnden Personen ausgeschüttet, was einen klebrigen Boden hinterlässt. Zerbrochene Glasflaschen lassen ferner Scherben auf der Straße zurück, die eine potenzielle Verletzungsgefahr darstellen und zu Reifendefekten bei Fahrrädern führen können.

Es besteht zweifelsohne ein Zusammenhang zwischen dem anfallenden Müll und einem zuweilen hohen Personenaufkommen im Gebiet. Hierzu gehören sowohl das Ausgehpublikum als auch Übernachtungsgäste, die vorwiegend zu Fuß die Strecken zwischen den nächstgelegenen Bahnhöfen und ihrem Ziel zurücklegen. So sind dort lokale Schwerpunkte der Verschmutzung zu erkennen. Hervorzuheben sind hierbei die Straßenabschnitte vor den Eingängen des A&O Hostels in der Köpenicker Straße und Adalbertstraße, der Abschnitt der Köpenicker Straße auf Höhe des Kraftwerk-geländes sowie der Eckbereich der Köpenicker Straße/Brückenstraße bis zur Höhe des KitKatClubs. Eine situative Besonderheit ist, dass durch entstehende Club-schlangen in kurzer Zeit relativ viel Müll anfällt, sodass eine Schlange selbst nach ihrem Verschwinden anhand von Hinterlassenschaften erkennbar ist.



Abbildung 29: Weggeworfener und abgestellter Müll auf dem Gehweg in der Köpenicker Straße

Öffentliches Urinieren

Im Untersuchungsgebiet kommt es ebenfalls zu Nachtzeiten regelmäßig vor, dass Personen im öffentlichen Raum urinieren. Öffentliches Urinieren, das sogenannte Wildpinkeln, tritt vor allem an dunklen und wenig frequentierten Stellen auf (siehe Abbildung 30). Vor allem in den wärmeren Sommermonaten führt dies zu einer starken lokalen Geruchsbelästigung, die auch von Anwohner:innen in den betroffenen Straßen beklagt wird. Besonders belastet ist der Bereich der Ohmstraße zwischen Bebauung und Köpenicker Straße. Hier wird verstärkt die unbebaute und überwucherte Fläche des Grundstücks Ohmstraße 12 aufgesucht. Ebenso sind die wenig ausgeleuchteten Parkplätze und Grünflächen vor den Hochhäusern Köpenicker Straße 103/104 bis 114 betroffen. Auffällig ist, dass der Bereich Köpenicker Straße 103/104 bis zur Köpenicker Straße 108 verstärkt belastet ist. Auf selbiger Höhe befindet sich das erste Eingangstor zum Kraftwerkgelände, auf dem sich nachts zeitweise längere Schlangen zum Einlass in den Tresor Club bilden. In vielen Fällen ist erkennbar gewesen, dass Personen, die das Kraftwerkgelände aufsuch-

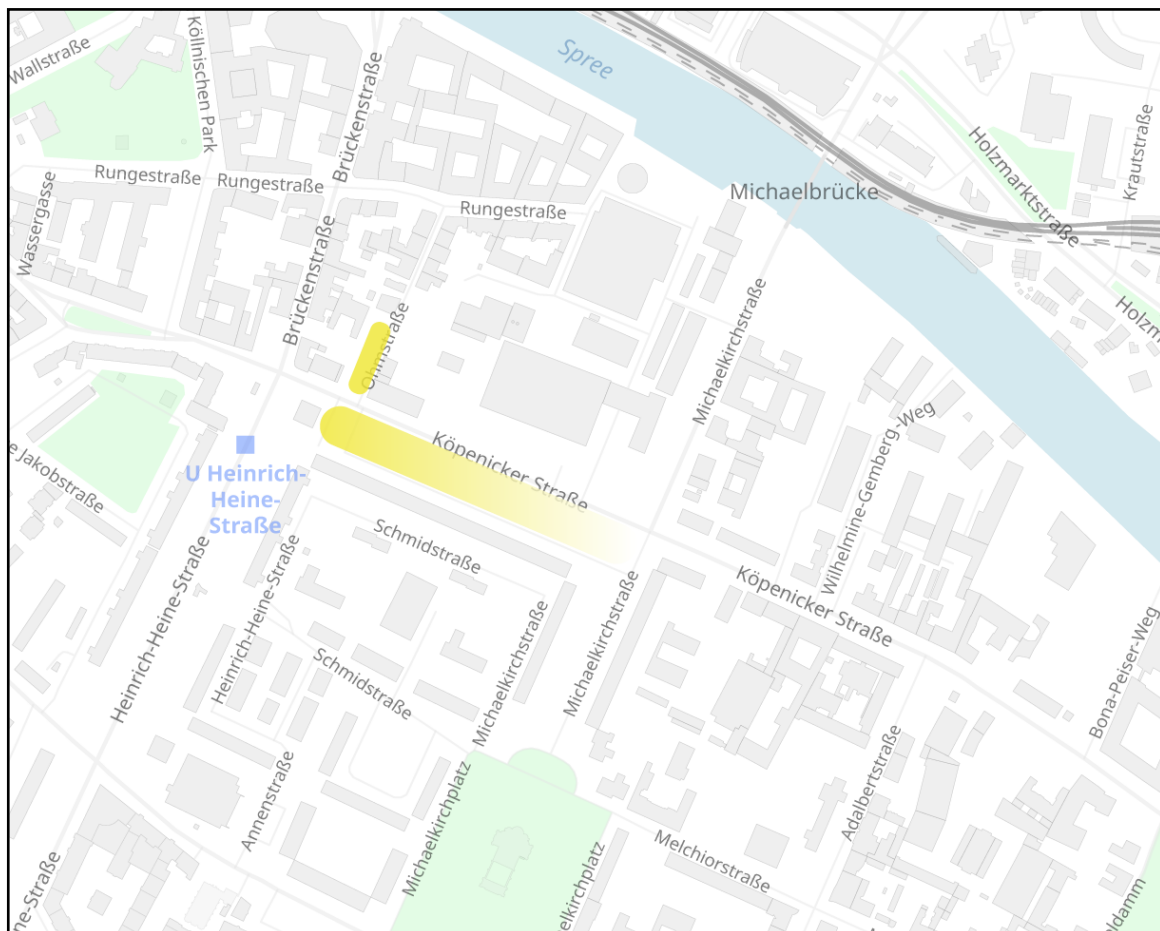


Abbildung 30: Bereiche, die besonders häufig zum Urinieren genutzt werden

ten, dieses kurzzeitig verließen, um auf der anderen Straßenseite an unbeobachteter Stelle zu urinieren. In Richtung der Hausnummern 110 und 114 nimmt das öffentliche Urinieren wieder ab. Es wird erkennbar, dass die betroffenen Straßenabschnitte entlang der An- und Abreisewege zwischen U-Bahnhof beziehungsweise Bushaltestellen und den Veranstaltungsorten in der Köpenicker Straße liegen.

Sperrmüll

Das illegale Abladen von Sperrmüll ist in erster Linie ein berlinweites Problem und nicht spezifisch für die Nördliche Luisenstadt.⁹⁵ Dennoch gibt es im Gebiet Orte, an denen es immer wieder zu teils gravierenden Ansammlungen von Sperrmüll kommt. Hierbei ist insbesondere das seit 2008 leerstehende, ehemalige Schulgebäude in der Adalbertstraße 53 zu nennen. Der Bereich vor dem Eingang und die Gebüsche seitlich des Eingangs werden gezielt als Ablageorte für Sperrmüll genutzt. Dieser Sperrmüll zieht weiteren Müll nach sich, sodass die Flächen über den gesamten Zeitraum der Untersuchung in einem sehr verdreckten Zustand waren. Im Frühjahr 2018 wurde das Gelände von den Müllablagerungen geräumt und mit einem Sichtschutzzaun umzäunt, um eine dauerhafte Freihaltung von Sperrmüll zu erzielen. Ein Schuttcontainer, der sich unweit des Schulgebäudes auf der Straße befindet, wird ebenfalls für das Abladen von Sperrmüll, weiterem Müll und Glasflaschen missbraucht. Der Gehwegbereich vor der Bauruine in der Köpenicker Straße 139/140 und der Köpenicker Straße 137 wird weiterhin als Ablageort für Sperrmüll genutzt. Beide Ablageorte, sowohl die ehemalige Schule in der Adalbertstraße als auch die Bauruine in der Köpenicker Straße, sind ungenutzte Flächen, die seit vielen Jahren verfallen. Der Zusammenhang zwischen brachliegenden Grundstücken und stetiger Vermüllung ist in diesen Fällen evident. Es würde sich anbieten, solchen Fällen durch beteiligende Stadtraumgestaltung sowie Zwischennutzungen vorzubeugen beziehungsweise ihnen so zu begegnen (siehe Abschnitt 5.2).

4.2.4 Betäubungsmittelverkauf und -konsum

Von Anwohner:innen und Gewerbetreibenden werden im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln⁹⁶ vor allem zwei Orte genannt: der Bereich vor dem Kraftwerkgelände sowie um den und im U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße. Der dort stattfindende, zum Teil offensichtliche Konsum sowie Hinterlassenschaften wie Spritzen, Aluminiumfolie und sonstiger Müll, werden ebenso wie die Verkaufspraktiken als störend und teils bedrohlich empfunden. Anwohner:innen geben an, sich in ihrem Alltag gestört zu fühlen, beispielsweise durch sichtbare Verkaufspraktiken und Spuren des Konsums, die ebenfalls bewirken, dass bestimmte Wege ungern genutzt werden. Auch wird von Anwohner:innen berichtet, dass Konsumierende in die Wohnhäuser eindringen, was angesichts dieser Schilderungen, der Bestätigung einer Hausverwaltung und eines Hausmeisters, der in Häusern aufgefundenen Hinterlassenschaften sowie zur Problematik durchgeführter Begehungen und Veranstaltungen⁹⁷ nicht zu bezweifeln ist. Für die Anwohner:innen überwiegt demnach ein Gefühl des Unwohlseins und eine empfundene Machtlosigkeit, da die für sie unbefriedigende Situation sich als dauerhaft und schwer lösbar darstellt.

Auf Grundlage der vor Ort durchgeführten Begehungen sowie geführter Gespräche, unter anderen mit Fixpunkt e. V.⁹⁸, lassen sich in der Nördlichen Luisenstadt zwei Schwerpunkte ausmachen, an denen Verkauf und Konsum von Betäubungsmitteln stattfinden: der Bereich in und um den U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße sowie in der Köpenicker Straße, vor allem vor dem Kraftwerkgelände und zwischen den Grünflächen und dem Parkplatz vor den Wohngebäuden in der Köpenicker Straße 103 bis 114. Trotz ihrer örtlichen Nähe zueinander, stehen diese nicht in unmittelbarem Zusammenhang. Es muss daher bei näherer Betrachtung von zwei unterschiedlichen Phänomenen gesprochen werden.

Im Bereich des U-Bahnhofes Heinrich-Heine-Straße ist verstärkt in den Morgen- und Vormittagsstunden, sowohl werktags als auch an Wochenenden, ein regelmäßiger Verkauf beobachtbar. Auch der Konsum von Betäubungsmitteln findet vereinzelt statt. Darüber hinaus konnten in den durchgeführten Begehungen keine besonderen Beeinträchtigung durch die Abhängigen gegenüber Unbeteiligten, die etwa im Bereich des U-Bahnsteigs auf die nächste U-Bahn warten, festgestellt werden. Die Verkäufer verhalten sich unscheinbar und nicht aufdringlich. Es scheint, dass die reibungslose, zielgerichtete Verkaufspraxis im Vordergrund steht. Nach unseren Erkenntnissen handelt es sich um keinen Szenetreffpunkt von Konsumierenden und Suchtmittelabhängigen, wie dies am nahegelegenen U-Bahnhof Kott-

busser Tor der Fall ist. Die hier beschriebene Situation am U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße ist somit vergleichbar mit der Lage an vielen weiteren Bahnhöfen der U-Bahnlinie 8, an denen ebenfalls Betäubungsmittel verkauft werden.

In der Köpenicker Straße gestaltet sich die Situation anders. Im Bereich zwischen der Kreuzung Heinrich-Heine-Straße und der Ohmstraße konnten keine Verkaufspraktiken beobachtet werden. Auffällig ist dort eine Lichterkette, die an der Hausfassade zwischen dem Eingang des Sage Clubs und dem Biergarten Republik Berlin durch die Betreiber:innen vor Ort angebracht wurde. Anscheinend werden die Verkäufer davon abgehalten, sich in diesem Bereich aufzuhalten. Verkaufspraktiken wurden ab der Ohmstraße bis hin zum ersten Eingangstor des Kraftwerkgeländes beobachtet. In diesem Abschnitt erfolgt die Kontaktaufnahme zu potentiellen Käufer:innen. Der Gehwegbereich auf der Straßenseite des Kraftwerkes ist zu Abend- und Nachtzeiten eine Hauptroute des vergnügungsorientierten Publikums, welches in Richtung Kraftwerkgelände oder in Richtung U-Bahnhof unterwegs ist und das die Zielgruppe für die Verkäufer darstellt. Die Ansprache durch Verkäufer erfolgt hier fast durchgehend zu den (Nacht-)Zeiten, in denen Ausgehpublikum in der Köpenicker Straße unterwegs ist. Der Zeitrahmen, in dem Verkauf hier stattfindet, orientiert sich somit an den Öffnungszeiten der nahegelegene Clubs und ist deutlich ausgedehnter als der des Verkaufs am U-Bahnhof. Bei den Verkäufern handelt es sich meist um zwei bis drei Personen, die (anders als im U-Bahnhof) nahezu alle Passant:innen zwischen Kraftwerkgelände und der Ohmstraße im Vorbeilaufen ansprechen und dabei Namen von Betäubungsmittelsubstanzen nennen. Der Sicherheitsdienst auf dem Kraftwerkgelände hat Einfluss darauf, wie nahe die Verkäufer an das Gelände gelangen und somit Kontakt zu den Clubgästen aufbauen können. Hält sich der Sicherheitsdienst am Tor auf, entsteht ein Verdrängungseffekt und die Kontaktaufnahme wird weiter weg oder auf die gegenüberliegende Straßenseite verlagert.⁹⁹ Wenn Passant:innen auf die Ansprache nicht reagieren, wenden sich die Verkäufer schnell ab und neuen potenziellen Kund:innen zu. Bei Interesse wechseln die Käufer:innen meist gemeinsam mit den Verkäufern die Straßenseite, um im Bereich des angrenzenden Parkplatzes den Verkauf abzuwickeln. Auch war mehrmals zu beobachten, wie darauf folgend im Bereich der Grünfläche oder des Parkplatzes vor den Wohngebäuden in der Köpenicker Straße 103 bis 114 konsumiert wurde.

Abschließend lässt sich festhalten, dass unseren Erkenntnissen nach kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Verkaufs- und Konsumpraxen in der Köpenicker Straße und denen im U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße besteht. Auch bei den Konsumierenden an beiden Orten gibt es unseren Erkenntnissen nach keine Über-

schneidungen. Zwar sind in beiden Situationen Verkaufspraktiken und der Konsum von Betäubungsmitteln sichtbar. Diese unterscheiden sich aber in ihrer Qualität und Quantität. Der Verkauf von Betäubungsmitteln in der Köpenicker Straße richtet sich an das vergnügungsorientierte Ausgehpublikum und orientiert sich dementsprechend, auch wenn über einen langen Zeitraum hinweg, an den Öffnungs- beziehungsweise Stoßzeiten der Clubs. Folglich sind die Personen in diesem Bereich nicht identisch mit den Konsumierenden im U-Bahnhof, sondern eher dem Feierpublikum zuzuordnen. Anders hingegen im Bereich des U-Bahnhofs, dort findet der gezielte Verkauf an Konsumierende zu mehr oder weniger regelmäßigen Zeiten statt. Wie im Gespräch mit Fixpunkt e. V. deutlich wurde, kann hierbei von Suchtmittelgefährdeten beziehungsweise Suchtmittelabhängigen gesprochen werden, die regelmäßig Betäubungsmittel an einem für sie gewohnten Ort erwerben. Die Verkaufspraxis ist hier zwar diskret, aber dennoch offensichtlich. Es konnten in unseren Begehungen keine für Unbeteiligte bedrohlich wirkenden Situationen beobachtet werden. Begründet ist dies vermutlich damit, dass eine solche Verkaufspraxis im U-Bahnhof durch Routine geprägt ist und für alle Beteiligten das Interesse einer schnellen, unproblematischen Abwicklung überwiegt.

4.2.5 Beteiligung und Runder Tisch Köpenicker Straße

Die in diesem Bericht zusammengetragenen Problematisierungen sind Themen in mehreren längerfristig angelegten, institutionalisierten Formaten im Untersuchungsgebiet, darunter der Bürgerverein Luisenstadt, die Betroffenenvertretung des Sanierungsgebietes Nördliche Luisenstadt und der Runde Tisch Köpenicker Straße (in diesem Abschnitt nachfolgend: Runder Tisch).¹⁰⁰ Diese drei Formate unterscheiden sich sowohl in ihrer Organisationsform als auch in ihrer formellen Verankerung.¹⁰¹ Der Bürgerverein Luisenstadt ist ein eingetragener Verein und eine reine Bürgerinitiative, die seit über 25 Jahren Raum für Engagement bezüglich der sozialen und städtebaulichen Entwicklung des Gebietes bietet.¹⁰² Die beiden anderen Formate zeichnen sich durch eine Zusammenarbeit und einen direkten Kontakt zwischen Bürger:innen und Verwaltung aus¹⁰³, unterscheiden sich jedoch in ihren rechtlichen Grundlagen sowie Funktionsweisen voneinander: § 137 des Baugesetzbuches regelt, dass bei formal festgelegten Sanierungsgebieten die Betroffenen zu informieren sind.¹⁰⁴ Somit ist die Betroffenenvertretung ein formal verankerter Bestandteil des Sanierungsverfahrens Nördliche Luisenstadt und demnach sowohl inhaltlich als auch in ihrer Existenzdauer an das Sanierungsgebiet gebunden. Im Rahmen des Sanierungsgebietes gibt es zudem die Stadtteilzeitung Ecke Köpenicker, die ein wichtiges Informationsmedium in der Nördlichen Luisenstadt darstellt. Der Runde Tisch, an dem unter anderen Anwohner:innen, Gewerbetreibende und Mitarbeiter:innen der bezirklichen Behörden und Ämter teilnehmen, hingegen basiert auf keiner spezifischen Gesetzesgrundlage, sondern formiert sich, wie bereits in der Ausgangslage (Abschnitt 2.2) beschrieben, entlang von Konflikten im Stadtgebiet rund um Themen wie Lärm, Müll, Drogen und Tourismus.

Ein vom Bezirksamt Mitte formuliertes Ziel ist, Beteiligung zu fördern indem Vernetzungsangebote für Bürger:innen geschaffen und koordiniert werden.¹⁰⁵ Auch am Runden Tisch ist der Vernetzungsaspekt zentral. In erster Linie geht es den Beteiligten am Runden Tisch um das Gebiet. Ein:e Anwohner:in sagte in einer Sitzung dazu: „Wir fühlen uns für unseren Kiez verantwortlich, deshalb sitzen wir hier zusammen.“ Die Befragten beschreiben, dass durch die Anwesenheit verschiedener Akteur:innen ein Informationsaustausch ermöglicht wird, der in einigen Fällen zu Verbesserungen angesprochener Probleme führen konnte. Die Meinung, dass der Runde Tisch als wichtiges Instrument zum Austausch unter den Akteur:innen bestehen bleiben sollte, wird von allen Befragten geteilt. Auch in den Teilnahmen an den Sitzungen durch die Forschungsgruppe konnte festgestellt werden, dass der

akteursübergreifende Informationsaustausch innerhalb des Gebietes entscheidend durch den Runden Tisch gefördert wird und dies den Runden Tisch zu einem wichtigen Instrument macht. Konfliktär wird es erst, wenn es um die Frage geht, wie unterschiedliche Akteur:innen aktiv und gemeinsam an der Entwicklung des Gebietes mitwirken können sowie der Frage, wie und welche Veränderungen umgesetzt werden können. Besonders am Runden Tisch wird dies sichtbar. Daher soll nun ein

Infobox: Runder Tisch Köpenicker Straße

Der Runde Tisch Köpenicker Straße ist eine durch den Präventionsrat des Bezirksamt Mitte von Berlin organisierte Zusammenkunft unterschiedlicher Akteur:innen des Gebietes mit dem Ziel die im Gebiet benannten Probleme und Themen in einem Austausch der unterschiedlichen Interessensgruppen zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln. Um effektiv an Lösungen und deren Umsetzung arbeiten zu können, ist der Runde Tisch nicht nur auf die Teilnahme der Anwohner:innen und ansässigen Gewerbetreibenden angewiesen, sondern ebenso auf Vertreter:innen der zuständigen Behörden der Bezirksverwaltung sowie der Politik. Der Runde Tisch findet im Rhythmus von zwei Monaten, in der Regel am ersten Dienstag des jeweiligen Monats, von 11 bis 13 Uhr statt (Stand: August 2018).

Der Runde Tisch Köpenicker Straße besteht in seiner aktuellen Form seit dem Jahr 2013. In einem im selben Jahr gefassten Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte wird das Bezirksamt ersucht, „im Rahmen des Präventionsrates Mitte den Runden Tisch Köpenicker Straße fortzusetzen“, um an diesem „Konzepte abzustimmen, die sicherstellen, dass die bestehenden Lärm- und Umweltbelastungen auf ein, für alle Beteiligte[n] annehmbares Maß, reduziert werden“. Die Geschichte eines Runden Tisches im Gebiet geht jedoch bis ins Jahr 2007 zurück, als nach Beschwerden von Anwohner:innen erstmals ein solcher Runder Tisch, damals unter einem anderen Namen, ins Leben gerufen wurde. Auch dieser wurde vom Präventionsrat geleitet, konnte im Jahr 2009 jedoch nicht weitergeführt werden und stellte die Arbeit ein, sodass es zwischen 2009 und 2013 keinen Runden Tisch im Gebiet gab.

genauerer Blick auf dieses Format und die Probleme mit Beteiligung, die dort auftreten, geworfen werden. Im Folgenden wird ein typisierter Ausschnitt aus einer beispielhaften Sitzung des Runden Tisches beschrieben. Diese Sitzung ist nie wirklich so passiert, sondern ist eine auf Grundlage unserer Teilnahmen entstandene Beschreibung eines hypothetischen Diskussionsverlaufs. Diese Beschreibung soll illustrieren, wie das Zusammenwirken der verschiedenen Akteur:innen am Runden Tisch abläuft und an welchen Stellen sich wiederkehrende Probleme ergeben.¹⁰⁶ Im Anschluss wird diese Beschreibung analysiert.

Die Sitzung des Runden Tisches beginnt mit dem Tagesordnungspunkt Aktuelles rund um die Köpenicker Straße. Die Anwohnerin Frau Hasenkamp meldet sich und sagt: „Letzten Freitag war es wieder besonders schlimm mit dem Lärm von den Clubs. Mich stört es, dass die Clubbesucher immer so laut sind und die Straße auf dem Weg zum Feiern zumüllen.“ Herr Schmidt, auch Anwohner des Gebietes, fügt hinzu: „Die Clubs müssen mehr Rücksicht auf uns Anwohner nehmen.“ Als ein Clubbetreiber daraufhin erwidert, dass es doch schon mehrmals am Runden Tisch besprochen wurde und sie nichts am Verhalten der Leute auf der Straße ändern können, sagt die Anwohnerin Frau Torgard: „Aber wir müssen doch darauf aufmerksam machen, immer und immer wieder, bis sich was bessert.“ Herr Becker, ebenfalls Anwohner, meldet sich zu Wort und sagt: „Ich finde das Problem ist, dass die Verwaltung nicht genug für die Bürger da ist. Die müssen sich unsere Probleme mehr anhören, denn die treffen schließlich die Entscheidungen und können unsere Interessen umsetzen.“ Daraufhin meldet sich ein Mitarbeiter des Bezirksamtes und erklärt: „Im Fall von Lärm brauchen wir aber formalisierte Beschwerden in Form von Anzeigen, sonst können wir damit nichts anfangen.“ Ein anderer Teilnehmer stellt zum Abschluss der Diskussion frustriert fest: „Ich finde der Runde Tisch muss lösungsorientierter arbeiten und mehr an Ergebnissen interessiert sein. Wir drehen uns hier seit langem im Kreis.“ Daraufhin wird der Punkt beendet und zum nächsten übergegangen: die Zunahme an Spätkäufen im Gebiet. Die Anwohnerin Frau Rosenthal sagt, dass im Gebiet immer mehr Spätkäufe öffnen, die nun zusätzlich auch Getränke und Alkohol verkaufen. Ein anderer Anwohner stimmt zu. Herr Becker fragt in die Runde: „Dürfen die das überhaupt?“ Es meldet sich ein Mitarbeiter des Bezirksamtes und sagt: „Es besteht Gewerbefreiheit. Die Gewerbetreibenden der Geschäfte müssen ihre Tätigkeit lediglich anzeigen. Sofern dies gegen keine Gesetze verstößt, gibt es keine

*Möglichkeit ihnen den Verkauf von alkoholischen Getränken zu untersagen.“
Der Anwohner Herr Mohn bemerkt verärgert: „Das kann doch nicht sein, da
muss man doch was gegen tun können.“*

Diese Beschreibung des Runden Tisches macht deutlich, dass Beteiligung hier über den Versuch der Einflussnahme auf die Entwicklung des Gebietes sowie den Versuch, dies zu ermöglichen, funktioniert. Zentral für diesen Prozess sind Äußerungen von Anwohner:innen über störende Vorkommnisse und gebietsbezogene Sachverhalte. Der Runde Tisch bietet Raum, diese zu sammeln und unter Teilnahme anderer relevanter Akteur:innen zu diskutieren. Die Äußerungen der Anwohner:innen werden dabei ausgehend von der eigenen Betroffenheit formuliert und erfolgen in für die Gruppe der Anwohner:innen spezifischen Problembeschreibungen, wie die Aussage von Frau Hasenkamp verdeutlicht, die sich von den Clubbesucher:innen gestört fühlt.

Durch die Ausrichtung des Runden Tisches an den Äußerungen der Anwohner:innen kommt den Beteiligten Akteur:innen jeweils eine ganz bestimmte Rolle zu. Anwohner:innen nehmen eine aufklärerische Funktion ein, indem sie, wie Frau Torgard verdeutlicht, beständig auf Probleme des Gebietes hinweisen (im Beispiel verursachte Störungen durch den Clubbetrieb). Die Verwaltung und andere Akteur:innen wiederum verbleiben in der Rolle, Informationen zu liefern oder Diskussionen zu moderieren. Dabei werden sie als Exekutivinstanzen, die die Äußerungen der Anwohner:innen aufnehmen und darin enthaltenen Belange umsetzen sollen, adressiert; entweder aufgrund ihrer Zuständigkeit als Problemverursacher:innen (im Beispiel die Clubbesucher:innen und Clubbetreiber:innen) oder aufgrund einer zugeschriebenen Handlungskompetenz (im Beispiel die Verwaltung).

Infolge der Ausrichtung des Formates an den Problematisierungen der Anwohner:innen und der damit verbundenen Rollenverteilung, kommt es bei den unterschiedlichen Akteur:innen zu Unzufriedenheit. Die Anwohner:innen sind mit dem Umgang mit ihren Problembeschreibungen unzufrieden und haben den Eindruck, andere Akteur:innen setzen ihre Aufgaben nicht hinreichend um. Sie formulieren, wie im Beispiel Herr Becker, einen Vertrauensverlust in die Bereitschaft anderer Akteur:innen sich mit ihren Anliegen auseinander zu setzen und wünschen sich daher eine Bürgerlobby, die ihre Interessen in Entscheidungsprozesse einbringt. Vor allem die Verwaltung soll diese Lücke schließen. Unter allen Akteur:innen entsteht ein Zweifel an der Produktivität des aktuellen Formates des Runden Tisches (Aussage des Teilnehmers am Ende des Beispiels), was in manchen Fällen

sogar zur Beendigung der Teilnahme führt. Es werden am Runden Tisch zwar hin und wieder Lösungsvorschläge angebracht, aber nur selten kommt es zu einer ausführlichen Diskussion dieser oder gar zu ihrer Umsetzung. Zwar wurden in der Vergangenheit in Arbeitsgruppen sogar konkrete Maßnahmen erarbeitet, letztendlich konnten diese jedoch unter anderem aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht realisiert werden. Forderungen hinsichtlich einer produktiveren Gestaltung des Runden Tisches werden in Interviews gleichermaßen von Anwohner:innen, Gewerbetreibenden und anderen Akteur:innen gestellt, jedoch unterscheiden diese sich hinsichtlich ihrer Argumentationsweise und ihrer Vorstellungen davon, was *lösungsorientierter* bedeutet. Eine Verständigung darüber steht bisher aus.

Dass der Umgang mit den Problembeschreibungen der Anwohner:innen oftmals nicht in Lösungen resultiert, liegt jedoch nicht an einer mangelnden Interessenvertretung der Anwohner:innen, die sich ja durchaus seit geraumer Zeit am Runden Tisch Gehör verschaffen. Denn auch wenn andere Akteur:innen die Probleme der Anwohner:innen hören, wie im Beispiel der Verwaltungsmitarbeiter:innen, können sie diese nicht eins zu eins in Lösungen umsetzen: sie verfügen nicht über adäquate Instrumente, weil sie eigenen Handlungslogiken unterliegen (im Beispiel durch die Notwendigkeit von Anzeigen illustriert). Den verschiedenen Akteur:innen am Runden Tisch stehen auf den unterschiedlichen Ebenen – der alltäglichen, der verwaltungs-institutionellen, sowie der kulturell-gewerblichen –, auf denen sie agieren, eben auch verschiedene Mittel zur Verfügung.

Im Beispiel legen die Anwohner:innen die zu diskutierenden Probleme fest: Störungen durch den Clubbetrieb und unerwünschte Entwicklungen der Gewerbestruktur. Die anderen Akteur:innen reagieren auf diese Problematisierungen in ihrer Rolle als Problemverursacher:innen oder Informationslieferant:innen und bringen selbst keine eigenen Problematisierungen ein, denn nachdem der erste Diskussionspunkt beendet wird, geht es gleich mit der nächsten Problematisierung der Anwohner:innen weiter. Es entsteht eine gewisse Redundanz und Diskussionen können in Sackgassen geraten, wie im Beispiel mit den Spätkäufen. Durch die einseitige Fokussierung des Runden Tisches auf Problematisierungen der Anwohner:innen kommt es nicht zu gemeinsamen Problemdefinitionen und Lösungsvorschlägen, die gemeinsam bearbeitet werden können. Es findet also keine Zusammenarbeit statt, an der alle Akteur:innen teilhaben, selbst wenn diese Akteur:innen an den Sitzungen teilnehmen. Wertvoll wird eine Zusammenarbeit aller für den Runden Tisch relevanten Akteur:innen an realistischen Lösungsansätzen aber vor allem durch das gemeinsame Finden und Formulieren von Problematisierungen.

4.2.6 Verwaltungshandeln

Im Laufe der Untersuchung ließ sich eine deutliche Diskrepanz in der Wahrnehmung des Untersuchungsgebiets zwischen Anwohner:innen und der Verwaltung beziehungsweise einzelnen Behörden feststellen. Während Anwohner:innen das Gebiet als durchaus problematisch erachten, wird es von Vertreter:innen des Ordnungsamts, des Umwelt- und Naturschutzamts und der Polizei nicht als Schwerpunktgebiet eingestuft und demnach als wenig problematisch beschrieben. Interviews mit den unterschiedlichen Akteur:innen liefern Erkenntnisse darüber, wie diese Diskrepanz in der Wahrnehmung des Gebiets zustande kommt.

Bürger:innen, die Beschwerden (beispielsweise Lärmstörungen) melden möchten, tun dies über die direkte Kontaktaufnahme mit dem zuständigen Amt beziehungsweise der Polizei oder sie tragen ihre Beschwerden am Runden Tisch Köpenicker Straße an die Verwaltung heran. Bürger:innen, die sich bei Lärmbeschwerden aufgrund der Eilzuständigkeit zu Nachtzeiten an die Polizei wenden, wollen oftmals lediglich, dass Ruhe hergestellt wird, und verzichten darauf, eine Anzeige zu stellen. Die Verwaltung hingegen benötigt zur Erfassung und Bearbeitung von Beschwerden klar formulierte Anzeigen, die eine Verfahrensgrundlage bilden. Da ausschließlich Anzeigen systematisch erfasst werden, ermöglichen auch nur diese eine statistische Nachvollziehbarkeit für die Bezirksverwaltung über Beschwerden aus dem Gebiet. Von den vermeintlich vielen Beschwerden erreichen auf diesem Wege letztendlich nur wenige das Bezirksamt. Die Konsequenz ist eben jene Diskrepanz in der Wahrnehmung der Bürger:innen vor Ort und der administrativen Repräsentation der Beschwerdelage. Sylvio Köhler, Polizeihauptkommissar am zuständigen Abschnitt 32, wies auf diese Problematik hin: „Es ist also immer wichtig, dass man dem Anrufer suggeriert, dass es nicht ausreicht zu sagen: ‚Ich möchte Ruhe haben‘ oder ‚Ich bin meinen Unmut im Kreis eines Runden Tisches losgeworden und hoffe darauf, dass sich etwas ändert‘, wenn etwas nachhaltig erreicht werden soll. Ich würde immer empfehlen, eine Anzeige zu machen – wenn nicht bei der Polizei, dann zumindest beim Bezirksamt, das dafür auch zuständig ist. Denn dann wird die Anzeige bearbeitet und man hat einen tatsächlichen Überblick über die Anzahl der Anzeigen.“

Zwei weitere Aspekte verstärken die beschriebene Diskrepanz zusätzlich. Erstens identifizieren Anwohner:innen eine hohe Komplexität von Verwaltungsabläufen und -strukturen, die den Eindruck von Intransparenz und fehlender Zugänglichkeit gegenüber Bürger:innen hinterlassen. Beschwerdeführer:innen müssen sich momen-

tan zum Zwecke der korrekten Erfassung ihrer Anliegen beharrlich mit Verwaltungsabläufen auseinandersetzen und diese einhalten. Die Erfolgsaussicht von Beschwerdeverfahren wird von ihnen jedoch als gering eingeschätzt. Die Bürger:innen reagieren zunehmend resigniert über den vorgegebenen administrativen Weg. Ein:e Anwohner:in sagt hierzu: „Es ist schwierig die Blackbox Verwaltung überhaupt zu durchschauen. Als Bürger ist man erst mal mit lauter Unwissen ausgestattet und macht deshalb unentwegt Bauchlandungen, wenn man versucht durch die Ebenen der Verwaltung vorzudringen.“ Vor allem am Runden Tisch Köpenicker Straße teilnehmende Anwohner:innen empfinden es als widersinnig, die formalen Schritte zusätzlich begehen zu müssen, obwohl sie ihre Beschwerden eben dort bereits an die Verwaltung herangetragen haben.¹⁰⁷ Thorsten Haas, Hauptmitarbeiter des Präventionsrats des Bezirksamt Mitte und Moderator des Runden Tisches Köpenicker Straße, merkt hierzu an, dass es eine durchaus bewusste Entscheidung ist, Anwohner:innen diese Schritte selbst begehen zu lassen, da er Bürger:innen vor allem die Wege aufzeigen könne und dies auch ein Schritt der Selbstermächtigung darstelle, direkte Meldungen von mehreren Bürger:innen außerdem mehr Gewicht bei der Verwaltung hätten. Darüber hinaus beklagen Anwohner:innen, dass komplexe Zuständigkeitsverteilungen zwischen unterschiedlichen Ämtern das Gefühl erzeugen, dass Verantwortlichkeiten hin- und hergeschoben werden und sich den Anliegen der Bürger:innen nicht gewidmet wird. Zu dieser Problematik trägt ebenfalls der zweistufige Aufbau der Berliner Verwaltung bei, der es den Bezirken in vereinzelter Bereiche nicht ermöglicht eigenmächtig zu handeln, sodass bei Beschwerdelagen verschiedene Instanzen aufgesucht werden müssen.

Zweitens berichten Anwohner:innen, dass sie sich in Lärmsituationen zu Nachtzeiten trotz Eilzuständigkeit grundsätzlich nicht mehr an die Polizei wenden. Diese käme bei Meldung des Lärms nur sehr verspätet oder teilweise gar nicht. Da Lärm als Einsatzgrund in der Regel keine Eilbedürftigkeit hat, werden diese Einsätze nachgeordnet bedient. Eine Folge daraus ist ein Vertrauensverlust der Bürger:innen gegenüber den Behörden. Die verbreitete Einschätzung ist, dass ihnen in Störungssituationen keine Abhilfe verschafft wird. Dieser Vertrauensverlust zeigt sich aufgrund ihrer Eilzuständigkeit insbesondere gegenüber der Polizei. Dabei besteht ein enger Zusammenhang zur fehlenden nächtlichen Dienstzeit des Ordnungsamts, der originär für verhaltensbedingten Lärm zuständigen Behörde. Das für das Untersuchungsgebiet zuständige Ordnungsamt Mitte weist darüber hinaus derzeit eine personelle Unterbesetzung auf. Hierdurch verzögert sich die Bearbeitung von Anliegen und Beschwerden, für die der Außendienst beauftragt werden muss, er-

heblich beziehungsweise wird eingestellt.¹⁰⁸ Dies verstärkt weiterhin den Eindruck einer gänzlich fehlenden Abhilfe für Bürger:innen in Störungssituationen. Ein:e Anwohner:in fasst dieses Dilemma in Bezug auf das Gebiet zusammen: „Ein Schutz vor Störungen grenzt hier an ein Nichtvorhandensein. Aus bekannten Gründen: Das Ordnungsamt ist nachts nicht da. Die Polizei ist überlastet.“

Besonders bemerkenswert ist der Vertrauensverlust lärm betroffener Bürger:innen im Fall auftretender Störungen auf dem Gelände der Köpi. Einige von ihnen schildern, dass die Polizei bei unmittelbarer telefonischer Meldung nicht eingreifen und das Gelände nicht betreten würde sowie dass auch andere Behörden bei nachträglicher Mitteilung und Beschwerde tatenlos blieben, es zumindest zu keinem sichtbaren Eingreifen oder Handeln seitens der Behörden kommen würde. In einer Sitzung des Runden Tisches Köpenicker Straße kam die Frage auf, ob die Polizei das Gelände nicht betrete oder anders behandle. Ein:e anwesende:r Polizist:in wies darauf hin, dass es bei dem Gelände einen Betretungsvorbehalt gebe, sodass die Polizei ein Betreten in jedem Einzelfall abwägen müsse und nur unter äußerster Vorsicht vornehmen würde, da berlinweite Reaktionen der linksautonomen Szene befürchtet werden. Ein rechtsfreier Raum, wie von einigen Anwohner:innen behauptet, liege hier aber keineswegs vor, da alle Gesetze auch dort gelten und Rechtsverstöße sowie Straftaten verfolgt werden. Polizeihauptkommissar Sylvio Köhler antwortet bei einem davon unabhängigen Gespräch auf die Frage, ob es im Gebiet je nach Ort oder Schwerpunkt verschiedene Vorgehensweisen gebe: „Das richtet sich natürlich immer nach dem Einsatzanlass. Wenn man die Frage fokussiert, ob es einen Unterschied gibt zwischen dem Tresor oder dem Sage Club oder der Köpi, dann ist es so, dass es grundsätzlich keine Unterschiede gibt. Die Köpi, als alternatives Wohnprojekt, ist natürlich nochmal ein bisschen anders zu betrachten. Da geht es eher um Erwägungen, was man auslöst, wenn man als Polizei dort erscheint. Das ist die einzige Ausnahme, bei der man immer mit ins Kalkül ziehen muss: Was löse ich bei der linken Szene, bei der alternativen Szene möglicherweise aus, wenn ich einfach in ihr geschütztes Umfeld platze?“

Die genannten Aspekte führen dazu, dass insgesamt noch weniger Anzeigen von Anwohner:innen gestellt werden und sich die beschriebene Diskrepanz verstärkt. Die Gegenüberstellung der behördlichen Wahrnehmung des Gebiets mit der durchgeführten Befragung der Anwohner:innen, in der Lärm von 39 % der befragten Haushalte als Störung genannt wurde (siehe Abschnitt 4.1), legt darüber hinaus die Vermutung nahe, dass die Diskrepanz der Wahrnehmungen noch weiter auseinander klafft als es die hier dargestellte Problematik greifen kann. Denn der

überwiegende Anteil der Anwohner:innen teilt die von ihnen empfundenen Störungen offenbar auf keinem Weg den Behörden mit.

4.2.7 Gewerbe

In Gesprächen und Interviews beschreiben Anwohner:innen, dass sich Gewerbestrukturen in zunehmendem Maße nicht mehr am Bedarf der Anwohner:innen orientieren. Die zentrale Lage, die Verkehrsanbindung und auch die Anbindung an Einkaufsmöglichkeiten in Richtung Alexanderplatz werden positiv bewertet. Dennoch wird gerade in Bezug auf das Gewerbe im näheren Umfeld häufig angemerkt, dass es einen Wandel hin zu bestimmten Gewerbeformen gegeben hat, die sich nur noch wenig an die Bedürfnisse der Bewohner:innen des Gebiets richten.

Für das gesamte Gebiet, aber insbesondere für den Bereich um die Kreuzung Heinrich-Heine-Straße/Köpenicker Straße sowie der Brückenstraße, problematisieren Anwohner:innen eine zunehmende Ausrichtung der Gewerbestruktur am Bedarf gebietsfremder Besucher:innen und Anzeichen einer entstehenden gewerblichen Monostruktur. Eine direkte Folge sei das Fehlen von Kleingewerbe sowie Einzelhandel für Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs. Einerseits richte sich das lokale Gewerbe an die tagsüber im Gebiet arbeitenden Personen, andererseits – dies ist der entscheidende und besonders problematisierte Aspekt – richte es sich vorherrschend an die Personen, die abends und nachts im Gebiet unterwegs sind, dies maßgeblich aufgrund der Veranstaltungsorte. In Folge dessen sei das Gebiet nicht nur kulturell durch die ortsansässige Berliner Musik- und Clubkultur geprägt, sondern es existiert auch die Wahrnehmung, dass eine räumliche Konzentration von einigen wenigen, nicht auf die Bewohnerschaft ausgerichtete Gewerbearten das Gebiet zunehmend mitprägt.

Am Runden Tisch Köpenicker Straße werden in diesem Zusammenhang insbesondere die steigende Anzahl an Spätkäufen und Geschäften, die ebenfalls alkoholische Getränke verkaufen, beklagt. Diese Entwicklung geht in den Augen einiger Befragter – sowohl Anwohner:innen als auch Clubbetreiber:innen – mit negativen Folgen einher, darunter ansteigendem Verkauf von alkoholischen Getränken, infolge dessen eine Verschmutzung durch insbesondere leere Glasflaschen und zudem Lärm durch nächtliche Aufenthalte vor den Spätkäufen (siehe **Abschnitt 4.2.1** und **Abschnitt 4.2.3**). Anzumerken ist hier allerdings, dass sich Spätkäufe mit ihrem spezifischen Angebot und ihren Öffnungszeiten nicht nur an gebietsfremde Besucher:innen, sondern ebenfalls an Anwohner:innen richten. Gerade in Berlin stellen Spätkäufe eine Art Kiezinstitution dar, die einen niedrigschwelligen Zugang bieten sowie einen sozialen Kontakt- und Treffpunkt der Nachbarschaft ermöglichen.¹⁰⁹ Darüber hinaus geht aus den vor Ort durchgeführten Begehungen nicht

hervor, dass ein Anstieg an Spätkäufen die Situation des gesamten Gebiets verschärft. Neu hinzukommende Spätkäufe tragen nicht zwangsläufig dazu bei, dass mehr Leute die Gegend aufsuchen, sie stellen aber neue Einkaufsmöglichkeiten dar und bieten potenziell neue Gelegenheiten zum Verweilen. Deshalb kann die Eröffnung eines neuen Spätkaufs zu einem Anstieg an Störungen im unmittelbaren Umfeld führen. Dies ist jedoch abhängig von den lokalen Gegebenheiten, denn nicht jeder Außenbereich eines Spätkaufs lädt zum Verweilen ein. Seitens der Verwaltung werden die Anwohner:innen auf die bestehende Gewerbefreiheit hingewiesen (siehe Abschnitt 4.2.5). Nicht von der Hand zu weisen ist natürlich, dass ein Gebiet nicht unzählige Spätkäufe benötigt. Dennoch rückt bei der Diskussion am Runden Tisch Köpenicker Straße und in der Auseinandersetzung mit der Verwaltung häufig der Kernpunkt aus dem Aufmerksamkeitsfokus – nämlich das Fehlen von und die Notwendigkeit bestimmten Kleingewerbes und Einzelhandels, wie oben beschrieben.

Deutlich wurde darüber hinaus, dass die Clubbetreiber:innen sowie die sonstigen Gewerbetreibenden nicht grundsätzlich und unmittelbar als ursächlich für alle Störungen in ihrem näheren Umfeld verantwortlich gemacht werden können – zumal nicht alle störenden Personen Gäste der Clubs sind. Auch die Betreiber:innen der Clubs sagen, dass weder lärmintensives und störendes Verhalten noch der übermäßige Konsum von Alkohol aus dem Straßenverkauf vor einem Clubbesuch in ihrem gewerblichen Interesse sind und sie beides ebenfalls ablehnen. Außerdem wurde seitens einiger der Veranstaltungsorte verschiedene Anstrengungen unternommen und Maßnahmen getroffen, um störende Umstände zu reduzieren oder zu beseitigen. Beispiele sind das morgendliche Reinigen der Wege und Flächen im Umfeld der Eingänge durch Mitarbeiter:innen der Clubs, zusätzliches Sicherheitspersonal auf dem Kraftwerkgelände, veranlasste Veränderungen bei Auf- und Abbauarbeiten sowie An- und Ablieferungen, und das Einholen von Schallschutzgutachten sowie Einpegelungen der Beschallungsanlagen.¹¹⁰

Ein weiterer Aspekt, der häufig im Zusammenhang mit der Gewerbestruktur des Gebietes problematisiert wird, ist eine Zunahme an beziehungsweise die Größe von Beherbergungsbetrieben. Damit einher gehe ein Anstieg an negativen Folgen touristischer Nutzung des Stadtraumes (siehe Abschnitt 4.2.8), darunter eine Zunahme verhaltensbedingten, meist nächtlichen Lärms und damit verbunden eine mangelnde Rücksichtnahme auf Anwohner:innen, sowie eine Zunahme an Müll im Straßenraum (siehe Abschnitt 4.2.1 und Abschnitt 4.2.3). Unter einigen Anwohner:innen, die am Runden Tisch Köpenicker Straße teilnehmen, wird im Zusammenhang

mit einem Anstieg negativer Folgen touristischer Nutzungen vor allem das A&O Hostel thematisiert. Anwohner:innen äußern Beschwerden, die den Hostelbetrieb betreffen: Der Betrieb der Müllpressanlage und damit verbundene Geruchs- und Lärmbelästigung, aber auch Lärm und Vermüllung durch Hostelgäste wurden problematisiert. Obwohl im Fall des A&O Hostels zwischen Hostelverantwortlichen und Anwohner:innen einige Konflikte bestehen, scheinen sich die involvierten Akteur:innen hier in einem produktiven Austausch zu befinden, der zumindest zu einigen Verbesserungen geführt hat. Da von Seiten des Hostels ein Bewusstsein für die Problematisierungen der Anwohner:innen kommuniziert wird, besteht bei den Betroffenen nicht der Eindruck von Machtlosigkeit.¹¹¹

Bezüglich des A&O Hostels herrscht vor allem über die grundsätzliche Tatsache des Bestehens und der behördlichen Genehmigung eines Beherbungsbetriebs mit 1.600 Betten Verärgerung und Frust. Dieser wird als für das Gebiet unverhältnismäßig angesehen. Anwohner:innen befürchten eine Begünstigung der Bedarfsorientierung der Gewerbestruktur an Besucher:innen durch Verwaltungsentscheidungen. Am Runden Tisch Köpenicker Straße gab es bereits mehrere Sitzungen, in denen diese Problematisierung diskutiert und über Verwaltungsentscheidungen bezüglich des Hostels informiert wurde. Der Gruppenleiter der Sanierungsverwaltungsstelle, Reinhard Hinz, erläuterte bei einer Sitzung im Mai 2017, dass die Genehmigung für den Bau des sich im Sanierungsgebiet Luisenstadt befindenden A&O Hostels bereits vor der förmlichen Festlegung des Sanierungsgebietes erfolgte und die Sanierungsverwaltungsstelle somit keinen Einfluss nehmen konnte. Er fügte hinzu, dass der Bau eines Hostels der bestehenden Art innerhalb des Sanierungsgebietes heute nicht mehr genehmigungsfähig wäre. Eine Einflussnahme auf zukünftige Umnutzungen des A&O Hostels sei darüber hinaus nur dann möglich, wenn bauliche Veränderungen erfolgten. Eine Erhöhung der Bettenanzahl ohne bauliche Veränderungen sei nicht genehmigungs- sondern anzeigepflichtig, sodass hier keine Ablehnung von Seiten der Sanierungsverwaltungsstelle erfolgen kann.

Die an die Bezirksverwaltung gerichtete Kritik der Anwohner:innen im Zusammenhang mit der Gewerbestruktur wird jedoch auch nach solchen Informationsveranstaltungen nicht gänzlich aufgelöst, denn ein Gefühl der Machtlosigkeit, nicht auf Entwicklungen des Gebietes Einfluss nehmen zu können, bleibt bestehen. Das Gefühl der Machtlosigkeit zeigt sich auch durch die Wiederholung von bestimmten Anliegen oder Fragen an die Verwaltung und in redundanten Formulierungen von Unverständnis über Verwaltungsentscheidungen, obwohl Erläuterungen dieser bereits erfolgten (siehe Abschnitt 4.2.5).

4.2.8 Tourismus

Im gesamten Jahr 2016 konnte Berlin über 31 Millionen Übernachtungen verzeichnen, ein Plus von 2,7 % zum Vorjahr und fast eine Verdoppelung (etwa 95 %) der Übernachtungszahlen im Vergleich zu vor 10 Jahren.¹¹² Auch die Anzahl an Besucher:innen erreichte mit 12,7 Millionen (+ 2,9 %) ein Rekordhoch. Dies entspricht einem Plus von etwa 80 % gemessen an der Anzahl der Besucher:innen im Jahr 2006. Diese stetige Entwicklung hat in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit auf diverse Konfliktsituationen in innerstädtischen Wohnquartieren gelenkt und zieht Diskussionen um Konzepte über einen stadtverträglichen Tourismus nach sich. Das touristische Geschehen bringt als störend wahrgenommene Begleiterscheinungen mit sich und beeinflusst mittel- und langfristig lokale Gewerbestrukturen. In diesem Zusammenhang beklagen Anwohner:innen oftmals nachteilige Veränderungen im unmittelbaren Wohnumfeld sowie eine Minderung der Wohn- und Lebensqualität. Spätestens mit der Aufnahme in die Berliner Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2016–2021 wird die Existenz von Nutzungskonflikten im Kontext der Berliner Musik- und Clubkultur und die Herausforderung des Umgangs mit diesen mittlerweile auf Senatsebene anerkannt.¹¹³

In der Nördlichen Luisenstadt manifestieren sich die Nutzungskonflikte bereits seit mehreren Jahren. Diese Nutzungskonflikte gehen aus vielfältigen und konkurrierenden Nutzungen hervor, die meistens im öffentlichen Raum und überwiegend zu Abend- und Nachtstunden stattfinden, aber auch bis hinein in die Morgenstunden reichen können. Dabei treffen die unterschiedlichen Interessen von Anwohner:innen, Gewerbetreibenden und dem Ausgehpublikum aufeinander. Vielfach problematisieren Anwohner:innen vor Ort im Kontext von touristischen und vergnügungsorientierten Aktivitäten insbesondere entstehenden Lärm sowie Verschmutzung. Diese Konflikthaftigkeit des städtischen Zusammenlebens, vor allem bezogen auf das vergnügungsorientierte und touristische Geschehen zu später Stunde, ist dabei kein Phänomen das sich nur in diesem Gebiet beobachten lässt. Vielmehr muss hierbei von einem Entwicklungstrend postindustrieller Stadtentwicklung gesprochen werden.¹¹⁴ Ähnliche Entwicklungen sind demnach auch in anderen Bezirken Berlins und in anderen Städten zu beobachten. Umso wichtiger werden Überlegungen und Konzepte, wie Tourismus stadtverträglich gestaltet werden kann¹¹⁵ und wie die Ansprüche und Vorstellungen von Bewohner:innen in Entscheidungsprozessen berücksichtigt und wie Bewohner:innen in partizipatorische Stadtentwicklungsprozesse einbezogen werden können (siehe Abschnitt 5.9).

Zwar existieren im Untersuchungsgebiet unterschiedliche Perspektiven auf die Umstände, die im Kontext von Tourismus betrachtet werden können, dennoch bemängeln sowohl Anwohner:innen als auch Gewerbetreibende eine fehlende gesamtstädtische Strategie bezüglich des Tourismus in Berlin. Besonders an der touristischen Vermarktung, und dabei vor allem an der Produktion von Stadtbildern der Berliner Stadtmarketingeinrichtungen, wird Kritik geäußert.¹¹⁶ Auch eine fehlende Beteiligung der Anwohner:innen wird bemängelt und die Berücksichtigung ihrer Belange gefordert. Deutlich wird der Standpunkt, dass Tourismus nicht nur als Wirtschaftsfaktor und quantitativ betrachtet werden darf (beispielsweise über Besucherzahlen, Übernachtungszahlen und Angaben zur Bruttowertschöpfung), sondern es auch um die Qualität des Tourismus sowie mit ihm einhergehende Auswirkungen für die Stadt und ihre Bewohner:innen gehen muss. Verschiedene Akteur:innen kritisieren in diesem Zusammenhang ferner, dass die Einnahmen aus der seit dem Jahr 2014 erhobenen Übernachtungssteuer im Haushalt Berlins nicht ausschließlich dementsprechend zweckgebunden eingesetzt werden, also beispielsweise zur Reinigung stark beanspruchter öffentlicher Flächen, für weiteres Personal in den durch den Tourismus mehr beanspruchten Verwaltungseinheiten sowie für Projekte für stadtverträglichen Tourismus. Die Forderung nach einem Konzept oder einer Strategie im Sinne eines stadtverträglichen Tourismus, auch lokal für die Nördliche Luisenstadt, wird deutlich hervorgebracht. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf den vergnügungsorientierten und touristischen Praxen, die oftmals im Sinne einer Touristifizierung problematisiert wurden. Dabei nehmen insbesondere Anwohner:innen das Gebiet als zunehmend touristisch und an Tourismus ausgerichtet wahr. Nicht nur das zunehmende Personenaufkommen zu Nachtzeiten, sondern auch die fehlende Infrastruktur für alltägliche Belange der Bewohnerschaft werden kritisiert (siehe Abschnitt 5.8). Das Gebiet wird daher oftmals im negativen Sinne als Partymeile wahrgenommen. Den Übernutzungerscheinungen, so die Forderung, müsse daher sichtbar begegnet werden.

Angesichts dessen, dass insbesondere Musikclubs in Debatten um Tourismus und seinen Folgen oft im Fokus stehen und sie auch in Berlin in einen direkten Zusammenhang mit dem wachsenden Tourismus und dessen Folgen gesetzt werden, muss angemerkt werden, dass alleinige Schuldzuweisungen auf die Clubs sowie Forderungen nach deren Schließungen in der Untersuchung äußerst selten waren. Vielen Akteur:innen scheint in den Debatten um Nutzungskonflikte bewusst zu sein, dass Clubs im Verhältnis zwischen Stadtökonomie und innerstädtischem Tourismus einen wichtigen Stellenwert einnehmen und dass die Berliner Musik- und Clubkul-

tur eine strategisch bedeutsame „gesamstädtische Funktion“¹¹⁷ einnimmt. Vielmehr sind beim Thema Tourismus für die betroffenen Anwohner:innen, aber auch für andere Akteur:innen, das Anbringen von Kritik und das Aufstellen von Forderungen auf einer dem lokalen Geschehen übergeordneten Ebene von besonderer Wichtigkeit.

Die Nördliche Luisenstadt ist ein vor allem, wenn auch nicht ausschließlich, zu Nachtzeiten touristisch attraktives und touristisch genutztes Gebiet. Einige Erkenntnisse aus der Untersuchung lassen die Schlussfolgerung zu, dass dies bei der Verwaltung, anscheinend insbesondere auf Senatsebene, bisher noch nicht hinreichend (an)erkannt wurde und berücksichtigt ist. Dies wird durch die Diskrepanz in der Wahrnehmung des Gebiets zwischen Anwohner:innen und der Verwaltung beziehungsweise einzelner Behörden (siehe Abschnitt 4.2.6), aber auch daran, dass dem Standort Köpenicker Straße/Heinrich-Heine-Straße im Toilettenkonzept für Berlin keine touristische Relevanz zugemessen wird (siehe hierzu Abschnitt 5.4), deutlich.

Im Laufe der Untersuchung war festzustellen, dass eine Unterscheidung zwischen einerseits touristischen und andererseits vergnügungsorientierten Nutzungen sowie Zuschreibungen von Personen(gruppen) als Tourist:innen üblich sind. Eine solche Unterscheidung ohne Anhaltspunkte sowie einseitige Zuschreibungen, ob es sich bei den vor Ort bewegendenden Personen um Tourist:innen handelt oder nicht, die in den Straßen unterwegs sind, sind jedoch wenig hilfreich und bisweilen problematisch. Die Schwierigkeit liegt einerseits in der Überprüfung, die einer Zuschreibung eben fehlt. Andererseits sollte eine stereotypische Markierung von Anderen vermieden werden, da diese sonst Gefahr läuft, fremdenfeindliche und ressentiment-behaftete Tendenzen in der Tourismuskritik zu bedienen. Auch vor dem Hintergrund, dass der innerstädtische Tourismus eben auch entscheidend durch Berliner:innen, die in ihrer Freizeit unterwegs sind, geprägt ist, ist ein differenzierter Blick hier wichtig.

Ein weiterer Aspekt, der in der Gesamtbetrachtung nicht ignoriert werden sollte, ist, dass die sehr angespannte Wohnraumsituation in den Berliner Innenstadtbereichen die Konflikthaftigkeit der Situation in der Nördlichen Luisenstadt noch zusätzlich verstärkt: Viele Anwohner:innen, die sich von Lärm gestört fühlen, verfügen demnach über nahezu keine Möglichkeit in weniger betroffene Seitenstraßen oder nahegelegene Wohnquartiere umzuziehen. In einem von vergnügungsorientierten Besucher:innen frequentierten innerstädtischen Wohnquartier samt geschilderter

Begleiterscheinungen sehen sich diese Anwohner:innen daher oftmals mit einer schwierigen Situation konfrontiert. Gleichzeitig gibt es, wie sich unter anderem in der Befragung der Anwohner:innen gezeigt hat (siehe Abschnitt 4.1), jedoch auch Anwohner:innen, die sich nicht gestört fühlen oder das Gebiet im Wissen um seine Charakteristik sogar gezielt als Wohnort ausgewählt haben.

4.3 Zusammenfassung und Schlussbemerkungen

Aus der Befragung der Anwohner:innen des Untersuchungsgebiets geht hervor, dass sich ein bedeutender Anteil der Haushalte insgesamt von etwas gestört fühlt. So gaben von allen 302 befragten Haushalten rund zwei Drittel (67 %) an, dass sie etwas in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung als störend oder belastend empfinden. Bei vergleichender Betrachtung einzelner Störungskategorien zeigen sich jedoch deutliche Abweichungen. Lärm ist mit 39 % die meistgenannte Störung. 15 % aller befragten Haushalte nannten Verunreinigung und Müll sowie den Aspekt Drogen als störend. Urinieren im öffentlichen Raum sowie Vandalismus wurden mit 4 % beziehungsweise 5 % kaum als störend genannt. Allerdings variieren die Störungsraten innerhalb des Gebietes bei einigen Störungskategorien teils deutlich, insbesondere bei den Aspekten Lärm und Drogen. Desweiteren wurden ortsabhängig unterschiedliche Orte, die in Verbindung mit Störungen gebracht wurden, genannt. Zwar bestätigen sich einige der am Runden Tisch Köpenicker Straße und in sich auf ihn beziehender Berichterstattung formulierten Schilderungen (beispielsweise hinsichtlich Lärm), allerdings fällt auf, dass einige Störungskategorien insgesamt nur vergleichsweise und mitunter unerwartet selten genannt werden (beispielsweise hinsichtlich Verunreinigung und Urinieren im öffentlichen Raum sowie Drogen). Das am Runden Tisch Köpenicker Straße entstehende Bild der Lage vor Ort ist also teilweise überspitzt und repräsentiert nicht die Einschätzung der Anwohner:innen im Gesamtgebiet. Abweichungen und ortsabhängige Nennungen konkreter, in Verbindung mit Störungen gebrachter Orte zeigen jedoch, dass ein Zusammenhang zwischen kleinräumigen, lokalen Gegebenheiten und wahrgenommenen Störungen besteht und das Untersuchungsgebiet nicht homogen betrachtet werden kann. Dies sind wichtige Erkenntnisse, die in der Problembeschreibung berücksichtigt und genauer in den Blick genommen werden.

Der Aspekt Lärm stellt einen Schwerpunkt der Untersuchung dar. Zahlreiche unterschiedliche Lärmursachen wurden von Akteur:innen, insbesondere betroffenen Anwohner:innen, problematisiert. Es besteht eine deutliche Diskrepanz in der Wahrnehmung bezüglich Lärm und Ruhestörungen zwischen der Verwaltung und den Bewohner:innen. In vor Ort durchgeführten Begehungen hat sich gezeigt, dass es im Untersuchungsgebiet zwar nicht permanent, jedoch im Allgemeinen zu verschiedenen Zeiten und insbesondere nachts zu einer teils erheblichen und nachvollziehbar störenden Geräuschkulisse durch verschiedene Geräuschquellen kommt. Es bestehen drei zentrale, jedoch räumlich nicht überall und gleicherma-

ßen, sondern örtlich konzentriert auftretende Lärmursachen: Lärm durch Personen im öffentlichen Raum, Lärm durch Straßenverkehr sowie Lärm durch Musikveranstaltungen beziehungsweise aus Veranstaltungsorten. Hinzu kommen einige weitere, meist lokal sehr begrenzte Lärmursachen. Allgemein kann meistens zwischen aufkommensbedingtem sowie verhaltensbedingtem beziehungsweise situationspezifischem Lärm unterschieden werden.

Bezüglich des Themas Straßenverkehr beklagen Anwohner:innen neben dem verursachten Lärm auch ein hohes Aufkommen von Taxis und Reisebussen. Es kommt im Untersuchungsgebiet in drei Fällen und an drei unterschiedlichen Orten zu besonderen Straßenverkehrsbeeinträchtigungen. Erstens durch Reisebusse auf der Köpenicker Straße auf Höhe des Haupteingangs des A&O Hostels, vor allem an Tagen beziehungsweise zu Zeiten vermehrter An- und Abreise der Hostelgäste. Zweitens durch eine sich zu Nachtzeiten und in den frühen Morgenstunden bildende Taxischlange auf der Brückenstraße auf Höhe des Eingangs des KitKatClubs. Drittens durch eine weitere, sich ebenfalls zu Nachtzeiten und in den frühen Morgenstunden bildende Taxischlange auf der Köpenicker Straße auf Höhe des Haupttors des Kraftwerkgeländes. Im Falle der Taxischlangen blockieren Taxis in verkehrswidriger Weise einen Schutzstreifen für Radfahrer:innen und einen Teil des Fahrstreifens. Es kommt in allen Fällen zu gefährlichen Straßenverkehrssituationen, insbesondere für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen. Bei den Taxischlangen kommt es zudem zu Lärmbelastungen, insbesondere durch Hupen. Alle drei Fälle sind unmittelbar mit den örtlichen straßenbaulichen und verkehrsrechtlichen Gegebenheiten verwoben und entstehen bei besonderem An- und Abreisebedarf von Besucher:innen des Gebietes.

Anwohner:innen beschreiben eine zunehmende Verschmutzung des Gebietes. Erkenntnissen aus den vor Ort durchgeführten Begehungen nach lässt sich Verschmutzung im Untersuchungsgebiet in drei Phänomene unterteilen: Vermüllung, also die Verschmutzung des öffentlichen Raumes, entlang der Gehwege der Brückenstraße, der Köpenicker Straße und der Adalbertstraße; öffentliches Urinieren, besonders im Bereich der Ohmstraße und auf den Grünflächen vor den Wohngebäuden in der Köpenicker Straße 103 bis 114; und illegales Abladen von Sperrmüll an ungenutzten Flächen im Gebiet. Die Vermüllung und das öffentliche Urinieren stehen in Zusammenhang mit einem hohen, besonders zu Nachtzeiten auftretenden Personenaufkommen. Gleichzeitig wird die Infrastruktur im Gebiet diesem Aufkommen nicht gerecht: Es besteht ein Mangel an öffentlichen Toiletten und Mülleimern. Das illegale Abladen von Sperrmüll hat andere Ursachen und ist nicht spezi-

fisch für die Nördliche Luisenstadt, wenn auch die ungenutzten Flächen dies offensichtlich begünstigen.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf und Konsum von Betäubungsmitteln sind zwei Orte im Gebiet zentral: der Bereich vor dem Kraftwerkgelände und den Flächen vor den gegenüberliegenden Wohngebäuden sowie der U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße. An beiden Orten finden sowohl Verkaufs- als auch Konsumpraktiken statt. Die Untersuchung zeigt jedoch, dass diese sich in beiden Fällen erheblich voneinander unterscheiden, sodass von zwei unabhängigen Phänomenen gesprochen werden muss. Im U-Bahnhof findet ein gezielt und schnell ablaufender, regelmäßiger Verkauf an Suchtmittelabhängige statt, bei dem Unbeteiligte nicht direkt involviert oder beeinträchtigt werden. In der Köpenicker Straße hingegen bildet vor allem das vergnügungsorientierte Publikum die Zielgruppe des Verkaufs, sodass sich dieser an den Öffnungs- und Stoßzeiten der Clubs orientiert. Hier werden potenziell nahezu alle Passant:innen von Verkäufern angesprochen. Der Verkauf findet dann häufig im Bereich des gegenüberliegenden Parkplatzes der Wohngebäude statt, teilweise auch der Konsum. Zu Verlagerungseffekten der Verkäufer kommt es zum Teil bei Anwesenheit von Sicherheitspersonal auf dem Kraftwerkgelände.

Im Untersuchungsgebiet gibt es mehrere längerfristig angelegte, institutionalisierte Formate, die darauf abzielen Beteiligung zu fördern, zu ermöglichen oder vorzubereiten. Dabei kommt es jedoch vor allem beim Versuch eine akteursübergreifende Zusammenarbeit bezüglich der Entwicklung des Gebietes umzusetzen zu Schwierigkeiten. Besonders der Runde Tisch Köpenicker Straße und sein Format ist diesbezüglich zentral. Während der akteursübergreifende Informationsaustausch innerhalb des Gebietes entscheidend durch den Runden Tisch Köpenicker Straße gefördert wird, kommt es vor allem dann zu Problemen, wenn es um die Frage geht, wie unterschiedliche Akteur:innen aktiv und gemeinsam an der Entwicklung des Gebietes mitwirken können sowie bei der Frage, wie und welche Veränderungen umgesetzt werden können. Der Runde Tisch Köpenicker Straße bietet Raum, über störende Vorkommnisse und gebietsbezogene Sachverhalte unter Teilnahme anderer relevanter Akteur:innen zu diskutieren. Gleichzeitig kommt es aber durch eine einseitige Fokussierung auf Problematisierungen der Anwohner:innen nicht zu gemeinsamen Problemdefinitionen und Lösungsvorschlägen, die gemeinsam bearbeitet werden können.

Deutlich wurde im Verlauf der Untersuchung, dass eine Diskrepanz in der Wahrnehmung des Gebietes zwischen der Verwaltung und den Anwohner:innen besteht.

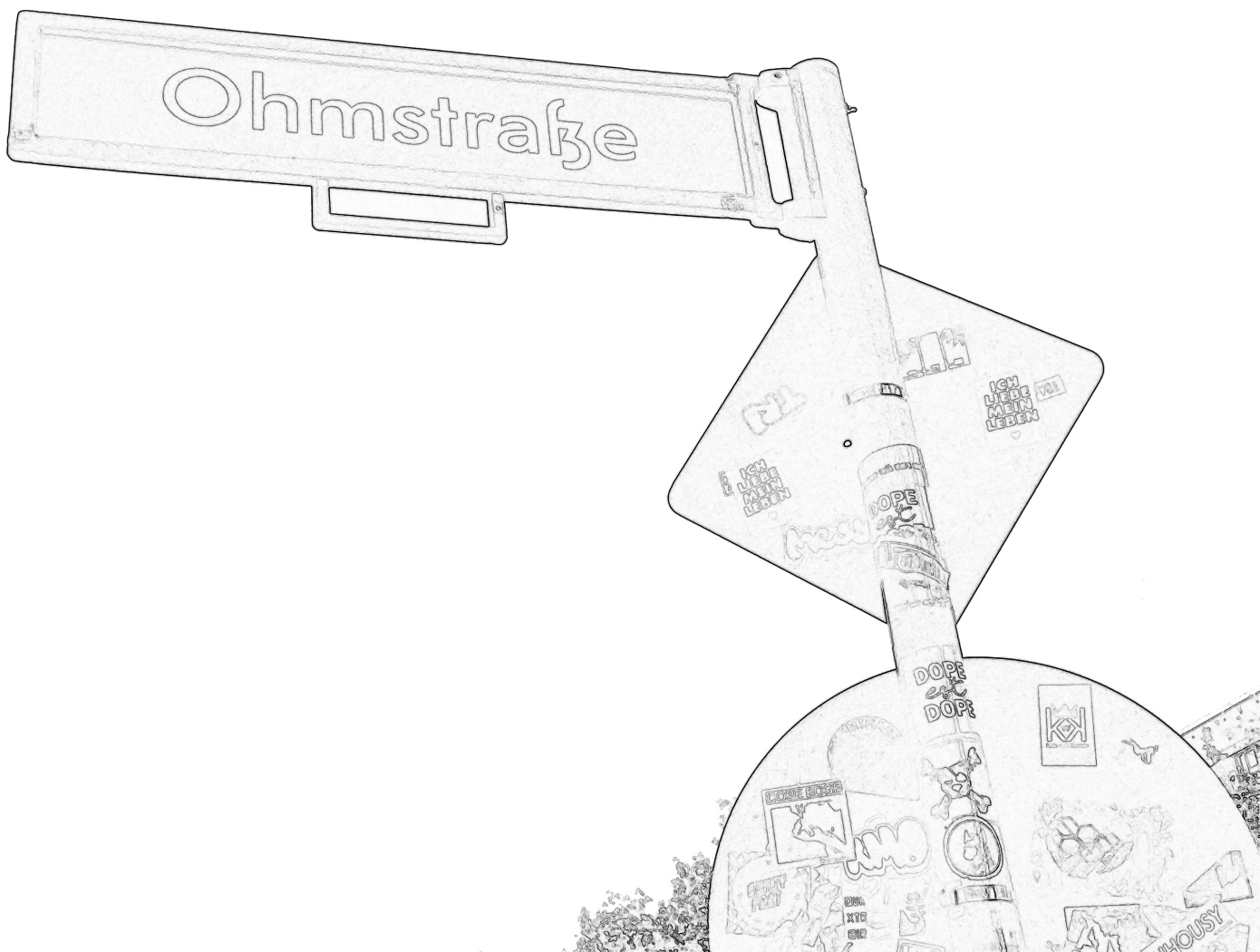
Während Anwohner:innen das Gebiet als durchaus problematisch erachten, wird es von Vertreter:innen des Ordnungsamts, des Umwelt- und Naturschutzamts und der Polizei nicht als Schwerpunktbereich eingestuft und als wenig problematisch beschrieben. Diese Diskrepanz zeigt sich auch angesichts der Ergebnisse der Befragung der Anwohner:innen. Es wurden zudem Schwierigkeiten in der Beschwerdeformulierung und Kommunikation mit der Bezirksverwaltung identifiziert, die einen Vertrauensverlust der Bürger:innen gegenüber der Verwaltung und ihren Behörden zur Folge haben. Dazu tragen komplexe Verwaltungsabläufe und Zuständigkeitsverteilungen innerhalb der Verwaltung bei, aber auch die von Anwohner:innen als widersinnig wahrgenommene Anforderung, formale Schritte zusätzlich zur Formulierung ihrer Beschwerden am Runden Tisch Köpenicker Straße begehen zu müssen. Es kommt hinzu, dass Anwohner:innen bezüglich des Ordnungsamts und der Polizei angesichts ihrer Erfahrungen und den strukturellen Defiziten in den Behörden den Eindruck einer gänzlich fehlenden Abhilfe für Bürger:innen in Störungssituationen haben.

Anwohner:innen problematisieren, dass sich Gewerbestrukturen in zunehmendem Maße nicht mehr am Bedarf der Anwohner:innen, sondern am Bedarf gebietsfremder Besucher:innen orientieren. Eine Zunahme an Spätkäufen und der damit einhergehende Verkauf alkoholischer Getränke verstärke zudem die negativen Folgen nächtlicher Nutzungen, wie beispielsweise Vermüllung. Eine solche Verschärfung der Situation durch einen Anstieg an Spätkäufen geht aus der Untersuchung nicht hervor. Ein zusammenhängender Anstieg der Zahl der Besucher:innen kann bezweifelt werden, jedoch bieten weitere Spätkäufe zusätzliche Einkaufs- und Verweilgelegenheiten. Außerdem beschreiben Anwohner:innen eine Zunahme an Beherbergungsbetrieben sowie die Größe dieser und damit einhergehende negative Folgen touristischer Nutzung des Stadtraums, wie beispielsweise eine Zunahme verhaltensbedingten Lärms und eine allgemein mangelnde Rücksichtnahme auf Anwohner:innen. Am Runden Tisch Köpenicker Straße steht vor allem das vor Ort bestehende A&O Hostel im Fokus. Trotz bestehender Konflikte befinden sich Hostelverantwortliche und direkte Anwohner:innen hier in einem Austausch, allerdings herrscht vor allem über die grundsätzliche Tatsache des Bestehens und der behördlichen Genehmigung des 1.600-Betten-Beherbergungsbetriebs Verärgerung und Frust, ferner ein Gefühl der Machtlosigkeit.

Das hohe Tourismuswachstum Berlins hat in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit auf diverse Konfliktsituationen in innerstädtischen Wohnquartieren gelenkt und zieht Diskussionen um Konzepte über einen stadtverträglichen Tourismus nach

sich. Überlegungen und Konzepte, wie (auch innerstädtischer) Tourismus stadtverträglich gestaltet werden kann, werden folglich wichtiger. Denn das touristische Geschehen bringt als störend wahrgenommene Begleiterscheinungen mit sich und beeinflusst lokale Gewerbestrukturen – ein Entwicklungstrend postindustrieller Stadtentwicklung, der in verschiedenen Bezirken Berlins sowie anderen Städten zu beobachten ist. Dies trifft auch für die Nördliche Luisenstadt zu. Konflikte und Probleme werden entsprechend von lokalen Akteur:innen in Bezug zu übergeordneten und gesamtstädtischen Tourismusentwicklungen gesetzt – und müssen gewiss in diesem Kontext betrachtet werden. Von Akteur:innen bemängelt werden eine fehlende gesamtstädtische Tourismusstrategie und die Art der touristischen Vermarktung der Stadt, eine fehlende Beteiligung der Anwohner:innen und Berücksichtigung ihrer Belange sowie eine unzureichende Betrachtung von Tourismus in qualitativer (statt nur quantitativer und wirtschaftlicher) Hinsicht. Forderungen sind vor allem eine zweckgerechte Verwendung der Einnahmen aus der Übernachtungssteuer sowie Konzepte und Strategien für stadtverträglichen Tourismus um einer fortschreitenden Touristifizierung und verbundenen Übernutzungserscheinungen zu begegnen. Nahezu alle Akteur:innen halten alleinige Schuldzuweisungen auf die Clubs nicht für sinnvoll. Vielmehr sind Kritik und Forderungen auf einer dem lokalen Geschehen übergeordneten Ebene für sie oftmals zentral. Zudem lassen Erkenntnisse aus der Untersuchung die Schlussfolgerung zu, dass bei der Verwaltung, anscheinend insbesondere auf Senatsebene, bisher noch nicht hinreichend (an)erkannt wurde, dass die Nördliche Luisenstadt ein touristisch genutztes Gebiet ist.

Die vorliegenden Ergebnisse bieten eine umfangreiche und vielschichtige Beschreibung der konfliktreichen Situation in der Nördlichen Luisenstadt in Berlin. Die Befragung der Anwohner:innen des Gebietes lieferte Erkenntnisse über wahrgenommene Störungen und Belastungen (und damit ferner wahrgenommene Probleme) im Untersuchungsgebiet. Die differenzierte Problembeschreibung schlüsselt bestehende Problematisierungen auf und betrachtet sie in ihrer Vielschichtigkeit. Es wurde aufgezeigt wie einzelne Problemsituationen entstehen und welche Vorgänge und Gegebenheiten dabei eine Rolle spielen, und somit, wie existierende Probleme konkret gelagert sind. Im folgenden Abschnitt werden Handlungspotenziale vorgestellt, die Möglichkeiten aufzeigen auf die Erkenntnisse der Untersuchung zu reagieren und der bestehenden Problemlage in der Nördlichen Luisenstadt zu begegnen.



5 Handlungspotenziale

Basierend auf der Problembeschreibung wurden Handlungspotenziale entwickelt, die Möglichkeiten aufzeigen auf die Erkenntnisse der Untersuchung zu reagieren. Diese sind weder als sichere Lösungskonzepte noch als fertige Handlungsempfehlungen zu verstehen – daher bezeichnen wir sie als *Handlungspotenziale*. Es sind Vorschläge, die als Stellschrauben, an denen gedreht werden kann, um der bestehenden Problemlage in der Nördlichen Luisenstadt zu begegnen, verstanden werden können. Sie sollen außerdem aufzeigen, in welchen Handlungsfeldern dies grundsätzlich möglich ist.

Anregungen für einige der Handlungspotenziale waren zum einen lose Ideen, die in der Untersuchung im Rahmen einer Veranstaltung oder Sitzung geäußert wurden oder in Gesprächen und Interviews zur Sprache kamen. Zum anderen wurden sie aus Ideen entwickelt, auf die wir bei Recherchen und Lektüre stießen. Einige andere Handlungspotenziale gehen wiederum vollständig von eigenen Einfällen und Überlegungen aus. Allen folgenden Handlungspotenzialen ist gemein, dass sie in den konkreten, hier vorliegenden Formen im Rahmen der Untersuchung und für den vorliegenden Abschlussbericht ausgearbeitet beziehungsweise erarbeitet wurden.

Die Handlungspotenziale sind in die folgenden neun Handlungsfelder untergliedert:

1. Straßenverkehr und Straßenbau
2. Stadtraumgestaltung und -erhaltung
3. Hinweis- und dialogorientierte Maßnahmen
4. Öffentliche Ver- und Entsorgung
5. Betäubungsmittelverkauf und -konsum
6. Zusammenarbeit am Runden Tisch Köpenicker Straße
7. Verwaltung und Politik
8. Gewerbe
9. Tourismus

Die Handlungsfelder stellen vielfach Herausforderungen dar, die Querschnittsaufgaben sind und demnach oftmals nur durch eine Kombination an Maßnahmen zu Lösungen führen. Diese müssen entsprechend mit Beteiligten abgestimmt und, im Falle der Einbeziehung der Verwaltung und Politik, von mehreren Bereichen gemeinsam umgesetzt werden.

In der Untersuchung hat sich gezeigt, dass sich vor Ort agierende und für ein Stadtgebiet interessierende Akteur:innen – seien es einzelne Anwohner:innen und Gewerbetreibende oder Zusammenschlüsse wie eine Bürgerinitiative oder ein gewerblicher Interessenverband – eine Vielzahl an Informationen, Sichtweisen und Erkenntnissen vorhalten. Die Untersuchung zeigt, dass dieses lokale Wissen eine wichtige und oftmals unterschätzte Ressource sein kann. Insbesondere die Verwaltung und die Politik können auf dieses Wissen zurückgreifen und davon profitieren, indem es frühzeitig in Planungen und Projekten in der Stadtentwicklung berücksichtigt wird. Wenn sich Probleme und Konflikte in Stadtquartieren abzeichnen, gilt es frühzeitig oder gar präventiv im Sinne einer gestaltenden Verwaltung zu *agieren*, anstatt im Nachgang lediglich auf eine gewachsene Konfliktlage *reagieren* zu können.

5.1 Straßenverkehr und Straßenbau

Geschwindigkeitsbegrenzung in der Köpenicker Straße

In der Vergangenheit gab es bereits mehrere Vorstöße für und Forderungen nach einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 für die Köpenicker Straße zu Nachtzeiten (22–6 Uhr). Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte hat bereits im November 2014 entsprechende Beschlüsse gefällt, das Bezirksamt möchte dies ebenfalls umsetzen und im Verkehrskonzept Nördliche Luisenstadt wird dies ebenfalls empfohlen.¹¹⁸ Am Runden Tisch Köpenicker Straße gab es einen entsprechenden Beschluss und Interessensbekundigungen an der Umsetzung.¹¹⁹ Jedoch ist für die Umsetzung mindestens ein Antrag auf Überprüfung der Notwendigkeit straßenverkehrsbehördlicher Maßnahmen zum Schutz vor verkehrsbedingtem Lärm eines/einer betroffenen Anwohner:in nach § 45 Abs. 1 Nr. 3 StVO notwendig. Ein solcher wurde laut Auskunft der Verkehrslenkung Berlin mit Stand Februar 2018 jedoch nicht gestellt.¹²⁰ Daran scheitert die Umsetzung. Es ist notwendig, dass die sich von Verkehrslärm betroffen sehenden Anwohner:innen der Köpenicker Straße einzeln und auf formalem Weg einen solchen Antrag stellen, damit eine entsprechende Überprüfung durchgeführt werden kann und es eventuell zur Einrichtung einer solchen Geschwindigkeitsbegrenzung zu Nachtzeiten kommt.

Ein solcher Antrag muss an die Straßenverkehrsbehörde gestellt werden. Hier erscheint es sinnvoll, dass der Präventionsrat die Anwohner:innen in diesem Anliegen bestmöglich unterstützt und beispielsweise die Antragstellung zum Thema einer Sitzung des Runden Tisches Köpenicker Straße gemacht wird.

Die Wirksamkeit einer möglichen Umsetzung sollte nicht unterschätzt werden. Eine Verringerung der maximal erlaubten Fahrgeschwindigkeit von 50 km/h auf 30 km/h führt in der Regel zu einer deutlich wahrnehmbaren Verringerung der vom motorisierten Straßenverkehr ausgehenden Schallemissionen (insbesondere Mittelungs- und Maximalpegel nehmen in der Regel deutlich ab), beeinträchtigt die Funktion von innerstädtischen Hauptstraßen jedoch in der Regel nicht.¹²¹ Eine zunächst gering erscheinende Lärmmentlastung von beispielsweise 3 dB(A) ist bereits deutlich wahrnehmbar¹²² und käme ungefähr einer Halbierung der Verkehrsmenge gleich¹²³.

Bauliche Veränderung der Brückenstraße

In der Brückenstraße besteht aufgrund des verkehrsbedingten Lärms und des hohen Gefahrenpotenzials für Unfälle der bedeutendste Bedarf für eine bauliche Veränderung (siehe Abschnitt 4.2.1 und Abschnitt 4.2.2). Diese würde maßgeblich zur Steigerung der Straßenqualität und der Verkehrssicherheit, letzteres insbesondere für Radfahrer:innen, beitragen. Die höchste Priorität sollte dementsprechend die Errichtung eines farblich klar hervorgehobenen Radfahrstreifens haben (siehe Abbildung 31). Der Radfahrstreifen sollte mindestens auf dem Abschnitt zwischen Köpenicker Straße und Rungestraße durch fest installierte Poller zur Fahrbahn geschützt sein. Ein solcher geschützter Radfahrstreifen würde das Befahren und Blockieren durch Kraftfahrzeuge verhindern und damit die Radverkehrssicherheit auf der schmalen Straße deutlich erhöhen. Dies stünde im Einklang mit zentralen Bestandteilen des im Juni 2018 beschlossenen Berliner Mobilitätsgesetzes.¹²⁴ Dies würde auch die Praxis der sich aktuell insbesondere in den Abend-, Nacht- und Morgenstunden etablierenden, illegalen Taxischlange unterbinden. So ließe sich zudem verkehrsverhaltensbedingter Lärm mindern.



Abbildung 31: Visualisierung eines geschützten Radfahrstreifens auf der Brückenstraße

Die Mindestmaßnahme sollte ein Umbau der Brückenstraße sein, bei dem alle aktuellen Funktionsbestandteile der Straße (bezogen auf den Straßenquerschnitt) beibehalten werden. Jedoch sollten die in beide Richtungen vorhandenen Radstreifen in Schutzstreifen umgewandelt und farblich deutlich hervorgehoben sowie mindestens auf dem benannten Teilabschnitt durch Poller geschützt werden. Eine weitergehende bauliche Veränderung der Brückenstraße ist in Anbetracht der geringen Straßenbreite des Abschnitts zwischen Köpenicker Straße und Rungestraße sowie der Klassifizierung der Brückenstraße als übergeordneter Straße¹²⁵ und wichtiger Verkehrsverbindung zwischen den Bezirken Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg gewiss eine Herausforderung. Trotzdem sollte geprüft werden, ob die Brückenstraße perspektivisch auch zur Verbesserung der gesamten Aufenthalts- und Nutzungsqualität einer darüber hinausgehenden baulichen Veränderung unterzogen werden könnte. So könnte beispielsweise die Raumaufteilung des Straßenquerschnitts am Platzbedarf der schwächsten, gefährdetsten Nutzergruppen ausgerichtet werden und die aktuell vergleichsweise schmalen Gehwege verbreitert sowie die Radstreifen verbreitert und ausreichend geschützt werden. Dies würde höchstwahrscheinlich die Reduzierung der Fahrbahn auf einen Fahrstreifen und eine Fahrtrichtung erfordern; hier wäre zweifellos eine über die Brückenstraße hinausgehende Verkehrsplanung (beispielsweise unter Einbezug der Michaelkirchstraße als Umleitung für den Verkehr in Gegenrichtung) notwendig. Eine verkehrsplannerische und -rechtliche Prüfung ist in jedem Fall unerlässlich.

Taxistand in der Köpenicker Straße oder Heinrich-Heine-Straße

Aus den Schilderungen zu Lärm (siehe Abschnitt 4.2.1) und Beeinträchtigungen im Straßenverkehr (siehe Abschnitt 4.2.2) geht eindeutig hervor, dass es im Gebiet einen grundsätzlichen Bedarf für einen offiziellen Taxistand gibt. Eine Einrichtung erscheint nur in den Straßen Köpenicker Straße oder Heinrich-Heine-Straße, nahe den Veranstaltungsorten, möglich und sinnvoll. Diese Maßnahme würde an das vorhergehende Handlungspotenzial, der baulichen Veränderung der Brückenstraße, anschließen, dieses sinnvoll ergänzen und eigentlich nur in Verbindung mit ihm Wirkung entfalten. Dass die sich in der Köpenicker Straße vor dem Eingang zum Kraftwerkgelände bildende, inoffizielle Taxischlange zu einem offiziellen Taxistand an anderer Stelle aufgrund des Standortvorteils durch die Nähe zu Veranstaltungsorten konkurrieren würde, müsste hierbei auf jeden Fall beachtet werden. Das bloße Einrichten eines offiziellen Taxistands im Gebiet würde die sich auf Fahrspuren bildenden Taxischlangen nicht per se verhindern.

Bauliche Veränderung der Kreuzung Adalbertstraße/Melchiorstraße

Aufgrund des hohen Durchfahrtsverkehrs in der Adalbertstraße und damit verbundenen Beschwerden über vor allem zu Nachtzeiten störenden Lärm, stellt die Einschränkung des Durchfahrtsverkehrs durch straßenbauliche Maßnahmen ein Handlungspotenzial dar. Für die Straßen Melchiorstraße und Adalbertstraße gibt es entsprechende Planungen. So soll im Rahmen des städtebaulichen Rahmenplans für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt ein Teil der Adalbertstraße umgebaut und als verkehrsberuhigter Bereich ausgewiesen werden¹²⁶; dabei wird vermutlich das lärmbegünstigende Kopfsteinpflaster durch Asphalt ersetzt. Zudem empfiehlt das Verkehrskonzept Nördliche Luisenstadt, die Adalbertstraße und die Melchiorstraße – in dieser erfolgte bereits in den Jahren 2015 und 2016 eine grundlegende Straßenerneuerung – mit kissenartigen Bremsschwellen in Form von Plateaupflasterungen zu versehen; für die Melchiorstraße wird zudem die Einrichtung einer Tempo-20-Zone empfohlen.¹²⁷

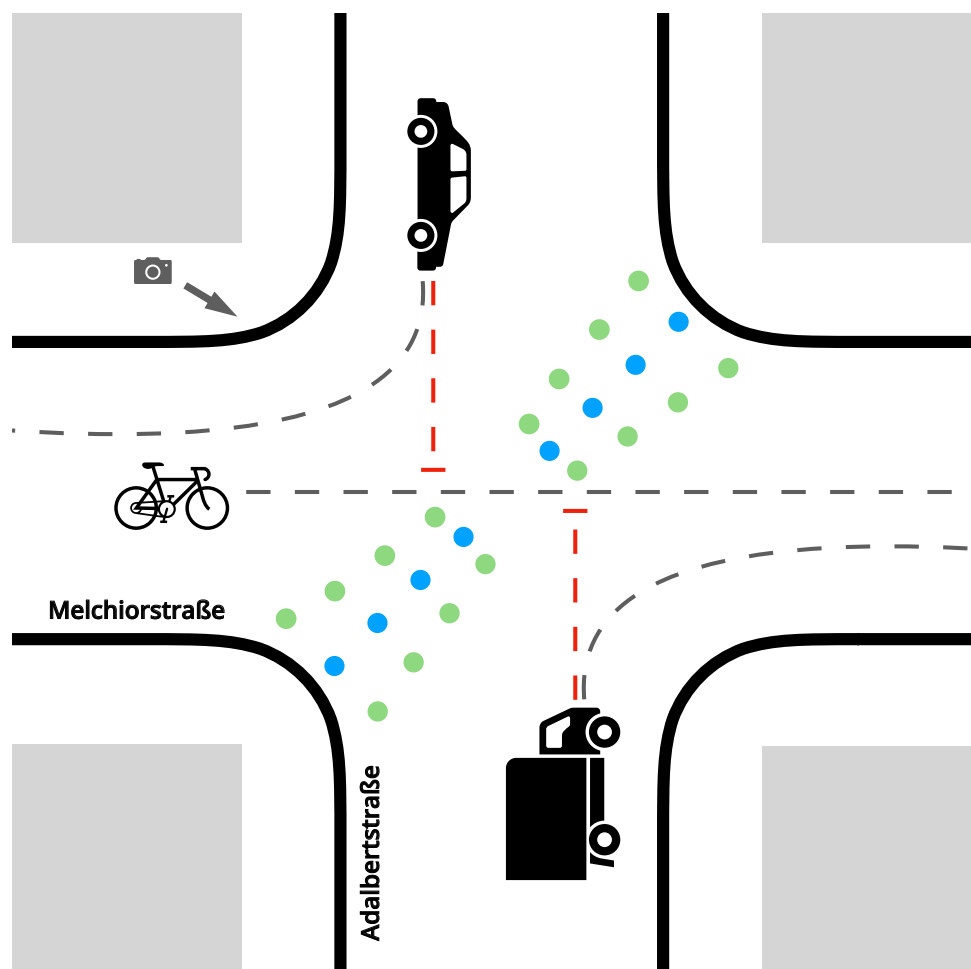


Abbildung 32: Schematische Darstellung einer Diagonalsperre aus massiven Pollern an der Kreuzung Adalbertstraße/Melchiorstraße (zwei Varianten)



Abbildung 33: Visualisierung einer Diagonalsperre aus massiven Pollern an der Kreuzung Adalbertstraße/Melchiorstraße (einfache Variante)

Eine dazu alternative oder ergänzende bauliche Maßnahme wäre es, die Kreuzung der Straßen Adalbertstraße und Melchiorstraße mit einer Diagonalsperre zu versehen (beispielsweise mithilfe von massiven Pollern; siehe **Abbildung 32** und **Abbildung 33**). Auf diese Weise könnte die Adalbertstraße nicht mehr als direkte Durchfahrtsstraße zwischen Köpenicker Straße und Engeldamm sowie zwischen Engeldamm und Michaelkirchstraße/-platz genutzt werden. Durch diese Maßnahme würden über den Engeldamm in die Adalbertstraße einfahrende Kraftfahrzeuge in östliche Richtung durch die Melchiorstraße in Richtung Engeldamm zurückgeleitet werden sowie über die Köpenicker Straße in die Adalbertstraße einfahrende Kraftfahrzeuge in westliche Richtung über die Melchiorstraße geleitet werden. Dies würde höchstwahrscheinlich zu einer deutlichen Abnahme des Durchfahrtsverkehrs führen, da die beiden attraktiven Durchfahrtsachsen nicht mehr zur Verfügung stehen. Das Einfahren in die Adalbertstraße würde so für viele Kraftfahrzeuge, insbesondere für die diese Strecke häufig abends, nachts und morgens nutzenden Taxis, unattraktiv werden.¹²⁸ Die Poller könnten ohne dazwischen angebrachte Ketten sowie in einem ausreichenden Abstand aufgestellt werden, sodass das Durchfahren

mit Fahrrädern sowie das Überqueren der Straßenkreuzung zu Fuß weiterhin gewährleistet wäre.¹²⁹

Ob eine Umsetzung in Anbetracht der bereits bestehenden Planungen sowie der bereits durchgeführten Baumaßnahmen realisierbar ist und ob die Maßnahmen die weiteren Planungen womöglich sinnvoll ergänzen oder gar teilweise ersetzen könnten, kann hier nicht abschließend beurteilt werden. Dies sowie die Umsetzbarkeit, Erfolgsaussicht und Kosteneffizienz einer solchen Maßnahme muss letztendlich durch politische sowie verkehrsplanerische und -rechtliche Expertise beurteilt werden.

Reisebusse

Der Umstand der in der Köpenicker Straße auf der Fahrbahn haltenden Reisebusse (siehe Abschnitt 4.2.2) ist mehreren Faktoren geschuldet: dem oftmalig gleichzeitigen Anreisen mehrerer Reisebusse in Kombination mit teilweise unnötig langer Haltedauer der Busse, dem Blockieren der sich auf dem Parkstreifen befindlichen für Reisebusse reservierten Haltebereiche durch andere Fahrzeuge sowie fehlender Durchsetzung; nicht zuletzt jedoch auch einem Mangel an (lokalen) Busstellplätzen.

Eine einseitige, einfache Lösung des Problems ist unrealistisch. Jedoch bestehen hier einerseits Verbesserungspotenziale in einer optimierten Handhabung im Voraus von Anreisen von Reisebussen und einer besseren Handhabung und Steuerung vor Ort bei Anreise der Reisebusse durch das A&O Hostel – ein Eingreifen auch im Sinne der Vermeidung potenzieller Gefahrensituationen für Anreisende, beispielsweise beim Ausladen von Gepäck auf der Fahrbahn. Andererseits benötigt es Lösungskonzepte auf Seite der Verwaltung.¹³⁰ Es sollte auch der direkte Dialog zwischen Verwaltung und A&O Hostel gesucht werden. Absehbar ist eine Veränderung der Situation zumindest durch die beschlossene und im Juni 2018 begonnene Parkraumbewirtschaftung im Gebiet, durch die für die Parkraumüberwachung zuständiges Personal vor Ort ist.¹³¹

Unterstrichen werden soll an dieser Stelle zudem die Notwendigkeit für stadtweite Lösungen für eine Leitung und einen Umgang mit dem Reisebusverkehr.¹³²

5.2 Stadtraumgestaltung und -erhaltung

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Problematisierungen von Missständen im Stadtraum (siehe beispielsweise Abschnitt 4.2.3 und Abschnitt 4.2.4) sollen an dieser Stelle einige Handlungspotenziale zur Stadtraumgestaltung und -erhaltung dargestellt werden.

Beteiligung der Bürger:innen bei der Stadtraumgestaltung

Ein grundsätzlicher und wichtiger Aspekt bei der Gestaltung des öffentlichen Stadtraumes – der auch in den weiteren unten angeführten Handlungspotenzialen vorkommt – ist die Beteiligung der Anwohner:innen sowie anderer lokaler Akteur:innen. Sie bietet sowohl Anwohner:innen beziehungsweise lokalen Akteur:innen als auch den zuständigen Behörden Vorteile. Im Rahmen des Sanierungsverfahrens der Nördlichen Luisenstadt ist Bürgerbeteiligung beispielsweise in Form der Betroffenenvertretung verankert. In diesem gewählten Gremium engagieren sich Bürger:innen und bringen ihre Interessen bei der Umsetzung des Sanierungsverfahrens ein. Eine Beteiligung seitens der Bürger:innen bietet bei der Planung von Bauvorhaben und Sanierungsmaßnahmen im öffentlichen Stadtraum das Potenzial, zur Konfliktmilderung oder -lösung beizutragen.¹³³ Interessen von Bürger:innen können so frühzeitig wahrgenommen und einbezogen werden. Dabei profitieren auch Planer:innen von Beteiligung, denn diese führt zu einer „Stärkung der Legitimation und Akzeptanz von Planungen“¹³⁴. Ein Austausch mit Bürger:innen bietet das Potenzial, lokales Wissen bei der Planung zu nutzen und so gleichzeitig zu einer höheren Zufriedenheit mit dem Projektergebnis unter den Bürger:innen beizutragen.¹³⁵ Welche Vorteile Beteiligung für betroffene Anwohner:innen und die Verwaltung hat, wird auch in folgendem Ausschnitt aus dem Interview mit Anke Ackermann von der Sanierungsverwaltungsstelle deutlich:

Ich halte die Beteiligung für sehr wichtig, weil die Bürger schließlich mit dem Ergebnis leben müssen. Erfahrungsgemäß werden die Flächen besser erhalten, wenn die Leute sich bei der Entwicklung und Planung der Fläche eingebracht haben. Die Leute sind dann viel engagierter die Sachen auch zu erhalten. Ich finde es nicht sinnvoll an den Leuten vorbei zu planen.

Umgestaltung des Platzes um das Heinrich-Heine-Denkmal

Eine aus mehreren Gründen sinnvolle Maßnahme ist die Umgestaltung des Platzes um das Heinrich-Heine-Denkmal (siehe Abbildung 34), zwischen den Gebäuden Köpenicker Straße 100 und 101 sowie dem freistehenden Ein- und Ausgang des U-Bahnhofs Heinrich-Heine-Straße. Ziele einer Umgestaltung sollten in erster Linie die allgemeine Verbesserung der Aufenthaltsqualität und des Sicherheitsempfindens sein.¹³⁶ Dazu könnte der von den Büschen umringte Bereich des Platzes mit Sitzmöbeln für den Außenbereich sowie Mülleimern ausgestattet werden, bessere Beleuchtung installiert werden, und die Büsche könnten heruntergeschnitten beziehungsweise durch andere Bepflanzung oder Grünpflegelösungen ersetzt werden. So könnte der Platz und der Weg zu dem Durchgang unter den Wohnhäusern besser einsehbar werden. Eine solche Maßnahme würde ebenfalls der Nutzung des aktuell wenig einsehbaren Bereichs als Ort des Urinierens sowie des Betäubungsmittelverkaufs und -konsums entgegenwirken (siehe hierzu auch Abschnitt 5.5). Auch die Errichtung einer Fahrradabstellanlage wäre sinnvoll, da in diesem Bereich jede andere vorhandene Möglichkeit für das Anschließen von Fahrrädern genutzt wird (unter anderem Ampel- und Laternenpfähle, Absperrzäune zwischen Gehweg und Straße, Zaun des Fahrzeughandels auf der gegenüberliegenden Seite), insbesondere zu Abend- und Nachtzeiten.¹³⁷



Abbildung 34: Platz um das Heinrich-Heine-Denkmal an der Ecke Köpenicker Straße/Heinrich-Heine-Straße (Stand September 2018)

Eine Umgestaltung des Platzes wurde im Zuge der Ankündigung der Sanierung des U-Bahnhofs, die die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) im Jahr 2019 zu beginnen plant, angekündigt.¹³⁸ Bedacht und abgewogen werden sollte dabei jedoch, dass es mit einer Umgestaltung des Platzes und gesteigerter Aufenthaltsqualität auch zu einer stärkeren Freizeitnutzung, durchaus auch zu Abend- und Nachtzeiten, und damit einer weiteren Lärmquelle kommen könnte.

Mit Stand Juli 2018 ist eine Erneuerung und Umgestaltung des Platzes mit Fördermitteln aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz geplant. Mit der Planung wurde bereits ein Landschaftsarchitekturbüro beauftragt. Anwohner:innen wurden über das konkrete Gestaltungskonzept in einer Anwohnerversammlung am 4. Juli 2018 vom zuständigen Bezirksamt Mitte und dem Landschaftsarchitekturbüro informiert.¹³⁹

Berücksichtigung städtebaulicher Kriminalprävention

Für viele Anwohner:innen ist der Zustand des U-Bahnhofs Heinrich-Heine-Straße ein Ärgernis. Anwohner:innen problematisieren zum einen den dort stattfindenden Betäubungsmittelverkauf und -konsum (siehe Abschnitt 4.2.4), zum anderen aber auch die bauliche Gestaltung und den aktuellen Zustand. Vor allem der Zugang neben dem Imbiss Dönerbox, der auch den Eingang zum Sage Club umfasst, wird als sehr störend und teilweise bedrohlich empfunden. Anwohner:innen formulieren ein Gefühl des Unwohlseins bei Aufenthalt in und um den U-Bahnhof. Der U-Bahnhof soll beginnend noch im Jahr 2018 baulich umgestaltet werden. Um den genannten Problematisierungen zu begegnen bietet sich eine Berücksichtigung der Perspektive der städtebaulichen Kriminalprävention bei der Planung an.¹⁴⁰ Kriminalpräventive Anregungen von Ingrid Hermannsdörfer, der für städtebauliche Kriminalprävention zuständigen Architektin des Landeskriminalamtes Berlin, wurden diesbezüglich nach einer Sitzung des Runden Tisches Köpenicker Straße im Januar 2017 an die Projektleitung der BVG versendet. Eine Zusammenarbeit und eine damit einhergehende Berücksichtigung der Perspektive der städtebaulichen Kriminalprävention bietet die Chance, bereits bei der Planung auf eine Verringerung negativen Verhaltens im Stadtraum hinzuwirken. Wie von Ingrid Hermannsdörfer in der Sitzung des Runden Tisches Köpenicker Straße im Juli 2017 in Anwesenheit von Mitarbeitern der BVG vorgeschlagen, kann eine Begrünung oder künstlerische Gestaltung der Betonwände der Aufgänge des U-Bahnhofs Beschmutzungen und Vandalismus vorbeugen. Gleichzeitig kann damit auf Problematisierungen der Anwohner:innen in

Bezug auf Kriminalität und Verschmutzung reagiert sowie das subjektive Sicherheitsgefühl erhöht werden (siehe hierzu auch Abschnitt 5.3).

Auch hier ist Beteiligung wichtig. Ingrid Hermannsdörfer sagte in einem Interview in der Stadtteilzeitung Ecke Köpenicker zu den Aspekten der Identifikation mit dem Stadtraum sowie der Frage des Einbezugs verschiedener Nutzergruppen aus kriminalpräventiver Sicht:

Wenn die Ideen und Wünsche von Bürgerinnen und Bürgern bei der Neuplanung oder Umgestaltung etwa von Grünanlagen und Plätzen Berücksichtigung finden, wenn sie sich sogar langfristig aktiv einbringen können wie beim „urbanen Gärtnern“, dann entsteht immer mehr Identifikation mit dem Ort. Wer von „seinem“ Park sprechen kann, ist eher auch bereit, sich dafür einzusetzen, dass dieser Park in einem guten Zustand bleibt, dass die Sitzmöbel nicht zerstört werden usw. [...] Es darf nicht so sein, dass bestimmte Nutzergruppen – z. B. Senioren – in der Teilhabe am öffentlichen Leben eingeschränkt werden. Entscheidend ist, dass der öffentliche Raum insgesamt so gestaltet wird, dass sich alle Nutzergruppen dort aufhalten können.¹⁴¹

Zwischennutzung

Das ehemalige Schulgebäude in der Adalbertstraße steht seit dem Jahr 2008 leer und wird höchstwahrscheinlich im Zuge des Sanierungsverfahrens als Schulstandort reaktiviert. In diesem Zusammenhang problematisieren Anwohner:innen Müll und Sperrmüll auf und vor dem Gelände sowie den zunehmenden Verfall der Gebäudesubstanz (siehe Abschnitt 4.2.3). Eine Zwischennutzung kann grundsätzlich gebäudeerhaltend wirken. Da die Planung für die Reaktivierung der Schule bereits in Gang ist, kommt eine Zwischennutzung für dieses Gebäude höchstwahrscheinlich nicht mehr in Frage. Jedoch gibt es verschiedene Brachflächen im Gebiet (mit und ohne Bebauung), deren Eignung für eine Zwischennutzung geprüft werden könnte. Eine Zwischennutzung bietet nicht nur das Potenzial, die Gebäudesubstanz zu erhalten, sondern kann bei Nutzung durch soziale oder künstlerische Projekte zum sozialen Treffpunkt werden und so positiv auf die Nachbarschaft wirken. Ein Beispiel für ein gelungenes und von Anwohner:innen gut angenommenes Projekt, ist der Vattenfall Gemeinschaftsgarten an der Ecke Köpenicker Straße/Michaelkirchstraße. Ein solches Gartenprojekt ist nur eine Idee von vielen, die für eine temporäre Zwischennutzung denkbar wäre.

5.3 Hinweis- und dialogorientierte Maßnahmen

Anders als restriktiv-regulierende Maßnahmen und ordnungsrechtliches Vorgehen sollen hinweis- und dialogorientierte Maßnahmen durch Kommunikation und Mediation die Verursacher von Problemen sensibilisieren und zu bestimmten Verhaltensweisen anhalten.¹⁴² So wurde beispielsweise in Berlin im Sommer 2015 ein künstlerisches Pantomimen-Projekt im Rahmen des Pilotprojekts zu stadtverträglichem Tourismus fair.kiez¹⁴³ durchgeführt, das in der erzielten Wirkung jedoch sehr unterschiedlich bewertet wurde.¹⁴⁴ Bei Maßnahmen mit direkten Ansprachen besteht jedenfalls grundsätzlich das Problem einer nicht nachhaltigen Wirkung, insofern das dafür eingesetzte Personal nicht ständig und langfristig zu den Problemzeiten vor Ort ist. Maßnahmen, die auf indirekte Ansprachen durch andere Hinweisformen setzen, können hier ergänzen. Handlungspotenziale bestehen in beiden Formen, direkten und indirekten Ansprachen.¹⁴⁵ Außerdem sind Lärmmessungen mit dem Ziel eines versachlichten Dialogs ein weiteres sinnvolles Handlungspotenzial.

Direkte Ansprache (ohne Vollmacht)

Empfehlenswert wären zu Zeiten des Auftretens von Konflikten und Verursachens von Problemen (also insbesondere an den Wochenendtagen abends und nachts) vor Ort agierende, unabhängig und allparteilich sowie ausschließlich mit kommunikativen Mitteln arbeitende Personen zur Konfliktprevention und -regulierung, die nicht den Polizei- und Ordnungsbehörden angehören. Sie würden vor Ort im öffentlichen Raum Präsenz zeigen und über direkte Ansprachen die Nutzer:innen – hier insbesondere ausgehende, feiernde Personen(gruppen), aber grundsätzliche jegliche sich im öffentlichen Raum aufhaltenden Personen(gruppen) – über bestehende Konflikte informieren. Sie könnten und dabei auch auf Augenhöhe für Fehlverhalten sensibilisieren sowie zu verträglichen Verhaltensweisen anhalten, ohne dabei hoheitliche Aufgabengewalt auszuüben oder irgendwelche besonderen Vollmachten zu haben. Sie würden eine weniger repressive Atmosphäre als beim Einsatz von Polizist:innen vermitteln und könnten Personen ansprechen, ohne gleichzeitig bei geringfügigen und nicht mit Gewalthandlungen einhergehenden Gesetzesverstößen eine Verpflichtung zum Einschreiten und Verfolgen dieser zu haben (beispielsweise beim Besitz und Konsum von illegalen Betäubungsmitteln). Die für eine solche Aufgabe eingesetzten Personen könnten fallweise entscheiden, ob eine Ansprache oder Intervention sinnvoll erscheint, und in notwendigen Fällen (über di-

rekte Kontaktmöglichkeiten) Rettungskräfte, die Polizei oder andere Professionelle herbeirufen. Ebenfalls könnten sie von Anwohner:innen beziehungsweise Anlieger:innen zur Konfliktlösung in akuten, lokal situierten Fällen telefonisch oder über online erfolgende Benachrichtigen (beispielsweise per Smartphone-App) direkt erreicht werden. Außerdem wären sie Ansprechpersonen für Besucher:innen, beispielsweise für die Frage nach dem Weg zum nächsten Club oder U-Bahnhof. Weitere grundsätzliche Aufgaben könnten zudem die Dokumentation und Analyse von Geschehnissen und Entwicklungen des Berliner Nachtlebens sowie die Evaluation (anderer Maßnahmen) – im Sinne eines qualitativen Nighttime-Monitorings – sein. Je nachdem wie lokal begrenzt sie eingesetzt werden, sollten sie auch an bestehenden Austauschformaten und Gremien teilnehmen.

Mit einem solchen Ansatz können insbesondere Personengruppen, die sich sonst nicht oder nur schwer in ein verbindliches Verfahren einbeziehen lassen, erreicht werden. Neben umherschwärmenden, feiernden beziehungsweise ausgehenden Personen wären dies beispielsweise auch Suchtmittelabhängige und obdachlose Personen. Entsprechend den Anforderungen und dem dargestellten Aufgabenprofil sowie aufgrund Erfahrungen aus anderen Städten (siehe unten) ist eine hohe soziale Kompetenz entscheidend. Es kämen also insbesondere für Sozialarbeit und Sozialpädagogik ausgebildete Berufsgruppen für die Durchführung infrage. Eine solche Maßnahme wäre ressourcenintensiv, jedoch wäre der zu erwartende Erfolg (insbesondere, aber nicht nur für den Zeitpunkt der Durchführung) vermutlich hoch. Eine solche Maßnahme sollte evaluiert und idealerweise wissenschaftlich begleitet werden; auch, da Ergebnisse für viele andere Fälle gewinnbringend sein können.

Ein aktuelles und vergleichbares Beispiel einer solchen Maßnahme ist der Platzdienst auf dem Leopoldplatz.¹⁴⁶ Weitere Maßnahmen und damit vorhandene Erfahrungswerte gibt es auch in anderen Städten, beispielsweise die Square Hosts in Amsterdam¹⁴⁷ oder die Interventionsgruppen in Städten der Schweiz¹⁴⁸. Zudem hervorgehoben sei hier das orts-, themen- und aufgabenübergreifende arbeitende Allparteiliche Konfliktmanagement in München (AKIM)¹⁴⁹, welches der hier skizzierten Maßnahme am stärksten entspricht und deren Fälle mit den in der Nördlichen Luisenstadt vorliegenden Konflikten besonders gut vergleichbar sind.

Indirekte Ansprache durch Textthinweise und Piktogramme

Auch können vor Ort Ausgehende und Clubgänger:innen indirekt angesprochen werden, um sie für von ihnen mitverursachte Probleme und den Ortscharakter zu sensibilisieren. Denkbar sind hier Hinweise und Piktogramme, die in Plakatform an

Wände, Zäune, Werbeflächen etc. angebracht werden sowie nach Möglichkeit auf Böden und Gehwege gesprüht oder geklebt werden. Solche Hinweisformen können unabhängig von direkten Ansprachen durch Personen und unter Beachtung der lokal spezifischen Anforderungen und Problemlage bestimmte Verhaltensweisen nahelegen und für mögliches Fehlverhalten sensibilisieren. Ferner können sie mit Weghinweisen zu den Veranstaltungsorten versehen werden. Zahlreiche Anbringungsmöglichkeiten sind vor Ort vorhanden – eine Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt: die Gebäude an der Kreuzungsecke der Brückenstraße und Köpenicker Straße (Brückenstraße 1 und Köpenicker Straße 76, deren Außenwandflächen aktuell von der Clubcommission und für andere Werbung verwendet werden); der Zaun des Biergartens Republik Berlin (Köpenicker Straße 74); der Zaun, die Mauer und Flächen auf dem Grundstück des Vattenfall-Geländes (Köpenicker Straße 70), auf dem sich der Tresor Club, das Kraftwerk Berlin und der Ohm Club befinden; sowie der Zaun des Vattenfall Gemeinschaftsgartens. Weitere Anbringungsmöglichkeiten gibt es im U-Bahnhof samt dessen Ein- und Ausgängen, darunter auch dem sich in Privateigentum befindenden und von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) genutzt-



Abbildung 35: Visualisierung eines Hinweisplakats im Zugangstunnel des U-Bahnhofs Heinrich-Heine-Straße

ten Tunneleingang und -ausgang. Eine Zusammenarbeit bei solchen Maßnahmen mit den Clubs und der Clubcommission sowie der BVG und den Berliner Stadtreinigungsbetrieben (BSR), beispielsweise unter Einbeziehung in ihre stadtbekannten Werbekampagnen, ist denkbar. Anwohner:innen beziehungsweise Eigentümer:innen der Wohngebäude könnten zudem Flächen und Ecken, die regelmäßig verschmutzt und/oder zum Urinieren genutzt werden, mit entsprechenden Hinweisschildern versehen. Bei all solchen Maßnahmen wäre darauf zu achten, dass die Ansprache publikumsorientiert geschieht, ergo mehrsprachig, kurz und leicht verständlich ist, sowie freundlich, ansprechend und dabei auch appellierend, jedoch nicht bevormundend wirkt. Nicht verschwiegen werden soll an dieser Stelle, dass die Wirksamkeit solcher Maßnahmen nicht eindeutig und umstritten ist.¹⁵⁰

Neben Städten wie Amsterdam und Barcelona, wurden solche Maßnahmen bereits auch in Berlin entwickelt und eingesetzt: Im Rahmen des Projekts lokal.leben wurden entsprechende Piktogramme und Hinweistexte erarbeitet, die auch beim Projekt fair.kiez Anwendung finden.¹⁵¹ In Zusammenarbeit der Interessensgruppen vor Ort und mit Unterstützung von beispielsweise lokal.leben wäre eine (eventuell lokal angepasste) Umsetzung vorstellbar (siehe Abbildung 35). Die Ausarbeitung könnte im Rahmen des Runden Tisches Köpenicker Straße stattfinden (siehe hierzu auch Abschnitt 5.6).

Kollektiv einsehbare Lärmmessungen

Zur Versachlichung der anhaltenden Diskussion um Lärm wären professionelle Lärmmessungen über einen längeren Zeitraum hilfreich, um Lärmquellen konkreter bestimmen zu können. So könnten beispielsweise clubveranstaltungsfreie Nächte mit Nächten, in denen Clubveranstaltungen stattfinden, verglichen werden und Lärmquellen beziehungsweise -ursachen (Straßenverkehr, Musik aus Clubs, Emissionen des Kraftwerkbetriebs, verhaltensbedingter Lärm) besser, wenn auch nicht zweifelsfrei, unterschieden werden. Solche Lärmmessungen sollten für alle lokal involvierten Akteure einsehbar sein. Diese Maßnahme könnte den Dialog zwischen den Interessengruppen, insbesondere zwischen Anwohner:innen und Gewerbetreibenden, (neu) anregen.

Ein solches Projekt sollte idealerweise unter Aufsicht und Beratung unabhängiger Sachverständiger für Akustik und Lärm umgesetzt werden, damit Lärmmessungen korrekt durchgeführt werden und Messwerte bezogen auf ihre lärmschutztechnische Relevanz dargestellt und entsprechend kontextualisiert werden (siehe Infobox zu Lärm im Abschnitt 4.2.1).

Ein in diese Richtung gehender, konkreter Vorschlag entstand im Rahmen eines Lärmspazierganges des Runden Tisches Köpenicker Straße und dessen Umsetzung wurde von Dimitri Hegemann, dem Geschäftsführer des Tresor Clubs und Kraftwerk Berlin, angeboten.¹⁵² Der Vorschlag sieht vor, stationäre Lärmmessgeräte an Außenfassaden der anliegenden Wohngebäude anzubringen, die rund um die Uhr Schallpegel aufzeichnen, und diese Messungen für alle lokal involvierten Akteur:innen einsehbar zu machen. Die Umsetzung und Finanzierung würde Dimitri Hegemann übernehmen¹⁵³, Anwohner:innen müssten aber der Anbringung an ihren Fenstern zustimmen und Internetzugang über ein drahtloses lokales Netzwerk zur Verfügung stellen. Zu dieser Zusammenarbeit ist es bisher nicht gekommen.

5.4 Öffentliche Ver- und Entsorgung

Da in Bereichen der Nördlichen Luisenstadt ein zeitweise hoher Personenverkehr (siehe Abschnitt 4.2.1) und somit verstärkt lokale Verschmutzungen im Straßenraum auftreten (siehe Abschnitt 4.2.3), ergeben sich im Bereich der öffentlichen Ver- und Entsorgung Handlungspotenziale.

Anbringung zusätzlicher Abfallbehälter

Nächtlich anfallender Müll stellt in innerstädtischen Bereichen und Ausgevierteln einen zunehmenden Anteil des Litteringaufkommens dar.¹⁵⁴ Besonders die Köpenicker Straße, Brückenstraße und Adalbertstraße sind von Vermüllung betroffen (siehe Abschnitt 4.2.3). Abbildung 36 zeigt eine Übersicht des Papierkorbbestands entlang der Köpenicker Straße und Brückenstraße zum Zeitpunkt der Untersuchung. Als besonders problematisch erwies sich hierbei die vom Ausgehpublikum vorrangig genutzte nördliche Straßenseite der Köpenicker Straße zwischen U-Bahnhof und Kraftwerkgelände, entlang deren Gehweg lediglich zwei Papierkörbe der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR) vorhanden waren. Diese beiden Papierkörbe befinden sich darüber hinaus in kurzer Distanz zueinander, ungefähr auf Höhe des überbauten Zugangs zum U-Bahnhof.¹⁵⁵ Zudem waren diese Papierkörbe in der Regel abends bereits gefüllt. Müll, der beispielsweise vermehrt auf Stromkästen abgestellt wurde (siehe Abbildung 29), verdeutlicht den Bedarf zusätzlicher Abfallbehälter, da der Müll in diesen Fällen nicht mutwillig auf die Straße geworfen wird.

Ein flächendeckender Bestand von Papierkörben kann eine Vermüllung des öffentlichen Raums verhindern. Das Pilotprojekt zur Parkreinigung der BSR verdeutlicht den Erfolg der regelmäßigen Reinigung sowie des Aufstellens zahlreicher Papierkörbe in öffentlichen Parks. Hierdurch konnte sowohl eine wesentlich größere Menge an Müll eingesammelt werden als auch die Wahrnehmung der Parksauberkeit deutlich erhöht werden.¹⁵⁶ Auch eine vom Institut für Psychologie der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführte Studie benennt das Fehlen von Abfallbehältern in der Nähe als immerhin dritthäufigste Ursache für Littering-Verhalten. In der Studie bewerteten Befragte eine bedarfsgerechte Platzierung von Abfallbehältern sowie mehr Abfallbehälter und eine häufigere Leerung dieser als die geeignetsten Maßnahmen gegen Littering.¹⁵⁷

Im Nachgang der Untersuchung wurden inzwischen auf Vorschlag des Runden Tisches Köpenicker Straße auf besagtem Abschnitt der Köpenicker Straße drei zusätz-

liche Papierkörbe von der BSR angebracht (siehe Abbildung 36). Auch in der Brückenstraße befindet sich der nächste Papierkorb erst hinter dem Eingangsbereich zum KitKatClub. Hier ist das Nachsetzen weiterer Papierkörbe ein Handlungspotenzial. Zusätzliche Papierkörbe müssen nicht zwangsläufig nur von der BSR aufgestellt werden. Die Betreiber:innen der Veranstaltungsorte könnten darüber hinaus unmittelbar an den Eingangsbereichen deutlich sichtbare Abfallbehälter zur Verfügung stellen.¹⁵⁸ In Abbildung 36 sind weitere von uns für sinnvoll erachtete potenzielle Standorte für Papierkörbe oder Abfallbehälter vermerkt.

Entfernung von Sperrmüll

Eine nachhaltige Lösung für die Sperrmüll-Problematik im Gebiet gestaltet sich schwieriger. Das Gelände der ehemaligen Schule in der Adalbertstraße wurde im Frühjahr 2018 von den Müllablagerungen geräumt und die Begrünung zurückgeschnitten. Zusätzlich wurde zwischen dem Grundstück und dem öffentlichen Gehweg ein Bauzaun mit Sichtschutz errichtet, um am dortigen Standort eine dauerhafte Freihaltung von Sperrmüll zu erlangen.¹⁵⁹

Mit dem Aktionsprogramm Saubere Stadt entwickelt der Senat in Zusammenarbeit mit den Bezirken und der BSR eine Strategie für die Sauberkeit Berlins. Ein Bestandteil des Aktionsprogramms sind Waste Watcher, die im Auftrag der Bezirksämter

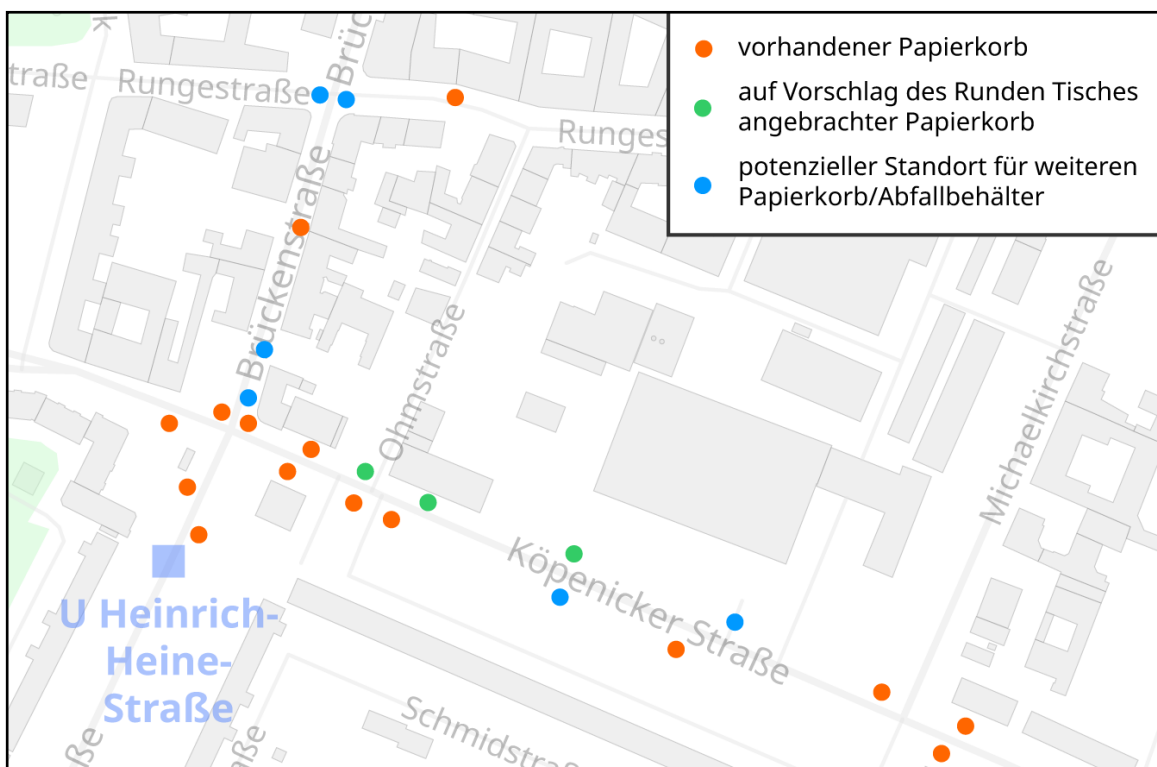


Abbildung 36: Papierkörbe im westlichen Teil des Gebiets und Vorschläge für weitere Standorte

illegale Müllablagerungen ahnden sollen.¹⁶⁰ In einem entsprechenden Pilotprojekt im Bezirk Mitte konnten durch den Einsatz von Waste Watchern keine Verstöße nachgewiesen und Personen überführt werden, allerdings fand der Einsatz lediglich an 12 Tagen im Winter statt¹⁶¹, weshalb eine Bewertung über den Erfolg des Projekts im Grunde nicht möglich ist. Da Waste Watcher lediglich das Abladen von Sperrmüll ahnden, wird eine zügige Entfernung des Sperrmülls durch diese Maßnahme nicht gewährleistet. Eine Handlungsalternative bietet die Umverteilung der bereitgestellten Gelder in das Ressort des Ordnungsamts.

Öffentliche Toilette inklusive kostenfreiem Pissoir

Nicht zuletzt wegen der Problematik des sogenannten Wildpinkelns (öffentliches Urinieren) besteht der Bedarf nach einer öffentlichen Toilette im Gebiet. Der bestehende Standort im Kölnischen Park befindet sich nicht in Nähe der Besucher:innenströme entlang der Köpenicker Straße. Der Berliner Senat sieht vor mit dem aktuellen Toilettenkonzept für Berlin das Angebot an öffentlichen Toiletten zu verbessern und um neue Standorte zu ergänzen. Der vom Bezirk Mitte vorgeschlagene Standort Köpenicker Straße/Heinrich-Heine-Straße wird im Rahmen der verbesserten Versorgung als neuer Standort berücksichtigt und voraussichtlich bis 2022 umgesetzt werden.¹⁶² Im Rahmen des Toilettenkonzepts werden in Kombination mit Einzelkabinen auch kostenfreie Pissoirs angeboten. Ein solches ist an der Köpenicker Straße/Heinrich-Heine-Straße bisher nicht vorgesehen, obwohl „kostenlose Pissoirs als effektive Maßnahme [gelten], um gegen dieses Problem vorzugehen“¹⁶³. Darüber hinaus wird dem Standort im Konzept erstaunlicherweise keine touristische Relevanz beigemessen – obwohl sich in der Köpenicker Straße einige der bekanntesten Berliner Clubs befinden.¹⁶⁴ Besonders bemerkenswert ist die fehlende Zuordnung als touristischer Standort, da die Kategorie ‚Nachtleben Tourismus‘ als Begründung der touristischen Relevanz für insgesamt 21 andere Standorte dient. In diesem Aspekt zeigt sich verstärkt das fehlende Bewusstsein des Senats darüber, dass die Nördliche Luisenstadt vor allem zu Nachtzeiten ein touristisch und vergnügungsorientiert genutztes Gebiet ist (siehe hierzu auch Abschnitt 4.2.8). Es gilt dementsprechend Anpassungen in der weiteren Gestaltung des Toilettenstandortes vorzunehmen, insbesondere durch die erweiterte Errichtung inklusive eines kostenfreien Pissoirs. Abgesehen vom Toilettenkonzept könnte die Aufstellung mobiler Toiletten (beispielsweise einfache Toilettenkabinen mit Urinal und eventuell separate Pissoirs) auf dem Kraftwerkgelände, das durch Clubs und teilweise das Kraftwerk Berlin viele Besucher:innen anzieht, eine weitere Abhilfe schaffen.

5.5 Betäubungsmittelverkauf und -konsum

Die Situation am U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße sowie vor dem Kraftwerkgelände und den gegenüberliegenden Wohngebäuden wird sowohl von der Nachbarschaft als auch von Gewerbetreibenden problematisiert. Anwohner:innen berichten, dass in der Vergangenheit Hauseingänge und Kellerräume als Rückzugsräume von Konsumierenden genutzt wurden. Hinterlassenschaften, wie Spritzen, Aluminiumfolie oder sonstiger Müll verärgert die Anwohner:innenschaft. An beiden Orten, im U-Bahnhof und vor dem Kraftwerkgelände, konnten Polizeimaßnahmen beobachtet werden. Trotz bestehender polizeilicher Maßnahmen kann nur von kurzzeitigen Verdrängungseffekten gesprochen werden. Da der Bereich Heinrich-Heine-Straße/Köpenicker Straße keine Ausnahmesituation in Berlin darstellt, muss davon ausgegangen werden, dass auf diesem Wege keine langfristigen Effekte erzielt werden können. Nachfolgend wird auf präventive sowie auf gelegentlichs- beziehungsweise tatverhindernde Maßnahmen verwiesen, die bereits vorgeschlagen oder beschlossen wurden, deren Umsetzung aber bisher nicht oder nur in geringem Maße erfolgte und die daher ausgebaut werden könnten.

Maßnahmenvorschläge aus Vor-Ort-Begehung

Ende 2015 fand im Rahmen des Runden Tisches Köpenicker Straße eine Vor-Ort-Begehung im Bereich der Köpenicker Straße und Heinrich-Heine-Straße statt.¹⁶⁵ Bei dieser wurden unter gemeinsamer Leitung des Präventionsbeauftragten des Bezirksamt Mitte, Thorsten Haas, der Architektin Ingrid Hermannsdörfer von der städtebaulichen Kriminalprävention des Landeskriminalamtes Berlin und der Geschäftsführerin von Fixpunkt e. V.¹⁶⁶, Astrid Leicht, bauliche Veränderungen vorgeschlagen und technische Möglichkeiten zur Sicherung der Hauseingänge diskutiert. Konkrete Maßnahmenvorschläge waren unter anderen die Neugestaltung der Eingangsbereiche des U-Bahnhofs Heinrich-Heine-Straße und die Umgestaltung von Grünanlagen. (Im Falle des Platzes um das Heinrich-Heine-Denkmal und den Ein- und Ausgängen des U-Bahnhofs erfolgt absehbar eine Umsetzung durch die geplante Neugestaltung des Platzes und die geplanten baulichen Veränderungen im U-Bahnhof; siehe hierzu auch **Abschnitt 5.2.**) Außerdem gab es Maßnahmenvorschläge zur Absicherung von Hauseingängen, um das Eindringen in Häuser durch Unbefugte zu verhindern. Der Maßnahmenvorschlag der Installation von blauem Licht in den Hausaufgängen und -fluren zur Verhinderung des Konsums, der im Gebiet bereits zur Anwendung kam, kann nur in bedingtem Maße Abhilfe verschaffen, da der

Konsum hierdurch zwar erschwert, jedoch nicht grundsätzlich verhindert wird.¹⁶⁷ Einerseits kann es passieren, dass die Nadeln der zum Konsum verwendete Spritzen dann lediglich solange wiederholt angesetzt werden, bis eine Vene getroffen wird; dies führt nur zu stärkeren Verletzungen der Konsument:innen sowie Verschmutzung durch Blut. Andererseits bestehen Möglichkeiten andere Lichtquellen (beispielsweise Mobiltelefone) zu nutzen, sodass Suchtmittelabhängige letztendlich nicht daran gehindert werden, vor Ort zu konsumieren.

Ausbau des Hilfesystems für Suchtmittelabhängige

Die beschriebene Situation im und um den U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße stellt keine Besonderheit dar, vielmehr sind ähnliche Situationen an mehreren U-Bahnhöfen der U-Bahnlinie 8 beobachtbar. Mit Blick auf die bestehenden polizeilichen Maßnahmen um den und im U-Bahnhof wird deutlich, dass soziale Sachverhalte auf dieser Ebene nur unzureichend behandelt werden können. Der Ausbau des Hilfesystems für Suchtmittelabhängige, wie beispielsweise legale Konsumräume, sind mehr als eine Überlegung wert. Im Hinblick darauf verweisen wir auf den Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte vom Juni 2017¹⁶⁸: Darin wird zum Ausdruck gebracht, dass die Situation im und um den U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße bekannt ist. Es wird die Absichtserklärung formuliert ein „Drogenpräventionsprojekt“ zu realisieren. Der Beschluss beinhaltet auch die Einrichtung eines legalen „Drogenkonsumraumes inklusive Beratungsangebote[n]“, um, wie es heißt, den „Drogenkonsum im öffentlichen Raum einzudämmen“. Die Umsetzung ist angesichts knapper Ressourcen jedoch ungewiss.

Beleuchtung als weiche Maßnahme

Hinsichtlich der Situation in der Köpenicker Straße hat sich gezeigt, dass die Lichtinstallation zwischen dem Eingang des Sage Clubs und dem Biergarten Republik Berlin einen gewissen Einfluss auf die Verkaufssituation von Betäubungsmitteln hat, wenn auch nur in einem begrenzten örtlichen Bereich. Die Beleuchtung gewisser öffentlicher Räume kann daher grundsätzlich in Betracht gezogen werden. Eine solche Maßnahme sollte aber nicht als Generallösung verstanden werden, da sie meist nur eine örtliche Verlagerung des Verkaufs und Konsums zur Folge hat.

5.6 Zusammenarbeit am Runden Tisch Köpenicker Straße

Während alle Befragten sich einig sind, dass der Runde Tisch Köpenicker Straße (in diesem Abschnitt nachfolgend: Runder Tisch) ein wichtiger Ort des Austauschs zwischen verschiedenen Akteur:innen ist, formulieren die Befragten gleichzeitig Unzufriedenheiten im Zusammenhang mit der Arbeitsweise (siehe Abschnitt 4.2.5). Diese äußern sich in unterschiedlichen Problematisierungen: Einige bemängeln die Abwesenheit relevanter Akteur:innen, andere den Zeitpunkt zu denen die Sitzungen stattfinden, wieder andere die Produktivität der Diskussionen. Deutlich wurde in der Problembeschreibung aber auch, dass es eine zentrale Herausforderung des Runden Tisches ist, eine Arbeitsweise zu finden, die sowohl die Anwohner:innen ernst nimmt, als auch andere relevante Akteur:innen an der Arbeit des Runden Tisches aktiv teilhaben statt reaktiv teilnehmen lässt. Der Runde Tisch arbeitet innerhalb eines hochkomplizierten Spannungsfeldes aus unterschiedliche Interessen, Betroffenheiten und Handlungslogiken, an einer großen Vielzahl und Vielfalt unterschiedlicher Themen. Dass kein einzelnes Format all diesen Ansprüchen gleichzeitig und gleichermaßen gerecht werden kann, sollte die Beteiligten nicht entmutigen den Runden Tisch und seine Arbeitsweise weiter zu überdenken, sondern eher anspornen sich weiter an diesen hochspannenden Diskussionen zu beteiligen. Gleichzeitig sollten jedoch auch die Grenzen des Runden Tisches diskutiert werden sowie eventuell eine Evaluation des Formats und seiner Zielsetzung angeregt werden.

Kommunikation verbessern und Vertrauen aufbauen

An mehreren Stellen (siehe insbesondere Abschnitt 4.2.5 und Abschnitt 4.2.6) wird ein Vertrauensverlust zwischen den verschiedenen Akteur:innen deutlich. Dieser Vertrauensverlust wirkt sich negativ auf die Vernetzung aus, sodass beispielsweise Akteur:innen nicht mehr am Runden Tisch teilnehmen. Aber auch auf die Art und Weise der Kommunikation zwischen den Akteur:innen wirkt sich dies aus – man fühlt sich beispielsweise von anderen nicht ernst genommen oder an den Pranger gestellt und kommuniziert emotional. Die Kommunikation am Runden Tisch wurde zwar in der Vergangenheit vereinzelt, jedoch innerhalb des Zeitraums der Untersuchung nicht erneut und direkt thematisiert. Diesen Aspekt hinsichtlich einer Verbesserung zu diskutieren, könnte jedoch hilfreich sein, auch um Vertrauen wieder aufzubauen. Hier ist eine hohe Kompromissbereitschaft der Akteur:innen gefragt.

Organisatorische Überlegungen zur Stärkung der Vernetzung

Der Runde Tisch ermöglicht die Vernetzung verschiedener Akteur:innen. Teilnehmer:innen des Runden Tisches wünschen sich jedoch Verbesserungen diesbezüglich und fordern eine regelmäßige Anwesenheit von Personen mit mehr Entscheidungskompetenz, insbesondere auf Ebene der Politik und der Verwaltung. Um mehr Menschen zu erreichen, arbeitet der Runde Tisch bereits an Lösungen, indem darüber diskutiert wird, ob und wie der Runde Tisch durch organisatorische Änderungen (wie beispielsweise die Organisation von Veranstaltungen oder Sitzungen in den Abendstunden) mehr Akteur:innen zur Teilnahme aktivieren kann. Es wurden daher bereits außerplanmäßige Veranstaltungen durchgeführt, beispielsweise ein Lärmspaziergang im April 2016 sowie eine Ortsbegehung im November 2015. Darüber hinaus stellt ein Austausch über die inhaltliche Organisation und die Frage, wie andere Akteur:innen besser angesprochen werden können, ein Handlungspotenzial dar. Dass einige Akteur:innen den Runden Tisch nicht regelmäßig oder nur auf Einladung besuchen, weist darauf hin, dass sie sich nicht oder zu wenig vom Runden Tisch angesprochen fühlen und sich möglicherweise nicht als aktiv mitgestaltend, sondern als Informationslieferant:innen sehen. Dieser Umstand zeichnet ein Bild des Runden Tisches als ein Format *von* und *für* Anwohner:innen – weniger für Gewerbetreibende, Mitarbeiter:innen der Verwaltung, Politiker:innen oder andere.

Gemeinsam Probleme definieren

Dass eine Erhöhung der Teilnahmezahlen allein nicht zur Verbesserung des Formates führt, wurde bereits in der Problembeschreibung ausgeführt (siehe Abschnitt 4.2.5). Vielmehr muss versucht werden Teilhabe zu fördern und die Aktionsaktivität und Mitformungsmöglichkeit der Akteur:innen zu stärken. Um von einer bloßen Teilnahme der Akteur:innen zu mehr Teilhabe zu gelangen, müssen Probleme gemeinsam definiert werden. Dafür müssen neben Anwohner:innen verstärkt auch andere Akteur:innen eigene, mit dem Gebiet verbundene Problematisierungen an den Runden Tisch herantragen. Dies erfordert Offenheit und Kompromissbereitschaft sowie ein Überdenken der eigenen Erwartungshaltung und Einsatzbereitschaft aller Beteiligten. Es kann aber mehr als eine gute Übung sein, sich auf die Handlungslogiken anderer Akteur:innen einzulassen, wenn versucht wird, aktiv an Problematisierungen anderer mitzudenken, darüber Gemeinsamkeiten zu entdecken und schlussendlich damit eine Grundlage zu schaffen, gemeinsame Problematisierungen zu erarbeiten.

Mittel als Ausgangspunkt zur Bearbeitung von Problemen

Ein weiteres Handlungspotenzial, das vor allem die Steigerung der Aktionsaktivität adressiert, stellt die Überlegung dar, Probleme ausgehend von vorhandenen Mitteln, denkbaren Methoden und verfügbaren Instrumenten zu definieren.¹⁶⁹ Der erste Schritt wäre eine Sammlung dieser sowie von Förderungsmöglichkeiten.¹⁷⁰ Im zweiten Schritt würde die Frage bearbeitet werden: Welche Probleme könnten wir damit in Angriff nehmen? Ein solches Vorgehen kann dabei helfen, Ziele zu vereinbaren, die realistisch erreichbar und in jeweils zeitlich angemessenem Rahmen umsetzbar sind.¹⁷¹

Stärkung des Präventionsrats

Der Präventionsrat übernimmt am Runden Tisch eine zentrale Rolle (organisierend und moderierend). Für die Ausgestaltung seiner Aufgaben und um die Aktions- und Handlungsfähigkeit des Runden Tisches zu stärken, muss der Präventionsrat mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet sein. Aktuell ist dies nicht ausreichend der Fall. Es empfiehlt sich, die dem Präventionsrat zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel anzuheben und ihn nach Bedarf mit zusätzlich benötigten Ressourcen, beispielsweise einer weiteren Personalstelle, auszustatten.

Selbstverständnis und Grenzen diskutieren – Evaluation anregen

In einigen Sitzungen wurde es bereits von verschiedenen Akteur:innen angeschnitten: es besteht die Notwendigkeit, das Selbstverständnis und die Grenzen des Runden Tisches zu diskutieren. Vielleicht kann der vorliegende Bericht eine Diskussion darüber anstoßen, wozu der Runde Tisch da sein sollte und was er realistischer Weise bewerkstelligen kann. Gleichzeitig könnte hier überlegt werden, ob eine Evaluation der Wirksamkeit der Zielsetzung und eine professionelle Begleitung durch externe Expertise bei diesem Prozess hilfreich sein kann.

5.7 Verwaltung und Politik

In den Erläuterungen zum Aspekt Verwaltungshandeln (siehe Abschnitt 4.2.6) wurde folgende Problemlage beschrieben: Es existiert eine Diskrepanz in der Wahrnehmung des Untersuchungsgebiets zwischen Anwohner:innen und der öffentlichen Verwaltung. Festzustellen ist, dass nur sehr wenige der von Anwohner:innen geäußerten Beschwerden in der administrativ notwendigen Form der Anzeige in den jeweiligen Behörden des Bezirks eingehen. Zugleich identifizieren Anwohner:innen, Schwierigkeiten ihre Beschwerden gegenüber der Verwaltung zu äußern. Komplexe Verwaltungsabläufe und Zuständigkeitsverteilungen unter den Behörden stellen hierbei Barrieren in der Kommunikation mit dem Bezirksamt dar. Besonders die fehlende Präsenz des Ordnungsamts zu Nachtzeiten und die daraus resultierende Zuständigkeit der Polizei für Lärmbeschwerden sind als problematisch zu bewerten. Durch die nicht immer eindeutige und transparente Zuständigkeitsverteilung entsteht unter Anwohner:innen vielfach der Eindruck, dass ihnen in der Angelegenheit des nächtlichen Lärms vonseiten der Bezirksverwaltung weder Schutz noch Abhilfe verschafft wird. Es bestehen in der Verwaltungspraxis, und darüber hinausgehend auch in der Politik, dementsprechend folgende Handlungspotenziale.

Nächtliche Präsenz des Ordnungsamts

Bezüglich der nächtlich auftretenden Lärmstörungen besteht die Möglichkeit, dass das Bezirksamt zusätzliche Mitarbeiter:innen zu Nachtzeiten einsetzt, um die Polizei bei eingehenden Lärmbeschwerden zu entlasten. Eine Ausweitung der Dienstzeiten des Ordnungsamts auf die Nachtstunden ist hierbei eine dringend notwendige Maßnahme. Die Ordnungsämter der Städte Iserlohn und Münster haben in der Vergangenheit Umstrukturierungen in den Dienstzeiten vorgenommen, sodass dort Mitarbeiter:innen im Außendienst auch nachts auf Einsatzlagen reagieren können.¹⁷² Diese Mitarbeiter:innen leisten neben einer Ansprache vor Ort auch die Aufnahme von Ordnungswidrigkeitenanzeigen in entsprechenden Situationen.

Kommunikation

Um der Diskrepanz in der Wahrnehmung der Nördlichen Luisenstadt entgegenzuwirken, bedarf es einer verbesserten Kommunikation zwischen Bürger:innen und Verwaltung. Anwohner:innen und Bürgerinitiativen stellen durch ihre Nähe zum alltäglichen Geschehen im Gebiet eine wichtige Informationsressource für die Be-

zirksverwaltung dar. Die Schwierigkeiten der Anwohner:innen in Beschwerdeverfahren treten nicht bei der originären Meldung auf, sondern in ihrem weiteren Verlauf. Es gebe oftmals keine Rückmeldung zum Status der Bearbeitung oder diese werde eingestellt. Für Bürger:innen hilfreich wäre jedoch die Möglichkeit den Bearbeitungsstatus einer jeden zu bearbeitenden Kommunikationsaufnahme, insbesondere den von Beschwerden und Anzeigen, in rechtlich zulässigem Umfang einsehen und über Zuständigkeitsbereiche hinweg verfolgen zu können. So könnte eine Transparenz des Anzeigenverlaufs gewährleistet werden und für Bürger:innen wäre zudem deutlich, ob eine Anzeige erfolgreich bearbeitet wurde oder aufgrund einer unvollständigen Anzeigenstellung eingestellt werden musste. Ein in diese Richtung gehendes Beispiel ist die für mobile Endgeräte bereitgestellte App Ordnungsamt-Online, in der Meldungen mit Statusangaben zur Bearbeitung sowie Informationen über eventuelle Weiterleitungen an andere Stellen versehen werden.¹⁷³

Es existiert ein Bedarf vonseiten der Bürger:innen einer klaren Kommunikation und Transparenz darüber, welche formalen Bedingungen erfüllt werden müssen, damit eine Anzeige oder Meldung gelingt. „Oft fehlt das Wissen darüber, wer der ‚richtige‘ Ansprechpartner für ihr Anliegen ist und bei welchen Anliegen ihnen die Verwaltungsakteure überhaupt helfen können. Auch können Vertreter organisierter Interessen [...] manchmal nur schwer einschätzen, über welchen Handlungsspielraum die Verwaltung bei ihren Anliegen verfügt [und] welchen Handlungsrationitäten sie unterliegt [...]“.¹⁷⁴ Eine übersichtliche Erklärung der Organisation und Funktionsweise der entsprechenden Fachämter für Bürger:innen kann eine Kommunikation auf Augenhöhe ermöglichen.¹⁷⁵ Da „Unwissen und Diskrepanzen sich im Laufe der Zeit hin zu Misstrauen entwickeln [können]“¹⁷⁶ und ein solcher Vertrauensverlust gegenüber den Behörden auch unter den befragten Anwohner:innen festzustellen ist, ist eine solche Kommunikation hier dringend erforderlich. Ebenso ist es wichtig, dass Anwohner:innen weiterhin den Kontakt zur Verwaltung suchen, sich selbständig mit bereitgestellten Informationsmaterialien auseinandersetzen und nicht resignieren. Nur durch ein gegenseitiges Vertrauen und Aufeinanderzugehen kann es gelingen, eine Partnerschaft auf Augenhöhe zu etablieren.

Politische Implikationen

Neben den Handlungspotenzialen im Bereich der Verwaltung ergeben sich aus den Untersuchungsergebnissen auch politische Implikationen. Da der Handlungsspielraum der Bezirksverwaltungen in Fragen von gesamtstädtischer Bedeutung – wie

dem Tourismus – eingeschränkt ist, ist die Beteiligung des Senats erforderlich. In Anbetracht der beschriebenen Probleme als lokale Ausprägungen innerstädtischer Konflikte, ist eine stetige „administrative und gestaltende Zusammenarbeit [...] zwischen Senatsverwaltungen und Bezirken“¹⁷⁷ notwendig.

Darüber hinaus offenbart sich ein Problem auf Ebene der politischen Interessenvermittlung. Bürger:innen im Untersuchungsgebiet wenden sich mit ihren Interessen und Anliegen vielfach in Richtung des Bezirksamts. Besonders am Runden Tisch Köpenicker Straße werden kurze Wege im Kontakt positiv bewertet. Es wird aber eine fehlende Präsenz der Kommunalpolitik am Runden Tisch Köpenicker Straße bemängelt. Eine direkte Ansprache von Bürger:innen an lokale Politiker:innen findet vereinzelt und auf verschiedenen Wegen statt. Es wäre effektiver, wenn dies mehr passieren würde, sodass Anliegen der Bürger:innen auf vielfache Weise gehört werden und dadurch auf eine breite politische Agenda gesetzt werden. Zivilgesellschaftliche Projekte liefern Potenziale in der Stadtentwicklung, die von der Politik genutzt werden sollten, um nicht zuletzt Diskrepanzen und einem politischen Vertrauensverlust entgegenzuwirken.

5.8 Gewerbe

Anwohner:innen problematisieren vor Ort das Fehlen von Kleingewerbe und Einzelhandel für den alltäglichen Bedarf sowie eine Entwicklung der Gewerbestrukturen, die in zunehmendem Maße nicht am Bedarf der Anwohner:innen orientiert sei (siehe Abschnitt 4.2.7). Zudem wird eine Begünstigung dieser Entwicklung durch Verwaltungsentscheidungen beschrieben, sowie eine fehlende Rücksichtnahme und Regulierung durch das Gewerbe selbst. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Unzufriedenheit der Anwohner:innen mit der Gewerbestruktur des Gebietes ergeben sich Handlungspotenziale, um den Bedarf, der aus einer Wohnnutzung entsteht, stärker in den Blick zu nehmen.

Einbeziehung der Anwohner:innen bei Planung und Neubau

Eine Einbeziehung der Anwohner:innen bei der Planung von Neubauprojekten zur gewerblichen Nutzung bietet das Potenzial, den Bedarf von Anwohner:innen bezüglich der Gewerbestruktur zu erfassen und auf diesen zu reagieren. In Beteiligungsverfahren zu geplanten Neubauten mit Gewerbenutzung können Interessen abgefragt werden und diese dann in die Planung mit einfließen. Dies kann zu einer Verbesserung der Gewerbestruktur im Sinne der Anwohner:innen führen sowie eine erhöhte Akzeptanz des Bauvorhabens unter den Anwohner:innen bewirken. Da es keine gesetzliche Verpflichtung zu Beteiligungsverfahren bei nicht landeseigenen Bauprojekten gibt, ist hier im Besonderen Vernetzungsarbeit zwischen Bürger:innen und Träger:innen notwendig.¹⁷⁸ Im Abschlussbericht zum Projekt lokal.leben werden weitere Handlungsfelder, wie beispielsweise das Ansiedlungsmanagement, diskutiert.¹⁷⁹

Ansprache und Einbindung von Gewerbetreibenden

Nicht zuletzt deshalb ist das Hinwirken auf eine verbesserte Ansprache und eine stärkere Einbindung von Gewerbetreibenden in längerfristige Beteiligungsformate sinnvoll. Am Runden Tisch Köpenicker Straße nehmen Gewerbetreibende nur vereinzelt teil. Es stellt sich daher die Frage, wie die Betreiber:innen der Clubs, Spätkäufe, Imbisse, Hostels und Hotels angesprochen werden können, sodass der Austausch zwischen Gewerbetreibenden und Anwohner:innen verbessert werden kann.

Abgesehen von den bereits von Gewerbetreibenden, insbesondere seitens einiger Veranstaltungsorte durchgeführten Maßnahmen (siehe Abschnitt 4.2.7), wurden in Interviews und Gesprächen im Rahmen der Untersuchung (weitere) Vorschläge für

Maßnahmen sowie gemeinsame Aktionen zwischen Anwohner:innen und Gewerbetreibenden, die das Verhältnis zwischen ihnen verbessern könnten, gemacht. Einige dieser Vorschläge wurden in der Vergangenheit bereits erprobt, jedoch von Anwohner:innen teilweise als wenig erfolgreich beschrieben; was so interpretiert werden kann, dass diese Maßnahmen (oder ihre Art der Durchführung) scheinbar nicht ausreichend waren, um Erfolge und Verbesserungen zu zeigen beziehungsweise für Anwohner:innen wahrnehmbar zu machen. Es wurde beispielsweise die Herausgabe von Telefonnummern der jeweiligen Clubs an die Anwohner:innen vorgeschlagen (und vereinzelt bereits erprobt), sodass sich Anwohner:innen im Falle von Ruhestörungen unmittelbar zum Zeitpunkt der Störung melden können. Darüber hinaus wurde vorgeschlagen, dass eine gemeinsame nächtliche Begehung von Gewerbetreibenden und Anwohner:innen zur Identifikation von Problemquellen und zur Steigerung der Akzeptanz untereinander dienen kann. Eine weitere Idee war es, die Anwohner:innen gezielt auch zu Veranstaltungen in die Clubs beziehungsweise Veranstaltungsorte einzuladen oder Sonderveranstaltungen für die Anwohner:innen zu organisieren, sodass diese ein Bild von den Clubs und deren Situation bekommen. Auch wenn manche bereits erprobte Ideen als wenig wirkungsvoll beschrieben wurden, sehen wir einen Austausch über die Gründe dafür und die Entwicklung neuer Ideen im Rahmen der Sitzungen des Runden Tisches Köpenicker Straße als Chance, die Zusammenarbeit zwischen Gewerbetreibenden und Anwohner:innen zu stärken.

5.9 Tourismus

Die vergnügungsorientierten Aktivitäten im Bereich der Nördlichen Luisenstadt bringen einige Folgeprobleme mit sich. Diese werden auch in Bezug zu Tourismus gesetzt und insbesondere als Folgen touristischer Nutzung verstanden (siehe Abschnitt 4.2.8). Nachfolgend werden vier diesbezügliche Handlungspotenziale vorgestellt.

Tourismuskonzept

In der Koalitionsvereinbarung zwischen den Parteien SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen wurde festgehalten, dass ein „Tourismuskonzept [...] hinsichtlich eines langfristig stadtverträglichen und nachhaltigen Tourismus aufgestellt und mit einem zielorientierten Maßnahmenplan unterlegt“¹⁸⁰ werden soll. Ein Fokus hierbei liegt auf dem „Interessensausgleich zwischen den Anwohner*innen, Gewerbetreibenden und Besucher*innen“, wobei „Fragen des Reisebusverkehrs, der Hotelentwicklung und der Sicherheit im öffentlichen Raum“ behandelt werden sollen. Hinsichtlich der Frage, wie Stadtentwicklung „gemeinsam“ und damit auch wie Tourismus „stadtverträglich“ gestaltet werden kann, sollen diesbezüglich auf Landes- und Bezirksebene Anlaufstellen zur Bürgerbeteiligung geschaffen werden.¹⁸¹ So heißt es, dass die „sozialräumlichen Planungs koordinatoren*innen der Bezirke zu Beteiligungsbeauftragten weiterentwickelt“ werden sollen.¹⁸²

Im Januar dieses Jahres wurde schließlich das Tourismuskonzept 2018+ der Öffentlichkeit vorgestellt.¹⁸³ Im Tourismuskonzept wird die Problematik anerkannt, dass an „einzelnen Orten Konflikte durch Übernutzung wie beispielsweise ein erhöhtes Lärm- und Müllaufkommen“¹⁸⁴ bestehen. Daher ist eine Steuerung und Entwicklung hin zu einem stadtverträglichen Tourismus das angestrebte Ziel, mit dem Anliegen „sowohl die Erlebnisqualität für Besucherinnen und Besucher, als auch die Lebensqualität der Berlinerinnen und Berliner im Einklang miteinander zu steigern“¹⁸⁵. Dabei sollen die „strategischen Leitlinien Governance, Qualitative Wertschöpfung, Partizipation, Monitoring und Kiez-basierte Tourismussteuerung“ in einem späteren Verlauf noch konkretisiert werden.¹⁸⁶

Tourismus und vergnügungsorientierte Nutzungen in der Nördlichen Luisenstadt

In der Nördlichen Luisenstadt gibt es bereits mehrjährige Erfahrungen mit touristischen und vergnügungsorientierten Aktivitäten. Da bereits Nutzungskonflikte im

Gebiet bestehen, ist es notwendig frühzeitig einzugreifen, um der Entwicklung einer touristischen Übernutzung des Gebiets entgegenzuwirken. Um diesen zu begegnen, werden meist zwei Handlungsmuster im Umgang mit (durch Personen verursachtem) Lärm diskutiert: Einerseits restriktiv-regulierende, *harte* Maßnahmen mit dem Ziel unerwünschtes Verhalten oder Lärmquellen zu beeinflussen oder zu verhindern und andererseits präventiv-dialogorientierte, *weiche* Maßnahmen, um Personen vor Ort für Konflikte und Probleme zu sensibilisieren (siehe hierzu auch Abschnitt 5.3).

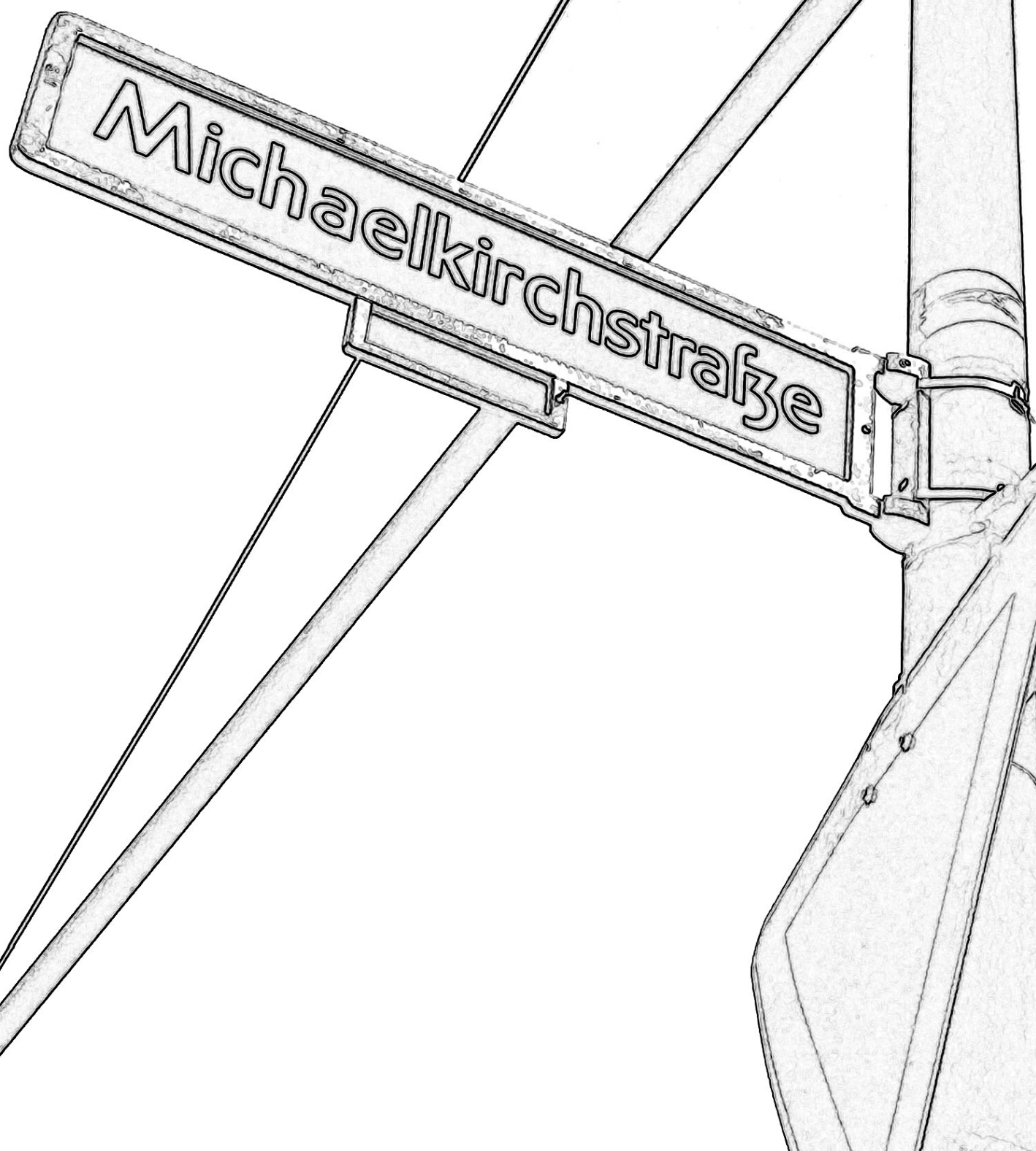
Tourismus als Querschnittsaufgabe (in) der Verwaltung

Abseits der Diskussion um restriktiv-regulierende oder präventiv-dialogorientierte Maßnahmen ist mittlerweile allen Beteiligten bewusst, dass das Thema Tourismus als Querschnittsaufgabe wahrgenommen und diese ressortübergreifend umgesetzt werden muss.¹⁸⁷ Im Tourismuskonzept heißt es, dass „die verschiedenen Akteure aus der Verwaltung und den Bezirken [...] stärker in die Tourismussteuerung einbezogen und dafür sensibilisiert werden [sollen]“¹⁸⁸. Voraussetzung hierfür ist, dass eine Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürger:innen sowie zwischen den verschiedenen Verwaltungsebenen besteht, die ermöglicht, dass lokale Probleme auch auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung ankommen und Berücksichtigung finden. Erkenntnisse aus der Untersuchung machen deutlich, dass die Nördliche Luisenstadt bei der Verwaltung, anscheinend insbesondere auf Senatsebene, bisher noch nicht hinreichend als touristisch genutztes Gebiet erkannt wurde und berücksichtigt ist (siehe Abschnitt 4.2.8). Um dies zu gewährleisten und entsprechende Daten fortwährend aktuell zu halten, muss die Kommunikation über bestehende Entwicklungen sowohl zwischen den verschiedenen Verwaltungseinheiten als auch zwischen den Verwaltungsebenen verbessert werden. Dafür scheint insbesondere ein besserer Austausch zwischen Bezirken und Senat erforderlich zu sein.

Einbindung von Anwohner:innen

Es sind zudem Beteiligungsformate notwendig, die geeignet sind, nicht nur Interessen der Anwohner:innen zu artikulieren, sondern die zudem in der Lage sind, konsensuelle Lösungen zu erarbeiten. Im Tourismuskonzept wird die „Einrichtung eines Bürgerbeirates, der als dauerhaftes, beratendes Gremium das touristische Vor-Ort-Geschehen aus der Sicht der Stadtbevölkerung in die Branche und die Politik zurückspiegelt und Projektideen für einen stadtverträglichen Tourismus aktiv mitentwickelt“ vorgeschlagen.¹⁸⁹ Dies entspricht auch einer Erkenntnis aus der Begleitfor-

schung zu dem Projekt lokal.leben. Darin werden neue Verfahren, bei denen „private und zivilgesellschaftliche Akteure in gemischten Gremien über Maßnahmen entscheiden [können]“, als „wesentlicher Erfolgsfaktor“ angesehen.¹⁹⁰



Michaelkirchstraße

6 Fazit und Schlussbemerkungen

In der Nördlichen Luisenstadt sind nebst einiger weiterer konfliktreicher Umstände vor allem störende Begleiterscheinungen eines vergnügungsorientierten Freizeitverhaltens Alltag. Diese Tatsache war auch ohne eine wissenschaftliche Untersuchung ersichtlich, insbesondere für die sich seit mehreren Jahren am Runden Tisch Köpenicker Straße engagierenden Akteur:innen. Die diesem Abschlussbericht zugrundeliegende Untersuchung hatte jedoch ein darüber hinausgehendes Ziel – die hinter dieser Feststellung liegende Problem- und Konfliktlage gewissermaßen zu entschlüsseln und aufzuschlüsseln. Wie im vorliegenden Bericht dargelegt, konnte so einerseits durch eine Befragung der Anwohner:innen ein breiteres und letztlich repräsentativeres Bild der wahrgenommenen Störungslage der Bewohner:innen der Nördlichen Luisenstadt ermittelt werden. Und andererseits konnte detailliert und mit externem Blick herausgearbeitet werden, *was* genau problematisiert wird sowie *welche* Phänomene das alltägliche (und vor allem nächtliche) Geschehen mit sich bringt und *wie* diese teilweise zu Störungen und Nutzungskonflikten führen. Es konnten so an einem konkreten Fall auch Einblicke darin gegeben werden, was eine vergnügungsorientierte und touristische Stadtnutzung für städtische Nachbarschaften bedeuten kann und wie diese wahrgenommen wird.¹⁹¹ Ferner konnten Erkenntnisse zu Aspekten gewonnen werden, die sich der direkten und lokalen Ebene der Auseinandersetzung mit den Konflikten oftmals entziehen, beispielsweise zu Beteiligung, Verwaltungshandeln und Tourismus. Die resultierende und im vorliegenden Bericht im Fokus stehende differenzierte Problembeschreibung sollte neben diesen Darstellungen und Erkenntnissen auch eine kritisch-reflektierende Sicht auf einige der Aspekte einbringen. Die thematisch gegliederten Handlungspotenziale können hoffentlich Anregungen für Maßnahmen und Lösungen bieten, auch wenn sie letztendlich womöglich nur aufzeigen, in welchen Handlungsfeldern dies grundsätzlich möglich ist. Es liegt nun vor allem an den lokal involvierten Akteur:innen, auf Grundlage dieses Bericht und der darin dargelegten Ergebnisse weitere Schritte zu gehen und zu unternehmen.

Die dargestellten Probleme und Konflikte sind nicht neu. Die Auseinandersetzung mit und Berichterstattung über Konflikte im innerstädtischen Raum der letzten Jahre zeigt dies eindrucksvoll – sei es in Gebieten mit einer Ballung gastronomischer

Betriebe (wie beispielsweise im Friedrichshainer Südkiez oder im Kreuzberger Wrangelkiez), durch längerfristiges freizeitorientiertes Versammeln und Verweilen von Menschenmengen (wie beispielsweise auf der Admiralsbrücke in Kreuzberg) oder in Gebieten mit hoher Clubdichte (wie beispielsweise auf der Lohmühleninsel oder eben im vorliegenden Fall). Gleich ist diesen Fällen, dass es zu einer wahrgenommenen Übernutzung des Gebiets und unmittelbar einhergehenden, störenden Folgen sowie mittelbar zu gewerblichen Monostrukturen im Gebiet kommt. Es ist genau dies, das auch im vorliegenden Fall von Anwohner:innen als wesentliches Problem angesehen wird. Gleich ist den Fällen auch, dass vergnügungsorientierte Nutzungen im öffentlichen Raum in oder nahe Wohngebieten stattfinden und zudem (außerstädtischer wie innerstädtischer) Tourismus verstärkt in zuvor unattraktive Stadtbereiche vordringt. Die Folge sind vor allem Konflikte zwischen dem Anspruch auf Kultur und Vergnügen und dem Anspruch auf Wohnen und Ruhe – denn es ist Lärm, der dabei meist im Vordergrund steht.¹⁹² Und zwar Gewerbe- sowie Freizeitlärm, was konkret meist bedeutet: Lärm durch Musik aus Veranstaltungsorten (meist Clubs) und durch Personen im öffentlichen Raum. Im Laufe der Untersuchung in der Nördlichen Luisenstadt und insbesondere am Runden Tisch Köpenicker Straße zeigte sich, dass es in Debatten nicht stets nur um den eigentlichen Lärm, sondern dabei auch oft in kontroverser Weise darum geht, was eigentlich störend an dem Lärm ist, wie der Lärm zu bewerten, messen, begrenzen sei und wie der Lärm seitens der Verwaltung und Behörden zu behandeln sei.¹⁹³ Es ging also letztendlich auch darum, wie quasi mit dem Sachverhalt Lärm allgemein umzugehen ist – und damit eben nicht nur um Konflikte *um* Lärm, sondern auch Konflikte *über* Lärm.

Dass Lärm einen hohen Stellenwert einnimmt und der vor Ort scheinbar störendste Umstand ist, zeigte sich in der Untersuchung von Beginn an und wurde spätestens mit der Auswertung der durchgeführten Befragung der Anwohner:innen bestätigt. Folglich stellte sich auch die Frage, warum dies eigentlich der Fall ist. Sicher hat Lärm schlicht eine andere Qualität als beispielsweise vor der Haustür liegender Müll, da Lärm einem nicht nur sprichwörtlich den Schlaf (und langfristig die Gesundheit) rauben kann. Dennoch war dies allein keine zufriedenstellende Antwort. Vielmehr legen Erkenntnisse aus der Untersuchung nahe, dass eine über der individuell wahrgenommenen Störung liegende Ebene eine Rolle spielt. So stellte beispielsweise ein:e Anwohner:in bezüglich des Themas Lärm in einem Interview fest: „Warum engagiere ich mich ausgerechnet für so ein doofes Thema? [...] Für mich ist das etwas, was mir klar geworden ist und mich wirklich wütend macht: Das ist so

eine ganz wichtige soziale Frage – Lärm –, die total unter den Tisch fällt.“ Deutlich wird, dass Lärm nicht schlicht als individuelles Problem gesehen wird, sondern als ein Problem, das weitreichender ist und mehr Leute betrifft, und so also als ein kollektives Problem gesehen wird. Diese kollektive Betrachtungsweise (nach dem Motto *Lärm geht alle an*) umfasst darüber hinaus die Annahme, dass die Arbeit an der Lösung des Problems nicht auf individueller Ebene erfolgen kann, sondern Zusammenarbeit erfordert. Anwohner:innen berichten in Interviews, dass ihnen als Lösung für ihr Problem mit Lärm häufig vorgeschlagen wird doch einfach wegzuziehen. Nicht nur im Hinblick auf die Wohnungsmarktsituation in Berlin stellt Wegziehen für viele keine mögliche Lösung des Problems dar, sondern auch weil es eine individuelle Lösung wäre – und somit keine für ein kollektives Problem.

In diesem Gesichtspunkt zeigt sich außerdem, dass Lärm meist überwiegend technisch und strikt quantitativ betrachtet wird. Hier können zwei Aspekte den Denk- und Möglichkeitsraum möglicherweise erweitern: Zum einen erscheint insbesondere eine sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Lärm und Lärmkonflikten (insbesondere Freizeitlärm) als bisher unzureichend. Ist eine meist rein technische und quantitative Betrachtung von Lärm aus Verwaltungssicht angesichts rechtlicher Vorgaben und Sicherheit nachvollziehbar, sollte die wissenschaftliche Auseinandersetzung hier nicht zwangsläufig dem gleichen Paradigma unterliegen und in interdisziplinärer Anstrengung neue Erkenntnisse zu und Sichtweisen auf Lärm entwickeln, die die Sozialwissenschaften, aber durchaus auch die Akustik und weitere eher physikalisch geprägte Lärmforschung in dieser Hinsicht voranbringen, um so auch Anregungen für Bereiche außerhalb der Wissenschaften zu geben. Zum anderen, aber durchaus mit dem vorherigen Punkt verknüpft, erscheint es für alle Akteur:innen aber auch gesamtgesellschaftlich als vernünftig und erstrebenswert, eine *Kultur der reflektierten Zahl* zu etablieren, bei der die Relevanz von Zahlen insbesondere für politische und verwalterische Entscheidungsprozesse zwar anerkannt wird, ebenjene Zahlen aber gleichzeitig hinterfragt werden und dies zu einem stetigen Lernprozess beiträgt.¹⁹⁴

Die in diesem Abschlussbericht dargestellten Problematisierungen wurden verstärkt von Anwohner:innen formuliert, jedoch gewiss nicht ausschließlich. Es sind auch die Gewerbetreibenden, insbesondere seitens der Clubs, die ebenfalls viele der Störungen und Umstände als Probleme betrachten. Es besteht also kein grundsätzlicher und genau entgegengesetzter Interessenskonflikt zwischen Gewerbetreibenden und Anwohner:innen, wie es vielleicht auf den ersten Blick vermutet werden könnte. Vielmehr gibt es verschiedene Interessen, die sich teilweise und

mitunter aus verschiedenen Motiven überschneiden, teilweise aber eben auch nicht. Jedoch ist es ohne Zweifel eine andere Situation, die Gegebenheiten als Anwohner:in zu erleben. Denn es sind die Bewohner:innen des Gebiets, die vielen der beschriebenen Umstände und Störungen am meisten und direktesten ausgesetzt sind – was insbesondere im Fall von Lärm deutlich wird. Aus diesem Grund halten wir im Übrigen die uns im Laufe der Untersuchung mehrmals begegnete, von Clubbetreiber:innen und ihrer Vertretung, der Clubcommission, geäußerten Argumentationen, bei denen die hohe Zahl der nächtlichen oder jährlichen Clubbesucher:innen denen der angeblich wenigen betroffenen Anwohner:innen gegenübergestellt werden, für anmaßend und nicht angemessen. Sie ist angesichts eines nicht kleinen Teils der Anwohner:innen, der sich im hiesigen Untersuchungsgebiet durch Störungen beeinträchtigt fühlt, zudem unsachlich und im Sinne eines Dialogs und Interessenausgleichs nicht zielführend.

Ein problematischer Aspekt bezüglich des Geschehens vor Ort und den störenden Umständen ist, dass es bei vielen der bestehenden Nutzungskonflikte nicht zwei oder mehrere unmittelbar *greifbare* Nutzergruppen, die sich hier gegenüberstehen, gibt. Lediglich auf die Bewohner:innen trifft dies stets zu. Denn die sich im öffentlichen Raum aufhaltenden und den öffentlichen Raum vergnügungsorientiert nutzenden Personen sind ebenso eine fluide und wechselnde, daher nicht greifbare Akteursgruppe wie die motorisierten Straßenverkehrsteilnehmer:innen. Sie können an einem Format wie dem Runden Tisch Köpenicker Straße weder teilnehmen noch legitim vertreten werden; auch eine Mediation, wie beispielsweise bei Nutzungskonflikten zwischen zwei lokalen Akteursgruppen auf einem Platz, ist hier nicht möglich.¹⁹⁵ Greifbare Akteursgruppen sind für betroffene Anwohner:innen so vor allem die Gewerbetreibenden und die Verwaltung, die jedoch in vielerlei Hinsicht nur mittelbar verantwortlich, wenn zumeist auch nicht völlig unverantwortlich sind. Es ist für den Runden Tisch Köpenicker Straße jedoch außerordentlich schade, wenn dies dazu führt, dass vor allem Gewerbetreibende und Verwaltungsvertreter:innen dem Frust über die bestehende Situation ausgesetzt sind und somit nicht mehr oder nur mit wenig Lust und Engagement am Format teilnehmen. Hier möchten wir an alle Teilnehmer:innen des Runden Tisches plädieren, *Verantwortung* nicht mit *Verschuldung* (an den Störungen) zu verwechseln und sich bewusst zu machen, welches produktive Potenzial ein solches Format an und für sich hat.

Wie eingangs erwähnt, werden akteursübergreifend auch Aspekte problematisiert, die sich der direkten und lokalen Ebene der Auseinandersetzung mit den Konflikten oftmals entziehen, und bei denen es letztendlich um stadtweite und politische Fra-

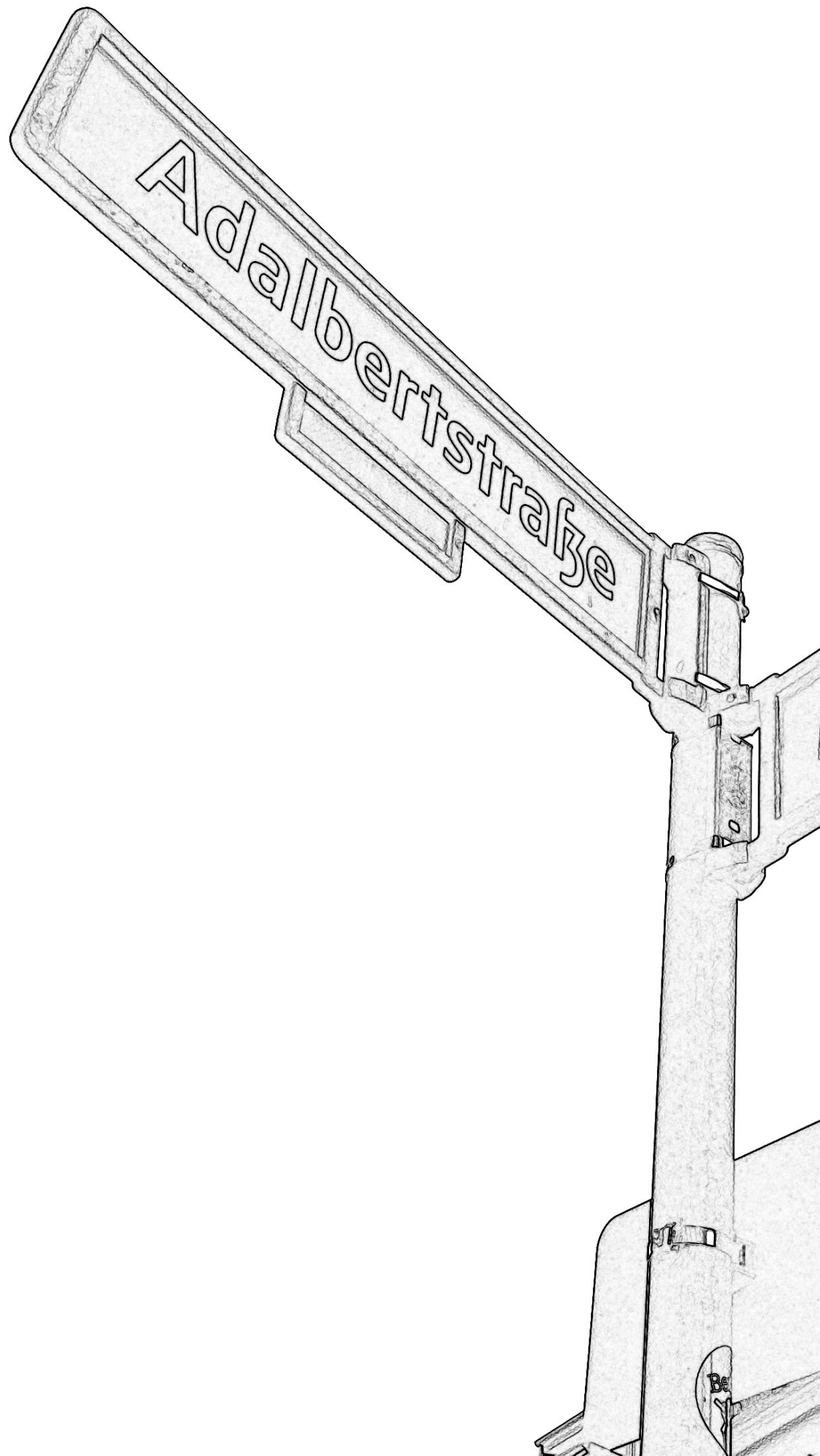
gen geht. Einerseits ist eine Erkenntnis der Untersuchung, dass die Beschäftigung mit diesen Fragen auf höherer Ebene für viele der lokalen Akteur:innen für mindestens genau so wichtig erachtet wird wie die Auseinandersetzung mit und Lösung der lokalen Probleme. Auch hier wird eine kollektive Ebene sichtbar. Es zeigten sich zudem Tendenzen, dass die Auseinandersetzung mit den lokalen Störungen und Konflikte auch deswegen oftmals frustriert und emotional ausgetragen wird, weil sich die höhere Ebene, das *große Ganze*, nicht ändert und sich insbesondere dort kaum Erfolge und positiven Entwicklungen einstellen. Die lokale Auseinandersetzung kann so gewissermaßen auch als Projektionsfläche für Unzufriedenheiten mit überlokalen Entwicklungen interpretiert werden. Andererseits ist eine Erkenntnis, die hier hervorgehoben werden soll, dass Verantwortung allen voran bei der Verwaltung und darüber hinaus bei der Politik gesehen wird – im *kleinen*, lokalen ebenso wie im *großen*, überbezirklichen Maßstab. Hier stellen sich Fragen und Herausforderungen für die Verwaltung und Politik, die in diesem Abschlussbericht weder eindeutig benannt (geschweige denn beantwortet) werden können noch sollen. Klar ist jedoch, dass viele Erkenntnisse dieser Untersuchung darauf hindeuten, dass insbesondere die Verwaltung sich verändern und verbessern sowie neuen städtischen und gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen muss – eine Anforderung, die auch in anderen Studien sowie in Debatten identifiziert und deutlich wird. Dies passiert gewiss nur unter der Voraussetzung des notwendigen politischen Willens. Vielleicht kann diese Untersuchung zumindest Hinweise geben, an welchen Stellen Verbesserungen notwendig sind. So hat sich deutlich gezeigt, dass die Nördliche Luisenstadt seitens der Verwaltung scheinbar bisher noch nicht hinreichend als touristisch genutztes Gebiet erkannt wurde und berücksichtigt ist. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Verwaltung zwar nicht grundsätzlich, aber zumindest in einiger Hinsicht *nachtblind* ist – angesichts eines zu Nachtzeiten nicht besetzten Ordnungsamts, wohlgemerkt in einer vom stadteigenen Marketing propagierten 365/24-Stadt, ist dies nicht verwunderlich.¹⁹⁶ Auch hier erscheinen Anpassungen an neue Entwicklungen sowie eine bessere Zusammenarbeit der unterschiedlichen öffentlichen beziehungsweise kommunalen Akteure auf Bezirks- und Senatsebene zur Wahrnehmung entsprechender Querschnittsaufgaben notwendig. Es ist beispielsweise zu überlegen, ob für die gesamte Stadt formulierte Konzepte und Strategien nicht einer lokalen Variante und Ergänzung bedürfen. Muss zum Beispiel ein stadtweites Tourismuskonzept womöglich durch lokal und kleinräumig angepasste Quartierverträglichkeitsstrategien¹⁹⁷ angereichert werden?

Gewiss ist sich die Verwaltung allgemein der Tatsache der durch touristische und vergnügungsorientierte Nutzungen entstehenden Konflikte bewusst. So sammeln und produzieren die Verwaltungseinheiten Berlins natürlich Wissen über konflikt-behafteten Tourismus, um diesen in reduzierter Komplexität überhaupt sowie hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen bearbeiten zu können – wenn auch dies auf Senats- und Bezirksebene in unterschiedlicher Weise und mit sehr unterschiedlichen Graden der Problematisierung der Fall ist.¹⁹⁸ Die Herausforderungen sollen hier also keinesfalls heruntergespielt werden, sie sind gewiss enorm. So zeigt sich bei nächtlichen Lärmkonflikten der hier dargestellten Art beispielsweise der Aspekt der enormen Schwierigkeit einer Lösungsfindung, und ferner die zwar vorhandenen Ansatzpunkte und Verbesserungsmöglichkeiten, aber der in der Sache begründete enorme Aufwand sowie die im Kern ordnungspolitische Unlösbarkeit.¹⁹⁹ Folglich sind im Angehen der dargestellten Konflikte und genannten Herausforderungen Einfallsreichtum und Kreativität sowie ungewöhnliche Lösungen gefragt – durchaus auch solche, die den Status Quo hinterfragen. Nicht zuletzt benötigt es aber auch hier zunächst vor allem politischen Willen.

Ein Gesichtspunkt der Untersuchung, der auf den ersten Blick womöglich den vorangegangenen Ausführungen widerspricht, ist die Tatsache, dass viele der in diesem Bericht dargestellten Störungen in der Befragung der Anwohner:innen nur von einem äußerst geringen Teil der Haushalte überhaupt als Störung benannt wurde. Es gaben zwar rund zwei Drittel der Haushalte an, dass sie etwas in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung als störend empfanden. Bei einem Blick auf die Ergebnisse in den einzelnen Störungskategorien zeigt sich jedoch schnell ein davon abweichendes Bild. So wurde beispielsweise Verunreinigung und Müll sowie der Aspekt Drogen von jeweils lediglich 15 % der Haushalte als störend benannt. Auf Grundlage der Darstellungen am Runden Tisch Köpenicker Straße würde man jedoch schnell annehmen, dass beide Aspekte im Gebiet ein für viele Anwohner:innen enormes Problem darstellen. Deutlich wird hier, dass sich einerseits zwar viele der Menschen im Gebiet von etwas gestört fühlen, aber offenbar von sehr unterschiedlichen Umständen. Andererseits wird auch deutlich, dass der Runde Tisch Köpenicker Straße keineswegs die Wahrnehmung aller Bewohner:innen des Gebiets wiedergibt und so eben nur für sich stehen kann. Denn die Ergebnisse der Befragung der Anwohner:innen können auch so gelesen werden, dass sich sowohl insgesamt als auch nahezu ausnahmslos in den einzelnen Teilgebieten die Mehrheit der Bewohner:innen nicht von den Umständen gestört fühlt. In dieser Diskrepanz steckt letztendlich die vermeintlich einfache Frage, wie damit seitens der Verwaltung und

der Politik umzugehen ist. Wichtig erscheint uns einerseits, dass sich im Gesamtbild ein durchaus erheblicher Störungsgrad zeigt. Gerade dies und die Diversität der genannten Störfaktoren sollten keineswegs unbeachtet gelassen werden. Andererseits wichtig ist, dass ein quantitativer Störungsgrad nur eine Betrachtungsweise darstellt. Komplexe Fragen und Sachverhalte brauchen einen detaillierten Blick – entsprechend stellen differenzierte, wissenschaftlich erarbeitete Problembeschreibungen für Verwaltung und Politik aus unserer Sicht eine wichtige Grundlage und Ressource dar.

Hieran anknüpfend erscheint eine engere Kooperation zwischen Wissenschaft und Verwaltung sowie Politik als sinnvoll und notwendig. Der oben bereits benannte, grundsätzliche Konflikt zwischen Wohnen und aktivem Nachtleben im Wohngebiet beziehungsweise einem legitimen Ruhebedürfnis und innerstädtischer Vergnügung zeigt sich in vielen Städten, nicht nur in Berlin. Entsprechend ist auch eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit solchen Phänomenen und einhergehenden Themen nicht neu. Insbesondere in der fächerübergreifenden Stadtforschung sowie in der Tourismusforschung wird dies seit geraumer Zeit bearbeitet und diskutiert. Gleichzeitig sind die Phänomene und Themen ebenfalls im täglichen Handeln für die Verwaltung und Politik aktuell und relevant. Außerdem werden städtische Konflikte und allgemein Herausforderungen vermutlich eher mehr als weniger. Es bedarf daher einerseits Anstrengungen, Wissenschaft und Forschung in dieser Hinsicht praxisrelevanter zu machen, und andererseits Überlegungen, wie sowohl der Austausch als auch Kooperationen zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Politik verstärkt und verstetigt werden können.



Endnoten

¹ Institut für Europäische Ethnologie, Humboldt-Universität zu Berlin;
ORCID: 0000-0002-7742-3867

² Institut für Europäische Ethnologie, Humboldt-Universität zu Berlin

³ Institut für Europäische Ethnologie, Humboldt-Universität zu Berlin

⁴ Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin

⁵ Die Clubs sind räumlich inzwischen nach technischem Standard lärmgedämmt. Beschwerden gibt es noch vereinzelt, beispielsweise wenn eine Lärmschutztür offen gelassen wurde und dadurch Lärm nach außen drang. Hier sind die Angestellten jedoch inzwischen überwiegend sensibilisiert.

⁶ Runde Tische wurden im Bezirk Mitte eingerichtet, um gemeinsam Lösungen für Konflikte im Sozialraum zu entwickeln. An Runden Tischen nehmen neben Vertreter:innen des Bezirksamt Mitte in der Regel folgende Akteure teil: Anwohnende, gewerbliche Anrainer, soziale und kulturelle Akteure, Ordnungs- und Sicherheitskräfte. Weitere Informationen: <https://www.berlin.de/ba-mitte/praeventionsrat>

⁷ Maroldt 2016.

Anmerkung der Autor:innen des Abschlussberichts: Am 15. November 2016 wurde das Forschungsvorhaben erstmals öffentlich, am Runden Tisch Köpenicker Straße, vorgestellt. Im Tagesspiegel Checkpoint vom 17. November 2016 kommentierte Lorenz Maroldt das Forschungsvorhaben wie folgt:

Na super: An der Humboldt-Uni untersuchen sie jetzt die ‚Nutzungskonflikte‘ in meiner Nachbarschaft (nördliche Luisenstadt) – zuständig ist eine Forschungsgruppe des Instituts für ‚Europäische Ethnologie‘. Wahrscheinlich wollen sie herausbekommen, ob es akustische Unterschiede beim Auffüllen von jeweils spanischen, italienischen und englischen Jungtouristengruppen mit ‚Sterni‘ gibt (im Späti um die Ecke z.Zt. 50 Cent pro Flasche). Da die ‚ethnographische Methodenarbeit‘ ausgerechnet im Winter beginnt (die leisesten Monate), dürfte das erste Ergebnis schon mal feststehen: Nachts ist es kälter als draußen.

Entgegen der Behauptung wurde der Beginn der ethnographischen Methodenarbeit nicht für den Winter angekündigt, sondern lediglich darüber informiert, dass die Datenerhebung bis einschließlich Sommer 2017 andauern wird. Die ethnographische Methodenarbeit dauerte dann tatsächlich von Januar bis einschließlich September 2017, systematische Gebietsbegehungen wurden von April bis einschließlich September durchgeführt (siehe Abschnitt 3).

⁸ Der Forschungsk Kooperation ging eine Anfrage des Präventionsrats bei Visit Berlin (offiziell: Berlin Tourismus & Kongress GmbH; betreibt das offizielle Tourismus- und Kongressmarketing für Berlin) voraus. Über Kontakte von Visit Berlin zum Georg-Simmel-Zentrum für Metropolenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin, das unter anderen vom Institut für Europäische Ethnologie getragen wird, kam es zu einem Austausch und letztendlich zu einer Kooperation zwischen der Forschungsgruppe und dem Präventionsrat des Bezirksamt Mitte von Berlin. Die Forschung und der Abschlussbericht der Untersuchung wurden unentgeltlich und unabhängig durchgeführt beziehungsweise erstellt. Die Mitglieder der Forschungsgruppe, zugleich die Autor:innen dieses Abschlussberichts, wohnen nicht im Untersuchungsgebiet.

⁹ Es ist zu beachten, dass in der Systematik der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) *Nördliche Luisenstadt* eine Bezirksregion im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg bezeichnet. Diese Bezirksregion ist nicht identisch mit dem vorliegenden Untersuchungsgebiet.

¹⁰ Vgl. Bezirksamt Mitte von Berlin 2016: 8-11; eigene Verrechnungen.

¹¹ Laut dem Gesamtindex Soziale Ungleichheit 2017 des Monitoring Soziale Stadtentwicklung, der Hinweise auf die relative soziale Problemdichte innerhalb der Planungsräume gibt, weisen die Planungsräume Heine-Viertel Ost und Heine-Viertel West einen mittleren Status mit zu den Vorjahren unveränderter Entwicklungsrichtung auf (vgl. SenStadtWohn 2017a).

¹² Vgl. SenStadtWohn 2017b. Die Wohnlagezuordnung wird auf Basis wissenschaftlicher Berechnungen, Begehungen, Abstimmungen und sachkundiger Expertise vorgenommen. Die Wohnlagenkarte gibt einen Überblick über die Verteilung der Wohnlagen im gesamten Stadtgebiet. Die eindeutige Wohnlagezuordnung eines Hauses kann über das Straßenverzeichnis zum Berliner Mietspiegel nachvollzogen werden.

¹³ Löffler 1995a: 47.

¹⁴ Vgl. Löffler 1995b: 67.

¹⁵ Vgl. Eberhardt und Löffler 1995: 14-15.

¹⁶ Eberhardt und Löffler 1995: 20.

¹⁷ Eberhardt und Löffler 1995: 19.

¹⁸ Vgl. Zwölfte Verordnung über die förmliche Festlegung von Sanierungsgebieten vom 15. März 2011 (siehe <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/foerderprogramme/stadterneuerung/de/gesetze.shtml> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/D8RL-976V]).

¹⁹ Vgl. Bezirksamt Mitte von Berlin 2015a: 18.

²⁰ Vgl. SenStadtWohn 2017f.

²¹ Vgl. SenStadtWohn 2017c.

²² Vgl. SenStadtWohn 2017c.

²³ Mit Spätkäufen sind Spätverkaufsstellen, also Kioske und Formen sogenannter Convenience Shops, die außerhalb der üblichen Ladenöffnungszeiten (teilweise auch rund um die Uhr) geöffnet sind, gemeint. In Berlin wird ein solches Geschäft als Spätkauf (Kurzform: Späti) bezeichnet. Dementsprechend wird im vorliegenden Bericht diese Bezeichnung verwendet.

²⁴ Zwischen dem Abschluss der Datenerhebungs- und Auswertungsphase und dem Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Abschlussberichts wurden drei weitere Spätkäufe eröffnet, und zwar in der Brückenstraße 1b, Köpenicker Straße 124 und an der Ecke Adalbertstraße/Köpenicker Straße. Diese sind nicht aufgeführt, da sie im relevanten Zeitraum der Untersuchung noch nicht existierten.

²⁵ Siehe <https://pflanz-was.vattenfall.de>.

²⁶ Vgl. hierzu auch das Clubkataster der Musicboard Berlin GmbH: <https://www.clubkataster.de>

²⁷ Das Gebäude an der Ecke Brückenstraße/Köpenicker Straße beherbergt einen der Ein- und Ausgänge des U-Bahnhofs Heinrich-Heine-Straße, der über einen Tunnel mit dem Bahnsteig verbunden ist. Für diesen Ein- und Ausgang, bei dem sich auch ein Ein- und Ausgang des Sage Clubs befindet, handelt es sich um ein Privatgrundstück. Die BVG verfügt hierfür lediglich über ein ihnen eingeräumtes Nutzungsrecht.

²⁸ Vgl. Rapp 2009, Denk und von Thülen 2014 sowie Kühn 2017.

²⁹ Eigenschreibweise: Køpi

³⁰ BVV Mitte 2013.

³¹ Zu Angaben der Teilnehmer:innen vgl. auch BVV Mitte 2015.

³² „Der Präventionsrat Mitte entwickelt in kiez- und themenbezogenen Arbeitsgruppen Strategien für ein besseres Zusammenleben. Er unterstützt Bürgerinnen und Bürger, die Verantwortung für ihr Wohngebiet übernehmen wollen.“ (Selbstbeschreibung, siehe <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/gremien/praeventionsrat> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/Q7TG-ZXEX])

³³ Vgl. auch Steglich 2014, Schaffelder 2014, Schaffelder 2015a, Steglich 2015, Schaffelder 2015b, Steglich 2016b.

³⁴ Vereinzelt wird auch von *Nutzungskonkurrenzen* gesprochen.

³⁵ Vgl. beispielsweise Breuer 2003, Kuklinski 2003, Schwarz 2008, Grafe 2010, Becker 2012, Hannemann 2014, Helbrecht u. a. 2014, Krüger und Schmid 2015, Floeting 2015, Zuilen u. a. 2016, Becker 2018, sowie Füller u. a. 2018.

³⁶ Vgl. beispielsweise Steiner 2009: 60 und 77, Rateniek 2012, Schweizerischer Städteverband 2012 sowie AKIM 2015.

³⁷ Vgl. für Berlin beispielsweise Raab 2014, Raab u. a. 2014, SenWiTechForsch 2014, Bezirksamt Mitte von Berlin 2015a: 14 und 18, Beckers 2015, SenWiTechForsch 2016, Raab und Kesting 2016 sowie SenWiEnBe 2017.

³⁸ Vgl. Deutsches Institut für Urbanistik 2013.

³⁹ Senat Müller II, 18. Legislaturperiode (Ergebnis der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2016)

⁴⁰ SPD Berlin u. a. 2016: 123.

⁴¹ Helbrecht u. a. 2014: 1.

⁴² Vgl. Helbrecht u. a. 2014: 32–33.

⁴³ Zur Berichterstattung über die Vorgehensweise und Zwischenergebnisse der Untersuchung sowie über die Vorstellung der Zwischenergebnisse im September 2017 vgl. Steglich 2017a und Schaffelder 2017d.

⁴⁴ Ein Beispiel zur Verdeutlichung: Wurde lediglich genannt, dass es oft zu laut sei, wurde *Lärm* angekreuzt und, wenn es die Situation und Person(en) zuließen, nachgefragt, warum dies der Fall sei. Wurde detaillierter erläutert und beispielsweise gesagt, dass es oftmals nachts zu Ruhestörungen durch herumschreiende und Flaschen werfende Personen auf der Straße komme, wurde *Lärm* und *Passanten* angekreuzt und die geschilderte Spezifik kurz notiert. Wurde noch ein konkreter Ort genannt, wo dies genau passiere, wurde dies ebenfalls notiert.

⁴⁵ Dass nicht alle Wohngebäude einbezogen wurden, war, neben der Fokussierung auf die Straßen Köpenicker Straße, Brückenstraße, Ohmstraße und Adalbertstraße, eine Abwägungsentscheidung, um die Befragung in der vorgesehenen Zeit durchführen zu können. Durch den Einbezug der Wohngebäude in der Heinrich-Heine-Straße und Michaelkirchstraße hätte sich der zeitliche Aufwand für die Befragung aufgrund der hohen Wohnungsanzahl in den dortigen Gebäuden etwa verdoppelt.

⁴⁶ Das Teilgebiet Köpenicker Ost enthält den Abschnitt der Adalbertstraße zwischen Köpenicker Straße und Melchiorstraße (siehe Abbildung 13).

⁴⁷ Es handelt sich dementsprechend um eine Stichprobe in quasi-zufälliger Auswahl, da die Befragten nicht bewusst nach bestimmten Merkmalen ausgewählt wurden. Betont werden soll, dass keine Stichprobenauswahl nach Merkmalen wie beispielsweise ungerader Hausnummern oder Etagen (oder ähnliches) getroffen wurde.

⁴⁸ Das Untersuchungsgebiet befindet sich in einem städtebaulichen Wandel. In dem für die Befragung der Anwohner:innen ausgewählten Gesamtgebiet wurden nur die Wohngebäude miteinbezogen, die zum Zeitpunkt der Befragung (April und Mai 2017) fertiggestellt und bewohnt waren. Die erst kürzlich fertiggestellten Wohngebäude in der Köpenicker Straße 53 und 54–55 wurden daher beispielsweise nicht einbezogen. Außerdem fanden in den Häusern Köpenicker Straße 95–101 (Teilgebiet Köpenicker West) teilweise Wohnungssanierungen statt, weshalb zahlreiche Wohnungen unbewohnt waren; die genaue Zahl ist nicht bekannt.

⁴⁹ Vgl. Hirschauer 2008: 176.

⁵⁰ Zum Wechselspiel aus Vertrautheit und Fremdheit vgl. Breidenstein u. a. 2015: 66–70.

⁵¹ Bei Feldsequenzen handelt es sich um empirisches Material, das ebenso wie anderes erhobenes Material, wie beispielsweise Interviews, ausgewertet wird.

⁵² Vgl. Welz 1991: 56.

⁵³ Es wurde versucht, Anwohner:innen für die Teilnahme an einem Interview einerseits über direkte Ansprache und über im Laufe der Untersuchung geknüpfte Kontakte aufmerksam zu machen und anzuwerben. Andererseits wurden Aushänge in Wohngebäuden aufgehängt und es gab einen Aufruf in der Stadtteilzeitung Ecke Köpenicker; diese beiden Versuche stellten sich bedauerlicherweise als nicht erfolgreich heraus. Es konnten daher nicht mehr Interviews mit Anwohner:innen durchgeführt werden.

⁵⁴ Die Clubcommission Berlin heißt offiziell Verband der Berliner Club-, Party- und Kulturereignisveranstalter e. V. Der Verband setzt sich dafür ein, „die Berliner Club-, Festival-, OpenAir-, Party- und Kulturereignisveranstalter zu unterstützen und zu fördern“ (siehe http://clubcommission.de/dokumente/Ueber_uns.html [Stand: 5.10.2018; perma.cc/UF2F-ZYAP]).

⁵⁵ Vom Ordnungsamt wurde ein kurzer Fragenkatalog schriftlich beantwortet. Ein direktes Interview war aufgrund der Arbeitsbelastung und personellen Engpässen des Ordnungsamts nicht möglich.

⁵⁶ Es wurden die Protokolle der Sitzungen des Runden Tisches Köpenicker Straße der Jahre 2015 bis 2017 ausgewertet.

⁵⁷ Hierzu zählen insbesondere Artikel aus der Ecke Köpenicker, die Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt.

⁵⁸ Hierzu zählen nicht weiter kategorisierte Dokumente, unter anderen waren dies Informationsmaterial (Flyer, Broschüren etc.), Veranstaltungseinladungen und -texte, Lärmprotokolle und Schreiben von Anwohner:innen.

⁵⁹ Vgl. Breidenstein u. a. 2015: 8.

⁶⁰ Vgl. Breidenstein u. a. 2015: 7.

⁶¹ Alle Prozentwerte sind auf ganze Zahlen gerundet. Auf dies kenntlich machende Begriffe wie *etwa*, *rund* oder *circa* wurde, bis auf einige Ausnahmen, zugunsten eines besseren Textflusses verzichtet.

⁶² Im Teilgebiet Brückenstraße konnten 36 Haushalte (21 %) der dort insgesamt 173 Haushalte erfasst werden. Im Teilgebiet Ohmstraße konnten 15 Haushalte (16 %) der dort insgesamt 96 Haushalte erfasst werden. Im Teilgebiet Köpenicker West konnten 35 Haushalte (16 %) der dort insgesamt 216 Haushalte erfasst werden. Im Teilgebiet Köpenicker Zentrum konnten 128 Haushalte (32 %) der dort insgesamt 405 Haushalte erfasst werden. Im Teilgebiet Köpenicker Ost und Adalbertstraße konnten 88 Haushalte (16 %) der dort insgesamt 561 Haushalte erfasst werden.

⁶³ Es wurden zudem zwei Haushalte in der Neuen Jakobstraße (im Teilgebiet Köpenicker West) und ein Haushalt in der Rungestraße (im Teilgebiet Brückenstraße) befragt. Diese entsprechen 0,7 % beziehungsweise 0,3 % der insgesamt befragten Haushalte. Sie sind aufgrund der geringen Werte in der Verteilung der befragten Haushalte nach Straßen nicht aufgeführt.

⁶⁴ In diesem Abschnitt wird von *auffälligen Abweichungen* gesprochen, wenn der Anteil der Haushalte, die eine bestimmte Störung genannt haben, in einem Teilgebiet von dem Gesamtanteil der Haushalte, die diese Störung genannt haben, um 15 Prozentpunkte oder mehr abweicht. Wird von *deutlichen Abweichungen* gesprochen, weicht er um 30 Prozentpunkte oder mehr ab.

⁶⁵ Die Aussagen in diesem Absatz liegen einer Auswertung der bei der Befragung erfassten Unterkategorien der Kategorie *Lärm* zugrunde. Aufgrund des spezifischen Vorgehens bei der Befragung können diese Aussagen nur gewisse Tendenzen abbilden und sind nicht gleichbedeutend mit den zuvor genannten Zahlen zum Aspekt Lärm zu betrachten (siehe Abschnitt 3.1).

⁶⁶ In der Befragung wurde der Begriff *Drogen* verwendet, da wir den Begriff *Betäubungsmittel* für zu alltagsfremd hielten und antizipiert haben, dass Befragte ihn entweder nicht verstehen oder selber nicht verwenden. In der Problembeschreibung (siehe Abschnitt 4.2.4) wird jedoch der Begriff *Betäubungsmittel* verwendet; dort erfolgt eine Erläuterung zur Begriffswahl.

⁶⁷ Die Aussagen dieses Satzes liegen einer Auswertung der bei der Befragung gemachten Notizen zugrunde. Aufgrund des spezifischen Vorgehens bei der Befragung können diese Aussagen nur gewisse Tendenzen abbilden und sind nicht gleichbedeutend mit den zuvor genannten Zahlen zum Aspekt Drogen zu betrachten (siehe Abschnitt 3.1).

⁶⁸ Die Aussagen in diesem Absatz liegen einer Auswertung der bei der Befragung erfassten konkreten Orte zugrunde. Aufgrund des spezifischen Vorgehens bei der Befragung können diese Aussagen nur gewisse Tendenzen abbilden und sind nicht gleichbedeutend mit den anderen Angaben zu betrachten (siehe Abschnitt 3.1).

⁶⁹ Vgl. SenStadtWohn 2017d. Relevant sind die Abschnitte beziehungsweise Themenbereiche *Verkehr / Lärm* sowie *Mensch und Umwelt* (Umweltgerechtigkeit).

⁷⁰ Ein Planungsraum ist ein festgelegtes, kleinräumiges Gebiet in Berlin, und eine Unterkategorie der für Planungs- und Steuerungszwecke definierten *lebensweltlich orientierten Räume* (LOR). Diese sind seit August 2006 als räumliche Grundlage für kleinräumige Beobachtung, Prognose und Planung demographischer und sozialer Entwicklungen in Berlin festgelegt und werden in 447 Planungsräume, 138 Bezirksregionen und 60 Prognoseräume untergliedert. Vgl. http://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/lor/ [Stand: 30.9.2018; perma.cc/8T4B-EWZN].

⁷¹ Vgl. SenStadtWohn 2017g.

⁷² Vgl. SenStadtWohn 2017g: Kernindikator Lärmbelastung (siehe https://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/d901_04.htm [Stand: 30.9.2018; perma.cc/4F9E-6F5F] und <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/k901.htm> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/A625-2LJQ]).

⁷³ Beim Kernindikator Lärmbelastung des Umweltatlas Berlin wird, genau genommen, die „Klassifikation der externen Lärmkosten des Gesamtverkehrs“ angegeben. Hierzu heißt es: „Als Ansatz zur Ermittlung der unterschiedlichen Belastungsgrade der Berliner Planungsräume wurden eine monetäre Bewertung der Lärmwirkung und die Verknüpfung der Ergebnisse mit der soziodemografischen Struktur auf Ebene der Planungsräume gewählt. Die Monetarisierung des Lärms erfolgt auf Grundlage des Prinzips der externen Kosten, welches die durch Lärm entstehenden Nutzenverluste finanziell abbildet. Damit wurde der Umstand berücksichtigt, dass nicht die Verursacher des Lärms dessen negative Effekte tragen, sondern diese auf Dritte (oder die Gesellschaft als Ganzes) verlagert werden. Darüber hinaus werden mit der Monetarisierung der in Dezibel gemessenen Lärmbelastung (logarithmische Skala) Vergleiche aus räumlicher oder sozialer Perspektive deutlich vereinfacht und transparenter.“ (vgl. SenStadtWohn 2017g: Kernindikator Lärmbelastung, wie oben)

⁷⁴ Die Meldungen werden durch ein Anliegen-Management-System (AMS), öffentlich unter der Bezeichnung *Ordnungsamt Online* bekannt, erfasst. Eingehende Meldungen werden über das System an die zuständigen Bezirksämter und Stellen weitergeleitet. Im Jahr 2017 wurden insgesamt 320 Meldungen aus dem Gebiet Nördliche Luisenstadt über das AMS beim Ordnungsamt Mitte erfasst.

⁷⁵ Die in und um die Brückenstraße gelegenen Imbisse und Schnellrestaurants richten sich unseren Erkenntnissen nach einerseits an im Gebiet arbeitende Personen, die diese tagsüber vor allem zur Mittagszeit aufsuchen, sowie an das sich abends und nachts dort bewegende Laufpublikum (siehe auch Abschnitt 4.2.7).

⁷⁶ Von Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag stattfindende Clubveranstaltungen gehen in der Regel länger, was zumeist auch im Voraus feststeht und bekanntgegeben wird.

⁷⁷ Der KitKatClub residiert in den Räumlichkeiten des Sage Clubs – diese sind also räumlich identisch –, jedoch wird für Veranstaltungen des KitKatClubs der Eingang in der Brückenstraße benutzt, für Veranstaltungen des Sage Clubs wird der Eingang in der Köpenicker Straße beim Zugang zum U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße benutzt.

⁷⁸ Bei der einzigen aktuell noch im Sage Club wöchentlich am Donnerstag stattfindenden Veranstaltung *Rock at Sage* ist der Eintritt bis 22 Uhr frei und bis 23 Uhr vergünstigt. Dies erklärt den Andrang zu dieser Zeit, allerdings sind die Stoßzeiten und die Zeiträume langer Einlassschlangen aufgrund dessen meist vergleichsweise kurz.

⁷⁹ Anzumerken ist, dass es bei hohem Besucherandrang bei Clubveranstaltungen meist auch zu mehr an den Clübtüren abgewiesenen Personen kommt, die dann unter Umständen noch in der Nähe verweilen.

⁸⁰ Quelle: Geoportal Berlin / Übergeordnetes Straßennetz Bestand; Daten der Aktualisierung vom 20.12.2017. Siehe auch: https://www.berlin.de/senuvk/verkehr/politik_planung/strassen_kfz/strassennetz [Stand: 30.9.2018; perma.cc/5T86-U4TP]

⁸¹ Vgl. SenStadtWohn 2017e. Bezogen auf die Verkehrsmengen im Jahr 2014. Angegeben sind gerundete Werte.

⁸² Vgl. SenStadtWohn 2017f.

⁸³ Hier wird sich auf einige allgemeine Erkenntnisse aus den vor Ort durchgeführten Begehungen beschränkt und im Anschluss auf verhaltensbedingten beziehungsweise situations- und ortsspezifischen Lärm eingegangen. Dass insbesondere der Straßenverkehr auf der Brückenstraße und Heinrich-Heine-Straße sowie Köpenicker Straße Lärmquellen darstellen und es zu Schwankungen der Verkehrsnachfrage abhängig vom Wochentag und der Tageszeit kommt, war zu erwarten und stellt an sich keine nennenswerte Erkenntnis dar. Es wurden außerdem keine quantitativen Daten erhoben (beispielsweise durch Verkehrszählungen oder, wie angemerkt, Schallpegelmessungen).

⁸⁴ Es ist hier der Eindruck gemeint, dass Geräusche (Schallereignisse) in der menschlichen Wahrnehmung lauter als andere empfunden werden und der Eindruck entsteht, diese würden andere Geräusche gewissermaßen übertönen. Hier geht es also vielmehr um die Lautheit (psychoakustische Größe) als die Lautstärke und den Schalldruckpegel (zur Beschreibung der physikalisch messbaren Stärke des Schalls). Dass sich die Schalldruckpegel von Schallereignissen addieren und dabei in der Regel sowohl Lautheit als auch Lautstärke(pegel) erhöht wird, ist hier nicht berücksichtigt.

⁸⁵ Der KitKatClub hat keinen direkten Einfluss auf die sich bildende Taxischlange. Die Türsteher:innen beziehungsweise das Sicherheitspersonal hat außerdem keine Befugnis, hier in irgendeiner Weise direkt selbst einzugreifen, da Taxis auf öffentlichem Straßenland stehen und somit eine Verkehrsbehinderung darstellen, die von Ordnungsamt oder Polizei unterbunden und geahndet werden müsste. Es sei angemerkt, dass die Betreiberin des KitKatClubs, Kirsten Krüger, die Taxischlange aufgrund der genannten Lärmstörungen und Straßenverkehrsbehinderungen als störend empfindet und nicht befürwortet.

⁸⁶ Vgl. Hoffmann-Leichter Ingenieurgesellschaft mbH und Gruppe Planwerk 2014: 30–47.

⁸⁷ Der KitKatClub residiert in den Räumlichkeiten des Sage Clubs – diese sind also räumlich identisch. Der Sage Club veranstaltet aktuell regelmäßig jedoch nur eine an Donnerstagabenden um 21 Uhr beginnende und bis Freitagnacht beziehungsweise -morgen gehende Musikveranstaltung namens *Rock at Sage*. Die anderen Veranstaltungen werden alle vom KitKatClub veranstaltet (siehe Abschnitt 2.1).

⁸⁸ Vgl. Altrock 2010, Kaschuba 2013 und Liempt u. a. 2015.

⁸⁹ Vgl. Hoffmann-Leichter Ingenieurgesellschaft mbH und Gruppe Planwerk 2014: 80.

⁹⁰ Ein Überqueren abseits der Ampel ist in diesem Abschnitt der Brückenstraße besonders häufig zu beobachten. Dies ist jedoch weniger der inoffiziellen Taxischlange geschuldet, sondern ergibt sich vielmehr aus einem erhöhten Querungsbedarf verbunden mit der Positionierung der Ampel nahe der Kreuzung, die diesen Querungsbedarf nicht im ausreichenden Maße abdeckt. Dies ist vermutlich deshalb der Fall, da sich Personen im Anbetracht der geringen Breite der Brückenstraße in diesem Abschnitt kaum dazu entscheiden einen solchen Umweg über die Ampel in Kauf zu nehmen und damit letztendlich selbst eine Verkehrsfährdung herbeiführen.

⁹¹ Vgl. beispielsweise Tagesspiegel 2017.

⁹² Vgl. BVV Mitte 2015.

⁹³ Vgl. Zwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Straßenreinigungsverzeichnisse und die Einteilung in Reinigungsklassen vom 24. April 2015 . Seit der Hochstufung des Teilabschnitts der Köpenicker Straße zwischen Am Köllnischen Park und Ohmstraße in die Reinigungsklasse 2a und der gleichbleibenden Einstufung des Teilabschnitts der Köpenicker Straße zwischen Ohmstraße und der Bezirksgrenze in die Reinigungsklasse 2b, wurden keine weiteren Anpassungen vorgenommen (vgl. Einundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Straßenreinigungsverzeichnisse und die Einteilung in Reinigungsklassen vom 1. September 2016 sowie Zweiundzwanzigste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Straßenreinigungsverzeichnisse und die Einteilung in Reinigungsklassen vom 26. März 2018).

⁹⁴ Über das AMS wurden im Jahr 2017 aus der Nördlichen Luisenstadt insgesamt 320 Meldungen erfasst (Quelle: Ordnungsamt Mitte von Berlin).

⁹⁵ Vgl. Görke und Grull 2017 sowie Streim 2017.

⁹⁶ Nachfolgend sprechen wir von *Betäubungsmitteln* und verwenden nicht den umgangssprachlichen Begriff *Drogen*, da wir, in Anlehnung an das Betäubungsmittelgesetz (BtMG), explizit nur die Substanzen meinen, die strafrechtlich relevant sind. Folglich richtet sich unser hier Blick nicht auf den (ebenso unter Suchtmittel fallenden) Alkoholkonsum im öffentlichen Raum, der durchaus auch von Anwohner:innen und Gewerbetreibenden problematisiert wurde.

⁹⁷ Vgl. Steglich 2015, Schaffelder 2015c und Steglich 2016a.

⁹⁸ Fixpunkt e. V. ist Träger von Projekten der Gesundheitsförderung und Suchthilfe mit dem Schwerpunkt Infektionsprophylaxe.

⁹⁹ Diese Verlagerung kann einerseits als positiv (im Sinne von: Verkauf findet weiter weg und möglicherweise seltener statt) und andererseits als negativ oder neutral (im Sinne von: Verkauf findet weiterhin, jedoch lediglich woanders und grundsätzlich immer noch statt) betrachtet werden.

¹⁰⁰ Für weitere Informationen zu Beteiligung im Bezirk Mitte und eine Übersicht über verschiedene Formate der Beteiligung und des Bürgerschaftlichen Engagements, siehe: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/buergerschaftliches-engagement> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/B6JP-ACF7].

¹⁰¹ Es wurde unsererseits nur an den Sitzungen des Runden Tisches Köpenicker Straße teilgenommen.

¹⁰² Siehe auch die Webseite des Bürgerverein Luisenstadt: <https://www.buergerverein-luisenstadt.de>

¹⁰³ Der Bürgerverein Luisenstadt ist häufig gleichermaßen in Veranstaltungen involviert, bei denen es um eine Zusammenarbeit zwischen Bürger:innen und Verwaltung geht. Es soll an dieser Stelle lediglich betont werden, dass der Bürgerverein Luisenstadt weitaus mehr Anwendungsfelder umfasst, während die anderen beiden Gremien ausschließlich im Rahmen eines direkten Kontaktes mit der Verwaltung arbeiten.

¹⁰⁴ Vgl. § 137 BauGB (*Beteiligung und Mitwirkung der Betroffenen*).

¹⁰⁵ Vgl. Bezirksamt Mitte von Berlin 2015b: 28–50, und Bezirksamt Mitte von Berlin 2017b: 4–7. Siehe zudem Bezirksamt Mitte von Berlin 2017a sowie <https://www.berlin.de/ba-mitte/aktuelles/buergerbeteiligung> [Stand: 1.10.2018; perma.cc/QQ7B-NPM2].

¹⁰⁶ Die beschriebenen Figuren sind keine real existierenden Personen. Die Darstellung ist explizit darauf ausgelegt, die benannten Probleme hervorzuheben und ist deswegen absichtlich überzeichnet.

¹⁰⁷ Für eine weiterführende Auseinandersetzung mit dem Runden Tisch Köpenicker Straße im Zusammenhang mit dem Thema Beteiligung, siehe Abschnitt 4.2.5.

¹⁰⁸ Vgl. hierzu die Online-Präsenz der Zentralen Anlauf- und Beratungsstelle des Ordnungsamtes Mitte: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/ordnungsamt/zentrale-anlauf-und-beratungsstelle-zab> (Stand: 30.9.2018; perma.cc/6FSB-ELRH)

¹⁰⁹ Vgl. Klier 2013 und Romberg 2017.

¹¹⁰ Am Runden Tisch Köpenicker Straße werden die seitens der Veranstaltungsorte gemachten Anstrengungen und durchgeführten Maßnahmen von den Anwohner:innen zwar in der Sache anerkannt, jedoch hinsichtlich eines Engagements und einer Zusammenarbeit nur wenig gewürdigt.

¹¹¹ Anwohner:innen behaupten in einem im September 2015 für den Runden Tisch Köpenicker Straße verfassten Schreiben, dass Maßnahmen auf Druck der Behörden und aufgrund von Beschwerden von Anwohner:innen getroffen wurden, nicht aus eigenem Antrieb und aus Bemühung um gute Nachbarschaftlichkeit. Dies konnte nicht überprüft und kann so weder bestätigt noch widerlegt sowie ferner auch nicht näher eingeordnet werden.

¹¹² Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

¹¹³ Vgl. SPD Berlin u. a. 2016: 123.

¹¹⁴ Vgl. Helbrecht u. a. 2014 und Sommer 2018.

¹¹⁵ Vgl. zum Thema des stadtverträglichen Tourismus in Berlin auch die zwei folgenden, aktuellen Beiträge: Sommer 2018 und Grube 2018.

¹¹⁶ Es wird insbesondere kritisiert, dass das Stadtmarketing bewusst Bilder und Narrative Berlins als eine Stadt, in der man rund um die Uhr feiern und tun und lassen könne was man wolle, aufgreife und reproduziere. Beispiele sind die von Visit Berlin (offiziell: Berlin Tourismus & Kongress GmbH; betreibt das offizielle Tourismus- und Kongressmarketing für Berlin) im Jahr 2014 herausgegebene Broschüre *Kiez erleben* (vgl. Strauß 2014 und Bock 2014) sowie entsprechende Werbeslogans wie die der laufenden Werbekampagne *Berlin 365/24* (vgl. Pohlers 2016).

¹¹⁷ Vgl. Helbrecht u. a. 2014: 32.

¹¹⁸ Vgl. BVV Mitte 2014a, BVV Mitte 2014b, BVV Mitte 2014c, sowie Hoffmann-Leichter Ingenieurgesellschaft mbH und Gruppe Planwerk 2014: 81.

¹¹⁹ Der Runde Tisch Köpenicker Straße hat in der Sitzung am 12. Juli 2016 einen entsprechenden Beschluss zur Weiterleitung des Antrags durch die Teilnehmer gefasst.

¹²⁰ Siehe hierzu das den oben genannten Drucksachen der BVV Mitte (2014a, 2014b, 2014c) angehängte Schreiben der Verkehrslenkung Berlin an das Bezirksamt Mitte vom 24. Mai 2016. Eine Anfrage bei der Verkehrslenkung Berlin im Februar 2018 ergab, dass auch bis dato kein Antrag gestellt wurde.

¹²¹ Vgl. Heinrichs u. a. 2017.

¹²² Vgl. Ortscheid und Wende 2004a sowie Ortscheid und Wende 2004b.

¹²³ Vgl. Heinrichs u. a. 2017: 13.

¹²⁴ Zwei Ziele des am 28. Juni 2018 vom Abgeordnetenhaus Berlin beschlossenen Berliner Mobilitätsgesetzes (offiziell Artikel 1 des Gesetzes zur Neuregelung gesetzlicher Vorschriften zur Mobilitätsgewährleistung) sind eine bedeutende Verbesserung der Verkehrssicherheit mit dem Ziel *Vision Zero* (Reduzierung von Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr) und die Errichtung von vom Kraftfahrzeugverkehr geschützten Radverkehrsanlagen; vgl. § 10 (3) und § 43 (2). Vgl. außerdem SenUVK 2018a und SenUVK 2018b.

¹²⁵ Geplant ist zwar die Abstufung der Brückenstraße im übergeordneten Straßennetz von Stufe II auf Stufe III (vgl. SenUVK 2017a und SenUVK 2017b), jedoch bedeutet dies nicht zwangsläufig eine Verringerung der Verkehrsbelastung.

¹²⁶ Vgl. KoSP 2017: 9.

¹²⁷ Vgl. Hoffmann-Leichter Ingenieurgesellschaft mbH und Gruppe Planwerk 2014: 77–79.

¹²⁸ Ein ähnliches, bereits bestehendes Beispiel findet sich im Bezirk Tempelhof-Schöneberg. Auf der Kreuzung der Großgörschenstraße und Kulmer Straße im Ortsteil Schöneberg blockieren zwei Reihen von Pollern den Durchfahrtsverkehr im Wohngebiet zwischen der Goebenstraße beziehungsweise Kulmer Straße und der Hauptstraße beziehungsweise Potsdamer Straße.

¹²⁹ Krafträdern wäre das Durchfahren so zwar ebenfalls möglich, dies ist aufgrund der für diese Kraftfahrzeugklasse grundsätzlich bestehenden, wenn auch nicht legalen Möglichkeit des Umfahrens auf dem Gehweg jedoch kaum zu verhindern.

¹³⁰ Siehe hierzu einen Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Mitte, in dem das Bezirksamt Mitte ersucht wird, „geeignete Maßnahmen zu ergreifen“ (BVV Mitte 2017b), sowie die Empfehlung zu Stellplätzen aus dem Verkehrskonzept Nördliche Luisenstadt (vgl. Hoffmann-Leichter Ingenieurgesellschaft mbH und Gruppe Planwerk 2014: 93).

¹³¹ Zum Beschlusshergang vgl. Lange 2016 und Steglich 2017b.

¹³² Vgl. SenWiEnBe 2017: 9–10, sowie SenWiEnBe 2018: 39–41.

¹³³ Vgl. L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH 2017: 59.

¹³⁴ L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH 2017: 59.

¹³⁵ Vgl. L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH 2017: 59.

¹³⁶ Vgl. hierzu auch Hermannsdörfer u. a. 2014 sowie Schaffelder 2015c.

¹³⁷ Vgl. zum Aspekt fehlender Fahrradabstellanlagen im Bereich Köpenicker Straße/Brückenstraße und Heinrich-Heine-Straße auch Hoffmann-Leichter Ingenieurgesellschaft mbH und Gruppe Planwerk 2014: 60.

¹³⁸ Vgl. Schaffelder 2017a, Schaffelder 2017b und Schaffelder 2018.

¹³⁹ Konkrete Pläne der Neugestaltung des Platzes wurden erst nach Erstellung dieses Handlungspotenzials und kurz vor der inhaltlichen Fertigstellung dieses Abschlussberichts bekannt (vgl. Schaffelder 2018). Aus diesem Grund wird auf diese weder eingegangen noch sind sie berücksichtigt.

¹⁴⁰ Die der städtebaulichen Kriminalprävention zugrundeliegende Idee beruht auf der sogenannten Broken-Windows-Theorie (vgl. Wilson und Kelling 1982). Dieser aus der Sozialpsychologie stammende Ansatz wird breit rezipiert, ist jedoch auch umstritten; eine Zusammenfassung der Kritik findet sich beispielsweise in Universität Mannheim 2015. Der Theorie folgend gibt es einen Zusammenhang zwischen Unordnung und Kriminalität, bei dem Spuren von Kriminalität oder unerwünschtem Verhalten wie beispielsweise Verschmutzung im öffentlichen Raum Synergieeffekte erzeugen, die zu weiterem negativen Verhalten führen. Auf dieser Idee basierend entwickelt die städtebauliche Kriminalprävention Strategien und Maßnahmenvorschläge, um Tatgelegenheiten und Straftaten vorzubeugen, und sieht insbesondere in baulich-räumlicher Gestaltung eine wirksame Möglichkeit (vgl. Polizei Berlin).

¹⁴¹ Hermannsdörfer u. a. 2014.

¹⁴² Zum Unterschied zwischen restriktiv-regulierenden, *harten* Maßnahmen und präventiv-dialogorientierten, *weichen* Maßnahmen vgl. coopolis GmbH und Präventionsrat des Bezirksamts Mitte von Berlin 2017: 4–7, sowie Grube 2018: 86–87.

¹⁴³ Vgl. Rink 2015, Schmidl 2015, Bruhns 2015, Beckers 2015 und Grube 2018. Siehe zudem <http://www.fairkiez.berlin> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/7Q3K-B32N].

¹⁴⁴ Zur unterschiedlichen Bewertung der Wirkung des Projekts vgl. Beikler 2015, Blankennagel 2015, Fehrle 2015, Clubcommission Berlin 2015, Flatau 2015 und Zuihlen u. a. 2016: 73.

¹⁴⁵ Angemerkt werden muss, dass dialogorientierte Maßnahmen nicht zu den Pflichtaufgaben der Verwaltung gehören. Werden sie von der Verwaltung umgesetzt oder beauftragt, stellt dies grundsätzlich eine Zusatzleistung dar.

¹⁴⁶ Vgl. Schaffelder 2017c, Schaffelder 2017e und Schnell 2017.

¹⁴⁷ Vgl. Henley 2016, O'Sullivan 2016 sowie Weber und Fong 2016.

¹⁴⁸ Vgl. Schweizerischer Städteverband 2012: 22–23, und Fischer 2013.

¹⁴⁹ Vgl. Sträter 2015, Schneider und Meier 2015, Juisten und Gans 2015, Gans 2015, Jordan 2017, sowie BBSR 2017: 22–25. Siehe zudem <https://www.muenchen.de/rat-haus/Stadtverwaltung/Sozialreferat/Wohnungsamt/akim.html> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/62L6-5R44].

¹⁵⁰ Vgl. beispielsweise Schweizerischer Städteverband 2012: 19 und 25–26.

¹⁵¹ Im Rahmen von lokal.leben, einem Projekt des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg, wurden Hinweistexte und Piktogramme für die Kreuzberg Nightmap erarbeitet, siehe <http://lokal-leben.org/kreuzberg-nightmap.html> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/FES3-53P8]. Die Piktogramme finden auch bei Aktionen des Projekts fair.kiez Verwendung, siehe <http://www.fairkiez.berlin> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/7Q3K-B32N].

¹⁵² Die Idee ist während und im Nachgang des Lärmspaziergangs des Runden Tisches Köpenicker Straße am 28. April 2016, an dem ein Experte für städtebaulichen Lärmschutz teilnahm, im Austausch zwischen Dimitri Hegemann und Thorsten Haas, Hauptmitarbeiter des Präventionsrats des Bezirksamt Mitte und Moderator des Runden Tisches, entstanden.

¹⁵³ Dimitri Hegemann hat dieses Angebot in Sitzungen des Runden Tisches Köpenicker Straße gemacht und es im Interview mit uns bekräftigt.

¹⁵⁴ Vgl. Berger u. a. 2008: 12 und 15.

¹⁵⁵ Der nächste Papierkorb befand sich erst an der Ecke Köpenicker Straße/Michaelkirchstraße.

¹⁵⁶ Vgl. BSR 2016.

¹⁵⁷ Vgl. Meer u. a. 2018.

¹⁵⁸ Hinter dem Eingangsbereich zum Kraftwerkgelände gibt es beispielsweise bereits eine Tonne, die dem Sammeln von Pfandflaschen dient.

¹⁵⁹ Vgl. BVV Mitte 2018a. Außerdem ist zu beachten, dass das Gelände in der Adalbertstraße aller Voraussicht nach als Schulstandort reaktiviert werden wird, sodass das Sperrmüllproblem an dieser Stelle mittelfristig behoben wird (vgl. hierzu http://www.luisenstadt-mitte.de/projekte/standort_adalbertstr.html [30.9.2018; perma.cc/B7HS-KMGC]).

¹⁶⁰ Vgl. Strauß 2018.

¹⁶¹ Vgl. BVV Mitte 2018b.

¹⁶² Vgl. Stellmach u. a. 2017: 84–85.

¹⁶³ Stellmach u. a. 2017: 30.

¹⁶⁴ Als touristisch relevante Standorte werden im Toilettenkonzept touristische Zielorte, wichtige Umsteigebahnhöfe, Zentren, Parks sowie touristische Wege und Radfernwege aufgeführt.

¹⁶⁵ Vgl. Schaffelder 2015c.

¹⁶⁶ Fixpunkt e. V. ist Träger von Projekten der Gesundheitsförderung und Suchthilfe mit dem Schwerpunkt Infektionsprophylaxe.

¹⁶⁷ Blaues Licht (Licht im ultravioletten Bereich) erschwert es, die Venen an der Hautoberfläche zu erkennen.

¹⁶⁸ Vgl. BVV Mitte 2017a.

¹⁶⁹ Viele Ideen und Erläuterungen zu Methoden und Instrumenten im Kontext von Beteiligung finden sich beispielsweise hier: <http://www.beteiligungskompas.org/article/index/method> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/TSL4-YGQU].

¹⁷⁰ Ein Beispiel hierfür ist die Stadtteilkasse, die Aktionen und Bürgerschaftliches Engagement finanziell mit bis zu 500 € fördert, siehe <https://www.berlin.de/stk-mitte/unsere-stadtteilkooordinationen/stk-alexanderplatz/stadtteilkasse/artikel.554473.php> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/J9FQ-E3R2].

¹⁷¹ Eine Orientierung für Kriterien von Zielen liefert das SMART-Prinzip (vgl. beispielsweise Bär u. a. 2017: 43–45).

¹⁷² Vgl. hierzu die Online-Präsenzen des Ordnungs- und Servicediensts des Ordnungsamts Iserlohn (<https://www.iserlohn.de/rathaus-politik/rathaus/anliegen-von-a-z/dienstleistung/show/ordnungs-und-servicedienst-des-ordnungsamtes-osd> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/XS3B-LWV8]) sowie des kommunalen Ordnungsdiensts des Ordnungsamts Münster (<https://www.stadt-muenster.de/ordnungsamt/kommunaler-ordnungsdienst.html> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/24PA-TRDG]).

¹⁷³ Quelle: App Ordnungsamt-Online (siehe <https://www.berlin.de/ordnungsamt-online/mobile-app> [Stand: 30.9.2018; perma.cc/Z5NA-J62K])

¹⁷⁴ Walter 2017: 234.

¹⁷⁵ Vgl. SEiSMiC Deutschland 2015.

¹⁷⁶ Walter 2017: 234.

¹⁷⁷ dwif-Consulting GmbH und Humboldt-Innovation GmbH 2017: 41.

¹⁷⁸ Dabei kann auch mit Unterstützung von Verwaltungsseite gerechnet werden. Im Verwaltungsverfahrensgesetz ist festgelegt, dass die jeweilige Behörde auf eine frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Bauvorhaben privater Träger:innen hinwirkt (§ 25 Abs. 3 VwVfG).

¹⁷⁹ Vgl. Helbrecht u. a. 2014.

¹⁸⁰ SPD Berlin u. a. 2016: 54.

¹⁸¹ SPD Berlin u. a. 2016: 31.

¹⁸² SPD Berlin u. a. 2016: 31.

¹⁸³ Es handelt sich hierbei um das vom Abgeordnetenhaus Berlin verabschiedete und damit politisch bindende Dokument, vgl. SenWiEnBe 2018. In Auftrag gegeben wurde das Tourismuskonzept von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe und Visit Berlin (offiziell: Berlin Tourismus & Kongress GmbH). Für die Ausarbeitung war die dwif-Consulting GmbH, eine Tochterunternehmen des Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts für Fremdenverkehr an der Universität München (dwif e. V.), sowie die Humboldt-Innovation GmbH, ein Tochterunternehmen der Humboldt-Universität zu Berlin, zuständig. Für die Humboldt-Innovation GmbH waren maßgeblich Wissenschaftler:innen des Geographischen Instituts und des Georg-Simmel-Zentrums für Metropolenforschung der Humboldt-Universität zu Berlin beteiligt. Für die von diesen Auftragnehmern erstellte Fassung des Tourismuskonzepts vgl. dwif-Consulting GmbH und Humboldt-Innovation GmbH 2018.

¹⁸⁴ SenWiEnBe 2018: 3.

¹⁸⁵ SenWiEnBe 2018: 21.

¹⁸⁶ SenWiEnBe 2018: 24.

¹⁸⁷ Vgl. SenWiEnBe 2018: 19. Vgl. zu dieser Anforderung auch Sommer 2018: 77.

¹⁸⁸ SenWiEnBe 2018: 25.

¹⁸⁹ SenWiEnBe 2018: 34–35.

¹⁹⁰ Helbrecht u. a. 2014: 38.

¹⁹¹ Vgl. Dirksmeier und Helbrecht 2015.

¹⁹² Vgl. auch Krüger und Schmid 2015: 116, sowie Zuilen u. a. 2016: 133–135.

¹⁹³ Dies zeigte sich anschaulich beispielsweise auch darin, wie hin und wieder (zum Teil vermeintliches) Fachwissen über Akustik oder rechtlich festgelegte Immissionsrichtwerte im Sinne der eigenen Argumentation oder Sichtweise ins Feld geführt wurden.

¹⁹⁴ Vgl. Voßkuhle 2012 und Voßkuhle 2008: 23–25.

¹⁹⁵ Vgl. beispielsweise Becker 2012. Angemerkt werden soll außerdem, dass ein Mediationsverfahren zwischen Anwohner:innen und Gewerbetreibenden und der Verwaltung selbstverständlich möglich ist.

¹⁹⁶ In diesem Sinne *nachtblind* ist aber auch die Wissenschaft, vgl. Liempt u. a. 2015.

¹⁹⁷ Vgl. beispielsweise Steiner 2009: 11.

¹⁹⁸ Vgl. Sommer und Helbrecht 2017.

¹⁹⁹ Vgl. Krüger und Schmid 2015: 116–120, 146.

Literatur und Quellen

- Aichinger, Wolfgang und Michael Frehn (2017): *Straßen und Plätze neu denken*. Hrsg. vom Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/strassen-plaetze-neu-denken> [perma.cc/V9ZQ-TJU3].
- Allparteiliches Konfliktmanagement in München (2015): Für ein gutes Miteinander im öffentlichen Raum. Hrsg. vom Amt für Wohnen und Migration im Sozialreferat der Landeshauptstadt München. URL: https://www.muenchen.de/rathaus/dam/jcr:5c3bc072-c16b-4e9e-995a-8454299d97c7/AKIM_Flyer.pdf.
- Altrock, Uwe (2010): „Kult des öffentlichen Raum“. In: *Plätze, Parks & Co: Stadträume im Wandel – Analysen, Positionen, Konzepte*. Hrsg. von Antje Havemann und Klaus Selle. Detmold: Dorothea Rohn, Seiten 195–215.
- Arbeitsring Lärm der Deutschen Gesellschaft für Akustik e. V. (ALD), Hrsg. (2011): *Lärm im Alltag: Informationsbroschüre zum Tag gegen Lärm*. URL: http://ald-laerm.de/fileadmin/ald-laerm.de/Publikationen/Druckschriften/Broschuere_TgL2011.pdf.
- Bär, Christian, Jens Fiege und Markus Weiß (2017): *Anwendungsbezogenes Projektmanagement: Praxis und Theorie für Projektleiter*. Berlin und Heidelberg: Springer Vieweg. DOI: 10.1007/978-3-662-52974-4.
- Becker, Franziska (2012): „Umkämpfte Plätze: Gemeinwesenmediation und Konfliktmanagement“. In: *Perspektive Mediation: Beiträge zur Konfliktkultur* 1/2012, Seiten 33–37.
- Becker, Franziska (2018): *Erhebung der Konflikte im hinteren Bereich des Leopoldplatzes (Maxplatz) mit Handlungsempfehlungen: Eine ethnographische Analyse*. URL: http://www.ethnologie-mediation.de/wp-content/uploads/2018/03/Endbericht-Maxplatz_final_Franziska-Becker_20-01-2018.pdf.
- Beckers, Peter, Hrsg. (2015): *fair.kiez: Stadtverträglicher Tourismus – internationale Erfahrungen im Vergleich mit Berlin und Best Practice in Friedrichshain-Kreuzberg*. URL: https://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/wirtschaftsfoerderung/projektdokumentation__stadtvertraeglicher_tourismus_internationale_erfahrung_en_im_vergleich_mit_berlin_und_best_practice_in_friedrichshain-kreuzberg_.pdf.

- Beikler, Sabine (2015): „Partylärm in Berlin: Pantomine in Kreuzberg – bringt das was?“. Der Tagesspiegel (tagesspiegel.de), 28.6.2015. URL: <https://www.tagesspiegel.de/11978338.html> [perma.cc/9U48-JHG9].
- Berger, Till, Annick Staub und Johannes Heeb (2008): *Handbuch Littering: Eine Praxishilfe zur Entwicklung von Massnahmen gegen Littering*. Hrsg. von seecon GmbH. Aarau. URL: https://www.umwelt.sg.ch/home/Themen/Abfall/littering/_jcr_content/Par/downloadlist/DownloadListPar/download.ocFile/BRO2008_04.pdf.
- Berliner Stadtreinigungsbetriebe (2016): Erste Erfahrungen aus dem Pilotprojekt Parkreinigung. 28.7.2016. URL: <https://www.bsr.de/erste-erfahrungen-aus-dem-pilotprojekt-parkreinigung-22884.php> [perma.cc/3TRF-3WGQ].
- Bezirksamt Mitte von Berlin, Hrsg. (2015a): *Bezirksregionenprofil Alexanderplatz Teil II*. Berlin. URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/stadtteile-bezirksregionen/artikel.105798.php> [perma.cc/SAY6-UQCV].
- Bezirksamt Mitte von Berlin, Hrsg. (2015b): *Entwicklung der Bürgerbeteiligungskultur im Bezirk Mitte*. Berlin. URL: https://www.berlin.de/ba-mitte/aktuelles/buergerbeteiligung/entwicklung_der_buergerbeteiligungskultur_im_bezirk_mitte.pdf.
- Bezirksamt Mitte von Berlin, Hrsg. (2016): *Bezirksregionenprofil Alexanderplatz Teil I*. Berlin. URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/stadtteile-bezirksregionen/artikel.105798.php> [perma.cc/SAY6-UQCV].
- Bezirksamt Mitte von Berlin, Hrsg. (2017a): *Leitlinien für Bürgerbeteiligung im Bezirk Mitte von Berlin*. Berlin. URL: https://www.berlin.de/ba-mitte/aktuelles/buergerbeteiligung/leitlinien_fuer_buergerbeteiligung.pdf.
- Bezirksamt Mitte von Berlin, Hrsg. (2017b): *Stadtteilkordinationen im Bezirk Mitte – Fortschreibung 2017*. Berlin. URL: https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/service-und-organisationseinheiten/sozialraumorientierte-planungskoordination/stadtteile-bezirksregionen/konzept_zur_umsetzung_der_stadtteilkoordination_im_bezirk_mitte-_fortschreibung_2017.pdf.

- Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Hrsg. (2013): *Runder Tisch gegen Lärm- und Schmutzbelästigung durch Clubs*. Drucksache 0794/IV (Antrag). Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (IV. Wahlperiode). URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=5427> [perma.cc/ADJ4-VXV7].
- Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Hrsg. (2014a): *Mehr Ruhe für die Köpenicker Straße*. Drucksache 1735/IV (Antrag). Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (IV. Wahlperiode). URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=6363> [perma.cc/CXX5-Y4X3].
- Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Hrsg. (2014b): *Geschwindigkeitsbeschränkung in der Köpenicker Str.* Drucksache 1737/IV (Antrag). Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (IV. Wahlperiode). URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=6365> [perma.cc/TZH5-4S85].
- Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Hrsg. (2014c): *Geschwindigkeitsbeschränkung in der Köpenicker Straße während der Nachtstunden*. Drucksache 1748/IV (Antrag). Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (IV. Wahlperiode). URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=6376> [perma.cc/VCH6-26JT].
- Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Hrsg. (2015): *Lärmbelastung und Verunreinigung im Bereich Köpenicker Straße*. Drucksache 1903/IV (Große Anfrage). Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (IV. Wahlperiode). URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=6531> [perma.cc/3WQ4-C2NP].
- Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Hrsg. (2017a): *Drogenhilfe für die Heinrich-Heine-Straße*. Drucksache 0067/V (Antrag). Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (V. Wahlperiode). URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=7619> [perma.cc/9GPY-YDPR].

- Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Hrsg. (2017b): *Busse vor AO-Hostel Köpenicker Str./Adalbertstr.* Drucksache 0777/V (Antrag). Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (V. Wahlperiode). URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=8329> [perma.cc/GC2Z-HSTN].
- Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Hrsg. (2018a): *Adalbertstraße 53 – Keine Müllhalde am ehemaligen Schulstandort.* Drucksache 0860/V (Antrag). Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (V. Wahlperiode). URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=8412> [perma.cc/J7ZR-XPYU].
- Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Hrsg. (2018b): *Kampf gegen Müll in Mitte.* Drucksache 1188/V (Mündliche Anfrage). Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin (V. Wahlperiode). URL: <https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/online/vo020.asp?VOLFDNR=8743> [perma.cc/4X77-6TEX].
- Blankennagel, Jens (2015): „In Berliner Szenekiezen: Wie die Pantomime-Künstler wilde Partygänger zähmen wollen“. Berliner Zeitung (berliner-zeitung.de), 10.5.2015. URL: <https://www.berliner-zeitung.de/879838> [perma.cc/BH76-UEH5].
- Bock, Caroline (2014): „Benimm-Tipps für Touristen: Broschüre soll Berlin-Besuchern ein paar Regeln erläutern“. MOZ (moz.de), 17.9.2014. URL: <https://www.moz.de/nachrichten/brandenburg/artikel-ansicht/dg/0/1/1325846> [perma.cc/QP7E-5Y8H].
- Breidenstein, Georg, Stefan Hirschauer, Herbert Kalthoff und Boris Nieswand, Hrsg. (2015): *Ethnografie: Die Praxis der Feldforschung*. 2. Auflage. UTB 3979. Konstanz und München: UVK.
- Breuer, Bernd (2003): „Öffentlicher Raum – ein multidimensionales Thema“. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 1–2/2003, Seiten 5–13.
- Bruhns, Loretta (2015): „Pantomimen sollen im Party-Kiez für weniger Lärm sorgen“. Berliner Morgenpost (morgenpost.de), 10.5.2015. URL: <https://www.morgenpost.de/article140703055> [perma.cc/2VK2-EBMV].

- Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (2015): Freizeitlärmrichtlinie. URL: https://www.lai-immissionsschutz.de/documents/freizeitlaermrichtline_1503575715.pdf.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Hrsg. (2015): Themenheft „Die Stadt und das Nachtleben“ von *stadt:pilot spezial* (Das Magazin zu den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik). URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-2015100810876>.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Hrsg. (2016): *Freiraum-Fibel: Wissenswertes über die selbstgemachte Stadt*. Bonn: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-201610046729>.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Hrsg. (2017): *Urbane Freiräume – Qualifizierung, Rückgewinnung und Sicherung urbaner Frei- und Grünräume: Endbericht (Materialband: Steckbriefe der Fallstudien)*. URL: https://www.hcu-hamburg.de/fileadmin/documents/Professoren_und_Mitarbeiter/Projektentwicklung_-_management/Forschung/Materialband_Steckbriefe_UF_01-11-2017_final_web.pdf.
- Clubcommission Berlin (2015): Fair.Kiez – Ein Pilotprojekt / Projektabschluss. 9.9.2015. URL: http://www.clubcommission.de/artikel/Fair_Kiez_Ein_Pilotprojekt_Projektabschluss [perma.cc/4W6N-RAV6].
- coopolis GmbH und Präventionsrat des Bezirksamts Mitte von Berlin, Hrsg. (2017): *Workshop Konfliktmanagement im öffentlichen Raum: Dokumentation*. URL: https://www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/gremien/praeventionsrat/14-12-2016_ws-konfliktmanagement_praeventionsrat-mitte.pdf.
- Denk, Felix und Sven von Thülen (2014): *Der Klang der Familie: Berlin, Techno und die Wende*. Berlin: Suhrkamp.
- Deutsches Institut für Urbanistik (2013): *Difu-Berichte 1/2013: Nutzungsmanagement im öffentlichen Raum*. URL: <https://difu.de/8639> [perma.cc/53WB-BDMC].
- Dirksmeier, Peter und Ilse Helbrecht (2015): „Resident Perceptions of New Urban Tourism: A Neglected Geography of Prejudice“. In: *Geography Compass* 9.5, Seiten 276–285. DOI: 10.1111/gec3.12201.

- dwif-Consulting GmbH und Humboldt-Innovation GmbH (2017): *12 mal Berlin | er | Leben: Konzept für einen stadtverträglichen und nachhaltigen Berlin-Tourismus 2018+*. Berlin. URL: https://about.visitberlin.de/sites/default/files/2018-02/Tourismuskonzept_Berlin_Studie_2017.pdf.
- Eberhardt, Frank und Stefan Löffler (1995): „Von der ‚Myrica‘ zur Großstadt – Kurzer Abriß der Geschichte der Luisenstadt“. In: *Die Luisenstadt: Geschichte und Geschichten über einen alten Berliner Stadtteil*. Hrsg. von. Frank Eberhardt und Stefan Löffler. Berlin: Luisenstädtischer Bildungsverein e. V., Seiten 11–21.
- Eberhardt, Frank und Stefan Löffler (2017): *Die Luisenstadt: Geschichte und Geschichten über einen alten Berliner Stadtteil*. Neuauflage der Edition von 1995. Berlin: Bürgerverein Luisenstadt.
- Fehrle, Brigitte (2015): „Kommentar zu Pantomime-Künstlern: Wirkungslos gegen die Rücksichtslosigkeit“. Berliner Zeitung (berliner-zeitung.de), 10.5.2015. URL: <https://www.berliner-zeitung.de/838762> [perma.cc/AM75-2DKQ].
- Fischer, Christian (2013): „Öffentlicher Raum für alle“. In: *Stadtblick* 27, Seiten 12–13. URL: https://www.stadt-zuerich.ch/content/dam/stzh/prd/Deutsch/Stadtentwicklung/Publikationen_und_Broschueren/Stadtblick/Stadtblick%2027.pdf.
- Flatau, Sabine (2015): „Pantomimen scheitern am Touristen-Lärm in Friedrichshain“. Berliner Zeitung (berliner-zeitung.de), 15.12.2015. URL: <https://www.morgenpost.de/article206823507> [perma.cc/DBZ4-J75J].
- Floeting, Holger (2015): „Urbane Sicherheit und das Nachtleben: Instrumente besser nutzen“. In: *stadt:pilot spezial: Das Magazin zu den Pilotprojekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik* (Ausgabe: Die Stadt und das Nachtleben), Seite 24.
- Frerichs, Stefan, Christoph Küpper, Bernd Noky, André Simon, Luise Adrian und andere (2018): *Umwelt- und Aufenthaltsqualität in urbanen Quartieren: Empfehlungen zum Umgang mit Dichte und Nutzungsmischung*. Hrsg. vom Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/umwelt-aufenthaltsqualitaet-in-urbanen-quartieren> [perma.cc/BU53-YAN8].

- Füller, Henning, Ilse Helbrecht, Sebastian Schlüter, Ulricke Mackrodt, Peter van Gielle Ruppe und andere (2018): „Manufacturing marginality: (Un-)governing the night in Berlin“. In: *Geoforum* 94, Seiten 24–32. DOI: 10.1016/j.geoforum.2018.05.022.
- Gans, Brigitte (2015): „Konfliktmanagement rund um das nächtliche Feiern in der Müllerstraße“. In: *Standpunkte: Online-Magazin des Münchner Forum e. V.* 11/2015, Seite 12–13. URL: http://forummuenchen.de/wp-content/uploads/2015/11/Standpunkte_11_2015.pdf.
- Görke, André und Lilith Groll (2017): „Berlin-Übersicht: Wo illegaler Müll abgeladen wird – Bezirk für Bezirk“. *Der Tagesspiegel* (tagesspiegel.de), 1.2.2017. URL: <https://www.tagesspiegel.de/19329428.html> [perma.cc/HJB9-JKZV].
- Grafe, Regine (2010): „Nutzungskonflikte und Freiraumplanung“. In: *Lärmbekämpfung: Zeitschrift für Akustik, Schallschutz und Schwingungstechnik* 5.4, Seite 157.
- Grube, Nils (2018): „Stadtverträglicher Tourismus in Friedrichshain-Kreuzberg: Konfliktmoderation in touristifizierten Quartieren Berlins“. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 2/2018, Seiten 75–77. URL: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2018/2_2018/FWS_2_18_Grube.pdf.
- Hannemann, Matthias (2014): *Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum – Der Brüsseler Platz in Köln*. Masterarbeit. Bonn: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.
- Heinrichs, Eckhart, Frank Scherbarth und Karsten Sommer (2017): *Wirkungen von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen*. Hrsg. vom Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/wirkungen-von-tempo-30-an-hauptverkehrsstrassen> [perma.cc/RF4E-JUMB].
- Helbrecht, Ilse, Ulrike Mackrodt und Sebastian Schlüter (2014): *Wissenschaftliche Begleitforschung zum Projekt lokal.leben*. Netzwerk für Standortlösungen: Abschlussbericht. Berlin: Geographisches Institut der Humboldt-Universität zu Berlin. URL: https://www.geographie.hu-berlin.de/de/Members/helbrecht_ilse/downloadsenglish/Abschlussbericht.

- Henley, John (2016): „The stuff of night mayors: Amsterdam pioneers new way to run cities after dark“. The Guardian (theguardian.com), 21.3.2016. URL: <https://www.theguardian.com/cities/2016/mar/21/night-mayor-amsterdam-holland-mirik-milan-night-time-commission> [perma.cc/FJ2Q-VHA7].
- Hermannsdörfer, Ingrid, Ulrike Steglich und Christoph Schaffelder (2014): „Sicherheit als gesellschaftliche Aufgabe: Ein Interview mit Ingrid Hermannsdörfer (LKA Berlin)“. Interview. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 2/2014, Seiten 6–7.
- Hirschauer, Stefan (2008): „Die Empiriegeladenheit von Theorien und der Erfindungsreichtum der Praxis“. In: *Theoretische Empirie: Zur Relevanz qualitativer Forschung*. Hrsg. von Herbert Kalthoff, Stefan Hirschauer und Gesa Lindemann. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1881. Frankfurt am Main: Suhrkamp, Seiten 165–187.
- Hoffmann-Leichter Ingenieurgesellschaft mbH und Gruppe Planwerk (2014): Verkehrskonzept Nördliche Luisenstadt. URL: http://www.luisenstadt-mitte.de/download/pdf/konzepte/sektorale_konzepte/150511_Verkehrskonzept.pdf.
- Jordan, Thomas (2017): „Gärtnerplatz: Konfliktmanager reden gegen den Lärm“. Süddeutsche Zeitung (sueddeutsche.de), 30.7.2017. URL: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/auf-streife-reden-gegen-den-laerm-1.3609299> [perma.cc/SAJ6-58HR].
- Juisten, Eva und Brigitte Gans (2015): „Raum-Pflege: Wie AKIM in München für ein tolerantes Miteinander im öffentlichen Raum sorgt“. In: *Standpunkte: Online-Magazin des Münchner Forum e. V.* 11/2015, Seite 10–11. URL: http://forummuenchen.de/wp-content/uploads/2015/11/Standpunkte_11_2015.pdf.
- Kaschuba, Wolfgang (2013): „Urbane Kulturtransfers: Globale Stile, mediale Bühnen, lokale Räume“. In: *Transfer – Interdisziplinär! Akteure, Topographien und Praxen des Wissenstransfers*. Hrsg. von Eszter B. Gantner und Péter Varga. Frankfurt am Main: PL Academic Research, Seiten 211–234. DOI: 10.3726/978-3-653-03244-4.
- Klier, Christian (2013): *Der Späti: Eine Ortsuntersuchung in Berlin*. Berlin: Berlin Story Verlag.
- Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (2017): *Fortschreibung des städtebaulichen Rahmenplans für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt: Rahmenplan 2017*. Hrsg. vom Bezirksamt Mitte von Berlin.

- Krüger, Thomas und Jakob F. Schmid (2015): *stadtnachacht: Management der Urbanen Nachtökonomie*. Hamburg: HafenCity Universität Hamburg. URL: <https://www.hcu-hamburg.de/stadtnachacht>.
- Kühn, Jan-Michael (2017): *Die Wirtschaft der Techno-Szene*. Wiesbaden: Springer VS. DOI: 10.1007/978-3-658-13660-4.
- Kuklinski, Oliver (2003): „Öffentlicher Raum – Ausgangslagen und Tendenzen in der kommunalen Praxis: Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojektes ‚Städte als Standortfaktor: Öffentlicher Raum‘“. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 1-2/2003, Seiten 39–46.
- Lange, Katrin (2016): „In der nördlichen Luisenstadt werden Parkgebühren fällig“. *Berliner Morgenpost* (morgenpost.de), 9.9.2016. URL: <https://www.morgenpost.de/article208208855> [perma.cc/Z9EE-Q8FT].
- Liempt, Ilse van, Irina van Aalst und Tim Schwanen (2015): „Geographies of the Urban Night“. In: *Urban Studies* 52.3, Seiten 407–421. DOI: 10.1177/0042098014552933.
- L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH (2017): *Handbuch zur Partizipation*. Hrsg. von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Berlin: Kulturbuch-Verlag. URL: https://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/de/handbuch.shtml [perma.cc/6B2A-582T].
- Löffler, Stefan (1995a): „Straßen und Manufakturen“. In: *Die Luisenstadt: Geschichte und Geschichten über einen alten Berliner Stadtteil*. Hrsg. von Frank Eberhardt und Stefan Löffler. Berlin: Luisenstädtischer Bildungsverein e. V., Seiten 43–64.
- Löffler, Stefan (1995b): „Und in der Mitte der Kanal ...“. In: *Die Luisenstadt: Geschichte und Geschichten über einen alten Berliner Stadtteil*. Hrsg. von Frank Eberhardt und Stefan Löffler. Berlin: Luisenstädtischer Bildungsverein e. V., Seiten 65–89.
- Maroldt, Lorenz (2016): *Tagesspiegel Checkpoint: Berlins neue Regierung – der erste Eindruck*. Newsletter vom 17.11.2016.
- Maue, Jürgen H. (2009): *0 Dezibel + 0 Dezibel = 3 Dezibel: Einführung in die Grundbegriffe und die quantitative Erfassung des Lärms*. 9. Auflage. Hrsg. vom Institut für Arbeitsschutz der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung – BGIA. Berlin: Erich Schmidt Verlag.

- Meer, Elke van der, Reinhard Beyer und Rebekka Gerlach (2018): *Wahrnehmung von Sauberkeit und Ursachen von Littering: Eine Langzeitstudie 2005–2017*. Hrsg. vom Verband kommunaler Unternehmen e. V. Berlin. URL: <https://www.vku.de/presse/pressemitteilungen/gesellschaftsphaenomen-littering> [perma.cc/8S3A-YW84].
- Möhler, Ulrich und Christian Eulitz (2017): *Tieffrequente Geräusche im Wohnumfeld: Ein Leitfaden für die Praxis*. Hrsg. vom Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/tieffrequente-geraeusche-im-wohnumfeld> [perma.cc/3U5L-9EPM].
- Müller, Matthias, Jakob F. Schmid, Uwe Schönherr und Ferdinand Weiß (2008): *Null Euro Urbanismus: Ein Katalog von Good Practice Beispielen (Projektdokumentation)*. 2. Auflage. Hamburg. URL: http://www.null-euro-urbanismus.de/null_euro_urbanismus_doku_2_aufl.pdf.
- Ortscheid, Jens und Heidemarie Wende (2004a): „Sind 3 dB wahrnehmbar?: Eine Richtigstellung“. In: *Zeitschrift für Lärmbekämpfung* 51.3, Seiten 80–85.
- Ortscheid, Jens und Heidemarie Wende (2004b): Können Lärminderungsmaßnahmen mit geringer akustischer Wirkung wahrgenommen werden? URL: <https://www.fluglaerm.de/Downloads/lmm-geringer-akustischer-wirkung.pdf>.
- O’Sullivan, Feargus (2016): „A Night Mayor Is Transforming Amsterdam After Dark“. Citylab (citylab.com), 29.1.2016. URL: <https://www.citylab.com/solutions/2016/01/night-mayor-amsterdam-mirik-milan/433893> [perma.cc/4GV3-ABKB].
- Pohlers, Angie (2016): „365/24 Berlin: ‚Ergebnis ist 15,2‘ – Neuer Berlin-Slogan ist umstritten“. Der Tagesspiegel (tagesspiegel.de), 12.2.2016. URL: <https://www.tagesspiegel.de/12990614.html> [perma.cc/GNG4-MVXZ].
- Polizei Berlin: *Polizei Berlin: Städtebauliche Kriminalprävention*. URL: https://www.agcity.de/lib/pdf/pdf/agcity_645299487.pdf.
- Raab, Stefanie (2014): *Touristische Nutzungen in Wohnquartieren – Was tun!?* Hrsg. von Peter Beckers. Berlin. URL: <http://lokal-leben.org/touristischenutzungen.html> [perma.cc/XE9B-BDQC].
- Raab, Stefanie und Martin Kesting (2016): *2. Berlinweiter Erfahrungsaustausch Stadtverträglicher Tourismus: Dokumentation*. Hrsg. von lokal.leben – Netzwerk für sozialen Zusammenhalt und Bürgerengagement.

- Raab, Stefanie, Manuela Peltz-Grau und Martin Kesting (2014): *Berlinweiter Erfahrungsaustausch Touristische Nutzung in Wohnquartieren: Dokumentation*. Hrsg. von lokal.leben – Netzwerk für sozialen Zusammenhalt und Bürgerengagement.
- Rapp, Tobias (2009): *Lost and Sound: Berlin, Techno und der Easyjetset*. Suhrkamp Taschenbuch 4044. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rateniek, Ina (2012): „Freizeit und Wohnen im Stadtzentrum: Kreative Lösungen für Nutzungskonflikte“. In: *Planerin: Fachzeitschrift für Stadt-, Regional- und Landesplanung* 1/2012, Seiten 57–58.
- Rink, Tiemo (2015): „Pantomime gegen Partylärm in Berlin-Friedrichshain: Was für ein Theater“. Der Tagesspiegel (tagesspiegel.de), 9.5.2015. URL: <https://www.tagesspiegel.de/11755614.html> [perma.cc/6GAD-X66K].
- Romberg, Mattias (2017): „Berliner Spätkauf im Bezirk Prenzlauer Berg: Fallstudie inhabergeführter Convenience-Stores“. In: *Einzelhandel in Deutschland: Aktuelle Dynamiken im Kontext neuer Rahmenbedingungen*. Hrsg. von Peter Dannenberg, Maximilian Willkomm und Klaus Zehner. Geographische Handelsforschung 25. Mannheim: MetaGIS, Seiten 83–106.
- Schaffelder, Christoph (2014): „Nachtruhe rettet Clubkultur: Der ‚Runde Tisch Köpenicker Straße‘ tagt alle zwei Monate“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 7/2014, Seite 6.
- Schaffelder, Christoph (2015a): „Köpi, Pantomimen und WBM-Vorhaben: Der ‚Runde Tisch Köpenicker‘ versucht, Lösungen für Lärm-, Müll- und andere Probleme im Kiez zu finden“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 4/2015, Seite 10.
- Schaffelder, Christoph (2015b): „Ärger ums A&O Hostel: Der Runde Tisch Köpenicker Straße sucht nach Lösungen“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 6/2015, Seite 9.
- Schaffelder, Christoph (2015c): „Kiezzrundgang mit dem LKA: Unterwegs mit der ‚Städtebaulichen Kriminalprävention‘“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 8/2015, Seite 4.
- Schaffelder, Christoph (2017a): „U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße wird saniert: Auch der Vorplatz Köpenicker 101 wird neu gestaltet“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 1/2017, Seite 10.

- Schaffelder, Christoph (2017b): „Lilienthal auch im U-Bahnhof? Die BVG präsentiert Sanierungspläne am Runden Tisch“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 5/2017, Seite 4.
- Schaffelder, Christoph (2017c): „Pilotprojekt am Leo: Sicherheitsdienst mit Prävention“. In: *Ecke Müllerstraße: Zeitung für das „Aktive Zentrum“ und Sanierungsgebiet Müllerstraße* 6/2017, Seite 11.
- Schaffelder, Christoph (2017d): „Feldforschung in der Köpenicker Straße: Studenten erforschen ‚Nutzungskonflikte‘“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 7/2017, Seite 9.
- Schaffelder, Christoph (2017e): „Sicherheit durch Ansprache: Ein privater Ordnungsdienst geht neue Wege“. In: *Ecke Müllerstraße: Zeitung für das „Aktive Zentrum“ und Sanierungsgebiet Müllerstraße* 8/2017, Seite 3.
- Schaffelder, Christoph (2018): „Der Eingang ins Heinrich-Heine-Viertel: Der Platz an der Ecke zur Köpenicker Straße soll neu gestaltet werden“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 5/2018, Seite 3.
- Schlör, Joachim (1991): *Nachts in der großen Stadt: Paris, Berlin, London 1840–1930*. München: Artemis und Winkler.
- Schmidl, Karin (2015): „Friedrichshain und Kreuzberg: Pantomimen sollen lärmende Touristen beruhigen“. *Berliner Zeitung* (berliner-zeitung.de), 2.3.2015. URL: <https://www.berliner-zeitung.de/1728610> [perma.cc/PET4-3PLN].
- Schneider, Michael und Brigitte Meier (2015): „Manche Konflikte sind nicht von heute auf morgen lösbar: Interview mit Sozialreferentin Brigitte Meier“. Interview. In: *Standpunkte: Online-Magazin des Münchner Forum e. V.* 11/2015, Seite 3–5. URL: http://forummuenchen.de/wp-content/uploads/2015/11/Standpunkte_11_2015.pdf.
- Schnell, Andrei (2017): „Ein Rundgang mit dem Platzdienst vom Leo“. *Weddingweiser* (weddingweiser.de), 12.12.2017. URL: <https://weddingweiser.de/2017/12/12/platzdienst> [perma.cc/K6YM-EVFN].
- Schwarz, Kathrin (2008): *Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum: Straßenraummanagement als Lösungsansatz für städtische Parks*. Hrsg. von Hans-Joachim Becker. IVP-Schriften 16. Berlin: Institut für Land- und Seeverkehr der Technischen Universität Berlin.

- Schweizerischer Städteverband, Hrsg. (2012): *Städtisches Nachtleben: Situationsanalyse und mögliche Vorgehensweisen*. Bern. URL: https://staedteverband.ch/cms-files/151021_bericht_staedtisches_nachtleben_ssv_aktualisiert.pdf.
- SEiSMiC Deutschland (2015): *Arbeitstreffen: Zwischen Anspruch auf Selbstorganisation und „Mut zur Verwaltung“ – Auf der Suche nach neuen Formen der Stadtgestaltung: Dokumentation*. URL: <https://www.euroethno.hu-berlin.de/de/archiv/forschungsprojekte/seismic/seismic-deutschland-arbeitstreffen-september-2015-dokumenation.pdf>.
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Hrsg (2010): *Ruhe, bitte!: Informationen zum Lärmschutz – Beispiele, Zuständigkeiten, Rechtsvorschriften*. URL: https://www.berlin.de/senuvk/umwelt/laerm/laermschutz/download/ruhe_bitte.pdf.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2017a): *Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2017: Kurzfassung*. URL: https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/basisdaten_stadtentwicklung/monitoring/de/2017 [perma.cc/44WV-8WHF].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2017b): *Berliner Mietspiegel 2017*. URL: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/mietspiegel> [perma.cc/TH57-LBAJ].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2017c): *Flächennutzungsplan Berlin (aktuelle Arbeitskarte)*. Stand der Aktualisierung vom 21.11.2017. URL: <http://fbinter.stadt-berlin.de/fnp/index.jsp?Szenario=fnpak>.
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2017d): *Umweltatlas Berlin*. URL: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas> [perma.cc/72RR-WE24].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2017e): „07.01 Verkehrsmengen [2014] (Ausgabe 2017)“. In: *Umweltatlas Berlin*. URL: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/id701.htm> [perma.cc/E4QH-LY63].
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2017f): „07.05 Strategische Lärmkarten (Ausgabe 2017)“. In: *Umweltatlas Berlin*. URL: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/ib705.htm> [perma.cc/N3TB-TWPM].

- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2017g): „09.01 Umweltgerechtigkeit (Ausgabe 2015)“ In: *Umweltatlas Berlin*. URL: <https://www.stadtentwicklung.berlin.de/umwelt/umweltatlas/i901.htm> [perma.cc/VUF7-U9AP].
- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (2017a): *Übergeordnetes Straßennetz Berlin: Bestand 2017*. URL: https://www.berlin.de/senuvk/verkehr/politik_planung/strassen_kfz/strassennetz/download/Uebergeordnetes_Strassennetz_Bestand_2017_h.pdf.
- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (2017b): *Übergeordnetes Straßennetz Berlin: Planung 2025*. URL: https://www.berlin.de/senuvk/verkehr/politik_planung/strassen_kfz/strassennetz/download/Uebergeordnetes_Strassennetz_Planung_2025_h.pdf.
- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz (2018a): „Berliner Mobilitätsgesetz“. URL: <https://www.berlin.de/senuvk/verkehr/mobilitaetsgesetz> [perma.cc/M5MG-YDCM].
- Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Hrsg. (2018b): *Berlin unterwegs: Deutschlands erstes Mobilitätsgesetz*. URL: https://www.berlin.de/senuvk/verkehr/mobilitaetsgesetz/download/mobilitaetsgesetz_broschuere.pdf.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (2017): *Bericht zur Weiterentwicklung des Konzepts und der Handlungsempfehlungen zum Akzeptanzerhalt des Tourismus*. Hrsg. vom Abgeordnetenhaus Berlin. URL: <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/Haupt/vorgang/h18-0569-v.pdf>.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (2018): *Tourismuskonzept 2018+ (12 mal Berlin | er | Leben: Konzept für einen stadtvträglichen und nachhaltigen Berlin-Tourismus 2018+)*. Hrsg. vom Abgeordnetenhaus Berlin. URL: <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/18/IIIPlen/vorgang/d18-0970.pdf>.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung (2014): *Konzept zum Akzeptanzerhalt des Tourismus*. Hrsg. vom Abgeordnetenhaus Berlin. URL: <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/17/Haupt/vorgang/h17-1598-v.pdf>.
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung (2016): *Bericht zur Weiterentwicklung des Konzepts und der Handlungsempfehlungen zum Akzeptanzerhalt des Tourismus*. Hrsg. vom Abgeordnetenhaus Berlin. URL: <https://www.parlament-berlin.de/adosservice/17/Haupt/vorgang/h17-1598.A-v.pdf>.

- Sommer, Christoph (2018): „Stadttourismus neu denken: Worauf es bei der Arbeit an einem stadtverträglichen Tourismus ankommt“. In: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 2/2018, Seiten 75–77. URL: https://www.vhw.de/fileadmin/user_upload/08_publicationen/verbandszeitschrift/FWS/2018/2_2018/FWS_2_18_Christoph_Sommer.pdf.
- Sommer, Christoph und Ilse Helbrecht (2017): „Seeing like a tourist city: How administrative constructions of conflictive urban tourism shape its future“. In: *Journal of Tourism Futures* 3.2, Seiten 157–170. DOI: 10.1108/JTF-07-2017-0037.
- Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Landesverband Berlin), Die Linke (Landesverband Berlin) und Bündnis 90/Die Grünen (Landesverband Berlin) (2016): *Berlin gemeinsam gestalten. Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen: Koalitionsvereinbarung 2016–2021*. Berlin. URL: <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/senat/koalitionsvereinbarung> [perma.cc/2PTM-72K3].
- Steglich, Ulrike (2014): „Baustellen, Clubs und ein Runder Tisch“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 2/2014, Seite 10.
- Steglich, Ulrike (2015): „Dealer, Spritzen, Exkrementen: Anwohner der Köpenicker Straße berichten am ‚Runden Tisch‘ über zunehmende Probleme in Wohnhäusern“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 5/2015, Seite 9.
- Steglich, Ulrike (2016a): „Polizei im Dialog mit Mietern: Eine Anwohnerversammlung zur Drogenproblematik an der Köpenicker“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 2/2016, Seite 4.
- Steglich, Ulrike (2016b): „Neues vom Runden Tisch Köpenicker“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 5/2016, Seite 10.
- Steglich, Ulrike (2017a): „Wen stört eigentlich was und warum? Ein Forscherteam untersucht die Nutzungskonflikte in der Nördlichen Luisenstadt“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 5/2017, Seite 9.
- Steglich, Ulrike (2017b): „Parkraumbewirtschaftung ab Frühjahr 2018“. In: *Ecke Köpenicker: Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt* 7/2017, Seite 3.
- Steiner, Thomas (2009): *Best-Practice im öffentlichen Raum: Management des öffentlichen Raums – Gesammelte Erfahrungen der Städte*. Luzern: interact Verlag.

- Stellmach, Thomas, Francesca Guarascio, Filippo Imberti, Katja Fitschen und Britta Letz (2017): *Konzept für die öffentlichen Toiletten in Berlin (AP 10, Version 1.8, 21.09.2017): Zusammenfassung Toilettenkonzept für Berlin*. Hrsg. von Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz. Berlin. URL: <https://www.berlin.de/senuvk/verkehr/toilettenkonzept/de/download.shtml> [perma.cc/6MZ4-5DUF].
- Sträter, Detlev (2015): „Das Kriegsbeil begraben‘...: Städtisches Konfliktmanagement zur Beilegung sozialer Konflikte.“ In: *Standpunkte: Online-Magazin des Münchner Forum e. V.* 11/2015, Seite 2. URL: http://forummuenchen.de/wp-content/uploads/2015/11/Standpunkte_11_2015.pdf.
- Strauß, Stefan (2014): „Veröffentlichung des Tourismusverbands: Fünf Benimm-Tipps für Touristen in Berlin“. Berliner Zeitung (berliner-zeitung.de), 16.9.2014. URL: <https://www.berliner-zeitung.de/624356> [perma.cc/C8AH-CSFK].
- Strauß, Stefan (2018): „Waste Watcher‘: So wollen die Müll-Detektive Berlin vom Dreck befreien“. Berliner Zeitung (berliner-zeitung.de), 3.1.2018. URL: <https://www.berliner-zeitung.de/29421734> [perma.cc/94DN-B48R].
- Streim, Markus (2017): „Illegale Müllentsorgung in Berlin: ‚Ich kenne keine andere Stadt in Deutschland, die so aussieht‘“. rbb24 (rbb24.de), 6.12.2017. URL: <https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/2017/12/kampf-gegen-illegale-muellentsorgung-in-berlin.html> [https://perma.cc/N3T9-6P7J].
- Supplies, Tino und Fritjof Mothes (2017): *Lärminderung durch Bürgerbeteiligung: Das Modellprojekt: Mach's leiser – Mitwirken bei der Fortschreibung von Lärmaktionsplänen in Leipzig*. Hrsg. vom Umweltbundesamt. Texte 57/2017. Dessau-Roßlau: Umweltbundesamt. URL: <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/laermminderung-durch-buergerbeteiligung-0> [perma.cc/7M38-94J2].
- Tagesspiegel (2017): „Berlin-Mitte: Autofahrer fährt auf Taxis auf“. Der Tagesspiegel (tagesspiegel.de), 28.11.2017. URL: <https://www.tagesspiegel.de/20639458.html> [perma.cc/26UD-6WEM].
- Thomsen, Kristina, Julia Steets und Bidjan Nashat (2015): *Runde Tische erfolgreich durchführen*. mitarbeiten.skript 5. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit.

- Universität Mannheim, Hrsg. (2015): *Broken-Windows-Theorie wissenschaftlich kaum haltbar: Soziologen der Universitäten Mannheim und München kritisieren Null-Toleranz-Politik*. Presseinformation vom 23.4.2015. URL: https://www.uni-mannheim.de/media/Universitaet/Dokumente/Pressemitteilungen/Pressemitteilungen_2015/04_23_Broken-Windows-Theorie.pdf.
- Voßkuhle, Andreas (2008): „Das Konzept des rationalen Staates“. In: *Governance von und durch Wissen*. Hrsg. von Gunnar Folke Schuppert und Andreas Voßkuhle. Schriften zur Governance-Forschung 12. Baden-Baden: Nomos, Seiten 13–32.
- Voßkuhle, Andreas (2012): „Über die Demokratie in Europa“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62.13, Seiten 3–9. URL: <http://www.bpb.de/apuz/126012> [perma.cc/35R8-KDZT].
- Walter, Andrea (2017): *Administrative Governance*. Wiesbaden: Springer. DOI: 10.1007/978-3-658-15680-0.
- Weber, Sam und Laura Fong (2016): „Behind Amsterdam’s thriving club scene, this ‘night mayor’ keeps the peace“. PBS Newshour (pbs.org), 15.5.2016. URL: <https://www.pbs.org/newshour/show/behind-amsterdams-infamous-club-scene-this-night-mayor-keeps-the-peace> [perma.cc/F8AC-MYFC].
- Weltgesundheitsorganisation Regionalbüro für Europa (2018): *Leitlinien für Umgebungslärm für die Europäische Region: Zusammenfassung*. URL: <http://www.euro.who.int/de/health-topics/environment-and-health/noise/publications/2018/environmental-noise-guidelines-for-the-european-region-executive-summary-2018>.
- Welz, Gisela (1991): *Street Life: Alltag in einem New Yorker Slum*. Kulturanthropologie-Notizen 36. Frankfurt am Main: Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie der Universität Frankfurt.
- Wilson, James Q. und George L. Kelling (1982): „Broken Windows: The police and neighborhood safety“. In: *The Atlantic Monthly* 249.3 (März 1982), Seiten 29–38. URL: <https://www.theatlantic.com/magazine/archive/1982/03/broken-windows/304465> [perma.cc/H4RS-MJME].
- Zuilen, Beryl Sepulveda van, Charlotte Weber, Cosima Speckhardt, David Fritz, Jana Wasicki und andere (2016): *Nachtökonomie in Berlin und Madrid: Bewegung, Konflikte, Konzepte*. Berlin: Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin. URL: http://dieanrainer.de/wp-content/uploads/2016/03/Nachtkonomie_Bericht_final.pdf.

Abkürzungsverzeichnis

AKIM	Allparteiliches Konfliktmanagement in München
AMS	Anliegen-Management-System
BauGB	Baugesetzbuch
BBSR	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BSR	Berliner Stadtreinigungsbetriebe
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVG	Berliner Verkehrsbetriebe
BVV	Bezirksverordnetenversammlung
dB	Dezibel (Hilfsmaßeinheit zur Kennzeichnung von Pegeln und Maßen, logarithmische Größe; in der Akustik meist verwendet für den Schalldruckpegel; siehe Infobox zu Lärm im Abschnitt 4.2.1)
dB(A)	A-bewerteter Schalldruckpegel (siehe Infobox zu Lärm im Abschnitt 4.2.1)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DOI	Digital Object Identifier (Identifikator-basiertes System für das dauerhafte Auffinden von Online-Ressourcen; Die in diesem Dokument angegebene DOI-Nummern können angeklickt beziehungsweise auf der Webseite https://doi.org eingegeben werden, um zum Zieldokument zu gelangen.)
Hrsg./hrsg.	Herausgegeben/herausgegeben
km/h	Kilometer pro Stunde
KoSP	Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement (KoSP GmbH)
LAI	Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz
LOR	Lebensweltlich orientierte Räume
SenStadtUm	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
SenStadtWohn	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

SenUVK	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz
SenWiEnBe	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
SenWiTechForsch	Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung
TA Lärm	Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz)
URL	Uniform Resource Locator (Angabe von Webadressen)
Vgl./vgl.	Vergleiche/vergleiche
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WBM	Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte

Abbildungsverzeichnis

Titelseite	Kreuzung Brückenstraße/Köpenicker Straße Foto: Lou Klappenbach; Bearbeitung: Marc Lange
Schmutztitelseite	Straßenschild Köpenicker Straße (und Logos) Foto (Straßenschild): Lou Klappenbach; Bearbeitung (Straßenschild): Marc Lange; Die Urheber- und Nutzungsrechte der Logos der Humboldt-Universität zu Berlin und des Bezirksamt Mitte liegen bei der jeweiligen Institution. Sie fallen einzeln nicht unter die für diesen Abschlussbericht verwendete Lizenz; sie dürfen nicht dem Gesamtwerk entnommen und unter der Lizenz verwendet oder verbreitet werden.
Abbildung 1 Seite 9	Die Nördliche Luisenstadt im Bezirk Mitte in Berlin Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende
Abbildung 2 Seite 13	Planungsräume Heine-Viertel West und Heine-Viertel Ost Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Abbildung 3 Seite 14	Untersuchungsrelevante Straßenzüge (engeres Untersuchungsgebiet) Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, eigene Daten
Abbildung 4 Seite 16	Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, Geoportal Berlin (Sanierungsgebiete)
Abbildung 5 Seite 17	Blick in die Brückenstraße in Richtung Norden und Eingang zum KitKatClub (Tor rechts) Foto: Marc Lange
Abbildung 6 Seite 18	Ecke Brückenstraße/Köpenicker Straße mit dem Gebäude, in dem sich ein Zugang zum U-Bahnhof und der Eingang zum Sage Club befindet (links: Brückenstraße; rechts: Köpenicker Straße) Foto: Marc Lange
Abbildung 7 Seite 19	Gebäude an der Ecke Brückenstraße/Köpenicker Straße (links), Eingang zum Biergarten Republik Berlin (Mitte) und die Ohmstraße (rechts) Foto: Marc Lange

Abbildung 8 Seite 19	Zugang zum Kraftwerkgelände und ehemaligen Kraftwerkgebäude, in dem sich der Veranstaltungsort Kraftwerk Berlin sowie die Clubs Tresor und Ohm befinden Foto: Marc Lange
Abbildung 9 Seite 20	A&O Hostel im östlichen Bereich des Untersuchungsgebiets an der Ecke der Köpenicker Straße und Adalbertstraße Foto: Marc Lange
Abbildung 10 Seite 21	Engeres Untersuchungsgebiet mit hervorgehobener Wohnbebauung und den Standorten der verschiedenen Gewerbebetriebe Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, eigene Daten
Seite 27	<i>Straßenschild Heinrich-Heine-Straße</i> Foto: Lou Klappenbach; Bearbeitung: Marc Lange
Abbildung 11 Seite 28	Zeitlicher Verlauf der Untersuchung
Abbildung 12 Seite 31	Antwortkategorien des Fragebogens für die Befragung der Anwohner:innen
Abbildung 13 Seite 32	In der Befragung einbezogene Wohngebäude, unterteilt in die fünf Teilgebiete Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, eigene Daten
Abbildung 14 Seite 35	Laufpfad und Haltepunkte einer beispielhaften Gebietsbegehung Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, eigene Daten
Seite 39	<i>Straßenschild Brückenstraße</i> Foto: Lou Klappenbach; Bearbeitung: Marc Lange
Abbildung 15 Seite 41	In der Befragung einbezogene Wohngebäude, unterteilt in die fünf Teilgebiete Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, eigene Daten
Abbildung 16 Seite 42	Verteilung der befragten Haushalte nach Teilgebieten
Abbildung 17 Seite 42	Verteilung der befragten Haushalte nach Straßen
Abbildung 18 Seite 43	Verteilung der Störungsrate insgesamt

Abbildung 19 Seite 44	Verteilung der Störungsrate bezüglich Lärm
Abbildung 20 Seite 45	Verteilungen der Störungsrate bezüglich Verunreinigung und Müll sowie bezüglich Urinieren im öffentlichen Raum und Vandalismus
Abbildung 21 Seite 46	Verteilung der Störungsrate bezüglich Drogen
Abbildung 22 Seite 47	Verteilung der Störungsrate bezüglich sonstiger Faktoren
Abbildung 23 Seite 58	Einlassschlange des KitKatClubs, die um die Straßenecke reicht Foto: Marc Lange
Abbildung 24 Seite 59	Einlassschlange des Sage Clubs Foto: Marc Lange
Abbildung 25 Seite 60	Einlassschlange des Tresor Clubs, die nach etwa 100 Metern auf dem Kraftwerkgelände noch über 50 Meter auf den Gehweg der Köpenicker Straße reicht Foto: Marc Lange
Abbildung 26 Seite 69	Orte der drei Fälle von erheblichen Straßenverkehrsbeeinträchtigungen Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, eigene Daten
Abbildung 27 Seite 71	Beispiel des Entstehens einer Schlange aus fünf Reisebussen sowie der Auswirkungen Fotos: Marc Lange
Abbildung 28 Seite 73	Taxischlange auf der Brückenstraße mit ihrer besonderen Anstellorganisation Fotos: Lou Klappenbach
Abbildung 29 Seite 76	Weggeworfener und abgestellter Müll auf dem Gehweg in der Köpenicker Straße Foto: Marie-Louise Breinlinger-O'Reilly
Abbildung 30 Seite 77	Bereiche, die besonders häufig zum Urinieren genutzt werden Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, eigene Daten
Seite 103	Straßenschild Ohmstraße Foto: Lou Klappenbach; Bearbeitung: Marc Lange

Abbildung 31 Seite 107	Visualisierung eines farblich hervorgehobenen und von Pollern geschützten Radfahrstreifens auf der Brückenstraße Foto: Marc Lange; Visualisierung: Patrick Ossen, Marc Lange
Abbildung 32 Seite 109	Schematische Darstellung einer Diagonalsperre aus massiven Pollern an der Kreuzung Adalbertstraße/Melchiorstraße (zwei Varianten)
Abbildung 33 Seite 110	Visualisierung einer Diagonalsperre aus massiven Pollern an der Kreuzung Adalbertstraße/Melchiorstraße (einfache Variante) Foto: Marc Lange; Visualisierung: Patrick Ossen
Abbildung 34 Seite 113	Platz um das Heinrich-Heine-Denkmal an der Ecke Köpenicker Straße/Heinrich-Heine-Straße (Stand September 2018) Foto: Marc Lange
Abbildung 35 Seite 118	Visualisierung eines Hinweisplakats im Zugangstunnel des U-Bahnhofs Heinrich-Heine-Straße Foto: Marc Lange; Visualisierung: Marc Lange, Patrick Ossen; Die in der Visualisierung verwendeten Piktogramme sind in einem EFRE-geförderten Projekt des Wirtschaftsstadtrats und der Wirtschaftsförderung Friedrichshain-Kreuzberg entstanden (siehe http://www.fairkiez.berlin) und wurden hier mit freundlicher Erlaubnis genutzt.
Abbildung 36 Seite 122	Papierkörbe im westlichen Teil des Gebiets und Vorschläge für weitere Standorte Kartendaten: © OpenStreetMap-Mitwirkende, eigene Daten
Seite 137	Straßenschild Michaelkirchstraße Foto: Lou Klappenbach; Bearbeitung: Marc Lange
Seite 145	Straßenschild Adalbertstraße Foto: Lou Klappenbach; Bearbeitung: Marc Lange
Seite 196–197	Ein- und Ausgang des U-Bahnhofs Heinrich-Heine-Straße Foto: Lou Klappenbach; Bearbeitung: Marc Lange
Rückseite	Kreuzung Brückenstraße/Köpenicker Straße Foto: Lou Klappenbach; Bearbeitung: Marc Lange

Literaturempfehlungen

Nachfolgend sind einige Publikationen aufgeführt, die auf in diesem Abschlussbericht vorgekommene Themen und Aspekte eingehen und sie detaillierter behandeln – und daher für involvierte Akteur:innen sowie interessierte Leser:innen von Interesse sein können. Die vollständigen Literaturangaben sind im Verzeichnis der Literatur und Quellen zu finden.

Leitlinien für Umgebungslärm für die Europäische Region: Zusammenfassung, vom Weltgesundheitsorganisation Regionalbüro für Europa. 2018.

Umwelt- und Aufenthaltsqualität in urbanen Quartieren: Empfehlungen zum Umgang mit Dichte und Nutzungsmischung, von Stefan Frerichs, Christoph Küpper und anderen. 2018.

Lärminderung durch Bürgerbeteiligung: Das Modellprojekt: Mach's leiser – Mitwirken bei der Fortschreibung von Lärmaktionsplänen in Leipzig, von Tino Supplies und Fritjof Mothes. 2017.

Tieffrequente Geräusche im Wohnumfeld: Ein Leitfaden für die Praxis, von Ulrich Möhler und Christian Eulitz. 2017.

Wirkungen von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen, von Eckhart Heinrichs, Frank Scherbarth und Karsten Sommer. 2017.

Handbuch zur Partizipation, von L.I.S.T. Stadtentwicklungsgesellschaft mbH. 2017.

Straßen und Plätze neu denken, von Wolfgang Aichinger und Michael Frehn. 2017.

Freiraum-Fibel: Wissenswertes über die selbstgemachte Stadt, hrsg. vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. 2016.

Nachtökonomie in Berlin und Madrid: Bewegung, Konflikte, Konzepte, von Beryl Sepulveda van Zuilen, Charlotte Weber und anderen. 2016.

stadtnacht: Management der Urbanen Nachtökonomie, von Thomas Krüger und Jakob F. Schmid. 2015.

Themenheft *Die Stadt und das Nachtleben von stadt:pilot spezial*, hrsg. vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung. 2015.

Runde Tische erfolgreich durchführen, von Kristina Thomsen, Julia Steets und Bidjan Nashat. 2015

Freizeitlärmrichtlinie, von der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI), 2015.

Touristische Nutzungen in Wohnquartieren – Was tun!?, von Stefanie Raab. 2014.

Städtisches Nachtleben: Situationsanalyse und mögliche Vorgehensweisen, hrsg. vom Schweizerischen Städteverband. 2012.

Lärm im Alltag: Informationsbroschüre zum Tag gegen Lärm, hrsg. vom Arbeitsring Lärm der Deutschen Gesellschaft für Akustik e. V. (ALD). 2011.

Ruhe, bitte!: Informationen zum Lärmschutz – Beispiele, Zuständigkeiten, Rechtsvorschriften, hrsg. von der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz. 2010.

0 Dezibel + 0 Dezibel = 3 Dezibel: Einführung in die Grundbegriffe und die quantitative Erfassung des Lärms, von Jürgen H. Maue. 2009.

Best-Practice im öffentlichen Raum: Management des öffentlichen Raums – Gesammelte Erfahrungen der Städte, von Thomas Steiner. 2009.

Lost and Sound: Berlin, Techno und der Easyjetset, von Tobias Rapp. 2009.

Null Euro Urbanismus: Ein Katalog von Good Practice Beispielen (Projektdokumentation), von Matthias Müller, Jakob F. Schmid, und anderen. 2008.

Können Lärminderungsmaßnahmen mit geringer akustischer Wirkung wahrgenommen werden?, von Jens Ortscheid und Heidemarie Wende. 2004.

Die Luisenstadt: Geschichte und Geschichten über einen alten Berliner Stadtteil, hrsg. von Frank Eberhard und Stefan Löffler. 1995 (2017 neu aufgelegt).

Nachts in der großen Stadt: Paris, Berlin, London 1840–1930, von Joachim Schlör. 1991.

Zusammenfassung (Executive Summary)

Hintergrund

In der Nördlichen Luisenstadt, einem Gebiet im südwestlichen Teil des Bezirks Mitte von Berlin an der Grenze zu Friedrichshain-Kreuzberg, bestehen seit einigen Jahren vielschichtige Konflikte, die das Zusammenleben im städtischen Raum betreffen. In erster Linie drehen sich diese Konflikte um wahrgenommene Störungen und Missstände im direkten Wohnumfeld dort lebender Anwohner:innen, die sich aus größtenteils vergnügungsorientierten Nutzungen im Stadtraum ergeben (vorrangig Lärm, Verschmutzung, Straßenverkehrsbeeinträchtigungen sowie Drogenverkauf und -konsum). Diese werden vor Ort am Runden Tisch Köpenicker Straße, einem seit dem Jahr 2013 bestehenden Format zum Informationsaustausch und der Bürgerbeteiligung, thematisiert und es wird versucht, Lösungskonzepte abzustimmen und Belastungen so zu reduzieren. Die bisher erzielten Erfolge werden jedoch von vielen Akteur:innen als unzureichend angesehen. Da zudem eine aufgrund zahlreicher und unterschiedlicher Problematisierungen schwierig zu bearbeitende Gemengelage aus unklaren bemängelten Umständen und zugrundeliegenden Phänomenen bestand, wurde von Forscher:innen der Humboldt-Universität zu Berlin in Kooperation mit dem Präventionsrat des Bezirksamts Mitte von Oktober 2016 bis Dezember 2017 vor Ort eine Untersuchung zu Nutzungskonflikten mit dem Ziel der Erarbeitung einer Problembeschreibung durchgeführt.

In der Untersuchung wurde die bestehende Problem- und Konfliktlage über den Runden Tisch Köpenicker Straße hinaus in den Blick genommen und gewissermaßen entschlüsselt sowie aufgeschlüsselt. Die entscheidenden Erkenntnisinteressen waren dabei die Problematisierungen der verschiedenen Akteur:innen sowie was im Untersuchungsgebiet passiert, sowohl draußen auf der Straße als auch bei Veranstaltungen, Sitzungen und so fort. Die sich somit im Kern ergebenden Fragen waren zum einen, welche Problematisierungen formuliert werden und was dabei genau problematisiert wird, von wem und wie diese Problematisierungen geäußert werden, und wie Umstände letztendlich zu Problemen werden. Zum anderen stellten sich die Fragen, welche Nutzungen im Gebiet bestehen und wie es durch diese beziehungsweise wie es zwischen diesen zu Konflikten kommt – was also tatsächlich vor Ort geschieht. Die bestehenden Konflikte werden in der Untersuchung verstanden als *Nutzungskonflikte*, bei denen vielfältige, konkurrierende Nutzungen so-

wie Ansprüche und Interessenlagen verschiedener Akteur:innen in Konflikt geraten – eine in der Stadtentwicklung aktuelle Thematik, die in zunehmender Weise zahlreiche Städte und Gemeinden betrifft und herausfordert. Zentral war in der Untersuchung die qualitative, ethnographische Heran- und Vorgehensweise, durch die zum einen die verschiedenen Problematisierungen detailliert herausgearbeitet werden konnten und zum anderen ausführlich dargelegt werden konnte, was vor Ort vor sich geht und wie es zu Konflikten und Problemen kommt. So wurde die Komplexität der Problemlage berücksichtigt und eine gründliche und ausgewogene sowie eine in ihrer Vielschichtigkeit wiedergegebene Problembeschreibung, also eine *differenzierte* Problembeschreibung, erarbeitet.

Methoden

Es wurden verschiedene wissenschaftliche Erhebungsmethoden kombiniert. Nach ersten Recherchen und Vorbereitungen wurde in einer Befragung von mehr als 300 Haushalten zunächst ein breites, auf das gesamte Untersuchungsgebiet bezogene Bild der Störungslage ermittelt. Den Problematisierungen sowie den Konflikten im Gebiet wurde sich in einer qualitativen Vorgehensweise mittels ethnographischer Methoden genähert. Diese umfassten Teilnahmen an verschiedenen Formen und Veranstaltungen mittels teilnehmender Beobachtung, Begehungen des Untersuchungsgebiets zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten im Gesamtumfang von 160 Stunden sowie das Führen qualitativer Interviews mit verschiedenen Akteur:innen. Die Datenerhebung erfolgte im Zeitraum von Januar bis September 2017. Anschließend erfolgte eine Auswertung mittels qualitativer Datenanalyse.

Ergebnisse

Die vorliegenden Ergebnisse bieten eine umfangreiche und vielschichtige Beschreibung der konfliktreichen Situation in der Nördlichen Lusenstadt in Berlin. Eine Befragung der Anwohner:innen des Gebietes liefert Erkenntnisse über wahrgenommene Störungen und Belastungen (und damit ferner wahrgenommene Probleme) im Untersuchungsgebiet. Eine differenzierte Problembeschreibung, unterteilt in acht Themen, schlüsselt bestehende Problematisierungen auf und betrachtet sie in ihrer Vielschichtigkeit. Es wird aufgezeigt wie einzelne Problemsituationen entstehen und welche Vorgänge und Gegebenheiten dabei eine Rolle spielen, und somit, wie existierende Probleme konkret gelagert sind.

Befragung der Anwohner:innen

Aus der Befragung der Anwohner:innen des Untersuchungsgebiets geht hervor, dass sich ein bedeutender Anteil der Haushalte insgesamt von etwas gestört fühlt. So gaben von allen 302 befragten Haushalten rund zwei Drittel (67 %) an, dass sie etwas in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung als störend oder belastend empfinden. Bei vergleichender Betrachtung einzelner Störungskategorien zeigen sich jedoch deutliche Abweichungen. Lärm ist mit 39 % die meistgenannte Störung. 15 % aller befragten Haushalte nannten Verunreinigung und Müll sowie den Aspekt Drogen als störend. Urinieren im öffentlichen Raum sowie Vandalismus wurden mit 4 % beziehungsweise 5 % kaum als störend genannt. Allerdings variieren die Störungsraten innerhalb des Gebietes bei einigen Störungskategorien teils deutlich, insbesondere bei den Aspekten Lärm und Drogen. Desweiteren wurden ortsabhängig unterschiedliche Orte, die in Verbindung mit Störungen gebracht wurden, genannt. Zwar bestätigen sich einige der am Runden Tisch Köpenicker Straße und in sich auf ihn beziehender Berichterstattung formulierten Schilderungen (beispielsweise hinsichtlich Lärm), allerdings fällt auf, dass einige Störungskategorien insgesamt nur vergleichsweise und mitunter unerwartet selten genannt werden (beispielsweise hinsichtlich Verunreinigung und Urinieren im öffentlichen Raum sowie Drogen). Das am Runden Tisch Köpenicker Straße entstehende Bild der Lage vor Ort ist also teilweise überspitzt und repräsentiert nicht die Einschätzung der Anwohner:innen im Gesamtgebiet. Abweichungen und ortsabhängige Nennungen konkreter, in Verbindung mit Störungen gebrachter Orte zeigen jedoch, dass ein Zusammenhang zwischen kleinräumigen, lokalen Gegebenheiten und wahrgenommenen Störungen besteht und das Untersuchungsgebiet nicht homogen betrachtet werden kann. Dies sind wichtige Erkenntnisse, die in der Problembeschreibung berücksichtigt und genauer in den Blick genommen werden.

Lärm

Der Aspekt Lärm stellt einen Schwerpunkt der Untersuchung dar. Zahlreiche unterschiedliche Lärmursachen wurden von Akteur:innen, insbesondere betroffenen Anwohner:innen, problematisiert. Es besteht eine deutliche Diskrepanz in der Wahrnehmung bezüglich Lärm und Ruhestörungen zwischen der Verwaltung und den Bewohner:innen. In vor Ort durchgeführten Begehungen hat sich gezeigt, dass es im Untersuchungsgebiet zwar nicht permanent, jedoch im Allgemeinen zu verschiedenen Zeiten und insbesondere nachts zu einer teils erheblichen und nachvollziehbar störenden Geräuschkulisse durch verschiedene Geräuschquellen

kommt. Es bestehen drei zentrale, jedoch räumlich nicht überall und gleichermaßen, sondern örtlich konzentriert auftretende Lärmursachen: Lärm durch Personen im öffentlichen Raum, Lärm durch Straßenverkehr sowie Lärm durch Musikveranstaltungen beziehungsweise aus Veranstaltungsorten. Hinzu kommen einige weitere, meist lokal sehr begrenzte Lärmursachen. Oftmals kann zwischen aufkommensbedingtem sowie verhaltensbedingtem beziehungsweise situationsspezifischem Lärm unterschieden werden.

Beeinträchtigungen im Straßenverkehr

Bezüglich des Themas Straßenverkehr beklagen Anwohner:innen neben dem verursachten Lärm auch ein hohes Aufkommen von Taxis und Reisebussen. Es kommt im Untersuchungsgebiet in drei Fällen und an drei unterschiedlichen Orten zu besonderen Straßenverkehrsbeeinträchtigungen. Erstens durch Reisebusse auf der Köpenicker Straße auf Höhe des Haupteingangs des A&O Hostels, vor allem an Tagen beziehungsweise zu Zeiten vermehrter An- und Abreise der Hotelgäste. Zweitens durch eine sich zu Nachtzeiten und in den frühen Morgenstunden bildende Taxischlange auf der Brückenstraße auf Höhe des Eingangs des KitKatClubs. Drittens durch eine weitere, sich ebenfalls zu Nachtzeiten und in den frühen Morgenstunden bildende Taxischlange auf der Köpenicker Straße auf Höhe des Haupttors des Kraftwerkgeländes. Im Falle der Taxischlangen blockieren Taxis in verkehrswidriger Weise einen Schutzstreifen für Radfahrer:innen und einen Teil des Fahrstreifens. Es kommt in allen Fällen zu gefährlichen Straßenverkehrssituationen, insbesondere für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen. Bei den Taxischlangen kommt es zudem zu Lärmbelastungen, insbesondere durch Hupen. Alle drei Fälle sind unmittelbar mit den örtlichen straßenbaulichen und verkehrsrechtlichen Gegebenheiten verwoben und entstehen bei besonderem An- und Abreisebedarf von Besucher:innen des Gebietes.

Verschmutzung

Anwohner:innen beschreiben eine zunehmende Verschmutzung des Gebietes. Erkenntnissen aus den vor Ort durchgeführten Begehungen nach lässt sich Verschmutzung im Untersuchungsgebiet in drei Phänomene unterteilen: Vermüllung, also die Verschmutzung des öffentlichen Raumes, entlang der Gehwege der Brückenstraße, der Köpenicker Straße und der Adalbertstraße; öffentliches Urinieren, besonders im Bereich der Ohmstraße und auf den Grünflächen vor den Wohngebäuden in der Köpenicker Straße 103 bis 114; und illegales Abladen von Sperrmüll

an ungenutzten Flächen im Gebiet. Die Vermüllung und das öffentliche Urinieren stehen in Zusammenhang mit einem hohen, besonders zu Nachtzeiten auftretenden Personenaufkommen. Gleichzeitig wird die Infrastruktur im Gebiet diesem Aufkommen nicht gerecht: Es besteht ein Mangel an öffentlichen Toiletten und Mülleimern. Das illegale Abladen von Sperrmüll hat andere Ursachen und ist nicht spezifisch für die Nördliche Luisenstadt, wenn auch ungenutzte Flächen dies offensichtlich begünstigen.

Betäubungsmittelverkauf und -konsum

Im Zusammenhang mit dem Verkauf und Konsum von Betäubungsmitteln sind zwei Orte im Gebiet zentral: der Bereich vor dem Kraftwerkgelände und den Flächen vor den gegenüberliegenden Wohngebäuden sowie der U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße. An beiden Orten finden sowohl Verkaufs- als auch Konsumpraktiken statt. Die Untersuchung zeigt jedoch, dass diese sich in beiden Fällen erheblich voneinander unterscheiden, sodass von zwei unabhängigen Phänomenen gesprochen werden muss. Im U-Bahnhof findet ein gezielt und schnell ablaufender, regelmäßiger Verkauf an Suchtmittelabhängige statt, bei dem Unbeteiligte nicht direkt involviert oder beeinträchtigt werden. In der Köpenicker Straße hingegen bildet vor allem das vergnügungsorientierte Publikum die Zielgruppe des Verkaufs, sodass sich dieser an den Öffnungs- und Stoßzeiten der Clubs orientiert. Hier werden potenziell nahezu alle Passant:innen von Verkäufern angesprochen. Der Verkauf findet dann häufig im Bereich des gegenüberliegenden Parkplatzes der Wohngebäude statt, teilweise auch der Konsum. Zu Verlagerungseffekten der Verkäufer kommt es zum Teil bei Anwesenheit von Sicherheitspersonal auf dem Kraftwerkgelände.

Beteiligung und Runder Tisch Köpenicker Straße

Im Untersuchungsgebiet gibt es mehrere längerfristig angelegte, institutionalisierte Formate, die darauf abzielen Beteiligung zu fördern, zu ermöglichen oder vorzubereiten. Dabei kommt es jedoch vor allem beim Versuch eine akteursübergreifende Zusammenarbeit bezüglich der Entwicklung des Gebietes umzusetzen zu Schwierigkeiten. Besonders der Runde Tisch Köpenicker Straße und sein Format ist diesbezüglich zentral. Während der akteursübergreifende Informationsaustausch innerhalb des Gebietes entscheidend durch den Runden Tisch Köpenicker Straße gefördert wird, kommt es vor allem dann zu Problemen, wenn es um die Frage geht, wie unterschiedliche Akteur:innen aktiv und gemeinsam an der Entwicklung des Gebietes mitwirken können sowie bei der Frage, wie und welche Veränderun-

gen umgesetzt werden können. Der Runde Tisch Köpenicker Straße bietet Raum, über störende Vorkommnisse und gebietsbezogene Sachverhalte unter Teilnahme anderer relevanter Akteur:innen zu diskutieren. Gleichzeitig kommt es aber durch eine einseitige Fokussierung auf Problematisierungen der Anwohner:innen nicht zu gemeinsamen Problemdefinitionen und Lösungsvorschlägen, die gemeinsam bearbeitet werden können.

Verwaltungshandeln

Deutlich wurde im Verlauf der Untersuchung, dass eine Diskrepanz in der Wahrnehmung des Gebietes zwischen der Verwaltung und den Anwohner:innen besteht. Während Anwohner:innen das Gebiet als durchaus problematisch erachten, wird es von Vertreter:innen des Ordnungsamts, des Umwelt- und Naturschutzamts und der Polizei nicht als Schwerpunktbereich eingestuft und als wenig problematisch beschrieben. Diese Diskrepanz zeigt sich auch angesichts der Ergebnisse der Befragung der Anwohner:innen. Es wurden zudem Schwierigkeiten in der Beschwerdeformulierung und Kommunikation mit der Bezirksverwaltung identifiziert, die einen Vertrauensverlust der Bürger:innen gegenüber der Verwaltung und ihren Behörden zur Folge haben. Dazu tragen komplexe Verwaltungsabläufe und Zuständigkeitsverteilungen innerhalb der Verwaltung bei, aber auch die von Anwohner:innen als widersinnig wahrgenommene Anforderung, formale Schritte zusätzlich zur Formulierung ihrer Beschwerden am Runden Tisch Köpenicker Straße begehen zu müssen. Es kommt hinzu, dass Anwohner:innen bezüglich des Ordnungsamts und der Polizei angesichts ihrer Erfahrungen und den strukturellen Defiziten in den Behörden den Eindruck einer gänzlich fehlenden Abhilfe für Bürger:innen in Störungssituationen haben.

Gewerbe

Anwohner:innen problematisieren, dass sich Gewerbestrukturen in zunehmendem Maße nicht mehr am Bedarf der Anwohner:innen, sondern am Bedarf gebietsfremder Besucher:innen orientieren. Eine Zunahme an Spätkäufen und der damit einhergehende Verkauf alkoholischer Getränke verstärke zudem die negativen Folgen nächtlicher Nutzungen, wie beispielsweise Vermüllung. Eine solche Verschärfung der Situation durch einen Anstieg an Spätkäufen geht aus der Untersuchung nicht hervor. Ein zusammenhängender Anstieg der Zahl der Besucher:innen kann bezweifelt werden, jedoch bieten weitere Spätkäufe zusätzliche Einkaufs- und Verweilgelegenheiten. Außerdem beschreiben Anwohner:innen eine Zunahme an Beher-

bergungsbetrieben sowie die Größe dieser und damit einhergehende negative Folgen touristischer Nutzung des Stadtraums, wie beispielsweise eine Zunahme verhaltensbedingten Lärms und eine allgemein mangelnde Rücksichtnahme auf Anwohner:innen. Am Runden Tisch Köpenicker Straße steht vor allem das vor Ort bestehende A&O Hostel im Fokus. Trotz bestehender Konflikte befinden sich Hostelverantwortliche und direkte Anwohner:innen hier in einem Austausch, allerdings herrscht vor allem über die grundsätzliche Tatsache des Bestehens und der behördlichen Genehmigung des 1.600-Betten-Beherbergungsbetriebs Verärgerung und Frust, ferner ein Gefühl der Machtlosigkeit.

Tourismus

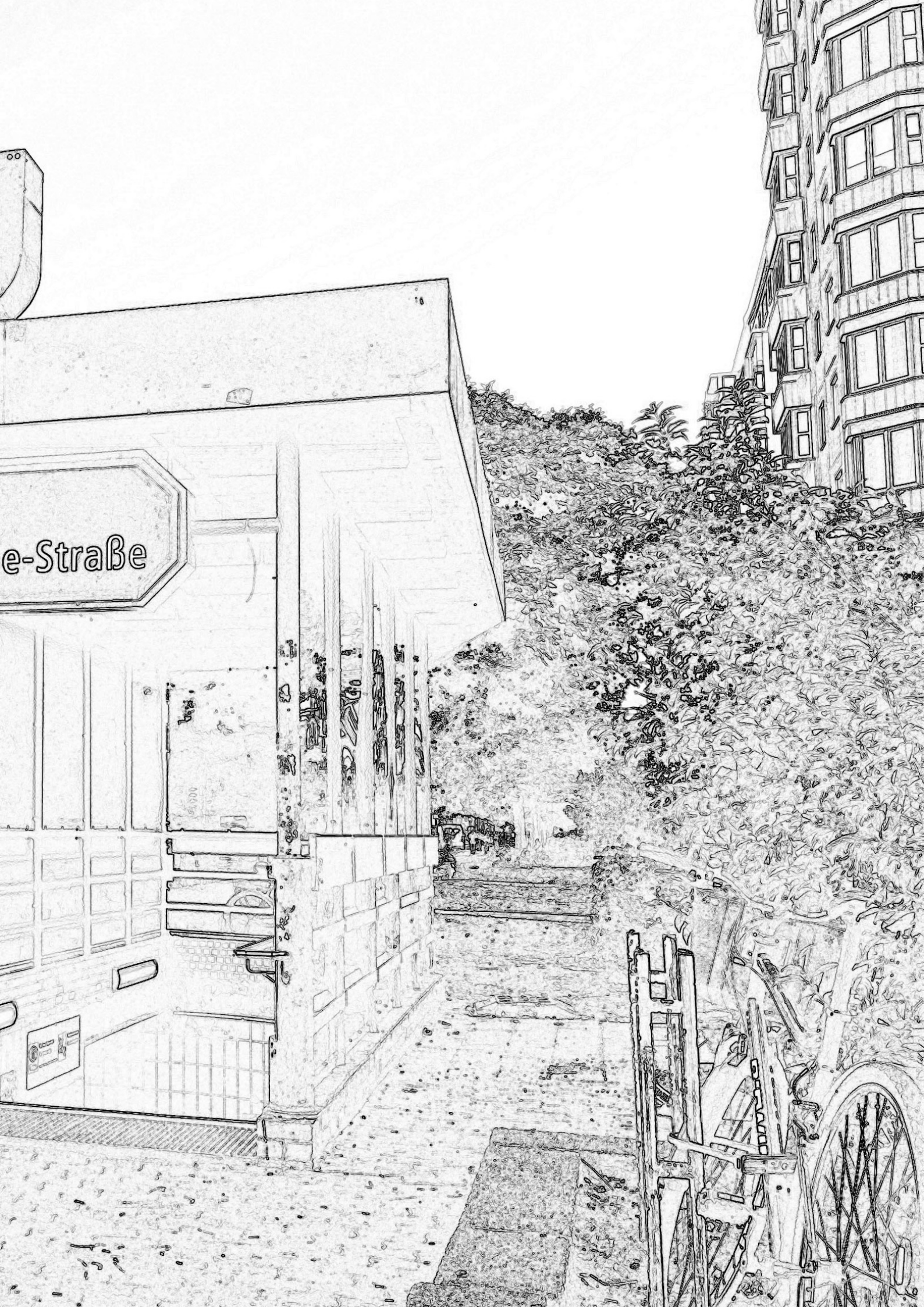
Das hohe Tourismuswachstum Berlins hat in den letzten Jahren die Aufmerksamkeit auf diverse Konfliktsituationen in innerstädtischen Wohnquartieren gelenkt und zieht Diskussionen um Konzepte über einen stadtverträglichen Tourismus nach sich. Überlegungen und Konzepte, wie (auch innerstädtischer) Tourismus stadtverträglich gestaltet werden kann, werden folglich wichtiger. Denn das touristische Geschehen bringt als störend wahrgenommene Begleiterscheinungen mit sich und beeinflusst lokale Gewerbestrukturen – ein Entwicklungstrend postindustrieller Stadtentwicklung, der in verschiedenen Bezirken Berlins sowie anderen Städten zu beobachten ist. Dies trifft auch für die Nördliche Luisenstadt zu. Konflikte und Probleme werden entsprechend von lokalen Akteur:innen in Bezug zu übergeordneten und gesamtstädtischen Tourismusentwicklungen gesetzt – und müssen gewiss in diesem Kontext betrachtet werden. Von Akteur:innen bemängelt werden eine fehlende gesamtstädtische Tourismusstrategie und die Art der touristischen Vermarktung der Stadt, eine fehlende Beteiligung der Anwohner:innen und Berücksichtigung ihrer Belange sowie eine unzureichende Betrachtung von Tourismus in qualitativer (statt nur quantitativer und wirtschaftlicher) Hinsicht. Forderungen sind vor allem eine zweckgerechte Verwendung der Einnahmen aus der Übernachtungssteuer sowie Konzepte und Strategien für stadtverträglichen Tourismus um einer fortschreitenden Touristifizierung und verbundenen Übernutzungserscheinungen zu begegnen. Nahezu alle Akteur:innen halten alleinige Schuldzuweisungen auf die Clubs nicht für sinnvoll. Vielmehr sind Kritik und Forderungen auf einer dem lokalen Geschehen übergeordneten Ebene für sie oftmals zentral. Zudem lassen Erkenntnisse aus der Untersuchung die Schlussfolgerung zu, dass bei der Verwaltung, anscheinend insbesondere auf Senatsebene, bisher noch nicht hinreichend (an)erkannt wurde, dass die Nördliche Luisenstadt ein touristisch genutztes Gebiet ist.

Handlungspotenziale

Basierend auf der Problembeschreibung wurden Handlungspotenziale entwickelt, die Möglichkeiten aufzeigen auf die Erkenntnisse der Untersuchung zu reagieren. Diese sind weder als sichere Lösungskonzepte noch als fertige Handlungsempfehlungen zu verstehen – daher bezeichnen wir sie als *Handlungspotenziale*. Es sind Vorschläge, die als Stellschrauben, an denen gedreht werden kann, um der bestehenden Problemlage in der Nördlichen Luisenstadt zu begegnen, verstanden werden können. Sie sollen außerdem aufzeigen, in welchen Handlungsfeldern dies grundsätzlich möglich ist. Diese Handlungsfelder stellen vielfach Herausforderungen dar, die Querschnittsaufgaben sind und demnach oftmals nur durch eine Kombination an Maßnahmen zu Lösungen führen. Diese müssen entsprechend mit Beteiligten abgestimmt und, im Falle der Einbeziehung der Verwaltung und Politik, von mehreren Bereichen gemeinsam umgesetzt werden. Die Ergebnisse der Untersuchung und die Handlungspotenziale weisen grundsätzlich darauf hin, dass bei Problemen und Konflikten in Stadtquartieren ratsam ist, besser frühzeitig oder gar präventiv im Sinne einer gestaltenden Verwaltung zu *agieren*, anstatt im Nachgang lediglich auf eine gewachsene Konfliktlage *reagieren* zu können.

Die Handlungspotenziale sind in neun Handlungsfelder untergliedert: Straßenverkehr und Straßenbau, Stadtraumgestaltung und -erhalt, Hinweis- und dialogorientierte Maßnahmen, Öffentliche Ver- und Entsorgung, Betäubungsmittelverkauf und -konsum, Zusammenarbeit am Runden Tisch Köpenicker Straße, Verwaltung und Politik, Gewerbe, Tourismus. Die einzelnen Handlungspotenziale können dem vollständigen Abschlussbericht entnommen werden.





e-Straße

Dieser Abschlussbericht ist das Ergebnis einer von Oktober 2016 bis Dezember 2017 durchgeführten Untersuchung zu Nutzungskonflikten in der Nördlichen Luisenstadt im Berliner Bezirk Mitte. Sie entstand in einer Kooperation zwischen Forscher:innen der Humboldt-Universität zu Berlin und dem Präventionsrat des Bezirksamt Mitte von Berlin. Im Fokus standen Auswirkungen überwiegend vergnügungsorientierter Nutzungen des Stadtraums: Lärm, Verschmutzung, Straßenverkehrsbeeinträchtigungen sowie der Verkauf und Konsum von Betäubungsmitteln. Darüber hinaus wurden Aspekte wie Beteiligung und Verwaltungshandeln sowie Gewerbe und Tourismus behandelt. Der Abschlussbericht fasst die Forschungsergebnisse insbesondere in Form einer differenzierten Problembeschreibung zusammen und zeigt daran anknüpfende lösungsorientierte Handlungspotenziale auf. Darüber hinaus gibt er Auskunft über das Untersuchungsgebiet, die Ausgangslage und Fragestellung, die angewandten Methoden und die Rahmenbedingungen der Forschung.

